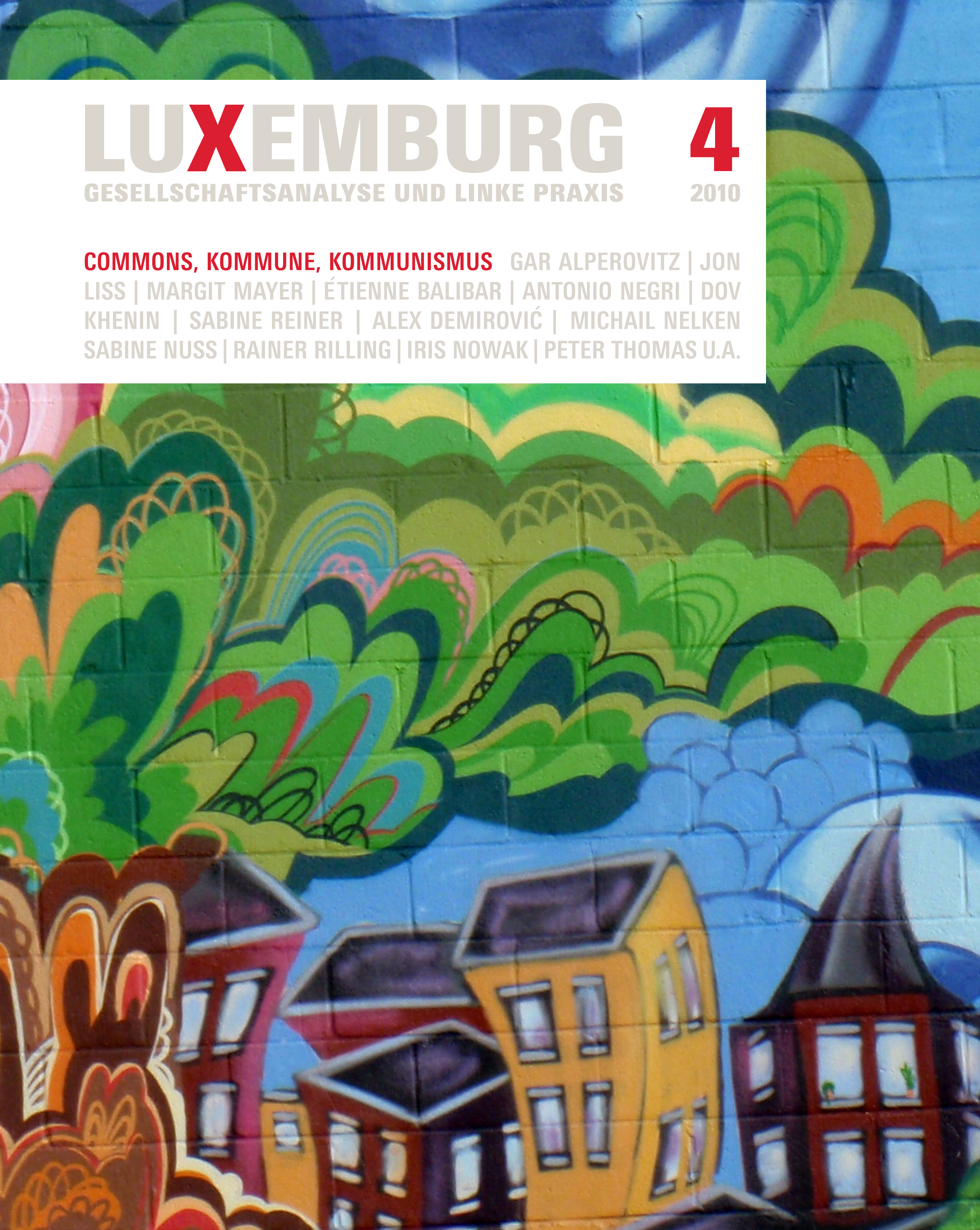

LUXEMBURG 4
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2010
COMMONS, KOMMUNE, KOMMUNISMUS
GAR ALPEROVITZ | JON LISS | MARGIT MAYER | ÉTIENNE BALIBAR | ANTONIO NEGRI | DOV KHENIN | SABINE REINER | ALEX DEMIROVIĆ | MICHAIL NELKEN SABINE NUSS | RAINER RILLING | IRIS NOWAK | PETER THOMAS U.A.

INHALT



»Anti-Gentrification-Demo« in
San Francisco, flickr/Bringo

… KOMMUNISMUS

SOLIDARITÄT

CLASS & CARE

EDITORIAL

COMMONS, KOMMUNE, KOMMUNISMUS

Neoliberale Politik hat tiefe Spuren in den Städten und Gemeinden hinterlassen: Öffentliches Eigentum, demokratische Verwaltung, die Gleichheit der Lebensverhältnisse, der Begriff des Gemeinsamen – seien es Interessen, Eigentum, Praktiken oder Handeln – wurden diskreditiert. Markt, Konkurrenz, Leistung, Wettbewerbsfähigkeit, Ungleichheit wurden mit Mitteln der Angst wie des ökonomischen Erfolgs zur maßgeblichen Orientierung. Abwandernde oder überlebte Industrien hinterließen Brachen in den Städten, der Boom von Informationstechnologien und Finanzspekulation hat die Innenstädte und »Kieze« umgepflügt. Die Gentrifizierung der Stadtteile durch Luxussanierung oder Wohneigentumsbildung der neuen Mittelklasse ließ die Immobilienpreise explodieren, steigende Mieten verdrängten die Eingesessenen. Die Krise hat in den USA als Immobilienkrise begonnen und bedeutet dort für Viele Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit, soziale Verwüstungen der Gemeinden und *Communities*. In Deutschland trocknen Sparpolitik und »Schuldenbremse« die Kommunen aus: Mit dem Abbau von »freiwilligen Leistungen«, der Rücknahme öffentlicher Räume verringern sich Möglichkeiten von Begegnung, Teilhabe, von Austausch, geteilten Erfahrungen und der Bildung eines gemeinsamen Willens. Unter dem Gebot von Profit und Privatisierung werden öffentlicher Nahverkehr, Versorgungs- und Konsumeinrichtungen ausgedünnt, Bahnlinien abgekoppelt: Real und symbolisch schwinden die Anschlüsse ans gesellschaftliche Netz. Wie durchs Vergrößerungsglas lassen sich die Probleme der Politik von Privatisierung und Finanzialisierung im *Cross Border Leasing* sehen: Lokalpolitiker verkaufen kommunales Eigentum an ausländische Investoren und leasen es anschließend zurück. Den Unternehmen wird ein regelmäßiger Gewinn garantiert, sie tragen kein Markt-

risiko. Doch wer entscheidet, was an den kommunalen Strukturen verändert wird: das kommunale Parlament oder der »Eigentümer«? Was geschieht, wenn die Kommunen in der Finanzkrise die Raten nicht mehr aufbringen können? Das fiskalische Argument wird zum Hebel eines neoliberalen Staatszentralismus: Die Kommunen werden informell und de facto unter die Aufsicht der Landesregierungen gestellt. Auch einige Länder werden den Kriterien der Schuldenbremse nicht entsprechen können: Die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit demokratischer Selbstregierung auf der Ebene der Kommunen und der Länder schrumpft.

An vielen Orten und in unterschiedlichen Kontexten entstehen Alternativen und Antworten. Sie stellen das *Commune*, das Gemeinsame und Geteilte, in den Mittelpunkt ihrer Strategien: *Kämpfe um die Stadt* greifen Gentrifizierung, Privatisierung, Verarmung und Rassifizierung an – Prozesse, in denen die sozialen Rechte der Menschen vor Ort überrannt werden. Die lokalen Initiativen bilden Netzwerke und stellen Zusammenhänge der lokalen und globalen Machtstrukturen her, verbinden sich mit globalen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit. – *Bürgerhaushalte* und *Bürgerentscheide* werden in der neoliberalen Politik als Techniken der Beteiligung der Betroffenen an Kürzungsvorhaben genutzt, um Widerstand zu unterlaufen oder ihm vorzubeugen. Linke Kommunalpolitik lotet dagegen Handlungsmöglichkeiten aus, um demokratische Rechte zu stärken – und damit Widerstand gegen die Aushöhlung kommunaler Finanzen zu stützen oder zu schaffen. – Auch die Hoffnungen auf die *Commons* schwanken: zwischen Versuchen, den destruktiven Momenten der Verwandlung von Ressourcen in Waren Grenzen zu setzen, und Bemühungen, von den geteilten Praxen eines *Commoning* zu einer radikalen Veränderung der Eigentumsverhältnisse zu gelangen, die Reichtum, Nachhaltigkeit, Teilhabe und Kooperation an die Stelle von Knappheitsmaximen, Ungleichheit, Verschwendung und Konkurrenz setzt. – In Commons und Kommune klingt »*Kommunismus*« an; der Zusammenhang ist vielleicht nicht nur assoziativ. In den letzten Jahren ist »Kommunismus« in die internationale politisch-philosophische Diskussion zurückgekehrt. Auf welchen Erfahrungen des Gemeinsamen und Geteilten könnte ein neu gedachter Kommunismus basieren? Untrennbar sind darin Freiheit und Gleichheit gedacht. Wie können Solidarität, gesellschaftliche Planung neu gedacht werden?

Begriffe, Konzepte und Orte, die von neoliberaler Politik verdrängt und vergessen gemacht werden sollen, werden von Bewegungen, Gewerkschaften und linker Politik aufgegriffen. Diese Kämpfe sind oft wenig verbunden, finden keine gemeinsame Sprache. Noch sind sie kaum mehr als Einstiege; eine gemeinsame Strategie bleibt zu finden. Doch in den vielen Praxen scheinen Umrisse einer Wieder-Errichtung des *Communen* auf.

SOZIALE BEWEGUNGEN IN DER NEOLIBERALEN STADT

MARGIT MAYER

Die Städte sind in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus politischer Auseinandersetzungen gerückt: als Orte, an denen Konflikte um neue Formen räumlicher Segregation und Gentrifizierung entbrannten, während gleichzeitig gezielte Programme zur Armutsbekämpfung in »problematischen« Quartieren neuartige Inklusionsstrategien erprobten – und schon wieder abgebaut werden sollen.[1] Sie gerieten auch in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit, weil hier neue Strategien »kontrollierter Urbanität«, von Sicherheits- und Überwachungsstrategien bislang unbekannten Ausmaßes zur Anwendung gelangen, während gleichzeitig die Ordnungs- und Integrationsstrategien, die auf Multikulturalismus- und *Diversity*-Ansätzen beruhten, zu erodieren scheinen. Schließlich sorgen die neoliberalen Strategien unternehmerischer Stadtentwicklung, die den städtischen Raum ausschließlich als Arena wirtschaftlichen Wachstums begreifen, und die entsprechende Investitionen in neu gestylte, attraktive City-Zentren

kanalisieren und die Kommerzialisierung öffentlichen Raums betreiben, für Zündstoff. Die Privatisierung öffentlicher Räume, Güter, und Dienstleistungen sorgte auch für aufkommende Debatten über Rekommunalisierung und Zurückeroberung der *Commons*.

Diese Entwicklungen im politischen Raum der Städte werfen die Frage nach der Rolle städtischer Bewegungen auf: Wie reagieren sie auf die sich wandelnden Kontexte? Welche Perspektiven bieten sie an? Welche Fraktionierungen – und welche Bündnismöglichkeiten – haben sich ergeben? Und wie sollte eine progressive Stadtpolitik unter aktuellen Bedingungen aussehen?

Um solche Fragen zu beantworten, stellt dieser Text die Entstehung und Entwicklung städtischer Bewegungen in den Kontext sich wandelnder polit-ökonomischer Regimes, ausgehend von der fordistisch-keynesianischen Stadt der 1960er Jahre über die sich intensivierenden Zyklen der urbanen Neoliberalisierung. Diese Makro-Trends haben nicht nur die Städte und ihre politischen Milieus, sondern auch die Bewegungen allmählich, aber grundlegend verändert. Auf dieser Grundlage lässt sich eruieren, was an den aktuellen Bewegungen neu bzw. anders ist, welche spezifischen Potenziale und Probleme sie bergen, und was angesichts dieser Entwicklung politisch geboten ist.

URBANE BEWEGUNGEN VON DER KRISE DES FORDISMUS ZUM NEOLIBERALISMUS

In den vergangenen 30 Jahren haben sich die Muster der Stadtentwicklung und des städtischen Regierens in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern immer mehr angeglichen, so dass es kaum verwundert, dass die dagegen gerichteten Bewegungen – jedenfalls im Globalen Norden – ähnliche Zyklen durchlaufen haben.

Die erste Welle breiter städtischer Mobilisierung im Gefolge der Bewegungen der 1960er Jahre reagierte, wie so viele Kämpfe in dieser Zeit, auf die Krise des Fordismus. Wohnungskämpfe, Mietstreiks, Kampagnen gegen Sanierungsprogramme sowie Kämpfe für Jugend- und Gemeindezentren opponierten gegen »die Unwirtlichkeit unserer Städte«, wie Alexander Mitscherlich formulierte,[2] und waren, wie andere Bewegungen dieser Phase auch, vom 1968er »Bedrohungskontext« politisiert. Dieser Kontext war nicht nur durch die Studenten-, Anti-Kriegs- und andere linke Bewegungen der 1960er und frühen 1970er Jahre konstituiert, sondern auch durch das Entgegenkommen der (häufig sozialdemokratischen) Regierungen dieser Zeit. Umkämpft war dabei nicht nur der Ausbau der Infrastruktur, sondern es ging auch um deren Preis, Qualität und die Möglichkeiten der Mitgestaltung – also um die kulturellen Normen der öffentlichen Einrichtungen kollektiven Konsums – seien es öffentliche Verkehrsmittel, Kinderläden oder Schulen. Sie stellten, in anderen Worten, die keynesianische Stadt in Frage, in der der Staat für einen Großteil der sozialen Reproduktion aufkam, und die den Höhepunkt jener Verbindung von Urbanität und sozialer Reproduktion darstellte, die viele Autoren dazu verleitete, das Urbane ausdrücklich über kollektiven Konsum zu definieren.[3]

Das Betätigungsfeld von Linken verschob sich in dieser Periode von der Fabrik in den

Stadtteil, in die »reproduktive Sphäre«. *Lotta Continua* in Italien, der *Revolutionäre Kampf* in Frankfurt, oder das *Economic Research and Action Project* (ERAP) der *Students for a Democratic Society* (SDS) in den USA: Bewegungsgruppen identifizierten die »reproduktive Sphäre« als entscheidend für gesellschaftliche Veränderung. Hier gründeten sie Projekte zur Unterstützung und Radikalisierung einer Reihe sozialer Kämpfe, die sich um öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen zentrierten; und ihre Forderungen nach verbessertem kollektiven Konsum waren häufig in eine dynamische Infrastruktur progressiver Alternativprojekte eingebettet.

Mit der Austeritätspolitik der 1980er Jahre traten die Bewegungen in eine neue Phase ein. Diese Politik leitete einen weltweiten Schwenk hin zu einem neoliberalen Paradigma ein, das in seiner anfänglichen Phase zunächst die Schleifung der keynesianischen Wohlfahrts- und sozialkollektivistischer Institutionen betrieb. Mit dieser Neoliberalisierung der Politik gelangte die so genannte »alte« soziale Frage zurück auf die Agenda der städtischen Bewegungen: Zunehmende Arbeitslosigkeit und Armut, »neue« Wohnungsnot, Aufstände in Sozialwohnungsgebieten und neue Besetzergenerationen veränderten die Zusammensetzung der urbanen Bewegungen, während lokale Verwaltungen angesichts zunehmender Finanznöte Interesse an innovativen und kostengünstigen Problemlösungen entwickelten.

Dieser Druck führte zu einem allmählichen Wandel in den Beziehungen zwischen Bewegungen und lokalen Verwaltungen, von einer konfrontativen zu einer kooperativen Beziehung. Die lokalen Regierungen entdeckten, dass die Stadtteil- und zivilgesellschaftlichen Organisationen über ein Potenzial verfügten, das ihnen helfen konnte, ihre Finanz- und Legitimationsprobleme zu lindern. In diesem veränderten Kontext gingen die Bewegungen nach und nach »vom Protest zum Programm« über, denn dies half, ihre alternative Praxis auf stabilere Füße zu stellen. Mit Hilfe einer neuen Generation lokalstaatlicher Programme zur städtischen Revitalisierung sanierten sie ihre besetzten Häuser, schufen dabei Ausbildungsplätze, Qualifizierungs- und Integrationsangebote; dabei professionalisierten sie ihre Projekte mehr und mehr und konzentrierten sich zunehmend darauf, ihre Praxis in lokale Stadtteilentwicklungsprogramme einzuklinken und (mehr oder weniger alternative) Dienstleistungen zu entwickeln.[4]

Diese Entwicklung führte allerdings zu einer Spaltung zwischen den zunehmend professionalisierten Service-Organisationen einerseits und andererseits Gruppen, deren Bedürfnisse in diesen Arrangements nicht zum Zuge kamen und die sich folglich radikalisierten. Darüber hinaus komplizierte sich das Terrain durch das Aufkommen unterschiedlicher neuer, in den Mittelklassen verankerter Bewegungen, die über das ganze politische Spektrum verstreut waren und von defensiven NIMBY-Gruppen *(not in my backyard)* bis hin zu progressiven und Umweltschutzgruppen reichten. Kurz, in dieser frühen Phase der Neoliberalisierung zeigten sich vielfältige und stärker fragmentierte Protestformen in den Städten. Das Bewegungsmilieu splitterte sich zunehmend in Teile auf, die kaum gemeinsam politisch

agierten, weil es nur geringe Übereinstimmungen gab.

Ab den 1990er Jahren, als neoliberale Regime begannen, auf die Probleme und Widersprüche der vorherigen Sparpolitik-Phase zu reagieren, kann von einer dritten Phase gesprochen werden. Zwar blieb der grundlegende neoliberale Imperativ, der städtischen Raum als Wachstumsarena und zur Durchsetzung von Marktdisziplin mobilisierte, als dominierendes kommunalpolitisches Projekt erhalten. Hinzu kam nun eine Betonung flankierender Mechanismen zur Abmilderung dieser Probleme, etwa lokale wirtschaftliche Entwicklungspolitik und kommunale Programme. Damit wurden die soziale Infrastruktur, die politische Kultur und die ökologischen Grundlagen der Stadt thematisiert – mit dem Fokus auf ihrer ökonomischen Verwertbarkeit. Neue Reformdiskurse (über Stadtteilerneuerung und soziales Kapital) sowie neue Institutionen und Formen sozialer Leistungen wurden eingeführt (integrierte Quartiersentwicklung, öffentlich-private Partnerschaften, alle mit Betonung auf bürgerschaftlichem Engagement).

Die Konsequenzen dieser neuen städtischen Entwicklungspolitik und der faktischen Erosion sozialer Rechte, die sie mit sich brachte, ließen neue Abwehrbewegungen entstehen, die sich und ihre verbliebenen Privilegien zu schützen suchten; doch sie politisierten zugleich die Auseinandersetzungen in Richtung der Frage, wem die Stadt eigentlich gehören solle. Im Laufe dieses Jahrzehnts schwappten immer wieder neue Wellen von gegen Gentrifizierung gerichteten Kämpfen über New York, Paris, Amsterdam, Berlin und Zürich und später auch Istanbul und Zagreb, und Parolen wie *»Die, yuppie scum!«* globalisierten sich – während die professionalisierten Stadtteilgruppen in kommunale Revitalisierungs- und Aktivierungsprogramme kooptiert wurden.

Mit dem Dotcom-Crash 2001, am Höhepunkt und zugleich Beginn der Krise des Neoliberalismus, treten wir in eine (vierte) Phase ein, in der Urbanisierung zum globalen Phänomen geworden ist dank der Integration der Finanzmärkte, die ihre Flexibilität und Deregulierung weltweit für eine schuldenfinanzierte Strategie städtischer Entwicklung genutzt haben. Während Wachstumsraten in dieser Phase zu stagnieren begannen, verschärften sich die sozialen Spaltungsprozesse und drücken sich zunehmend in sozialräumlichen Polarisierungen aus. Gleichzeitig haben »Sozialreformen« überall Wohlfahrt durch Workfare ersetzt. Diese Entwicklungen begrenzten und verengten auf vielfache Weise den Raum für sozialen Widerstand. Die Bewegungen agieren nun nicht mehr innerhalb der keynesianischen Stadt, in der Kämpfe zur Verbesserung des kollektiven Konsums noch möglich waren. Stattdessen sind die Bewegungen mit einer »neoliberalen Stadt« konfrontiert, wo sie hauptsächlich entlang von drei Bruchlinien von sich intensivierender Neoliberalisierung städtischen Regierens mobilisieren:

1 | Primäres Kennzeichen neoliberalen städtischen Regierens ist die Dominanz der Wachstumspolitik. Dieses hat Proteste ausgelöst gegen die Formen, Ziele und Wirkungen einer Stadtentwicklung, die sich primär an den Interessen der multinationalen Konzerne

orientiert: Städtische Bewegungen bekämpfen die Investitionen in glitzernde neue City-Zentren oder Megaprojekte für Sport und Unterhaltung, sie wehren sich gegen die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums und die damit einhergehende Aufrüstung und Überwachung, und sie protestieren gegen die Selbstvermarktung der Städte in der globalen Konkurrenz und die gleichzeitige Vernachlässigung von Vierteln, die dabei auf der Strecke bleiben. In vielen Städten führte die Forderung, statt Konzern- und Investoreninteressen auch Bürgerinteressen bei der Stadtentwicklung zu berücksichtigen, zur Einrichtung von Bürgerhaushalten. Solche Verfahren partizipativer Haushaltsplanung werden allerdings hierzulande weniger von Bewegungen angeeignet als beispielsweise in lateinamerikanischen Städten. Im Kampf gegen die Militärdiktatur und anschließend um die Redemokratisierung hat sich dort eine Kultur demokratischer Teilhabe entwickelt, und mit der neuen Verfassung in Brasilien von 1989 wurden Möglichkeiten für Formen direkter Demokratie sowie neue Kommunalräte geschaffen, in denen Bürger mit Stimm- und Beschlussfassungsrecht die traditionelle Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft tatsächlich transzendieren.[5]

2 | Eine zweite Bruchlinie entfacht Mobilisierungen gegen die Neoliberalisierung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, gegen den Abbau des Sozialstaats und für soziale und Umweltgerechtigkeit. Diese Mobilisierungen kommen immer öfter in Koalitionen zusammen mit Stadtteil- und Gewerkschaftsgruppen und solchen, die für die Rechte (migrantischer) Arbeiter kämpfen. In Deutschland sind es lokale Mobilisierungen gegen die Hartz-Gesetze, in Italien die sozialen Zentren, in den USA die *Workers Centers*. Diese Bewegungen führen die Organisierung um Konflikte am Arbeitsplatz mit Problemen im Quartier auf neue Arten zusammen und vereinen die Forderungen der prekär Beschäftigten mit denen der Arbeitslosen in neuen Koalitionen von Gewerkschaften und Organisationen, die für soziale Rechte kämpfen.

3 | Eine dritte Bruchlinie wurde zuerst von den transnationalen Anti-Globalisierungs-Bewegungen thematisiert, die auf dem Weltsozialforum und anderen Treffen auf globaler Ebene erkannt haben, dass »das Lokale« – ihre Stadt – der Ort ist, wo die Globalisierung »landet« und sich materialisiert, wo globale Themen ihre lokale Form erhalten. Diese Bewegungen fordern nicht nur die Demokratisierung internationaler Institutionen, sondern haben sich zunehmend der Verteidigung öffentlicher Dienstleistungen und Institutionen in ihren Städten zugewandt, weil sie entdeckten, dass Themen wie die Privatisierung öffentlicher Güter und die Verletzung sozialer Rechte sie real mit Bewegungen überall auf der Welt verbinden. Organisationen wie die Sozialforen oder Attac haben die Forderung nach »globaler Gerechtigkeit« auf die lokale Ebene getragen, wo sie Kampagnen gegen Einschnitte bei den Sozialsystemen und für Rechte eingewanderter Arbeiter oder Arbeiter im Workfare-System organisieren und Koalitionen mit lokalen Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen schmieden.

Während die Neoliberalisierung der Stadt also in vielerlei Hinsicht ein feindlicheres

Umfeld für progressive Bewegungen geschaffen hat, sorgte sie doch auch für eine globalere Artikulation städtischen Protests und sie hat einige dieser Stränge unter dem gemeinsamen Motto des »Rechts auf Stadt« wieder zusammengeführt.

DIE AKTUELLE PHASE: RECHT AUF STADT

Die Rezession, die 2008 die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder erfasst hat, eröffnet den städtischen Bewegungen ein Gelegenheitsfenster. Überall in Europa – von Athen bis Kopenhagen, von Reykjavik bis Rom, von Paris bis London, von Riga bis Kiew – brachen Demonstrationen, Streiks und Proteste aus. Seit dem Frühjahr 2009 wurden diese Proteste zunehmend koordinierter und besser organisiert. Im März 2009 und wieder im Juni 2010 kam es in mehreren deutschen Städten zu Demonstrationen und anderen Aktionen unter dem Motto »Wir zahlen nicht für eure Krise.« In einer Aktionswoche unter dem Banner »*Put people first*«, die sich auf das G20-Treffen 2009 in London konzentrierte, wurde auch ein Klimacamp vor dem Gebäude der *European Climate Exchange* eingerichtet, womit verdeutlicht wurde, dass eben dieses für die Krise verantwortliche Finanzsystem nun mit der Reduktion von Emissionen betraut wird über die künstliche Schaffung eines Markts für CO_2-Zertifikate. Auch 2010 fanden vielerlei Aktionen, Tribunale und Proteste gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Steuerzahler statt, die sich in vielen Städten v.a. Frankreichs und Spaniens zugespitzt haben.

Dabei sind es keineswegs nur die Anti-Globalisierungs-Bewegung und auch nicht nur junge Aktivisten, die über die unzulänglichen Reaktionen ihrer Regierungen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise aufgebracht sind und die sich darüber erregen, welch riesige Summen an öffentlichen Geldern an die Banken ausgeteilt werden, während entlassene Arbeiter und ihrer Häuser verlustig gegangene Wohnungseigentümer wenig Hilfe erhalten; immer mehr Menschen beginnen, die Legitimität dieses Systems anzuzweifeln. Die Rezession hat die Bruchstellen sichtbar gemacht, entlang derer die städtischen sozialen Bewegungen in den letzten Jahren mobilisiert haben, und sie hat damit ihre Forderungen und Argumente über die Destruk-



Skaterin unter der Manhattan Bridge, Chinatown, NYC. flickr/moriza

tivität und mangelnde Nachhaltigkeit des neoliberalen Wachstumsmodells bestätigt.

In dieser Situation, in der eine wachsende Zahl von Stadtbewohnern ihre lang für selbstverständlich gehaltenen Rechte schwinden sieht, ist das »Recht auf Stadt« zu einem brisanten Thema geworden. Es findet bei unterschiedlichen Gruppen Anklang, die in der einen oder anderen Form den Verlust angestammter Rechte erfahren: Soziale, politische, ökonomische sowie Bürgerrechte, Zugangs- wie Mitbestimmungsrechte schwinden. Bewegungen, die sich um die drei skizzierten Bruchlinien gebildet haben, könnte es gelingen, benachteiligte und ausgeschlossene Gruppen mit antikapitalistischen und globalisierungskritischen Gruppen (die vielleicht nicht materiell benachteiligt, aber kulturell entfremdet oder unzufrieden sind) zusammenzubringen; stellenweise ist dies bereits geglückt. Verknüpfungen zwischen den Kämpfen in den Metropolen der so genannten Ersten Welt und denen in Städten des Globalen Südens – wo der Widerstand gegen Privatisierung, Spekulation, Zwangsräumungen und Vertreibung um einiges existenzieller ist – sind ganz konkret und spürbar geworden, als viele Gruppen feststellten, dass häufig dieselben globalen Konzerne und Immobilienentwickler für die Vertreibung, Räumung oder Privatisierung öffentlicher Güter verantwortlich sind.

Das Motto »Recht auf Stadt« leuchtet in dieser Situation unmittelbar ein: Es verdichtet Themen und ist mobilisierungsträchtig.

Allerdings beziehen sich die Bewegungen unterschiedlich auf die Forderung. Auf der einen Seite sehen wir Bewegungen, die Lefebvres Ansatz folgen, demzufolge Urbanisierung als Transformation der Gesellschaft und des täglichen Lebens durch das Kapital verstanden wird. Gegen diese Urbanisierung suchte Lefebvre, Rechte vermittels sozialen und politischen Handelns zu *schaffen*: Die Straße – und ihre Inanspruchnahme – kreieren solche Rechte. In diesem Sinne ist das Recht auf Stadt weniger eine juristische Angelegenheit als eine oppositionelle Forderung, die die Ansprüche der Reichen und Mächtigen anzweifelt. Es ist ein Recht auf Umverteilung, nicht für alle, sondern für diejenigen, die dieses Rechtes beraubt sind und seiner bedürfen. Es ist ein Recht, das nur in dem Maße existiert, wie die Menschen sich es (und die Stadt) nehmen. Diese Art von Aneignung meinte Lefebvre im 1968er Paris zu entdecken, und darauf beziehen sich heutige Gruppen – teils explizit, teils implizit. Ob in Hamburg, Berlin oder Zagreb: In vielen lokalen Kämpfen beziehen sich Aktivisten auf dieses Konzept und versuchen, Bündnisse über Städte- und Themengrenzen hinweg zu bilden, zwischen Hausbesetzern und Künstlern, linken Organisationen und Kulturschaffenden, Kleinunternehmern und prekär Arbeitenden – denn sie alle erfahren sich durch Gentrifizierung, Großprojekte und Vertreibung bedroht. In den USA wird das Konzept als Organisationsprinzip angewandt, wie bei der *Right to the City Alliance* (vgl. Jon Liss in diesem Heft).

Auf der anderen Seite hat das »Recht auf Stadt« jedoch auch bei internationalen NGOs und diversen Lobbyorganisationen Zugkraft entwickelt, und auch hierzulande beteiligen sich Kommunalpolitiker am »Internationalen Trialog«, gesponsort bspw.

durch die Friedrich-Ebert-Stiftung.[6] In diesen Zusammenhängen wird zumeist Bezug genommen auf Instrumente, Agenden und Chartas, die von verschiedenen inter- und transnationalen politischen Netzwerke und NGOs entwickelt wurden, darunter solchen, die Unterstützung aus UN-Programmen wie Habitat erhalten. Bereits 2004 präsentierte die *Habitat International Coalition* zusammen mit anderen Organisationen den Entwurf einer »Weltcharta zum Recht auf die Stadt« beim Sozialforum der Amerikas in Quito und beim zweiten World Urban Forum in Barcelona; auf dem Weltsozialforum 2005 in Porto Alegre wurde diese Charta angenommen.

Das Ziel der *Weltcharta zum Recht auf die Stadt* ist die Einführung rechtlicher Überprüfungsinstrumente, um die Durchsetzung anerkannter Menschenrechte, sozialer Rechte und Bürgerrechte sicherzustellen. UN-Habitat und UNESCO setzten 2005 über eine ständige Arbeitsgruppe zu »Stadtpolitik und das Recht auf Stadt« und regelmäßige jährliche Treffen im UNESCO-Hauptsitz in Paris, Barcelona oder Montreal eine öffentliche Diskussion in Gang. Dabei versuchen UN-Habitat und UNESCO zusammen mit internationalen NGOs, einen Konsens zwischen den zentralen Akteuren – wobei Kommunalverwaltungen für sie die wichtigsten sind – über Politiken herzustellen, die nachhaltige, gerechte und demokratische Städte garantieren sollen.

In ihrem Bemühen, »unsere verwundbarsten Stadtbewohner« stärker als die Investoren und Developer ins Zentrum der Politik zu stellen, listen die Chartas spezifische Rechte auf, die eine fortschrittliche Stadtpolitik ganz besonders schützen sollte. Zum Beispiel umfasst laut Paragraph 11 das Recht auf Stadt »die international anerkannten Menschenrechte auf Wohnung, soziale Sicherheit, Arbeit, angemessenen Lebensstandard, Freizeit, Information, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Nahrung und Wasser, Schutz vor Enteignung, Mitbestimmung und Ausdrucksfreiheit, Gesundheit, Bildung, Kultur, Privatsphäre und Sicherheit, eine sichere und gesunde Umwelt«; Paragraph 12 spezifiziert eine noch längere Liste von Menschenrechten. Alle diese Rechte sollen sämtlichen »städtischen EinwohnerInnen« zugute kommen, aber einige Gruppen (wie Arme, Kranke, Behinderte und Migranten) werden als besonders schutzbedürftig hervorgehoben.

Eine amorphe Einheit wie »städtische Einwohner« als Träger des Rechts auf Stadt zu bestimmen, ist jedoch ebenso problematisch wie die Aufzählung besonders verwundbarer Gruppen. Das Problem mit der Auflistung bestimmter gefährdeter Gruppen ist, dass damit notwendigerweise diejenigen ausgeschlossen werden, die nicht in die Liste aufgenommen worden sind. Und das Problem bei der allgemeinen Kategorie »städtischer Einwohner« besteht darin, dass die städtische (Zivil-)Gesellschaft als im Grunde homogen und insgesamt als schützenswert vor (bedrohlichen) neoliberalen Kräften erscheint – als ob sich nicht auch hier wirtschaftliche und politische Akteure befänden, die an der Produktion von Armut und Diskriminierung beteiligt sind und davon profitieren. Eine solche Sicht auf die Stadt verschleiert die Tatsache, dass die städtische (Zivil-)Gesellschaft sowohl klassenmäßig als auch in Bezug auf

den Zugang zu Macht tief gespalten ist: Sie schließt ArbeiterInnen und Arme ebenso ein wie Gruppen, die von neoliberalen Strategien oder migrantenfeindlicher Politik profitieren.

Dennoch könnte man einwenden, dass diese Rechte auf Teilhabe an allem, was die Stadt zu bieten hat, wenn sie denn vollständig durchgesetzt würden, bedeutende Verbesserungen mit sich brächten. Das wird jedoch kaum der Fall sein, denn all diese aufgezählten Rechte laufen letztlich nur auf Ansprüche auf Teilhabe am gegenwärtigen System – so wie es existiert – hinaus; sie zielen nicht darauf ab, dieses real existierende System – und dabei auch uns selbst – zu verändern. Die Forderungen nach den aufgezählten einzelnen Rechten zielen jeweils nur auf einzelne Aspekte neoliberaler Politik, zum Beispiel bei der Armutsbekämpfung, aber nicht auf die zugrunde liegende Wirtschaftspolitik, die systematisch Ausbeutung, Armut und Ausschluss produziert.

Wenn man sich schließlich ansieht, wie diese Chartas in der Praxis funktionieren, stellt man fest, dass sie als Vorlage für an »good urban governance« interessierten Kommunen und NGOs gedacht sind, die dann durch UN-Habitat-Kampagnen, wie bspw. die »Global Campaign on Urban Governance«, beworben werden. In solchen Kampagnen wird anhand von Techniken für partizipatorische Entscheidungsfindung, Transparenz in lokalem Regierungshandeln oder Bürgerhaushalten demonstriert, wie diese Prinzipien in die Praxis umgesetzt werden können. Solche »toolkit«-Angebote mögen hilfreiche Leitlinien bieten, aber sie blenden die Tatsache aus, dass eine grundlegende Erneuerung der Stadt immer auch ein Kampf um Macht ist, und dass dieser Kampf nicht (lokalen) Regierungen überlassen werden kann, auch nicht sozialdemokratischen.

Sicherlich steigert die öffentliche Anerkennung durch staatliche und UN-Institutionen den Einfluss der Recht auf Stadt-Forderungen und der sie tragenden Bewegungen. Aber gleichzeitig verändern die Chartas und die sie vertretenden Koalitionen in diesem Prozess den politischen Bedeutungsgehalt des umkämpften Rechts auf Stadt. Sie tendieren zur Verwässerung und Entschärfung von Bewegungsforderungen, die tatsächlich auf die Transformation der existierenden Stadt zielen.

Wir können also schlussfolgern, dass das Recht auf Stadt heute auf der Agenda steht. Potenzielle Akteure für diesen Kampf zeigen sich überall und die Chancen für Konvergenzen und Koalitionen werden immer besser. Aber die Bewegung für das Recht auf Stadt birgt neue Fallen und Tücken, die unsere Achtsamkeit erfordern, wie anhand der Chartas und der entsprechenden *toolkits* aufgezeigt wurde. Nicht nur auf dem NGO-dominierten internationalen Terrain, auch in den lokalen Auseinandersetzungen gilt es, auf neuartige Klippen und Untiefen zu achten. Gerade in den gefeierten neuen Koalitionen, wo – wie in Hamburg oder Berlin – alternative Kulturschaffende, autonome Häuserkämpfer und Verteidiger historischer Bausubstanz im Kampf gegen *Developer* und Investoren zur Rettung bedrohter Quartiere zusammenfinden, sind spezifische Kooptations- und Spaltungsprozesse oft programmiert. Zum Beispiel dort, wo Gruppen – besonders

unter früheren Hausbesetzern und jungen Kulturaktivisten – sich mehr für eine Stadt interessieren, die ihren – selbstbestimmten, autonomen und sonst wie politisch korrekten – Freiraum garantiert, und sich weniger um die Ausgrenzung und Repression benachteiligten Gruppen bekümmern. Solchen Gruppen und Projekten gelingt es zunehmend, ihr eigenes Überleben dadurch zu sichern, dass sie sich in die frisch aufgelegten Programme zur Beförderung der »kreativen Stadt« einklinken, welche die dynamischen lokalen kulturellen Milieus als Standortvorteil in der sich verschärfenden Städtekonkurrenz zu instrumentalisieren trachten. Um als soziale Bewegungen Stärke zu entfalten und nicht nur alternative Spielwiesen zu sichern, müssten die Beteiligten sowie (partei)linke Unterstützer bei ihrer Strategieentwicklung realisieren, dass befreite Räume auch immer in die dominante Praxis (re)absorbiert werden können; gerade die neoliberale (Stadt)Politik ist besonders geschickt und erfolgreich im Kapern und Vereinnahmen oppositioneller und rebellischer Forderungen und Repertoires. Diese Realisierung ist umso mehr geboten, als – global gesehen – wenig gewonnen ist, wenn wir die europäischen Städte zu interessanten Biotopen kulturell ambitionierter und ökologisch aufgeklärter »kreativer Klassen« entwickeln. Vielmehr gilt es auch, die relative Privilegiertheit der reichen Regionen im Auge zu behalten, um angemessene Kriterien für unsere politischen Ziele zu definieren. Auf diesen zentralen Zusammenhang verwies Mike Davis[7] knapp und treffend:

»Demonstrationsprojekte in reichen Vierteln und wohlhabenden Ländern werden die Welt nicht retten. Sicherlich können heute die Reicheren aus einer Fülle von Angeboten für Öko-Lebensweisen wählen, aber was ist unser Ziel? Wohlmeinenden Prominenten zu ermöglichen, mit ihrem CO_2-armen Lebensstil zu prahlen, oder Solarenergie, Toiletten, Kinderkliniken und öffentliche Verkehrssysteme in arme Regionen zu bringen?«

Aus dem Englischen von Daniel Fastner und Margit Mayer

---

1 1999 hat Rot-Grün das Städtebauförderungsprogramm »Soziale Stadt« aufgelegt. Das Bundesbauministerium unter Ramsauer avisiert nun (Oktober 2010) nicht nur eine 25-prozentige Kürzung, sondern auch eine Reduktion auf reine Bauvorhaben, d.h. soziale Projekte – das zentrale Element der »Sozialen Stadt« – wären nicht mehr förderungsfähig (http://sozialestadt2011.wordpress.com/).

2 Alexander Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, 1965 erstmals veröffentlicht, 2008 neu aufgelegt.

3 Manuel Castells beispielsweise entwickelte seine Definition städtischer Bewegungen aus der Praxis jener Zeit heraus und konstatierte, dass nur solche Bewegungen, die Kämpfe um gesellschaftlichen Konsum mit solchen für *community*-Kultur und politische Selbstverwaltung verbänden, als soziale Bewegungen gelten könnten und fähig wären, städtische Bedeutungszuweisungen zu transformieren (Castells, The City and the Grassroots, London 1983).

4 Die Etablierung alternativer Sanierungsträger, die Einführung von Selbsthilfeförderprogrammen und die Finanzierung von Initiativen auf dem Zweiten Arbeitsmarkt verlief allerdings selten reibungslos, aber bis Mitte der 1980er Jahre waren auch die vergleichsweise anti-staatlich eingestellten westdeutschen Bewegungsprojekte Empfänger von »Staatsknete« oder fanden sich als Modellprojekte im Rahmen kommunaler Beschäftigungs- und Sozialprogramme. Vgl. M. Mayer, »Staatsknete und neue soziale Bewegungen«, in: Thomas Kreuder, Hanno Loewy (Hg.), Konservativismus in der Strukturkrise. Frankfurt/M 1987, 484–502.

5 Vgl. Lutz Brangsch, *Der Beteiligungshaushalt in Porto Alegre*, Rosa-Luxemburg-Stiftung Seminarmaterial März 2007, http://www.brangsch.de/partizipation/interv.htm

6 Internationale Konferenz »Recht auf Stadt. Wie Bürger/innen Stadt und Politik gestalten. Istanbul – Mexiko-City – Berlin«, 30. Oktober 2010, www.fes.de/aktuell/documents2010/101030_Stadt.pdf

7 Mike Davis, »Who Will Build the Arc?«, *New Left Review* 61, Januar–Februar 2010, 44

TEL AVIV FÜR ALLE!

DOV KHENIN

Zu den Kommunalwahlen in Israel im November 2008 trat in Tel Aviv-Yaffo die Liste »Stadt für alle« (im Folgenden SFA) an. Sie präsentierte sich mit einem linken Programm, das auf ein Bündnis verschiedener über die Stadt verteilter Initiativen zurückging. Zunächst schien das aussichtslos, doch dann wurde die Liste zu einer wirklichen Gefahr für die etablierten Parteien und konnte einen nie dagewesenen Wahlerfolg erringen.

Die israelische Linke ist über die Einschätzung der aktuellen Situation des Landes gespalten. Einige zeichnen ein dichotomes Bild: Danach leben wir in einer kolonialistischen Gesellschaft, in der es Segregation und Ausbeutung auf ethnischer Grundlage gibt. Auf der anderen Seite steht das arabisch-palästinensische Kollektiv, das die Fesseln der Besatzung und der nationalen und zivilen Unterdrückung abschütteln will. Diese Beschreibung wird belegt durch die auf palästinensischem Boden errichtete Mauer, die Kontrollposten, die Diskriminierung

der innerhalb der Staatsgrenzen lebenden arabischen Bevölkerung in allen Lebensbereichen sowie durch den Durst der Beduinen im Negev und die in krassem Gegensatz dazu stehenden Schwimmbäder in den reichen jüdischen Siedlungen. Eine andere Erklärung geht von einer marxistischen, klassenbezogenen Sicht aus. Aus dieser Perspektive besteht die israelische Gesellschaft als Ganze aus verschiedenen Schichten und ist in sich tief gespalten, wobei der größte Teil der jüdischen und arabischen Bewohner des Landes ein gemeinsames Interesse hat, eine radikale Veränderung der Machtverhältnisse und der Verteilung der Ressourcen herbeizuführen – was ich im Folgenden zeigen möchte.

Tel Aviv-Yaffo stellt einen Zusammenschluss zweier ungleicher Städte dar: Auf der einen Seite steht das große und reiche Tel Aviv, eine jüdische Stadt mit wenigen dort lebenden Arabern, und auf der anderen Seite die jüdisch-arabische Stadt Yaffo, die im historischen Palästina eine zentrale Rolle spielte, nach der Staatsgründung von Tel Aviv einverleibt und zu einem armen und vernachlässigten Vorort an deren Rand wurde. Mit Ron Huldai wird die Stadt von einem starken Bürgermeister geleitet. Er trieb die kapitalistische Entwicklung der Stadt voran, Stadtteile wurden saniert, Industriegebiete und Einkaufszentren gebaut sowie Bürowolkenkratzer und luxuriöse Wohnhäuser im Herzen der Stadt errichtet. In Tel Aviv entstand die Vision eines »Manhattan« mit einem reichen Geschäftszentrum und touristischer Struktur sowie einer Peripherie für die arbeitende Bevölkerung, die dieses gewaltige Unternehmen in Gang hält. Die Stadt gilt als Ort, an dem sich gut leben lässt. Sie wurde zum Magneten für viele Israelis, insbesondere jüngere, die in der Metropole ein ansprechendes Kulturleben finden.

Bürgermeister Ron Huldai gelang es im Vorfeld der Wahlen, eine breite Koalition von ihn unterstützenden politischen Kräften zu bilden, deren wichtigste Vertreter die Arbeitspartei und »Kadima« waren, die damals an der Regierung war. Außerdem gelang es ihm, die zentrale Aktivistin der Meretz-Partei, die ehemalige Knessetabgeordnete Yael Dayan, auf einem der ersten Listenplätze zu platzieren. Auch die Unterstützung der rechten Parteien (Likud, Israel Beitenu und die nationalreligiösen Parteien) sowie des ultraorthodoxen Blocks und der Partei der Renter konnte er sichern. Unter diesen Bedingungen schien es aussichtslos, Huldai an der Urne herausfordern zu wollen.

Der Erfolg von SFA kam daher für viele überraschend: Sie ging aus den Wahlen als stärkste Fraktion im Stadtparlament hervor. Fünf Mandate (von insgesamt 30) konnten bei diesem ersten Versuch gewonnen werden. Meine Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters erhielt trotz meines »problematischen« Hintergrundes als Kommunist, Nichtzionist und Vertreter dezidierter linker Positionen mehr als 34 Prozent (in absoluten Zahlen über 46 000 Stimmen). Dieser Erfolg lässt sich nur mit Blick auf die inneren Widersprüche in der israelischen Gesellschaft analysieren. SFA war in erster Linie deshalb erfolgreich, weil es ihr gelang, das Augenmerk auf die gesellschaftlichen Widersprüche in dieser israelischen Großstadt zu richten, darauf fortschrittliche Antworten zu finden

und auf dieser Grundlage massive Kräfte für eine Veränderung zu mobilisieren.

SFA versteht sich als radikale ökologisch-gesellschaftskritische Kraft. Sie schnitt in den wohlhabenden Wohngegenden, vor allem im Norden Tel Avivs, eindeutig schwächer ab. Demgegenüber gelang es, in den Hochburgen der israelischen Rechten in den armen jüdischen Stadtvierteln im Südosten der Stadt Fuß zu fassen. Einen großen Sieg errang sie im Zentrum, wo die meisten Bewohner zur Miete wohnen [während in den wohlhabenderen Gegenden Wohneigentum die Regel ist, d.Üb.].

Beispiellos in der Geschichte israelischer Wahlen ist die Altersstruktur der Wähler. SFA wurde von fast 75 Prozent der Wähler unter 35 unterstützt, aber nur von einer Minderheit der über Fünfzigjährigen.

Eine Gruppe junger linksgerichteter Gesellschafts- und Umweltaktivisten initiierte »Stadt für Alle« auf der Grundlage von Foren etwa ein Jahr vor den Wahlen. Diese entstanden in der Zeit vor den Wahlen in der ganzen Stadt – einige davon stadtteilbezogen, die meisten jedoch waren stadtteilübergreifend und thematisch orientiert, zum Beispiel auf den Gebieten Umwelt und Verkehr, Wohnen, Arbeit und Sozialwesen, Erziehung, städtische Demokratie und Rechte von Homosexuellen, Lesben, Bi- und Transsexuellen. Entscheidungen wurden gemeinsam in einem Koordinationsausschuss getroffen, der sich aus den gewählten Vorsitzenden der Foren zusammensetzte. Die gewählten Vertreter – wir gingen davon aus, dass sie in der Opposition und ohne Gehalt arbeiten würden – sollten durch ein beschlussfähiges Gremium aus dem Bündnis unterstützt werden und als »erweiterte Fraktion« dienen.

SFA wollte konkrete Alternativen erarbeiten in den Bereichen Verkehr, Wohnungsbau, Erziehungs- und Wohlfahrtseinrichtungen und die Erweiterung der städtischen Demokratie unter Einbeziehung der Öffentlichkeit vorantreiben – und so die fortschrittlichen Werte aus Gesellschafts- und Umweltpolitik auf die verschiedenen Ebenen der Stadtplanung übertragen. Ein Beispiel: Mangels eines effizienten öffentlichen Verkehrssystems sind die meisten Bewohner der Stadt und die darin arbeitenden Menschen auf private PKW angewiesen. Dies führt zu immer schlimmer werdenden Staus, einer hohen Luftverschmutzung und einer permanenten Parkplatznot. Während vieler Jahre stand das Parkplatzproblem im Zentrum der Wahlkämpfe in der Stadt, und unter dem Einfluss von Medienberatern pflegten Politiker, Versprechungen zur Problemlösung zu machen wie etwa die Senkung der Preise in bestehenden und Errichtung weiterer öffentlicher Parkhäuser, Aussetzung der Parkvorschriften in der Nacht etc.

Dem hielt SFA entgegen, dass das wahre Problem nicht der Mangel an Parkplätzen, sondern das Fehlen eines modernen und effizienten öffentlichen Nahverkehrssystems sei. Ein Netz von schnellen Busverbindungen (Quer- und Längsverbindungen) sollte geschaffen werden, denen besondere, ausschließlich dem öffentlichen Verkehr dienende Spuren bereitgestellt werden sollten. Ein in dichtem Zeittakt funktionierendes und glaubwürdiges öffentliches Verkehrssystem würde die Menschen veranlassen, dieses dem PKW zu vorzuziehen (wie zum Beispiel in der brasilianischen Stadt Cortiva). Gleichzeitig schlugen wir vor, Radfahrern und Fußgängern Priorität einzuräumen,



»Picture the homeless« besetzte im März 2009 ein leerstehendes Gebäude in New York. Es gehörte einer Bank, die Geld aus dem Bailout der Regierung erhalten hatte. Der anrückenden Polizei zeigten sie ihre Steuerbescheide – da die Bank mit ihrem Geld gerettet worden sei, hätten sie ein Anrecht, das ungenutzte Eigentum der Bank zu nutzen. Alle Bilder dazu: flickr/notanalternative

und regten eine Vielzahl von Verbesserungen in der städtischen Verkehrsplanung an.

Eine ähnliche Logik bestimmte den Wohnungsbau: Ein drastischer Anstieg der Immobilienpreise im letzten Jahrzehnt bildete einen starken Anreiz für die Stadtverwaltung, die alteingesessene Bevölkerung aus bestimmten Wohngegenden durch reiche Einheimische und Ausländer zu ersetzen. An einigen Orten entstanden Luxushochhäuser und abgeschlossene Komplexe. Im Zuge dieses Prozesses eignete sich die Stadt offene Flächen an, zerstörte alte städtische Wohngebiete, schnitt Wohngegenden von der Meeresluft ab, erschwerte den freien Zugang zum Strand und verursachte eine hohe Verkehrsbelastung im Stadtzentrum. Diese Politik traf junge Menschen besonders hart. SFA forderte dagegen, das Angebot an kleinen und mittelgroßen Wohnungen zum Nutzen der jungen und älteren Bevölkerung von Tel Aviv-Yaffo zu vergrößern, zusätzlich zur Förderung eines erschwinglichen öffentlichen Wohnungsbaus unter der Ägide der Stadtverwaltung. Auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen hat sich SFA verpflichtet, in einer von ihr geführten Stadtverwaltung alle ihre Angestellten auf der Grundlage von Tarifverträgen anzustellen und auf Subunternehmer zu verzichten. Die Privatisierung der Erziehungs- und Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt soll aufgehalten und Stadtverwaltung und öffentliche Hand wieder als Verantwortliche in diesen Bereichen eingesetzt werden. Gegen die Vision eines nahöstlichen Manhattans stellte SFA einen egalitären und nachhaltigen Urbanismus. Mit dem Slogan »Gebt die Stadt ihren Bewohnern zurück« war zum einen eine gerechte Verteilung der städtischen Ressourcen gemeint, zum andern eine verstärkte Beteiligung der Öffentlichkeit am politischen Prozess, die Transparenz der städtischen Institutionen und die Stärkung von Nachbarschaftsausschüssen.

Für Yaffo forderte SFA eine jüdisch-arabische Kooperation bei der Verwaltung der städtischen Ressourcen. Vertreter der arabischen Community in Yaffo sollten in unsere Liste einbezogen werden, sind dann aber mit einer eigenen Yaffo-Liste zu den Wahlen angetreten. Sie konnte einen Sitz im Stadtparlament erringen und arbeitet nun eng mit SFA zusammen.

SFA stellte ein Forum für Organisationen und Aktivisten dar. Großen Anteil an der Erweiterung der Liste hatte die Zusammenarbeit mit städtischen Protestinitiativen, etwa gegen die Zerstörung einer Sportanlage, mit Elterninitiativen, die gegen die Schließung von städtischen Kindergärten in ihren Wohngegenden protestierten, mit Mietrechtbündnissen etc. Viele Aktivistinnen und Aktivisten, die zuvor nicht »Stadtpolitik« gemacht haben, wurden Teil von SFA.

Einer der schärfsten Konflikte, an denen SFA beteiligt war, war der Widerstand von jüdischen Bewohnern des Kfar-Shalem-Viertels, einer seit langem bestehenden Wohngegend (errichtet auf den Ruinen eines 1948 zerstörten arabischen Dorfes). Das Viertel sollte zugunsten von großen Immobilienprojekten geräumt werden. Einige Vertreter der Nachbarschaftsinitiative gehörten zur politischen Rechten und traten nach einiger Zeit offiziell SFA bei. Parallel dazu begannen sie mit arabischen Bewohnern von Yaffo zusammenzuarbeiten, die sich gegen die Zerstörung ihrer

Häuser engagierten. Sie fanden eine gemeinsame Sprache und entwickelten mit vereinten Kräften Aktionsmodelle für die Stadtpolitik, die eine direkte Auswirkung auf die Bevölkerung in verschiedenen Stadtteilen hatten. Aharon Modal, der Vorsitzende des Nachbarschaftskomitees Kfar Shalem, ist heute für SFA im Stadtparlament, was wiederum positive Auswirkung auf die Bewohner des Viertels und ihre Kämpfe hat.

Letzten Endes war SFA eine Art Interessensgemeinschaft von Aktivisten, die ihre Interessen im Wahlkampf vertraten. Nicht Altruismus oder Mitleid mit den Schwachen, sondern der Kampf im wohlverstandenen eigenen und gemeinsamen Interesse gegen den Apparat, für die Rückgewinnung der Stadt, die ihnen entrissen worden war.

Die Vielzahl von Aktionsfeldern der in SFA versammelten Aktivisten ermöglichte uns einen direkten Zugang zu fast jeder Wohngegend der Stadt. Der Wahlkampf von SFA wurde fast ohne Mittel geführt. Sie wurde weder von finanzstarken Personen oder bestehenden politischen Parteien unterstützt, noch konnte sie die staatliche Parteienunterstützung in Anspruch nehmen, da sie im damaligen Stadtparlament nicht vertreten war. Das Hauptkapital waren die etwa 2 000 freiwilligen Helfer: Sie engagierten sich in Wahlkampfaktivitäten, zeigten Präsenz in der Stadt, verteilten Werbematerial, führten Gespräche mit Verwandten und Freunden und achteten am Wahltag auf einen sauberen Wahlverlauf. Unser wichtigstes Werbemittel, mit dem wir unsere Präsenz in der Stadt demonstrieren wollten, waren auf Balkonen aufgestellte Schilder. Im Gegensatz zu den



»protzigen« Werbeflächen der anderen Kandidaten überzeugte SFA viele hunderte Bürger, auf ihren Balkonen in der ganzen Stadt einfache, lediglich aus drei Farben bestehende Schilder aufzustellen, auf denen nur der Name der Organisation und des Kandidaten standen. Sie zeigten, dass hinter den Schildern – und hinter »Stadt für Alle« – Menschen stehen, nicht Geld. SFA nutzte gezielt den öffentlichen Raum. Die Bürgermeister-Kandidatur etwa wurde in einem Park verkündet, der in den 1980er Jahren Schauplatz massiver Proteste gegen die damalige Stadtregierung war.

Viele, meist ehrenamtliche Anstrengungen wurden unternommen, um eine effektive

Internetkampagne zu führen: Kurzfilme setzten sich mit Stadtpolitik auseinander, beteiligten Künstler und andere bekannte Persönlichkeiten und wurden von vielen Menschen gesehen. Mit der Internetkampagne konnten auch weitere Unterstützer gefunden und ein ständiger Austausch zwischen Aktivisten und der Leitung von SFA organisiert werden.

Im Wahlkampf wurden wir von allen Seiten angegriffen: Von der Huldai-Koalition, der Meretz-Liste, die in uns eine Bedrohung ihres Einflusses in der Stadtpolitik von links sah, von der Liste der Grünen in Tel Aviv, die in ihrer Umweltpolitik eine strikte Trennung zwischen Umweltfragen einerseits und politischen und gesellschaftlichen Themen andererseits vornahm. Am Vorabend der Wahl erhielten die Bewohner Tel Avivs ein Flugblatt in den Farben von SFA (rot und grün) mit meinem Bild und mit Zitaten auf der Rückseite, die mich als Volksfeind präsentieren sollten.

Dennoch ist es gelungen, die Agenda für den Wahlkampf zu bestimmen. Die Stadtregierung musste die bestehende Wohnungsnot und das Verkehrsproblem anerkennen und ihre Verantwortung für deren Lösung eingestehen. Das Parkplatzproblem musste dem Problem »öffentlicher Verkehr« weichen, und die Ideen von SFA für den Kampf gegen die Wohnungsnot und für die Lösung der Umweltprobleme wurden in die Programme der anderen Listen »hineinkopiert«; Parolen wie »bezahlbare Wohnungen für alle« wurden schließlich von allen Bewerbern akzeptiert. Es war uns gelungen, bei unseren Gegnern eine Änderung der Positionen – nicht nur als Lippenbekenntnis – zu erreichen.

Unmittelbar nach den Wahlen erklärte SFA, dass sie als Opposition gegen den amtierenden Bürgermeister fungieren würde, obwohl es große Vorteile gehabt hätte, der Koalition beizutreten (nicht zuletzt Gehälter für die Abgeordneten). Seither arbeitet die Liste auf ehrenamtlicher Basis, wobei die amtierenden Abgeordneten Vertreter einer aktiven, recherchierenden Organisation sind, die in die öffentlichen Auseinandersetzungen in der Stadt involviert ist und ein anregendes Leben als Bewegung führt.

Die Fraktion hat aus der Opposition heraus Veränderungen bewirkt: Unter anderem werden die Abstimmungen der Abgeordneten dokumentiert, die Sitzungen des Parlaments im Internet übertragen und Kommunikationskanäle mit den Bewohnern erweitert. Die Abrisspläne für Häuser im Kfar-Shalem-Viertel wurden gestoppt. Zum ersten Mal seit Jahren werden Anstrengungen unternommen, das öffentliche Verkehrssystem zu verbessern.

SFA erregt über die Stadt hinaus Aufsehen, wenn auch mit eher oberflächlichen Beobachtungen, dass junge Menschen sehr wohl für Politik zu interessieren seien oder das Potenzial des Internets genutzt werden sollte. Im Wahlkampf wurde immer wieder versucht, SFA in eine Diskussion über nationale Symbole, Zionismus ja oder nein, die Stellung der Nationalhymne, Loyalität zum Staat etc. zu verwickeln. Wir lenkten die Diskussion auf konkrete Fragen wie gleicher Zugang zu den Ressourcen und die Lösung der grundlegenden Probleme im Alltagsleben aller Bewohner der Stadt. Die Frage der nationalen Symbolik hatte zumindest bei den jüngeren Wählern (unter 40) nur geringen

Einfluss auf ihre Wahlentscheidung. Den scharfen nationalistischen Attacken wurde eine Abfuhr erteilt und statt nationalistischer Begeisterung ein Patriotismus stark gemacht, der auf Loyalität gegenüber den konkreten Interessen aller Bürger des Landes beruht.

Die Präsenz der SFA-AktivistInnen in den Straßen vermittelte den Bürgern ein Gefühl von Nähe. Die Erfahrung, Menschen in den Straßen für Aktionen zu mobilisieren, wieder an die Türen der Nachbarn zu klopfen und mit ihnen offen über politische Fragen zu diskutieren sowie Menschen für Auseinandersetzungen in kleinem und mittlerem Umfang zu gewinnen, war wertvoll – und auch persönlich eine Offenbarung.

Jede politische Wahl unterstreicht, wie wichtig die Arbeit »an vorderster Front« als Antwort auf neoliberale und rechte Kräfte ist. Die turbokapitalistische Realität schafft in Israel wie auch andernorts eine wachsende Zahl unterschiedlicher Gruppen von Opfern. Bereits Marx hat gezeigt, dass die Aufgabe linker Politik darin besteht, die verborgenen Widersprüche im bestehenden System aufzudecken und das durch diese Widersprüche entstehende Potenzial als Energie für die Veränderung der Realität zu nutzen.

Die aktuellen Widersprüche sind vielfältig – daher sind integrative Schritte nötig, um aus den Gegensätzen ein gemeinsames politisches Handeln zu gewinnen. Aufgabe der Linken ist es nicht, den verschiedenen Gruppen die großen Zusammenhänge zu erläutern und auf deren Desillusionierung zu warten, sondern sich für den Erfolg der verschiedenen politischen Kämpfe zu engagieren und Formen der Zusammenarbeit zu schaffen, die eine Teilnahme von Menschen unterschiedlichen Hintergrundes und politischer Traditionen bei der Verfolgung konkreter Ziele ermöglichen.

In den Tagen des Gaza-Krieges und der aufgeregten und polarisierten Stimmung ernteten wir die Früchte einer anderen, stärker klassenorientierten Sichtweise, die sich auf die israelische Gesellschaft als Ganze und gegen die Okkupation und die Diskriminierung der arabischen Bevölkerung im Einzelnen bezog. SFA basierte letztlich auf gemeinsamen Klasseninteressen von ausgebeuteten Schichten in der israelischen Gesellschaft, wobei die jüdisch-arabische Partnerschaft ein Ergebnis dieser gemeinsamen Interessen war.

Der große Vorteil dieses klassenorientierten Aktionsansatzes, der sich auch gegen die Besatzung richtet, liegt in der Fähigkeit einer sich daraus entwickelnden Politik, zentrale Kräfte in der israelischen Gesellschaft zu einem gemeinsamen und effektiven Kampf für eine echte gesellschaftliche und politische Veränderung in Israel zu mobilisieren. Der Kampf gegen die Besatzung und die ethnische Unterdrückung braucht kein chancenloser der arabischen Minderheit in Israel zu sein, sondern kann gemeinsam von einer jüdisch-arabischen Mehrheitsbewegung geführt werden, die für eine bessere Zukunft aller Bewohner dieser Region kämpft.

Letzten Endes hängt die Fähigkeit, Massenbewegungen aufzubauen, die in organisierter Weise für gesellschaftliche und politische Veränderungen kämpfen, davon ab, ob es uns gelingt, über partikulare Kämpfe hinaus zu arbeiten.

Aus dem Hebräischen von Nicholas Yantian

RECHT AUF STADT – NEUE KLASSENPOLITIK?

JON LISS

Die letzten 40 Jahre, vor allem der Siegeszug des Neoliberalismus, haben in den USA zu einer veränderten Zusammensetzung der Arbeiterklasse geführt. Die Gruppen, die das Bündnis für das Recht auf Stadt bilden, sind politischer Ausdruck dieser veränderten Zusammensetzung bzw. eine politische Antwort darauf. In ihnen kommen die urbanen Armen zusammen, die in diesen gesellschaftlichen Veränderungen produziert worden sind:

1 | »Stabile« urbane Arbeitsplätze in der Produktion der Auto-, Flugzeug-, Stahl- und anderen Schwerindustrien wurden ins Ausland oder, in manchen Fällen, in ländliche Gebiete oder Gewerbegebiete in äußeren suburbanen Ringen verlegt. Diese De-Industrialisierung nach 1970 betraf weiße, aber auch viele schwarze Beschäftigte und war für die Innenstädte von Los Angeles (Davis 1990), Detroit sowie New York und Chicago (Abu-Lughod 1999) verheerend.

2 | Flexible und instabile Beschäftigung in den re-industrialisierten Niedriglohn-Sektoren

(Sweatshops), in Dienstleistungs-Sektoren, im öffentlichen Dienst oder verschiedene Arten von Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen wurden die wichtigsten Formen des Broterwerbs für Angehörige der Arbeiterklasse.

3 | Zur gleichen Zeit nahm die Zuwanderung deutlich zu, sowohl aufgrund der Lockerung der Immigrations-Richtlinien in den 1960er und 1970er Jahren, als auch infolge der verschärften Auswirkungen von Wirtschaftskrisen auf die arbeitende Bevölkerung der Dritten Welt (wobei letztere vor allem durch massive staatliche Verschuldung im Zuge von Strukturanpassungsprogrammen und Kriegen verursacht wurden).

4 | Der Abbau gut bezahlter Stellen für die Arbeiterklasse und die Zunahme instabiler Niedriglohn-Jobs bedeutete, dass vor allem *women of color*[1] mehr als je zuvor gezwungen waren, die doppelte Zeit zu arbeiten – in ihrer unbezahlten häuslichen Arbeit und in Lohnarbeit, typischerweise in Niedriglohn-Anstellungen (wobei sie in vielen Fällen bezahlte häusliche Arbeit für andere Familien leisten).

5 | Im Bereich Finanzen, Versicherungen und Immobilien wurden Arbeitsplätze geschaffen, die sich im städtischen Raum konzentrieren.

Durch diese Umwälzungen wurde die amerikanische Arbeiterklasse in ihrer Beziehung zu den Kapitalsektoren neu zusammengesetzt; sie besteht jetzt zu weit größeren Teilen aus Migranten, *people of color* und Frauen. Die Klasse ist instabiler geworden, flexibler und schlechter entlohnt. Sie ist steigendem Zeitdruck, prekären Arbeitsverhältnissen, verschiedenen Abstufungen von Staatsbürgerschaft oder Legalisierung, zunehmenden Perioden von Arbeitslosigkeit und beschränktem oder keinem Zugang zu Sozialleistungen ausgesetzt.

Eine zentrale Aufgabe ist nun, die Knotenpunkte in dieser neustrukturierten politischen Ökonomie zu identifizieren, an denen wir kämpferische Massenorganisationen aufbauen müssen, und die historischen Schlüsselakteure auszumachen, die Einheit schaffen und eine Bewegung für das Recht auf Stadt führen können. Eine Schlüsselfrage ist: Welche Gruppen oder Einzelpersonen können auf welcher Basis erfolgreich Widerstand organisieren und politische Alternativen entwickeln?

SOZIALE REPRODUKTION: GENDER, MARKT-INTEGRATION UND EIN NEUER HISTORISCHER AKTEUR

Eine Antwort der herrschenden Klasse auf die Akkumulationskrise der frühen 1970er Jahre war es, gesellschaftliche Reproduktionsarbeit (schulische Ausbildung, Kinderversorgung oder Haushaltsführung) verstärkt marktförmig zu organisieren. Traditionell nicht entlohnte Arbeit wurde zu Lohnarbeit. Die Bewegung von Frauen in die berufstätige Bevölkerung, vor allem in ihre unterbezahlten und überausgebeuteten Sektoren, vergrößert den Arbeitsmarkt und die zentrale Bedeutung der Kämpfe der Arbeiterinnen. Zudem schuf die neoliberale Umstrukturierung mit ihrer zunehmenden Polarisierung von Reichtum und Macht neue Nachfrage nach häuslichen und anderen Dienstleistungen[2] Diese neu entstehende Schicht der Klasse ist am schlechtesten bezahlt, arbeitet am längsten und befindet sich beständig in der Krise. Einwanderungsgesetze fragmentieren den Arbeitsmarkt zusätzlich und schaffen einen

grauen Markt für Illegalisierte, deren Rechte kaum durch Gesetze geschützt werden. An der Schnittstelle von »race«, Klasse und Gender ist ein wichtiger historischer Akteur entstanden – arbeitende *women of color*. Sie sind die wichtigste soziale Basis für die Neuen Organisationen der Arbeiterklasse *(New Working Class Organizations, NWCOs)*, die in den letzten 20 Jahren in den USA entstanden sind. Organisationen der Arbeiterklasse, die in den Nachbarschaften, *communities*, verankert sind, haben zugenommen (vgl. Mayer in dieser Ausgabe; Fine 2006). Es gibt über 200 solcher Organisationen in den Vereinigten Staaten und über 40 von ihnen haben sich in dem landesweiten Bündnis für das Recht auf Stadt zusammengeschlossen (Fine 2006), unter ihnen Organisationen wie *City Life/Vida Urbana* in Boston, *Community Voices Heard* in New York, *Miami Workers Center* in Miami und *Causa Justa/Just Cause* in San Francisco/Oakland. Ich bin in meiner Rolle als Leiter der *Vereinigten Mieter und Arbeiter [Tenants and Workers United – TWU]* und der *Neuen Mehrheit in Virginia [Virginia New Majority]* Teil dieser Bewegung. Beide sind in Nord Virginia (den inneren und äußeren Vororten Washington DCs) aktiv. Zu Beginn der 1980er Jahre wurde Arlandria, ein Vorort (oder *barrio*) des nördlichen Alexandria, die neue Heimat für mehr als 8 000 Migranten, die vor Bürgerkrieg, Zwangsrekrutierung und ökonomischer Zerstörung aus El Salvador geflohen waren. Sie kamen zur afro-amerikanischen Bevölkerung, die ihre Wurzeln in der kolonialen Ökonomie der Plantagen Virginias hatte, und einer kleinen Gruppe weißer Arbeiter hinzu. Seit Mitte der 1980er Jahre veränderte sich die lokale Wirtschaft Arlandrias, ihre Bewohner wurden in Hotels, als Reinigungskräfte, Köche und Bauarbeiter angestellt. Sie bildeten den kämpferischen aktivistischen Kern der TWU. Die TWU haben verschiedene, kulturelle und nationale Zugehörigkeiten überschreitende Kämpfe geführt: Sie verhinderten eine geplante Massenräumung von 8 000 Bewohnern Arlandrias (1985–89); bauten eine 300 Wohneinheiten umfassende Wohnungs-Kooperative auf (1990–96); kämpften in Hotels für sprachliche Selbstbestimmung und Löhne, die die Lebenshaltung abdecken (1992–2000); sie erstritten einen Schuldenerlass von 1,5 Millionen Dollar (medizinische Kosten) und 400 000 Dollar jährliche Subvention für die häusliche medizinische Versorgung von Kindern (2000–2004). Natürlich beteiligten sich Männer *of color* und übernahmen wichtige Führungsaufgaben, aber es waren vor allem migrantische und manchmal afro-amerikanische Frauen, die die formalen Anführerinnen waren. In anderen städtischen Regionen im ganzen Land waren es ebenfalls *women of color*, die den Großteil der NWCOs bildeten und führten.

Die politischen Forderungen des Recht-auf-Stadt-Bündnisses betreffen vor allem die soziale Reproduktion, den »sozialen Lohn«. Sie artikulieren kollektive Bedürfnisse und Wünsche, wie arbeitende Menschen leben und aufwachsen wollen. Viele Kämpfe sind darauf gerichtet, die kollektive und gesellschaftliche Basis für soziale Reproduktion zu erhalten und zu erweitern. Dazu zählen Kämpfe um bezahlbaren und staatlichen Wohnraum, leistungsfähige Schulen, um Leistungen der öffentlichen Daseinsfürsorge wie die Subvention von Kinderbetreuung sowie Zugang zum öffentlichen Raum und Freizeitmöglichkeiten.


YANKEES
Madison Av
POLICE DEPARTMENT
CITY OF NEW YORK



ORGANISIERUNG IN ZEITEN DES NEOLIBERALISMUS

Jahrzehntelang hat in den USA das Alinsky-Modell die Organisierungsansätze am Arbeitsplatz und in *communities* bestimmt. Alinsky befürwortet »nicht-ideologische«, pragmatische Organisierung.[3] Er beeinflusste mit seinem Ansatz[4] Generationen von Organizern, u.a. Cesar Chavez und die *United Farm Workers*, die *Service Employees International Union* und die *Association of Communities Organized for Reform Now* (ACORN). Gleichzeitig hat es die Arbeiterbewegung – mit wenigen Ausnahmen – versäumt, die dynamischsten Bereiche der Arbeiterklasse zu organisieren und sich erfolgreich an deren Veränderungen anzupassen. Über 87 Prozent der Arbeitnehmer in den USA sind nicht gewerkschaftlich organisiert. Die »fordistische« Praxis der Gewerkschaften hält vor, in der nur eine kleine Schicht von Arbeiter organisiert werden und direkt mit dem Arbeitsplatz zusammenhängende Interessen der Arbeiter mit dem Kapital ausgehandelt werden *(business unionism)*. Diese Form begünstigte die Organisierung weißer Männer gegenüber *working people of color* und Frauen. Weite Teile der Arbeiterklasse waren von den Privilegien der gewerkschaftlich organisierten Sektoren ausgeschlossen. Folglich gründeten Millionen Menschen eigene Organisationen und schrieben ihre eigene Geschichte. Im Vakuum des Alten bildeten sich neue Organisationsformen heraus und nahmen ihre Kämpfe auf.

ORGANISATIONEN FÜR DIE NEUE KLASSE

Die neuen Organisationen der Arbeiterklasse sind gewachsen und haben eine neue städtische Bewegung gebildet: *Causa Justa/Just Cause Oakland, Miami Workers Center, TWU, Domestic Workers United, POWER* und viele andere. Die soziale Basis dieser Organisationen besteht aus Frauen unterdrückter Nationalitäten, Afro-Amerikanern und anderen Menschen, die durch die »Reform« des Wohlfahrtsstaates und globalisierungsbedingte Einwanderung in den Niedriglohn-Sektor gedrängt wurden.

Durch direkte Aktionen, bewusste politische Bildung und gegen-hegemoniale Forderungen, die den herrschenden »Common Sense« herausfordern, kämpfen diese Organisationen für bezahlbaren Wohnraum, ein Ende von Vertreibung durch massive Privatisierung von Wohnraum, für Zugang zu qualitativ hochwertigem Nahverkehr für diese neue Schicht von Arbeitern und ein Ende der massenweisen Kriminalisierung von Jugendlichen *of color*.

Sie gehen bewusst über die Grenzen des Alinsky-Modells hinaus, das eine Verschiebung von Kräfteverhältnissen im größeren Maßstab nicht zulässt. Sie versuchen, lokale Basisarbeit mit Arbeit gegen den US-Imperialismus zu verknüpfen, indem sie ihre Mitglieder aufrufen, sich an Kämpfen und Solidaritäts-Aktionen gegen Krieg, Besatzung und die finanzielle Kontrolle der Dritten Welt zu beteiligen. Dies geschieht zum einen, indem sie eine neue Schicht von führenden Akteuren aus der neuen Arbeiterklasse ausbilden, die sich der finanziellen, politischen und militärischen Rolle der USA in der Welt bewusst sind. Zum anderen beteiligen sie sich aktiv an nationalen und internationalen Sozialforen und anderen internationalen Austauschformen, die ein interna-

tionalistisches Verständnis der Organisierung aufbauen und festigen.

Unabhängig davon wurden dutzende Organisationen anderer politischer Ausrichtung gegründet, die meist pädagogischen Konzepten einer »Bildung von unten« (*popular education)* folgen. Anhänger pragmatischer Organisierung nach Alinsky fokussieren darauf, Führungsfertigkeiten und Herangehensweisen nur hinsichtlich der schmalen vorgesehenen Kampagne zu entwickeln. Den NWCOs geht es darum, in ihrer Bildung ideologische Entwicklung mit praktischem Grundwissen der Organisierung zu verbinden. Sie verwenden beachtliche Ressourcen (an Zeit, Geld und Mitarbeitern) für kontinuierliche Bildungs- und Fortbildungsprogramme für führende Akteure, wie beispielsweise die Durchführung und Auswertung von »Hausbesuchen« oder Tür-zu-Tür-Organizing, den effektiven Umgang mit den Medien und Übungen zur Kontextualisierung der eigenen Aussagen. Auf der Ebene der Planung und Durchführung der Kampagnen ist es zentral, dass unsere Mitglieder Führungsakteure sind und an allen Entscheidungsprozessen und Aktionen beteiligt werden. Sie sind von bezahlten Organizern, die auch Führungsfunktionen erfüllen, zu unterscheiden.

Die Führung der NWCOs ist vornehmlich akademisch gebildet, sie kommt aus der »Mittelschicht« und meist nicht aus der neuen Arbeiterklasse selbst. Die Unterschiede mit Blick auf formale Bildung und politisches Wissen einerseits und die persönlichen Erfahrungen von Mitgliedern und Leitenden sind oft groß. Kulturelle Unterschiede hinsichtlich religiöser oder spiritueller Überzeugungen und sozialer Praxen bergen weiteres Konfliktpotenzial.



Finanziell sind die NWCOs zu einem Großteil ihres Budgets von philanthropischen Stiftungen abhängig. Damit geht meist eine Reihe von Auflagen einher. Mindestens bedarf sie der Gründung einer Non-Profit-Organisation als juristische Form, was rechtliche Beschränkungen mit sich bringt, vor allem hinsichtlich der Unterstützung von und Teilnahme an politischen Wahlen. Das Schreiben von Anträgen erfordert ein hohes Niveau an formaler Bildung, meist müssen diese auf Englisch eingereicht werden. Finanzierungen durch die Stiftungen haben auch eine stärkere institutionelle Basis für die Organisierung geschaffen – einen physischen Ort, Büroausstattung und

professionelle OrganizerInnen. Die Mitglieder haben oft eine starke Mitsprache bei Kampagnen- und Programmplanung sowie -durchführung und stellen die Vorstände. Dennoch führt die Finanzierungssituation zu einer eher Organizer-zentrierten Struktur. Die Zweckbindung und der begrenzte Umfang der zur Verfügung stehenden Finanzierung sowie die relativ geringen Spenden oder Fundraising-Aktionen an der Basis setzen den Möglichkeiten zur Mobilisierung und Organisierung von Massen enge Grenzen.

Große Teile der Bewegung fokussieren auf »unsere Nachbarschaft« oder »unsere Nationalität«, was es erschwert, Bündnisse aufzubauen und zu leiten. In unserem Bereich konnten wir beachtliche Expertise in der Herausbildung von politisch bewussten und differenzierten Mitgliedern entwickeln, aber es fällt uns schwer, diesen soliden Kern in Massenorganisationen mit breiter Basis zu transformieren. Die NWCOs haben sich vor allem auf die Organisation von gerade diesem neuen Sektor der Arbeiterklasse konzentriert und haben wenig Erfahrung in größeren Konstellationen. Nach der Finanzkrise und den darauffolgenden Verminderungen von Stiftungsfinanzierungen befinden sich viele unserer Schwesterorganisationen in finanzieller Notlage.

EINE URBANE BEWEGUNG

Der ursprüngliche Aufruf zur Gründungskonferenz von »Recht auf Stadt« bestand in einer kurzen Beschreibung der politischen Situation. Jede der Organisationen, die an dem Treffen teilnahm, kämpfte – meist isoliert – gegen Aspekte von Gentrifizierung: vom Kampf für öffentlichen Wohnungsbau (Oakland) über den Kampf gegen Zwangsräumungen (Boston) bis zum Kampf für öffentlichen Raum (New York). Die meisten hatten bis zu diesem Zeitpunkt vor allem lokale Kampagnen geführt, in manchen Fällen auch auf bundesstaatlicher Ebene. Das Bündnis war der erste Schritt, um eine gemeinsame Vision für unsere Städte zu artikulieren, und ein Sprungbrett, um koordinierte landesweite Forderungen und Aktivitäten zu entwickeln.

Wir waren mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert. Unsere Praxis war ein Jahrzehnt lang darauf ausgerichtet, dass jede Organisation aus eigener Kraft funktioniert – d.h. auch auf sich bezogen. Eine Demonstration von 200 Menschen in einer Stadt für eine lokale Kampagne gegen eine lokale Regierung ist gut, aber acht oder zehn solcher Demonstrationen sind, selbst wenn sie exzellent koordiniert sind, nicht ausreichend, wenn sie Forderungen an die Bundesregierung stark machen sollen. Es kostete einige Zeit, einen Weg der Unterstützung und gleichzeitiger Kritik von Obama zu finden und für unsere radikalere Vision eintreten können. Es hat sich als schwierig herausgestellt, politischen Raum zu gewinnen und einen Platz am nationalen »politischen« Tisch mit anderen größeren, weniger radikalen Organisationen wie Gewerkschaften, etablierten Netzwerken und anderen Mittelsleuten einzunehmen. Unsere Analysen positionieren uns jenseits der Policy-Debatten der auf Washington orientierten sozialen Bewegungen. Beim Versuch, nationale Forderungen zu formulieren, fanden wir uns auf einmal blockiert und schwankend zwischen einer reformistischen, fragmentierten und letzten Endes kurzsichtigen Position und

Forderungen, die scharf und klar sind – und derzeit keine Aussichten haben, Unterstützung im Parlament zu gewinnen.

Im Sommer 2010 haben wir bundesweit auf drei inhaltlichen Ebenen begonnen. Auf der ersten Ebene drängen wir auf eine »Reform« der Immigration, und zwar translokal. Das bedeutet, dass die Kämpfe lokal geführt werden, in der Hoffnung, dass strategische Kommunikation untereinander zu nationaler Wirkung führen kann. Die lokalen Aktionen gegen Polizeigewalt beim Durchsetzen der Migrationsbestimmungen werden verbunden mit dem bundesweiten Kampf gegen die rassistische und fremdenfeindliche Gesetzgebung in Arizona (Einwanderungsgesetz SB 1070). Auf einer anderen Ebene kämpfen wir für die Durchsetzung eines Bundesrechts, das bei Instandsetzungen von öffentlichem Wohnraum vorschreibt, dass die BewohnerInnen diese selbst ausführen können. Auf einer dritten Ebene machen wir Grundlagenarbeit – Forschung, Analyse und Führungsentwicklung – um unsere Vision von ökologischer Gerechtigkeit in Städten zu etablieren.

Es wird deutlich, dass ein Spannungsverhältnis besteht zwischen den radikalen theoretischen Wurzeln, den lokalen Praxen und der Herausbildung von Führung innerhalb des Recht-auf-Stadt-Bündnisses einerseits und den auf die Bundes- oder Landesebene gerichteten Forderungen andererseits, die als reformistisch bezeichnet werden könnten. Diese Spannungen zu bearbeiten, ist eine zentrale Herausforderung für das Bündnis: Wie wägen wir ab zwischen den unmittelbaren materiellen Forderungen und Bedürfnissen unserer Basis und einer Analyse und Forderung, die umfassend und tiefgreifend radikal ist? Wie schaffen wir es, einen starken Kern der am meisten Unterdrückten aufzubauen und zu erhalten und gleichzeitig Kontakt und Zusammenarbeit in Bündnissen mit anderen Gruppen wie z.B. der organisierten Arbeiterschaft oder Gläubigen zu suchen?

DER STAAT – EINE NEUE MÖGLICHKEIT?

Die meisten Organisationen hatten sich im Laufe der neoliberalen Jahrzehnte gegen eine Teilnahme an Wahlen entschieden. Einerseits war oder ist die eigene Basis vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen, gleichzeitig wollte man die bürgerlichen Parteien nicht unterstützen. Bei den Präsidentschaftswahl 2008 war vieles anders – viele der frühen Migranten und ihrer Kinder waren nun wahlberechtigt. In vielen Gebieten, besonders im Südwesten und Südosten der USA, war eine demographische Mehrheit der *people of color* entstanden.

Auf der Ebene der täglichen Aktivitäten haben die Neuen Organisationen der Arbeiterklasse vieles gemein. Unsere Arbeit kreist um die Organisierung arbeitender Frauen *of color* in städtischen Vierteln. Unsere Forderungen nach öffentlicher Daseinsfürsorge richten sich mehrheitlich an den Staat. Unsere Ansätze ähneln sich dahingehend, dass wir Kampagnen organisieren, in denen Mitglieder direkte Aktionen führen, sich mit Verbündeten zusammentun und strategische Kommunikation nutzen, um größere politische Blöcke zu bewegen. Jede Gruppe im Bündnis integriert politische und inhaltliche Schulung in ihre Organisierungsarbeit. Diese basiert auf der Überzeugung, dass die Organisierung von *workers of color* zentral ist,

um auf eine Transformation der Gesellschaft auf *mehreren* Ebenen zu zielen. Wir stehen für eine Klassenanalyse, die mitdenkt, wie Rassismus und patriarchale Strukturen die US-amerikanische Gesellschaft geprägt haben und immer noch prägen.

Weniger einig sind wir uns in den Analysen des Staates. Diejenigen, die eine bundesstaatsweite Organisierung vorantreiben und an der Organisierung von Wahlkampagnen beteiligt sind (auch *Virginia New Majority*) sehen ihre Strategie in Verbindung mit Poulantzas: Sie wollen einen politischen Raum schaffen, der weder einen Parallelstaat darstellt, der den alten ersetzt (einen Bruch erzeugt), noch einfach neue Leute wählt, die den existierenden Staat füllen (neuer Wein in alten Schläuchen). Stattdessen zielt die Strategie auf die Entwicklung neuer Strukturen und Gesetze, die Risse in den race-, gender- und klassenbasierten Machtordnungen im Staat bewirken und ihn dadurch zunehmend verändern.

Beispiele hierfür wären Anstrengungen, das System zu demokratisieren – wie die Möglichkeit, sich am Tag der Wahl als Wähler registrieren zu lassen, die Briefwahl oder die Zulassung von ehemaligen Straffälligen zur Wahl, Bürgerhaushalte und partizipative Gebietsabgrenzung kommunaler Gerichtsbarkeit. Andere Beispiele wären Initiativen, die strukturelle Hürden beseitigen, die systematisch *people of color* benachteiligen wie etwa die landesweiten nicht-proportionalen Senatswahlen. Wieder andere zielen auf eine Demokratisierung der Ökonomie über Steuern auf Transaktionen von Finanzkapital oder über eine gemeinschaftliche Kontrolle der Banken und Kapitalflüsse.

NEUE ORGANISIERUNGSANSÄTZE

Viele NWCOs haben versucht, Einfluss auf die Wahlen zu nehmen. *Virginia New Majority* (VNM) konzentrierte die Arbeit darauf, zehntausende Menschen zu mobilisieren. In den Jahren 2008 und 2009 wollten wir 100 000 Haushalte abdecken. Das bedeutete, dass ein/e Stimmenwerber/in der VNM nur drei Minuten an jeder Tür hat, in der Stunde an über 15 Türen klopft. Obama hat in der republikanischen Hochburg Virginia gewonnen, das zeigt die beträchtliche Wirkung dieser Methode.

Die Wahlkampf-Mobilisierung ermöglicht einen übergreifenden Block zu bilden, der Wähler unterschiedlicher Nationalität, Schicht oder geographischer Lage zusammenbringt. Der Nachteil ist, dass eine breitere Formation von Menschen mit eher lockeren politischen und persönlichen Bindungen sich um die *Wahl von Kandidaten* gebildet hat – Kandidaten, deren Politik keineswegs so progressiv, radikal oder zumindest kohärent wie unsere eigene Position ist. Diese Diskrepanz zu verhandeln ist eine politische Herausforderung. Es müssen Wege gefunden werden, wie ein wackeliger Wahlblock in einen historischen Block transformiert werden kann, der erfolgreich den herrschenden *common sense* und herrschende *race-*, *gender-* oder klassenbasierte Machtordnungen in Frage stellt.

Dieser Prozess, insofern er von Neuen Organisationen der Arbeiterklasse geführt wird, kann ermöglichen:

1 | Gegenhegemoniale Forderungen oder zumindest ein gegenhegemoniales Framing zu entwickeln, die durch problemzentrierte oder kandidatenzentrierte Kampagnen transportiert werden. Kampagnen werden nach einfachen

Erfolgskriterien beurteilt (Gewinn der Wahl). NWCOs müssen ihre Wahlerfolge nutzen, die Grundlagen des Neoliberalismus und des Empires in Frage zu stellen. KandidatInnen beider Parteien treten unter der Frage an, »wie Virginia unternehmerfreundlicher werden kann«. VNM organisierte Kandidatenforen und unabhängige Wahlkampfarbeit und fragte, wie ein Beschäftigten-freundliches Virginia aussehen könnte.

2 | Konkrete materielle Ansprüche durchzusetzen, die das Leben unserer sozialen Basis verbessern, die Bewegung erfahrbar machen und stärken sowie eine Umverteilung von Ressourcen von der Kriegsökonomie zur öffentlichen Daseinsfürsorge erzwingen (die Forderung nach Erhöhung der Daseinsvorsorge, wenn auch sehr gering, ist ein Erkennungsmerkmal der meisten NWCOs).

3 | Unsere Praxis und Theorie voranzubringen durch die Beteiligung weiterer (Massen-) Kräfte an Wahlen, die für die meisten die Hauptform politischer Beteiligung sind. Das zwingt uns, unseren Basisaufbau fortzusetzen wie auch einen historischen Block/ein Ensemble verschiedener race- und klassenbasierter Kräfte zu bilden – als Voraussetzung für eine neue Ordnung, die nicht von Kapitalinteressen dominiert wird. Verschiedene organisierte Bereiche – Gewerkschaften, Lehrer und Schüler/ Studierende, NWCM-AktivistInnen und andere – können so aufeinander abgestimmt zusammenarbeiten.

4 | Begrenzte Formen der Steuerung und Macht zu praktizieren. NWCOs, Organisationen nach Alinsky und Gewerkschaften haben Erfahrungen im Erkämpfen von Zielen und dem Gewinnen einflussreicher politischer Unterstützer. NWCOs, die größtenteils aus einer Tradition von Wahlkampf-Abstinenz kommen, haben diese Erfahrung nicht.

Die politische Situation – Wahlniederlagen der reaktionärsten Präsidentschaftskandidaten (McCain/Palin), aber Sieg der Republikaner in den Midterms, eine tiefe und langwierige ökonomische Krise sowie eine aktive und motivierte reaktionäre Basis (Tea Party) – erfordert, unseren Einfluss auf andere Ebenen auszuweiten und um Macht (Ideen und Programme) auf nationaler Ebene zu kämpfen. Unsere Hoffnung ist, dass lokale, über ein gemeinsames »*framing*« miteinander verbundene Aktionen eine Wirkung auf nationaler oder internationaler Ebene entfalten können.

Aus dem Amerikanischen von Tashy Endres und Jana Seppelt

LITERATUR

Abu-Lughod, Janet L., 1999: *New York, Chicago, Los Angeles: America's Global Cities*, Minneapolis
Alinsky, Saul D., 1971: *Rules for Radicals*, New York
Ders., 1969: *Reveille for Radicals*, New York (dt. *Anleitung zum Mächtigsein*, 2. Aufl. Göttingen 1999)
Davis, Mike, 1990: *City of Quartz*, New York (dt. *City of Quartz*, 4. Aufl. Berlin 2006)
Fine, Janice 2006: *Workers Centers – Organizing Communities at the Edge of the Dream*, Ithaca

---

1 Die Übersetzung hat die Formulierungen »people/ women/worker *of color*« beibehalten. »Farbige« oder »nicht-weiße« trifft im Deutschen nicht die Funktion der Selbstbezeichnung, in der ein Konzept von Bündnis und gemeinsamer Handlungsfähigkeit mitgemeint ist.

2 Vgl. www.faireconomy.org/files/GD_10_Chairs_and_Charts.pdf

3 In *Stunde der Radikalen* [Rules for Radicals, 1971] und *Anleitung zum Mächtigsein [Reveille for Radicals, 1946]* entwickelte Alinsky einen Ansatz, der militante Taktiken der Kommunistischen Partei (und anderer) aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise mit einer pragmatischen Orientierung verband.

4 Die Industrial Areas Foundation ist der Dachverband von Bürgerorganisationen in den USA, die nach der Methode des Community Organizing arbeiten.

EINSTIEG IN EINE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

BELEGSCHAFTSEIGENTUM UND COMMUNITY WEALTH – DAS CLEVELAND MODELL

GAR ALPEROVITZ, TED HOWARD UND THAD WILLIAMSON

Cleveland gehört zu den US-amerikanischen Städten, die am heftigsten von der dahin siechenden Wirtschaft betroffen sind. Dort gewinnt ein Unternehmensmodell an Bedeutung, das den Wohlstand der Beschäftigten und der Gemeinde vermehren will. Im von Armut geprägten Stadtteil Glenville eröffnete im Herbst 2009 das Unternehmen *Evergreen Cooperative Laundry* (ECL), ein umweltfreundliches Reinigungsunternehmen in Belegschaftsbesitz. Es ist das erste von zehn größeren Unternehmen. Sie sind Teil des Versuchs, dem Schrumpfen der Stadt, dem Verschwinden von Arbeit und der Abwanderung der Bevölkerung entgegen zu wirken. Das Modell ist inspiriert von der Mondragon-Kooperative aus dem Baskenland, einer mittlerweile weltweit in über 120 Branchen agierenden Gruppe von Genossenschaftsunternehmen. Die ArbeiterInnen des Reinigungsbetriebs stammen vor allem aus Glenville und benachbarten, ähnlich verarmten Wohngegenden. »Ich hätte nie gedacht, dass ich mal Eigentümer eines großen Unterneh-

mens werden könnte. Vielleicht werden durch Evergreen Dinge möglich, von denen ich immer gedacht hatte, dass sie für mich unerreichbar wären.« (Wartungstechniker Keith Parkham)

Nach einer sechsmonatigen »Probezeit« beginnen die Angestellten mit dem Ankauf von Firmeneigentum. Über einen Zeitraum von drei Jahren werden 50 Cent vom Stundenlohn einbehalten. Belegschaftseigentümer können in einem Zeitraum von acht bis neun Jahren für bis zu 65 000 Dollar Unternehmensanteile kaufen – eine gewaltige Summe in Glenville, wo 30 Prozent der Menschen ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze haben.

Die ECL profitiert von der steigenden Nachfrage nach Reinigungsleistungen, die die wachsende Krankenhausbranche nach sich zieht. Als umweltfreundlicher und nachhaltig wirtschaftender Betrieb erzielt es den kleinsten CO_2-Fußabdruck von allen Reinigungsbetrieben im Nordosten Ohios; der Wasserverbrauch liegt bei einem Achtel des Herkömmlichen. Zur gleichen Zeit entstand das Solarenergieunternehmen *Ohio Cooperative Solar* (OCS). Es bemüht sich um Großaufträge für die Installation von Solaranlagen auf Dächern der größten Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie der städtischen Verwaltung. Im Laufe der nächsten drei Jahre werden voraussichtlich 100 Genossenschaftler daran arbeiten, dass der Bundesstaat Ohio seine Klimaziele im Bereich Solarenergie erreicht. Darüber hinaus sieht OCS in Clevelands Programmen zur energiesparenden Umrüstung von Wohnhäusern einen Weg, das ganze Jahr über genügend Aufträge zu bekommen. Eine weitere Genossenschaft ist im Gründungsprozess. Mit 10 Millionen Dollar Bundesmitteln will das Unternehmen *Green City Growers* mitten in der Stadt ein Gewächshaus zum Anbau von Lebensmitteln bauen, das größer als ein durchschnittlicher Wal-Mart-Supermarkt sein wird. Mit einer Produktion von mehr als drei Millionen Köpfen Salat und mehreren Tonnen Kräutern pro Jahr wird das Unternehmen profitabel und das größte städtische Gewächshaus der USA sein. Als vierte Kooperative soll die Zeitung *Neighborhood Voice* (Stimme der Nachbarschaft) 2010 den Betrieb aufnehmen.

Die Organisatoren gehen davon aus, dass die geplanten zehn Unternehmen im Laufe der nächsten fünf Jahre etwa 500 Arbeitsplätze schaffen werden. Zur Unterstützung des wachsenden Netzwerks der Evergreen-Unternehmungen wurden die *Evergreen Business Services* gegründet, die Verwaltungsdienstleistungen und Managementwissen anbieten. Die Genossenschaftsunternehmen konzentrieren sich auf den lokalen Markt im Allgemeinen sowie auf die speziellen Beschaffungs- und Zulieferbedürfnisse der »Eckpfeiler«: der großen Krankenhäuser und Universitäten, die in der Gegend verankert sind und einen in Teilen abgesicherten Markt bieten. Mit ihnen werden weitere Möglichkeiten gemeinwesenorientierter Unternehmungen erörtert.

Beachtliche Mittel werden von der *Cleveland Foundation* und anderen örtlichen Stiftungen sowie Banken und der lokalen Verwaltung zur Verfügung gestellt. Der *Evergreen Cooperative Development Fund* – derzeit mit fünf Millionen Dollar ausgestattet –, hofft auf weitere zehn bis zwölf Millionen Dollar an Zuschüssen, die weitere 40 Millionen an Investitionsmitteln erzielen sollen. Diese Schätzung könnte durchaus zurückhaltend sein: Der Fonds investierte

750 000 Dollar in die Reinigungskooperative ECL, mit denen Investitionen in Höhe von fünf Millionen Dollar akquiriert wurden – eine Rate von fast sieben zu eins. Jede der Evergreen-Genossenschaften ist verpflichtet, zehn Prozent des Bruttogewinns in den Fonds einzuzahlen, um die Schaffung weiterer Arbeitsplätze durch die Anschubfinanzierung neuer Kooperativen zu ermöglichen. Jedes Unternehmen ist also seinen Arbeitern verpflichtet – durch Löhne, von denen sie leben können, bezahlbare Krankenversicherung und durch Akkumulation von Eigentum – sowie der Allgemeinheit – durch die Schaffung von Unternehmen, die dazu beitragen, die Nachbarschaften wirtschaftlich zu stabilisieren.

Die Gesamtstrategie besteht darin, die Unternehmen in Belegschaftsbesitz als die ökologisch fortschrittlichsten ihrer Branche zu platzieren – dieser Wettbewerbsvorteil soll Aufträge von Krankenhäusern und anderen »Leuchttürmen« bringen, die ihren CO_2-Abdruck verkleinern wollen.

Das Projekt der Kooperativen hat in einem breiten gesellschaftlichen Spektrum Rückhalt gefunden: Linke wie Geschäftsleute unterstützen die Idee. Genossenschaften überschreiten ideologische Grenzen, insbesondere auf der kommunalen Ebene und in verarmten Gemeinden, wo oft pragmatische Fragen im Vordergrund stehen. Das Modell geht über die gängigen Vorstellungen von Kapitalismus und Sozialismus hinaus, kann Verbindungen schaffen zwischen dem wachsenden öffentlichen Sektor einerseits und einer neuen lokalen wirtschaftlichen Größe andererseits, die Eigentumsverhältnisse demokratisiert und in der Gemeinde verankert ist.

In Atlanta, Baltimore, Pittsburgh, Detroit und einer Reihe anderer Städte in Ohio werden Ansätze diskutiert. Und im Oktober 2009 verkündete die 1,2 Millionen Mitglieder starke Stahlarbeitergewerkschafter der USA, die United Steelworkers (USW), zusammen mit der Mondragon Gesellschaft, dass sie in den USA und Kanada Produktionskooperativen auf Grundlage des Mondragon-Modells gründen wollen.

Die US-Regierung der USA und die USW besitzen Firmenanteile an General Motors aus dem *bailout* – was würde geschehen, wenn sie sie nutzen würden, um das Unternehmen – in Teilen oder in Gänze – als Belegschaftseigentum zu organisieren? Und wenn die neue General Motors Produktpalette verknüpft wäre mit einem Plan zur Entwicklung des öffentlichen Personenverkehrs?

Der Kollektivverkehr wie der Schienenverkehr werden sich zu Wachstumsbranchen entwickeln. Es ist an der Zeit, das von Steuerzahlern finanzierte Wachstum zu planen und mit einer neuen, die Kommunen stabilisierenden Eigentumsstrategie zu verbinden.

Schätzungen der Verkehrsbehörde zufolge könnten Investitionen von 48 Milliarden Dollar in Verkehrsprojekte 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Überdies gibt es gute Argumente, die alternden Busse auszumustern und durch effizientere, energiesparende Modelle mit besserer Ausstattung zu ersetzen, deren Anschaffung weitere Arbeitsplätze schaffen würde. Präsident Obama kündigte die Unterstützung für die Ausweitung des Schienenverkehrs in 13 Korridoren des Landes an. Acht Milliarden Dollar stammen aus dem Konjunkturpaket 2009, und die Regierung

plant in den nächsten fünf Jahren weitere Ausgaben für Hochgeschwindigkeitszüge in Höhe von fünf Milliarden Dollar. Das Interesse auf Ebene der Bundesstaaten ist ebenfalls hoch.

Da es keine Bemühungen gibt, im eigenen Land Kapazitäten für die Herstellung von Kollektivverkehrsmitteln und Hochgeschwindigkeitstechnologien aufzubauen, werden die USA die Aufträge an andere Länder vergeben. 2040 werden weitere 130 Millionen Menschen in den USA leben, nach Schätzungen der Volkszählungsbehörde werden es im Jahr 2100 mehr als eine Milliarde sein. Infrastruktur und Verkehrsmittel für die wachsende Bevölkerung zu gewährleisten, wird eine lange Liste notwendiger Anschaffungen hervorbringen, die eine neu strukturierte Gruppe von Fahrzeugherstellern produzieren könnte. Gleichzeitig könnte die Schaffung neuer Eigentumsformen unterstützt werden, die diese Wirtschaft in den Kommunen verankert.

Die Grundsätze des Cleveland-Projekts eröffnen neue strategische Orientierungen: Wirtschaftliche Aktivitäten der öffentlichen Hand können genutzt werden, um Unternehmen zu gründen und zu stabilisieren, die auf demokratischen Eigentumsformen beruhen und Arbeitsplätze in wirtschaftlich desolaten Gemeinden schaffen.

Wir stehen erst am Beginn der Entwicklung einer ausgereiften Politikstrategie für die nahe Zukunft. Aber es ist nicht zu früh, mit den Clevelands dieser Welt Ernst zu machen und aus den Impulsen eine neue wirtschaftliche Vision zu entwickeln.

Aus dem Amerikanischen von Catharina Schmalstieg

CHRISTINA KAINDL IM GESPRÄCH MIT THAD WILLIAMSON

CK: Gibt es ein Modell für die Kommunikation und Entscheidungsfindung zwischen den Kooperativen und der Gemeinde?

TW: Die Kooperativen sind vertraglich alle Teil derselben Struktur: Sie sind verpflichtet, ihre zehn Prozent vom Gewinn in den kommunalen Fonds einzuzahlen. Bislang gibt es noch kein formalisiertes Modell der Repräsentation, aber das wird voraussichtlich in diesem Jahr folgen. Wenn es erst mehr Kooperativen gibt, wird die Frage, welche demokratischen Verfahren gefunden werden, wichtig werden.

Die Vorstellung des »Community-Wealth«-Ansatzes liegt vor allem darin, dass die Unternehmen Arbeitsplätze – und zwar nichtprekäre – und Eigentum für die Menschen vor Ort schaffen. Gibt es auch Konzepte, wie die Gemeinden ihren Bedarf mit der Kooperative aushandeln könnten, Fragen wie »was wird produziert«?

Es gibt in den USA ein Modell für Non-Profit-Unternehmen, in dem eine starke Repräsentation der verschiedenen kommunalen Gruppen vorgesehen ist. Mit der Zeit haben sich diese »CDCs« professionalisiert und sind oft durch die Hauptamtlichen, Akademiker und Wirtschaftsvertreter dominiert, so dass die Einflussmöglichkeiten der Communities geschwächt wurde. Für uns ist das bislang kein Problem, weil die Kooperativen unmittelbar von Leuten aus der Gemeinde gegründet werden. Aber sie werden natürlich mit relativ viel Geld hantieren. Wenn alle Kooperativen

ihre Einzahlungen machen, wird zu entscheiden sein, welche Kooperativen als nächstes gegründet werden, und die Gemeinden sollten an diesen Entscheidung beteiligt werden.

Wie haben die bisherigen Kooperativen entschieden?

Sie haben eine Marktanalyse gemacht und als es gelungen war, die Krankenhäuser als Auftraggeber zu gewinnen, war die Entscheidung klar. Es war wichtig, dass so ab dem ersten Tag Geld verdient werden konnte. Viele Unternehmensgründungen brauchen Jahre, bis sie in die Gewinnmarge erreichen, das wäre für die Menschen nicht möglich gewesen.

Die beginnende Gewächshaus-Kooperative reagiert auf die Situation, dass es vor allem in wirtschaftlich schlecht gestellten Gebieten in den USA, gerade in den Städten, schwierig ist, frische und gesunde Lebensmittel zu kaufen. In den armen Vierteln sind die Menschen oft auf Tankstellen und kleine Läden angewiesen, die vor allem verarbeitete Lebensmittel anbieten. Hier wird also ein wirkliches Bedürfnis getroffen.

Wie unterscheiden sich die Arbeitsplätze von »normalen«? Druck auf Arbeitsstandards wird ja auch durch die Konkurrenz auf dem Markt ausgeübt. Sind die öffentlichen Einrichtungen z.B. nicht verpflichtet, auf die günstigsten Anbieter zurückzugreifen?

Mein Kollege Ted Howard hat die Beschaffungsbeauftragten der Unternehmen kontaktiert, um herauszufinden, was den Einrichtungen rechtlich und finanziell möglich wäre und wozu sie – politisch – bereit wären. Die lokalen Regierungen haben die Möglichkeit, Kriterien für bevorzugte oder zu fördernde Unternehmen zu erlassen: Unternehmen vor Ort oder Unternehmen in Besitz von Frauen, Schwarzen – *minority contracting*. Das ist üblich und nicht kontrovers. Natürlich gibt es Grenzen für die Ausgaben, aber Unterschiede im Bereich von fünf bis zehn Prozent sind kein Problem.

Das bedeutet, die Menschen in der Kooperative spüren einen wirklichen Unterschied im Verhältnis zu einer »normalen« Anstellung?

Der Umstand, dass die Leute ihr eigener Chef sind, ist von ihnen in Interviews häufig herausgestellt worden. Dazu kommt natürlich, dass in dieser wirtschaftlichen Situation überhaupt Arbeit zu haben – und »gute«, mit angemessenem Gehalt, voller Renten- und Krankenversicherung –, einen großen Unterschied macht. Dabei macht es auch einen Unterschied, dass bei den Kooperativen Belegschaftseigentum mit Stimmrechten verbunden ist – anders als beim »*corporate workers ownership*«. Bei dem geben Unternehmen zwar Kapitalanteile an ihre Belegschaft aus, aber selbst bei einem theoretisch möglichen Mehrheitsanteil der Arbeiter am Unternehmen können sie (da ohne Stimmrecht) keine Kontrolle über das Unternehmen, die Investitionsentscheidungen, Arbeitsstandards etc. ausüben.

Bob Witherell von der United Steelworkers Union betont, dass es einen Unterschied macht, ob Modelle des Belegschaftseigentums unter Gewerkschaftsbeteiligung entwickelt werden – oder nicht. Worin besteht er?

Diese Frage ist viel diskutiert worden, denn viele traditionelle Gewerkschafter stehen den Kooperativen skeptisch oder gar feindlich gegenüber; sie betonen, dass Arbeit und Kapital immer auf entgegengesetzten Seiten stehen. Doch können die Konzepte durchaus



JR – Art on Manette Street (Foyles), flickr/Nick J Webb

zusammengehen und sich gegenseitig stärken. Gewerkschaften können etwa bei Tendenzen der »Selbstausbeutung« ein Gegengewicht bilden. Zugleich kann die Erfahrung von »guter Arbeit« und Selbstorganisation in Kooperativen eine Basis zur Stärkung und Radikalisierung gewerkschaftlicher Arbeit sein.

Wie werden die Unternehmensanteile weitergegeben – etwa wenn sie in Rente gehen, werden die Anteile vererbt, gehen sie an neue ArbeiterInnen, die sich bewerben?

Auf keinen Fall kann die Arbeit »verkauft« werden wie in manchen anderen Modellen – dort ist der Arbeitsplatz wie ein Kapitalanteil und kann bei Renteneintritt verkauft werden. Dieser Mechanismus ist vor allem dafür da, dass die ArbeiterInnen reich werden; in unserem Modell soll dieser privatistische Weg ausgeschlossen sein. Stattdessen bekommen die ArbeiterInnen Ausschüttungen ihrer Anteile und wenn sie die Kooperative verlassen, würden sie ausgezahlt werden. Neue Mitglieder der Kooperative würden aber wieder das Modell des langsamen Aufbaus von Anteilen durchlaufen. Das ist bei den meisten Kooperativen in den USA üblich; *Equal Exchange* etwa, eine recht erfolgreiche Schokoladen- und Kaffee-Kooperative aus Boston, hat einen Anwärter- und Trainingsstatus der neuen Mitarbeiter von einem Jahr.

ENERGIEPOLITISCHE DEMOKRATISIERUNG

SEBASTIAN SLADEK

In Kürze laufen zahlreiche Konzessionen für den Betrieb von Energieverteilungsnetzen in der ganzen Bundesrepublik aus. Das hat die Themen Rekommunalisierung und Energiegenossenschaften auf die Agenda gesetzt. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) – bekannt geworden als »Schönauer Stromrebellen« – sind ein Beispiel für die »praktische Energiewende«.

DIE UNTERNEHMENSGESCHICHTE DER EWS

Schönau beherbergt etwa 2 500 Einwohner und liegt mitten im Hochschwarzwald, zwischen Freiburg und Basel. Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl gründete sich eine Bürgerinitiative, die »Eltern für atomfreie Zukunft« (EfaZ e.V.). Anliegen damals wie heute ist der Atomausstieg. Man bemühte sich um die Installation von Blockheizkraftwerken und Photovoltaik-Anlagen, reaktivierte alte Wasserkraftwerke am Flusslauf der Wiese, veranstaltete Stromsparwettbewerbe und hatte aufgrund dieser Aktivitäten bereits erste Kon-

flikte mit dem örtlichen Stromnetzbetreiber, der EnBW-Tochter KWR (heute Energiedienst), auszutragen.

Im Jahre 1991 konnte die BI durch einen Bürgerentscheid die vorzeitige Verlängerung des Konzessionsvertrages der Gemeinde mit den KWR verhindern. Gegen Erstattung der von KWR angebotenen Vertragsabschlussprämie (100 000 DM für vier Jahre) hatte die neuentstandene Netzkauf GbR Zeit gewonnen, um ein eigenes Versorgungskonzept zu erarbeiten und ein Elektrizitätswerk zu gründen. Mit solidarischer und oftmals unentgeltlicher Unterstützung zahlreicher Experten aus der ganzen Bundesrepublik konnten bürokratische Hürden überwunden und 1994 schließlich die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) von 650 Gesellschaftern gegründet werden. Die EWS bewarben sich ebenfalls um die Stromkonzession der Stadt Schönau. Erst ein zweiter Bürgerentscheid mit weit über 80 Prozent Wahlbeteiligung – Ausdruck des erbitterten Wahlkampfes zwischen der Konzerntochter und den Bürgerunternehmen – brachte 1996 die Entscheidung zugunsten der EWS. Mit zwei gewonnenen Bürgerentscheiden im Rücken können die EWS heute für sich in Anspruch nehmen, Deutschlands Netzbetreiber mit der höchsten demokratischen Legitimation zu sein.

Mit Erhalt der Konzession war freilich die Frage des Netzpreises noch ungeklärt. Die KWR verlangten 8,7 Millionen DM für das Schönauer Stromnetz, die Gutachter des EWS hatten hingegen einen Wert von 3,8 Millionen DM errechnet. Die Stromrebellen beschlossen eine Zahlung des überhöhten Netzpreises unter Vorbehalt und eine anschließende gerichtliche Überprüfung. Der geforderte Mehrpreis drohte jedoch die Wirtschaftlichkeit der Unternehmung noch vor ihrem eigentlichen Start zu gefährden und war daher nicht in Form von Beteiligungen, sondern als Spenden aufzubringen. Die Spendenkampagne »Ich bin ein Störfall« wurde aufgesetzt und innerhalb weniger Monate hatten tausende Bürger bereits 2 Millionen DM zusammengetragen. Mit Gesellschaftskapital und diesen Spenden erwarben die EWS 1997 das Stromnetz von den KWR, die, beeindruckt von der bundesweiten Solidarität, ihre Forderung zwischenzeitlich auf 6,5 Millionen DM korrigiert hatten; 2005 schließlich wurde der Wert des Schönauer Netzes gerichtlich auf 3,5 Millionen DM festgelegt, der rückzuerstattende Mehrpreis kam zwei Umweltstiftungen zugute.

Ein Jahr nach Netzübernahme folgte die durch EU-Gesetze initiierte Liberalisierung des Strommarktes. Mit der freien Wahl des Stromversorgers mussten die EWS eingedenk der vorangegangenen harten Auseinandersetzungen befürchten, annähernd die Hälfte der Schönauer Anschlüsse an externe Versorger zu verlieren (was nicht geschehen ist, auch heute versorgen die EWS ca. 96 Prozent der Schönauer Netzkunden). Es blieb nur die Flucht nach vorne: 1999 starten die EWS ihren bundesweiten Ökostromvertrieb.

Die EWS versorgt heute über 95 000 Kunden in ganz Deutschland mit Ökostrom. Mit 40 Mitarbeitern und einer Bilanzsumme von 65 Millionen Euro gehören die EWS zu den größten Arbeitgebern und Gewerbesteuerzahlern vor Ort, sind also ein wichtiger Faktor lokaler Wertschöpfung. Aufgrund ihrer Unternehmensgeschichte gilt die EWS als

vertrauenswürdiger Partner für Kommunen. Sechs weitere Konzessionen zum Betrieb von zwei Gas- und vier Stromnetzen ab Jahresbeginn 2011 wurden übertragen. 2009 wurde die Netzkauf Genossenschaft, um den ursprünglichen Kreis der 650 Gesellschafter erweitern zu können – in den Genossenschaftsversammlungen hat jede/r eine Stimme.

ÖKOSTROM UND DIE MACHT DES VERBRAUCHERS

Die EWS verstehen sich als politisches Unternehmen. Ihre Unternehmensleitlinien – Atomausstieg, Klimaschutz, Dezentralisierung und Demokratisierung der Energieversorgung – sind zugleich politische Forderungen. Diese Ausrichtung schlägt sich auch im Stromprodukt der EWS nieder. Das EWS-Versorgungsmodell orientiert sich im Wesentlichen an drei Zielsetzungen: dem Umlenken von Geldströmen, dem Ausbau der Erneuerbaren Energie und dem Nachweis, dass eine Stromversorgung ohne Kohle und Atom zu 100 Prozent möglich ist.

Der deutsche Strommarkt wird von vier Konzernen beherrscht, die ihre Gewinne kontinuierlich steigern. Sie besitzen über 80 Prozent der Stromerzeugungskapazitäten, den größten Teil der Netzinfrastruktur und noch immer die Mehrheit der Stromkunden. Ihre Lobby arbeitet insbesondere erzeugungsseitig sehr erfolgreich an der Festigung dieser Oligopolstruktur. Das zeigt sich in dem an die vier Konzerne ergangenen Auftrag zur Vermarktung der EEG-Strom-Mengen ebenso wie in der jüngst im Bundeskabinett und am 28. Oktober im Bundestag beschlossenen Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Marktmacht und Gewinnmaximierungsinteressen dieser Konzerne gehen nicht nur zulasten der Zukunftsfähigkeit deutscher Stromerzeugung und -verteilung, sondern auch der Stromkunden. Die Besitzverhältnisse an Stromerzeugungskapazitäten spielen eine zentrale Rolle. Die EWS garantieren Strombezug nur aus solchen Kraftwerken, die über keinerlei finanzielle Verflechtung zu Atom- und Kohleindustrie verfügen. Nur so ist gewährleistet, dass das Geld nicht über Umwege doch wieder in den Taschen der großen Konzerne landet. Ein Stromwechsel zu den EWS soll für die Konzerne als finanzieller Verlust spürbar werden, ihre Marktmacht schwächen und sie zum Überdenken ihrer Unternehmensphilosophie anregen.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien war von Beginn an ein Hauptanliegen der EWS. Diesem Zweck dient das Förderprogramm »Schönauer Sonnencent«, das durch einen in jeder Kilowattstunde EWS-Stroms enthaltenen Förderanteil befüllt wird. Dieser Fördertopf hat mitgeholfen, bis dato etwa 1700 »Rebellenkraftwerke« – regenerative Stromerzeugungsanlagen in den Händen der EWS-Kunden – ans deutsche Stromnetz zu bringen. Diese Kraftwerke haben eine Gesamtleistung von 25 700 kW, eine Jahresproduktion von über 65 Millionen kWh und entsprechen einem Investitionsvolumen von über 35 Millionen Euro.

Einen weiteren Impuls aus dem EWS-Stromprodukt erhält der Ausbau regenerativer Stromerzeugung durch das so genannte Neuanlagenkriterium: 70 Prozent ihres Stromportfolios stammt aus Anlagen, die jünger sind als sechs Jahre. Anlagen, die diese Altersgrenze überschreiten, fallen heraus und müssen durch jüngere ersetzt werden.



JR, foto: flickr/ Lord Jim

Hierdurch entsteht kontinuierlich Nachfrage nach neuen Anlagen.

Schließlich garantieren die EWS ihren Kunden eine zeitgleiche Versorgung; der Strombedarf der EWS-Kunden wird nach einem prognostizierten Lastgang viertelstundengenau ins europäische Stromnetz eingespeist. Ein offener Lieferfahrplan soll transparent machen, dass eine bedarfsgenaue Stromversorgung ohne Kohle und Atom möglich ist. Die EWS haben sich für einen Ausgleich über Kraft-Wärme-Kupplung entschieden, denn schnell regulierbare Gas- und Heizkraftwerke stellen die Brückentechnologie ins erneuerbare Energiezeitalter dar. Die Einhaltung dieser Strombeschaffungs- und -versorgungskriterien wird jährlich vom TÜV überprüft und zertifiziert. Die im Vergleich zu anderen Stromversorgungsunternehmen deutlich reduzierte Gewinnorientierung ermöglicht den EWS eine hohe Konkurrenzfähigkeit im Markt, oftmals sogar gegenüber konventionellen »Schrottstrom«-Angeboten.

Die Stromverbraucher können ihre Konsumentenmacht einsetzen, der Politik der Konzerne eine klare Absage erteilen – und deren Erlöse und damit ihre Marktmacht schmälern. Indem dezentrale Gegenspieler der Konzerne im Energiemarkt gestärkt werden, wird die Landschaft der Energieerzeuger demokratisiert.

EIN BISSCHEN STEUERN, KEINESFALLS BESTIMMEN

GESPRÄCH MIT CHRISTINA EMMRICH ZUM BÜRGERHAUSHALT IN LICHTENBERG

September 2010, Anton-Saefkow-Platz.
Tag der Votierung zum Bürgerhaushalt:
»Warum könn' se nich wenichstns een Punkt für sichere Schulwege abgeben?«,
rief die junge Frau und stemmte ihre Arme in die Hüften. Die angesprochene Siebzigjährige hatte gerade all ihre Punkte für die Neuanpflanzung von Bäumen eingesetzt.
»Vielleicht, weil das nicht mein Problem ist?«
»Und für die Seniornstätte? Sie sind doch selber alt!« »Eben«, lächelte die Alte und wich der Jungen behände aus.

Gibt es nicht Hauen und Stechen, wenn die Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger bei so unterschiedlichen Interessen über den Einsatz der viel zu knappen Mittel selbst entscheiden sollen? Wir befragten die Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg zur Praxis des Partizipativen Haushalts.

Das Projekt wurde von Die Linke initiiert und wird nun seit Jahren praktiziert. Kannst du es kurz beschreiben?

Partizipativer Haushalt bedeutet, dass BürgerInnen diskutieren und vorschlagen, wie die vorhandenen Mittel verteilt werden.

Wie oft gibt es Bürgerversammlungen und wie viele nehmen daran teil?

Zum Bürgerhaushalt findet nach wie vor eine Stadtteilversammlung pro Jahr statt. Dieses Jahr kamen circa 850 Leute. Die Vorschläge werden dort allerdings nicht mehr votiert, denn seit dem vergangenen Jahr haben wir einen Votierungstag, an dem sie der Öffentlichkeit vorgelegt werden – z.B. in Einkaufszentren und auf Bahnhofsvorplätzen. Daran beteiligten sich dieses Jahr 2400 Menschen. Durch das Öffnen über die Stadtteilversammlung hinaus erreichten wir, dass einschließlich Internetbeteiligung bisher 8400 Leute an den Diskussionen zum Bürgerhaushalt teilnahmen. Es folgt noch die Haushaltsbefragung, sodass wir wohl auf 10000 kommen werden. Das ist im Vergleich zu 1200 in der Anfangsphase eine gute Entwicklung.

Die Haushaltsverhandlung zu managen, ist dann ja eine Herausforderung ...

Den Großteil der Verhandlungen delegieren wir an die Stadtteilzentren. Uns war klar geworden, dass wir von der Top-Down-Strategie weg müssen und etwas brauchen, was von der Bevölkerung im Bezirk getragen wird. Das braucht Zeit, und es war zunächst die organisierte Bürgerschaft, die das trug. Doch schon in diesem Jahr organisierten die Stadtteilzentren die Veranstaltungen und den Votierungstag selbst. Unsere kleine Geschäftsstelle in der Verwaltung stellte die Materialien zur Verfügung und trug die Vorschläge zusammen. Das Motivieren der Leute, die Öffentlichkeitsarbeit, das kam alles von den Stadtteilzentren.

Was ist das Besondere, die Teilnahme, der Prozess oder das Ergebnis?

Die Punkte hängen zusammen. Für Lichtenberg besonders ist, dass wir die Vorschläge bereits im Vorfeld der jeweiligen Haushaltsaufstellungen diskutieren. Wir geben als Verwaltung keinen fertigen Haushalt vor und sagen nicht: Schaut mal drauf und ändert etwas, sondern wir sagen: 2012 werden wir 32 Millionen Euro für freiwillige Aufgaben einsetzen können. Bisher waren die wie folgt verteilt. Soll das so bleiben oder welche Veränderungen schlagt Ihr vor? So fördern wir die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich an weiteren Aktivitäten zu beteiligen, z.B. den Kiezfonds und Bürgerjurys.

Was sind Kiezfonds und Bürgerjurys?

Vor drei Jahren kritisierten junge Leute, dass alles so lange dauert. »Wir machen Vorschläge, und dann hören wir zwei Jahre nichts...«, sagten sie. Heute verfügt jeder unserer 13 Stadtteile über einen Kiezfonds mit je 5000 Euro und eine Bürgerjury, die sie verteilt. Die Jury, die auch die Sozialstruktur des jeweiligen Stadtbezirks abbildet, wird per Zufallsauswahl zusammengestellt. Bei den Bürgerjurys werden Projekte eingereicht, die von »Baumscheibe bepflanzen« über »Veranstaltungen organisieren« bis zu »Flyer produzieren« reichen. Wenn die Jury entschieden hat, wird der Vorschlag umgesetzt. Dazu braucht es keine Zustimmung des Bezirksamtes mehr. Obwohl 5000 Euro keine Riesensumme sind, ist das etwas außerordentlich Wirksames. Ich spüre das an Reaktionen wie: »So etwas hat uns immer gefehlt!« Das empfehle ich auch denen, die mit Bürgerhaushalten nicht in die Gänge kommen. Über diese Form der Beteili-

gung kann man Bürgerinnen und Bürger für Haushaltsfragen interessieren.

Wie wählt ihr die Leute aus, die angeschrieben werden, und gibt es auch Ablehnungen?

Die Adressen bekommen wir vom Einwohnermeldeamt – nach unserem Schlüssel: Leute zwischen 16 und 70, Frauen und Migranten werden anteilig repräsentiert. Auf unsere Briefe bekamen wir zehn oder zwölf Ablehnungen. Einige meldeten sich auch gar nicht. Letztlich hatten wir jedoch mehr Zusagen, als wir für die Jurys brauchten, und ich musste ein Losverfahren entwickeln. Wir hatten uns darauf verständigt, dass maximal 15 Bürgerinnen und Bürger in einer Jury arbeiten sollen. Jetzt sind sie alle gut besetzt.

Ist es gelungen, neben der engagierten Bürgerschaft Leute anzusprechen, die sich bislang nicht (kommunal)politisch engagiert haben?

In die Stadtteilversammlungen kommen nach wie vor die, die schon an der Entwicklung des Stadtteils interessiert sind. In den letzten Jahren gelang es uns immer besser, die Vorschläge mit Stadtteilentwicklungszielen zu verknüpfen. In Lichtenberg ist ideal, dass alle 13 Stadtteile Entwicklungsziele formuliert haben und diese Zusammenhänge herstellen: Wie soll sich mein Viertel entwickeln? Welche Vorschläge habe ich dazu und wie bekommen wir die in den Haushalt eingebunden? Durch den Votierungstag sprechen wir viele an, denen das neu ist und die wir sonst nicht erreichen würden. In Karlshorst und Friedrichsfelde war ich selbst dabei: Wir gingen einfach auf Leute am Bahnhof zu. Manche sagten »Ne, muss nach Hause«, einige fragten: »Bürgerhaushalt, was'n das?« Bei den meisten stießen wir auf Interesse. Ob die nächstes Jahr in die Stadtteilversammlung kommen, bleibt natürlich abzuwarten.

Wie sieht so ein Votierungstag aus?

Wir bauen Aufsteller mit den einzelnen Vorschlägen auf und erläutern, was die Vorschläge beinhalten. Jeder kann fünf Punkte vergeben. Dieses Jahr führten wir außerdem einen Einsparpunkt ein. Der konnte für Einsparungsvorschläge eingesetzt werden. Unser Haushalt ist begrenzt, die 32 Millionen vermehren sich auch durch viel diskutieren nicht. Von den 2 400 Teilnehmenden verwendeten nur etwa 1 000 diesen Punkt. Vielleicht hatten sie keine Lust oder der Zweck war ihnen nicht klar. Wir werden überlegen, wie wir das besser machen können oder ob wir es lassen.

Welche Projekte wurden angeboten und was war der Favorit?

»Wie gestalten wir das öffentliche Straßenland«, zum Beispiel. Die meisten Punkte bekamen Vorschläge zur Erhaltung von Seniorenfreizeitstätten und sozialen Treffpunkten für Jugendliche. Die votierten Vorschläge werden dann in die per Brief durchgeführten Haushaltsbefragungen aufgenommen und noch einmal votiert. Wir bleiben immer im Stadtteil, gehen nicht auf Bezirksebene, denn wir haben die Erfahrung: Je konkreter die Sachen sind, desto größer ist die Beteiligung. In den Briefen ist für Jeden eine persönliche Kennung angegeben, mit der im Internet votiert werden kann. Wer das nicht möchte, kann sich melden und bekommt die Unterlagen mit der Post. Internet, Votierungstag und Haushaltsbefragung – diese drei unterschiedlichen Verfahrensweisen behindern Klientelpolitik und ermöglichen eine weitgehend objektive Beurteilung der Vorschläge. Selbst wenn sich



JR, foto: flickr/ Lord Jim

Lobbygruppen bilden, schaffen diese es nicht, sich über alle drei Wege durchzusetzen.

Wie hoch ist die Zahl der Rückläufe?

Von etwa 25 000 befragten Haushalten liegen 1 000 Antworten vor. Könnte besser sein, doch Umfrageexperten sagen, das sei nicht schlecht. Ich hoffe, dass es dieses Jahr durch die Internetbefragung mehr sein werden.

Was war der größte Erfolg?

Der Votierungstag. Seit wir uns eine externe Evaluation nicht mehr leisten können, machen wir jedes Jahr einen Workshop zur Auswertung des Bürgerhaushalts. Da gehen wir Punkt für Punkt durch, fragen, was sich bewährt hat. Wir waren unzufrieden, weil die Beteiligung an den Stadtteilversammlungen stagnierte: In einem Stadtteil mit 20 000 Einwohnern gab es nur etwa 100 Teilnehmende. Mit der Einführung des Votierungstags sind über 2 000 gekommen. Ich hätte das selbst nicht für möglich gehalten. Auch dass der Kiezfonds und die Bürgerjury so angenommen wurden, ist ein Erfolg.

Welche Lernprozesse gab es bei den Beteiligten, der Verwaltung, dir selbst?

Die wichtigste Erfahrung ist, dass öffentlich niemals genug darüber informiert werden kann, wie mit den Vorschlägen der Bürgerhaushalte umgegangen wird, welche Entscheidungen auf ihrer Grundlage getroffen wurden.

Die Beteiligten fragen: »Was ist aus meinem Vorschlag geworden?«, »Warum wurde ich nicht benachrichtigt?«, »Warum wird das nicht gekennzeichnet?« Wir müssen nachvollziehbar darstellen: Das ist ein Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt, und so ist er umgesetzt worden.

Die Bereitschaft der Verwaltung, sich Bürgeranliegen zu stellen, ist wesentlich größer geworden. Sie begreift, dass die Bürgerinnen und Bürger keine Störenfriede sind, sondern Interesse an der Entwicklung des Bezirks haben und sich mit kompetenten Vorschlägen daran beteiligen. Die Beteiligten erfahren, wie wichtig es ist, sich bei der Erarbeitung von Vorschlägen Verbündete zu suchen statt gegeneinander zu kämpfen. Das Mindestsoll für einen Vorschlag sind 25 Punkte, also ist es vernünftig, sich im Vorfeld untereinander abzustimmen und bspw. lieber zwei gemeinsame statt sechs ähnliche Einzelvorschläge einzubringen. Dabei entwickeln sich Zusammengehörigkeitsgefühle und die Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung zu tragen.

Hat sich ein solidarisches Zusammengehörigkeitsgefühl auch über die Projekte hinaus entwickelt?

Es gibt eine Vielzahl von Projekten, durch die sich ein neuer Blick auf das entwickelt, was sich im anderen Stadtteil tut. Man darf es zwar nicht überbewerten, doch auch in der Rummelsburger Bucht habe ich es erlebt. Da wohnen die »Schönen und Reichen« im Wohneigentum. Das erste, was sie unternahmen, war, einen Bürgerverein zu gründen und sich darum zu kümmern, wie es ringsherum weitergeht, auch auf der anderen Straßenseite, wo es den Leuten nicht so gut geht. Da ist etwas im Gange, was man behutsam beobachten sollte, vielleicht ein bisschen steuern, aber keinesfalls bestimmen kann.

Gibt es Konflikte?

Wir haben immer die Konflikte: Hunde- gegen Nichthundebesitzer und jung gegen alt, wenn es zum Beispiel um einen Spielplatz geht. Wir nennen die neuen übrigens »Quartierparks« und stellen dort einige Geräte auf, die auch gut von Älteren genutzt werden können. Ansonsten sind die Stadtteilversammlungen der Ort, an dem Konflikte offen ausgetragen werden können. Deshalb bleiben wir auch dabei, denn diese direkten Auseinandersetzungen bekommst du übers Internet allein nicht hin.

Wie siehst du die Resonanz in anderen Bezirken?

Marzahn-Hellersdorf macht es etwas, doch der Ansatz ist derselbe. Ansonsten hält sich das in Grenzen. Ich denke, dass viele es zu mühevoll finden. Die Leute wollen dann auch über andere Dinge mitbestimmen. Das ist wie beim Zauberlehrling. Dem muss man sich stellen.

Was könnten längerfristig Einstiegsprojekte auf Landesebene sein?

Köln ist kein schlechtes Beispiel: Zunächst wurde übers Internet in großen Einheiten ausgelotet, was möglich ist. Dann nach Bereichen überlegen, wie Geld verteilt, wo Prioritäten gesetzt werden sollen. Schule oder Stadtentwicklung? So wie wir das auf Bezirksebene handhaben, ist es auf Landesebene nicht zu bewältigen. Doch auch dort ist möglich, dass Bürger über Trends für Entwicklungen und Verwendung der Mittel entscheiden.

Das Gespräch führte Cornelia Hildebrandt



flickr/sabeth 718 ⓘ
JR ist ein französischer Künstler, der Häuserwände, Uferbefestigungen und andere urbane Flächen nutzt, um großflächige Portraits aufzubringen. Mit der Zeit blättern sie ab …

STÄDTE UND GEMEINDEN IN NOT

SABINE REINER

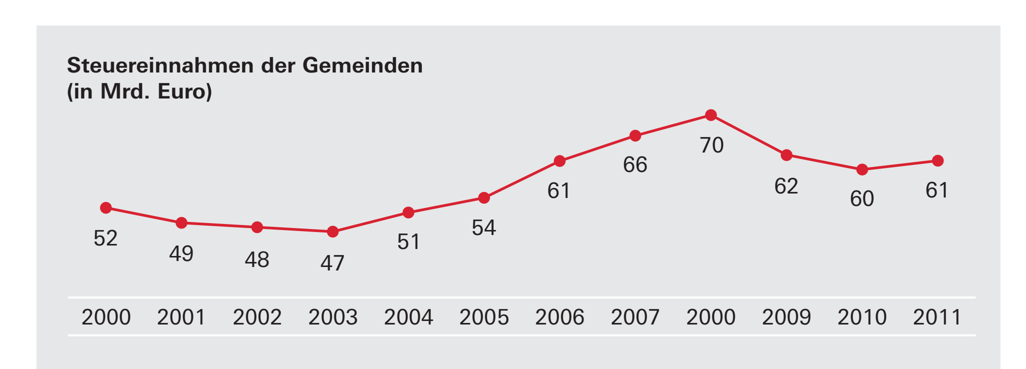
»Gerecht geht anders!« – unter diesem Motto führt die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gegenwärtig bundesweit Aktionswochen gegen die soziale Schieflage der Politik durch.[1] Auch andere Gewerkschaften und Bündnispartner werben wie ver.di für einen Kurswechsel – für Alternativen zu sozialem Kahlschlag, zur Rente mit 67, zu Kopfpauschale und Klassenmedizin. Ein Schwerpunkt der ver.di-Kampagne ist die desaströse Finanzsituation der Kommunen, sind »Städte und Gemeinden in Not«.

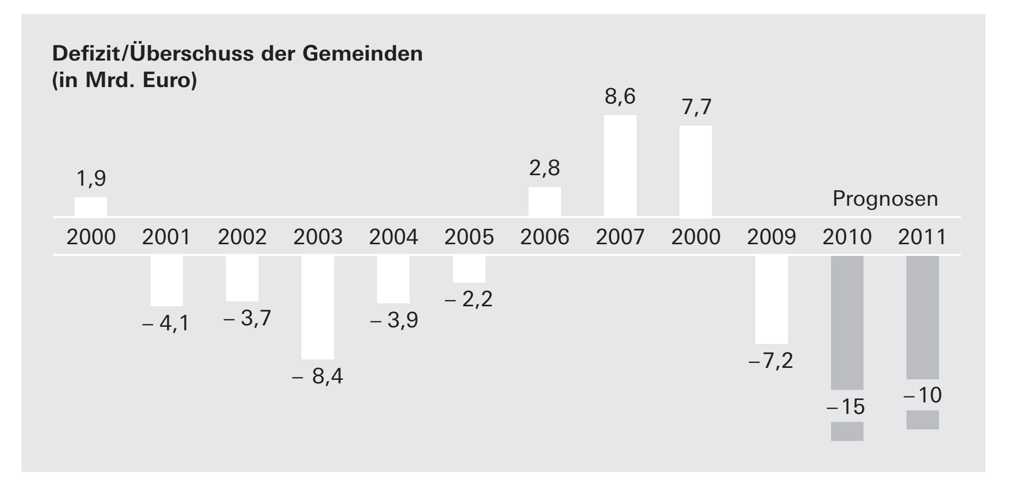
Städte und Gemeinden sind unmittelbare Lebenswelt für Beschäftigte und Erwerbslose, Kinder und Jugendliche, Rentnerinnen und Rentner. Hier können sich Bürger in Vereinen, Initiativen, in der Kommunalpolitik oder der Elternvertretung einbringen, können sich wohlfühlen oder eben auch nicht. Hier wird vor der Haustür deutlich, ob öffentliche Angebote an Kultur und Freizeit, an Bildung und Betreuung, sozialer Unterstützung, intakter Infrastruktur und Umwelt die Erwartungen der Bewohner erfüllen. Und hier ist es möglich, dass Bürgerinnen und Bürger darüber ins Gespräch kommen, wie gesellschaftliches Leben eigentlich organisiert sein soll. Viele haben zum Beispiel festgestellt, dass es nicht unbedingt billiger, besser und bequemer ist, wenn private Unternehmen die Schulbusse organisieren und den Müll abholen. Immer mehr Menschen könnten sich fragen, ob es wirklich keine Alternativen zum fortgesetzten Spardiktat gibt oder ob nur Reiche sich einen armen Staat leisten können. Bleibt diese Frage außen vor, können Ansätze zur Demokratisierung von Haushaltspolitik, wie sie mit dem Konzept des Bürgerhaushalts durchaus praktiziert werden, leicht zur Legitimierung neoliberaler antisozialer (Kürzungs-)Politik benutzt werden.

OHNE MOOS NICHTS LOS

2009 verbuchten die Kommunen ein Finanzierungsdefizit von über sieben Milliarden Euro.[2] Angesichts des Überschusses von ebenfalls gut sieben Milliarden Euro im Jahr zuvor war das ein beispielloser Absturz. Mit bisher prognostizierten 15 Milliarden Euro im laufenden Jahr 2010 würde sich das Defizit noch verdoppeln. Die neueren Entwicklungen führen lediglich dazu, dass das Steueraufkommen insgesamt stagniert und gegenüber 2009 nicht wie ursprünglich erwartet nochmals absinkt. Das Defizit der Kommunen dürfte dadurch im laufenden Jahr etwas kleiner ausfallen als befürchtet, aber elfstellig bleiben. Auch für die kommenden Jahre ist keine Entwarnung in Sicht.

Grund für die Finanznot ist eine strukturelle Unterfinanzierung, die durch die Krise noch zugespitzt wird. Nur in den wenigen Jahren des Wirtschaftsaufschwungs 2006–2009 konnten die Kommunen Überschüsse erwirtschaften. Davor wurden jahrelang milliardenschwere Defizite geschrieben – nicht wegen »explodierender«





Steuereinnahmen und Finanzierungssaldo der Gemeinden
Quellen: Gemeindefinanzbericht 2010, Prognose der kommunalen Spitzenverbände

Ausgaben, sondern wegen ausbleibender Einnahmen. Wiederholte Steuersenkungen haben Städte und Gemeinden finanziell ausgeblutet. Zwischen 1995 und 2005 blieben die Ausgaben der Kommunen mit nominal rund 150 Milliarden Euro praktisch konstant, sind inflationsbereinigt also erheblich gesunken. Erst ab 2005 sind die Ausgaben spürbar angestiegen auf aktuell 180 Milliarden Euro. Der Anstieg war bis zur Krise jedoch schwächer als der zeitgleich einsetzende Einnahmeanstieg.

Zuvor war vor allem ab 2001 ein Rückgang der Einnahmen zu verzeichnen, der maßgeblich durch die damalige Senkung von Einkommen- und Körperschaftsteuer verursacht ist. Die Steuersenkungen, von denen vor allem Bezieher (auch einige Bezieherinnen) von hohen Einkommen sowie finanzstarke Unternehmen profitierten, hatten für die Kommunen Einnahmeausfälle von bis zu drei Milliarden Euro pro Jahr zur Folge. Mit den weiteren Steuersenkungen, die Bestandteil der Konjunkturpakete und des »Wachstumsbeschleunigungsgesetzes« sind, summieren sich die Einnahmeausfälle auf über acht Milliarden Euro, also rund die Hälfte des Finanzierungsdefizits (vgl. Eicker-Wolf/Truger 2010). Ausfälle durch die seit 1998 nicht mehr erhobene Vermögensteuer, die als Ländersteuer über den kommunalen Finanzausgleich wesentlich den Kommunen zugute kam, sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind die Ausgaben der Städte und Gemeinden durch die Politik der letzten Jahrzehnte deutlich gesunken. Anfang der 1990er Jahre betrug ihr Anteil am BIP – ebenso wie auch Anfang der 1980er – noch rund 8,5 Prozent. 2008, vor dem krisenbedingten Wiederanstieg, waren es noch gut sieben Prozent. Läge der Anteil der Städte und Gemeinden noch auf dem früheren Niveau, hätten sie jährlich mindestens 30 Milliarden Euro mehr zur Verfügung.

WOHER KOMMT DAS GELD?

Fast 40 Prozent ihrer Finanzmittel erhalten die Gemeinden aus Steuereinnahmen: Den größten Teil macht die Gewerbesteuer aus, gefolgt vom Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Sonstige Steuereinnahmen, darunter die Grundsteuern und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, machen weniger als zehn Prozent der Gesamteinnahmen aus. Fast 40 Prozent der Gesamteinnahmen stammen aus Zuweisungen von Ländern und Bund, Gebühren und Sonstiges machen etwa ein Viertel aus (Veräußerungserlöse, Ausgleichszahlungen, Beiträge u.a.).

Die Zuweisungen sind entweder allgemeine (knapp 60 Prozent) oder zweckgebundene (gut 40 Prozent). Der größte Teil der allgemeinen Zuweisungen sind Schlüsselzuweisungen, die als Teil des kommunalen Finanzausgleichs je

nach Steuerkraft den Gemeinden nach einem bestimmten Schlüssel zugewiesen werden. Ein kleiner Teil sind Bedarfszuweisungen, die einzelne Gemeinden etwa zur Überwindung außergewöhnlicher oder struktureller Belastungen erhalten können. Bei den zweckgebundenen Zuweisungen machen die Zuweisungen für »Soziales, Gesundheit, Sport« den mit Abstand größten Teil aus. Weitere gibt es für Schule und Kultur, »Wirtschaftsunternehmen und öffentliche Einrichtungen« sowie »Bauwesen und Straßen« (vgl. Gemeindefinanzbericht 2008).

DAMOKLESSCHWERT SCHULDENBREMSE

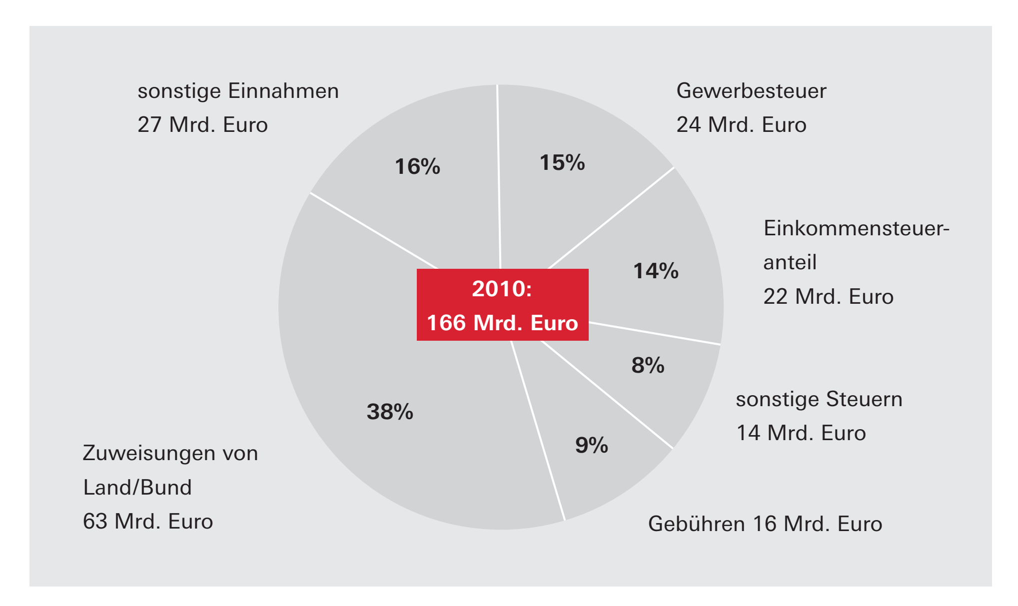
Die Zuweisungen stammen im Wesentlichen aus den Steuern und Steueranteilen der Länder, vor allem aus den Länderanteilen an der Einkommen- und der Umsatzsteuer. Von der Einkommensteuer erhalten Bund und Länder je 42,5 Prozent, die Gemeinden 15 Prozent. Der Länderanteil bei der Umsatzsteuer beträgt 43 Prozent, der Gemeindeanteil zwei Prozent.

Die 2009 beschlossene Schuldenbremse schreibt den Bundesländern vor, ab 2020 schuldenfreie Haushalte vorzulegen. Dafür entwickeln die einzelnen Bundesländer wie der Bund bereits Abbaupfade für die Ausgaben. Die Schuldenbremse wird absehbar den Druck erhöhen, die Zuweisungen an die Kommunen zu senken. Auch unabhängig von der Schuldenbremse haben Bundesländer immer wieder versucht, Finanzprobleme zu Lasten ihrer Kommunen zu mildern. So hat etwa die hessische Landesregierung angekündigt, die Zuweisungen an die Kommunen ab 2011 um 400 Millionen Euro zu senken – bei einer bisherigen Höhe der Zuweisungen von gut drei Milliarden Euro (vgl. Eicker-Wolf/Truger 2010). Die Schuldenbremse wird daher zu einer gefährlichen Wachstums- und Sozialstaatsbremse. Das *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung* (IMK) hat ihre Schädlichkeit berechnet: Hätte in den Jahren 2000 bis 2007 bereits die Schuldenbremse gegolten, wäre das Wachstum in diesem Zeitraum um bis zu 1,5 Prozent niedriger ausgefallen, und rund 500 000 Menschen wären weniger beschäftigt worden (vgl. Horn u.a. 2008).

IN SAUS UND BRAUS?

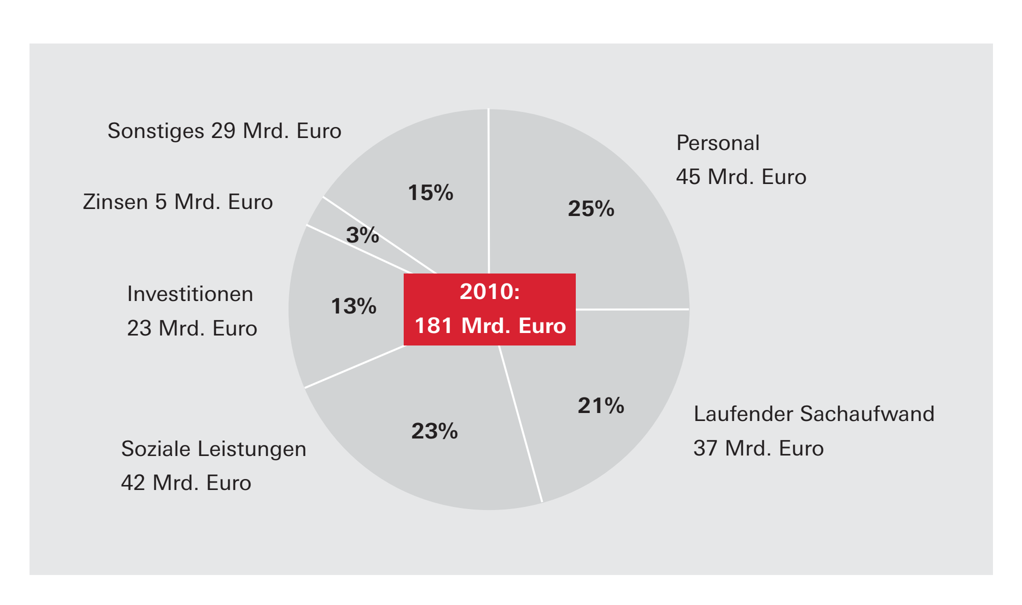
Sicherlich finden sich immer Ausgaben, die die eine Stadt oder die andere Gemeinde sich sparen könnte. Die Elbphilharmonie in Hamburg und der Stuttgarter Hauptbahnhof sind aktuell die besten Beispiele dafür. In den meisten Gemeinden geht es aber nicht darum, ob man sich eine Investition oder ein Prestigeprojekt leisten kann oder will. Es geht um die laufenden Ausgaben – für die Musikschule, das Jugendhaus, den Seniorentreff, den Sportplatz, die Bibliothek, so vorhanden

Woher bekommen die Gemeinden ihr Geld? Quelle: Gemeindefinanzbericht 2010



das Theater oder Museum, den Zuschuss für Nahverkehr. Gemeinden sehen sich genötigt, die Leistungen zu verschlechtern oder hohe Gebühren und Eintrittspreise zu erheben. Mit einem solchen Kahlschlag bei den sogenannten freiwilligen Leistungen lassen sich die Finanzprobleme zwar nicht lösen, aber er scheint angesichts der Defizite alternativlos. Und es scheint so nahe zu liegen, dass eine Gemeinde ohne die nötige finanzielle Ausstattung sich gebührenfreie Kindergärten eben nicht leisten kann. Dass es auch anders geht, zeigt der Bürgermeister von Reykjavik, der Hauptstadt des von »Finanzmarktspezialisten« besonders gebeutel-

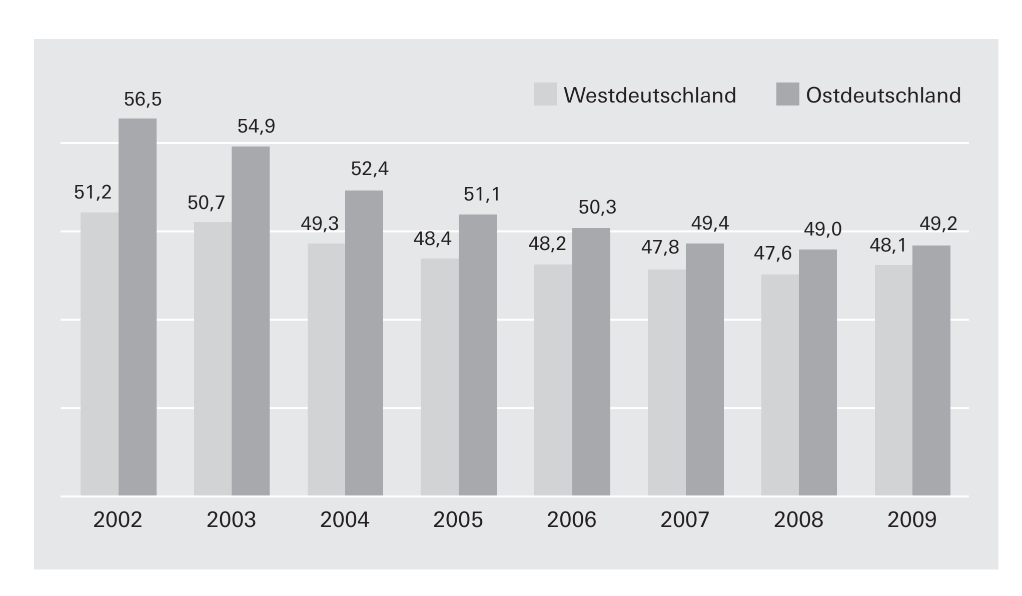
Wofür geben die Gemeinden ihr Geld aus? Quelle: Prognose der kommunalen Spitzenverbände, Februar 2010



ten Islands. Trotz Finanzkrise hat er für Kinder freien Eintritt in Schwimmbädern durchgesetzt (vgl. *Financial Times Deutschland*, 29.9.2010).

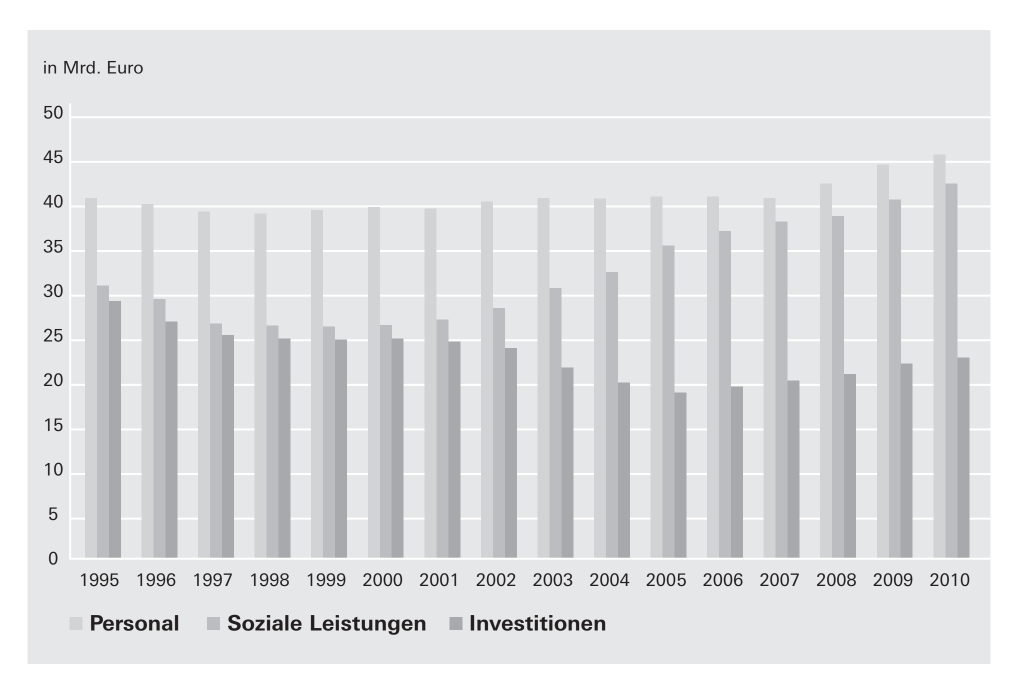
Die Ausgaben für Personal (25 Prozent der Gesamtausgaben), soziale Leistungen (23 Prozent) und laufenden Sachaufwand (21 Prozent) sind die größten Ausgabeblöcke der Kommunen. Die Investitionsausgaben spielen mit 13 Prozent nur noch eine nachrangige Rolle. 1995 machten sie noch 19 Prozent der Gesamtausgaben aus. Der Rückgang ist dabei kein Zeichen fehlender Investitionsgelegenheiten, sondern von finanzbedingtem Verzicht bzw. Verschiebung (auf den Sankt-Nimmerleins-Tag) von nötigen Investitionen. Mit drei Prozent der Gesamtausgaben schlagen Zinsen zu Buche, die restlichen 15 Prozent verteilen sich auf Sonstiges.

Der knapp größte Ausgabenblock »Personal« weckt Begehrlichkeiten bei jedem Sparkommissar (und in jeder Tarifrunde auf der Arbeitgeberseite). Allerdings stagnieren die Personalausgaben nominal seit Jahren, sind als Anteil an den Gesamtausgaben sogar gesunken. Dies ist Ergebnis eines rabiaten Beschäftigungsabbaus: Die Anzahl der Beschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst der Kommunen ist von knapp zwei Millionen 1991 auf gut 1,2 Millionen gesunken, die Zahl der Vollzeitbeschäftigten hat sich dabei sogar von 1,6 Millionen auf 760 000 halbiert – ein stärkerer Beschäftigungsabbau als im gesamten öffentlichen Dienst. Dies ist nicht die Folge des Abbaus im angeblich aufgeblähten öffentlichen Dienst in Ostdeutschland. 49 Beschäftigte pro 1 000 Einwohner im Osten entsprechen dem Verhältnis im Westen vor fünf Jahren. Die ostdeutschen Länder können den Westen nur einholen, wenn sie beim Kahlschlag im öffentlichen Dienst noch schneller sind als der Westen.



Beschäftigte im mittel- und unmittelbaren öffentlichen Dienst pro 1000 Einwohner
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.
Beschäftigte gemessen in Vollzeitäquivalenten

Ausgewählte Ausgabenbereiche der Kommunen
Quelle: Gemeindefinanzbericht 2010



Mit dieser Entwicklung geht Deutschland einen Sonderweg: Mit rund sieben Prozent am BIP gibt kein Land für Beschäftigte im öffentlichen Dienst weniger aus.[3] Der Durchschnitt in Europa liegt bei über zehn Prozent, das entspräche etwa 70 Milliarden Euro mehr. Selbst die USA haben einen höheren Anteil von Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung als Deutschland. Bei stagnierenden Einnahmen und struktureller Unterfinanzierung entwickeln sich die schnell steigenden Sozialausgaben zum großen Problem für die Kommunen – und der Anstieg beschleunigt sich stetig. Sie liegen heute bei über 40 Milliarden Euro, 2003 waren es noch 30 Milliarden. Dazu gehören vor allem Kosten für Unterkunft und Heizung für ALG-II-Beziehende, Ausgaben der Jugendhilfe und Ausgaben für Sozialhilfe, darunter Kosten der Grundsicherung im Alter, Hilfe zur Pflege und Wiedereingliederungshilfe. Der Bund zahlt zwar Anteile an verschiedenen Ausgaben, diese reichen aber nicht aus und überlassen den Kommunen den größeren Teil der Verantwortung für die schnell wachsenden Ausgaben (vgl. Deutscher Städtetag 2010a). Der finanzielle Handlungsspielraum wird so für die Kommunen immer enger.

PROBLEM ERKANNT? DIE GEMEINDEFINANZKOMMISSION

Die Bundesregierung hat Anfang 2010 eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung erarbeiten soll. Mitglieder sind die Minister für Finanzen, Inneres und Wirtschaft, drei Vertreter/innen der kommu-

nalen Spitzenverbände und sechs Landesminister für Finanzen bzw. Inneres. Die Bundesregierung hat schon im Koalitionsvertrag die Prüfung des Ersatzes der Gewerbesteuer als Aufgabe der Kommission konkretisiert. Die kommunalen Spitzenverbände sind daher skeptisch: »Die Kommunen [haben] nie um eine Abschaffung der Gewerbesteuer gebeten. Sie möchten im Gegenteil die Gewerbesteuer stärken. Man wird […] den Verdacht nicht los, dass es […] nicht in erster Linie darum geht, die kommunale Finanzlage zu verbessern, sondern […] um die Abschaffung der Gewerbesteuer« (Gemeindefinanzbericht 2010, 1).

Die Kommission hat die Arbeit auf drei Arbeitsgruppen verteilt: »Kommunalsteuern«, »Standards« und »Rechtsetzung«. Letztere soll klären, wie Kommunen bei Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden können, die für sie finanzwirksam werden. Die AG Standards soll Entlastungen auf der Ausgabenseite zum Beispiel durch Flexibilisierung prüfen – die freundliche Formulierung soll die Gefahr eines fortgesetzten sozialpolitischen Kahlschlags verdecken. Für die AG wurden zunächst über 300 Einzelposten zusammengestellt: Verwaltungsvereinfachungen, Vorschläge zur Kostenübernahme durch den Bund oder Absenkungen von Leistungsstandards. Vor allem letzteres würde gravierende Leistungsverschlechterung etwa für Pflegebedürftige, Schwerbehinderte oder für Betroffene in der Jugendhilfe bedeuten.[4]

Ein denkbar schlechtes Ergebnis der Gemeindefinanzkommission wäre: Die grundlegenden Ursachen der Finanzprobleme werden nicht angegangen. Um überhaupt ein Ergebnis vorlegen zu können, werden »Flexibilisierungen« beschlossen, die minimale Finanzwirksamkeit, aber maximale soziale Kälte bedeuten.

GEWERBESTEUER UND EINNAHMEN STÄRKEN!

Die Gewerbesteuer ist die mit Abstand wichtigste Gemeindesteuer, die von den ortsansässigen Unternehmen bezahlt wird. Ihre Abschaffung würde Unternehmen erneut entlasten, Bürger dagegen über Zuschläge zur Einkommensteuer oder Erhöhung der Mehrwertsteuer belasten. ver.di setzt sich – wie die Kommunen (vgl. Deutscher Städtetag 2010b) und die drei Oppositionsparteien im Bundestag – für ihren Erhalt und die Weiterentwicklung zur Gemeindewirtschaftssteuer ein.

Freiberufler und andere Selbstständige sind bisher von der Gewerbesteuer ausgenommen, auch wenn sie höhere Einkommen erwirtschaften als viele kleine Gewerbebetriebe. Sie sollen ebenfalls einbezogen werden, können die Steuer aber von der Einkommensteuer abziehen. Zusätzlich soll die Steuer stärker als bisher auf die Teile der Wertschöpfung erhoben werden, die als Zinsen, Mieten, Pachten oder Leasing-Raten Kapitalgebern zufließen. Für international tätige Unternehmen ist deren Abzugsmöglichkeit vom Gewinn ein lukratives Steuerschlupfloch. Ein Freibetrag von 25 000 Euro pro Jahr und die Beibehaltung der Anrechnung

auf die Einkommensteuer stellen bei der Gemeindewirtschaftsteuer sicher, dass die große Mehrzahl der Betriebe und Selbstständigen nicht zusätzlich belastet werden. Die Einnahmen der Gemeinden blieben auch bei schwächerer wirtschaftlicher Entwicklung stabiler. Die Mehreinnahmen bewegen sich mit per Saldo etwa drei bis fünf Milliarden Euro pro Jahr im eher bescheidenen Rahmen. Wegen der verrechnungsbedingten Ausfälle bei der Einkommensteuer würde sich aber eine Verschiebung der Einnahmen hin zu den Gemeinden ergeben.

Es kann keine Lösung sein, mit dem Stopfen der Haushaltslöcher der Kommunen die Löcher bei Bund und Ländern weiter aufzureißen. Das führt nur zu neuen Verschiebungen und Kürzungen an anderer Stelle. Um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, ist eine umfassende steuerpolitische Kehrtwende erforderlich, die auch für Bund und Länder die finanzielle Handlungsfähigkeit wieder ausweitet. Aus kommunaler Sicht sollten die Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften im Vordergrund stehen. Beide sind als Ländersteuern besonders dazu geeignet, über den kommunalen Finanzausgleich der Länder die Bedingungen vor Ort zu verbessern. Darüber hinaus müssen hohe Einkommen und finanzstarke Unternehmen wieder einen größeren Beitrag zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben leisten. Konzepte dafür liegen längst vor.[5] Es kommt darauf an, die Steuerpolitik zu verändern.

LITERATUR

Eicker-Wolf, Kai, und Achim Truger, 2010: *Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Hessen*, Frankfurt/M

Deutscher Städtetag, 2010a: *Sozialleistungen der Städte in Not. Zahlen und Fakten zur Entwicklung der kommunalen Sozialausgaben*, Berlin und Köln, Mai

Ders., 2010b: *Die Gewerbesteuer – eine gute Gemeindesteuer*, Berlin und Köln, Juli

Gemeindefinanzbericht 2008, in: *der städtetag* 5

Ders. 2010, in: *der städtetag* 5

Horn, Gustav, u.a., 2008: Die Schuldenbremse – eine Wachstumsbremse?, *IMK Report* 29

---

1 www.gerecht-geht-anders.de

2 Die Zahlen stammen, wenn nicht anders angegeben, aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie den Gemeindefinanzberichten.

3 vgl. Eurostat, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/, 3.11.2011

4 Ein Zwischenbericht der AG Standard vom Juni 2010 findet sich auf der Website des BMF unter www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/Foederale__Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzen/20100708-Laender__1,templateId=raw,property=publicationFile.pdf

5 Konzept Steuergerechtigkeit, www.wipo.verdi.de September 2008; Steuerkonzept DIE LINKE, Beschluss des Parteivorstands vom 22. November 2008; oder schon 2004: Konzept für eine »Solidarische Einfachsteuer« von attac, Gewerkschaften und Memogruppe.



Keine Angst, es ist nur Gentrification, flickr/rot ist die farbe der hoffung

DIE BÜRGERKOMMUNE

IM SPANNUNGSFELD VON REPRÄSENTATIVER UND DIREKTER DEMOKRATIE

FELICITAS WECK

»Mit der Bürgerkommune ist es so ähnlich wie mit dem Ungeheuer von Loch Ness – alle reden darüber, aber noch keiner hat sie gesehen.«
(Bogumil/Holtkamp 2001, 26f)

DEMOKRATIE RADIKALISIEREN?

1989 in Porto Alegre *(Orçamento participativo)* wurde erstmals versucht, die Fronten zwischen Politik, Verwaltung und den Objekten von Politik und Verwaltung, den Bürgerinnen und Bürgern, wenn auch nicht aufzuheben, so zumindest aufzulockern. Inwieweit das Erfolgsmodell einer Bürgerbeteiligung aus der brasilianischen Struktur nach Europa übertragen werden kann, ist ungeklärt. Ansätze dieser Form partizipativer Demokratie sind auf der Basis von Porte Alegre aber auch in Deutschland entstanden, so im Bezirk Berlin-Lichtenberg (vgl. das Gespräch mit Christina Emmrich in diesem Heft).

Bürgerbeteiligung und Bürgerorientierung gehören gemeinsam mit den Schlag-

worten Transparenz und Innovation zu den meist gebrauchten Floskeln in Sonntagsreden der PolitikerInnen aller Couleur. »Direkte Demokratie« wird vordergründig hoffähiger, längst aufgenommen von den Parteien, den kommunalen Spitzenverbänden, der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und frühzeitig auch von der Bertelsmann Stiftung. Projekte zur Bürgerbeteiligung und Merkmale der Bürgerorientierung werden parteiübergreifend als mögliche Strategie gegen Parteienverdrossenheit und mangelnde Wahlbeteiligung angesehen. Die Mischung aus repräsentativer und direkter Demokratie wird in Form und Ausgestaltung dieser Radikalisierung der Demokratie unterschiedlich definiert und gehandhabt. Obwohl es inzwischen einige Städte gibt, die den Begriff der Bürgerkommune für sich beanspruchen, fehlen eindeutige Definitionen: Manchmal reduziert sich die Bürgerkommune auf bürgerschaftliches Engagement, manchmal gehen die Ansätze bis zu komplexen Governance-Strukturen (Herzberg 2009, 50).

AUFSTIEG UND NIEDERGANG DES NEUEN STEUERUNGSMODELLS

In den 1990er Jahren begann die Umstrukturierung der Verwaltung in Deutschland hauptsächlich mit dem Ziel, diese zu modernisieren. Der politische Druck entstand durch die zunehmende Verschuldung der Kommunen, mangelnde Transparenz, fehlende ökologische und ökonomische Rücksichtnahme sowie aus dem Ärger von Einwohnern über verkrustete Verwaltungsstrukturen ohne Bürgerservice.

Eine Vorreiterrolle hatte die niederländische Stadt Tilburg, die unter finanziellem Druck ihre hierarchischen Ämter in eine betriebswirtschaftliche Struktur überführte. Die KGSt – »Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung« – entwickelte unter der Überschrift »Neues Steuerungsmodell« (NSM) die deutsche – kommunale – Variante des »New Public Management«. Als wichtigstes Ziel des NSM benannte die KGSt die Effizienzsteigerung der Verwaltung und die Konsolidierung des kommunalen Haushalts. Gleichzeitig sollte Kommunalpolitik ihre Arbeitsweise verändern und sich auf Beschlüsse zu Strategie und Leitlinien konzentrieren. Dieser Anspruch entstand durch ein etwas naiv erscheinendes »optimistisches Menschenbild« und die Annahme, dass sich die zentralen Akteure entsprechend ihrer radikal neu definierten Rolle dem Primat der Haushaltskonsolidierung unterordnen würden (Holtkamp 2008, 423–446). In die Verwaltungsforschung wurde dieser Verzicht überwiegend als eine Beschränkung der Ratskompetenzen und des Parteieneinflusses gedeutet (Wollmann 1999, 347f).

Auch die weiteren Elemente des NSM (Veränderung des Personalmanagements, Einführung der Budgetierung, Dezentrale Ressourcenverantwortung, Definition von »Produkten« – Berichtswesen und Controlling, Einführung von »Wettbewerb« in Produkt- und Dienstleistungsqualität) verlangten von Politik und Verwaltung vollständig umzudenken.

Viele Verwaltungsspitzen sowie die etablierten Parteien priesen die Thesen des NSM anfangs enthusiastisch. Das alte Verwaltungssystem wurde als »System organisierter Unverantwortlichkeit«, das auf

Geldverschwendung hinausläuft, diskreditiert. Gleichzeitig wurde das NSM als eine überzeugende Alternative präsentiert (Banner 2001, 288). In vielen Kommunen wurde das NSM beschlossen, aber die geforderte Beschränkung des politischen Einflusses auf das Verwaltungshandeln mehrheitlich abgelehnt und nicht umgesetzt.

Ende der 1990er Jahre herrschte »in vielen deutschen Kommunen eine Mischung aus Frust, Ratlosigkeit und Durchhalteparolen« (Bogumil/Reichard 2007, 85–90). Auch innerhalb der Verwaltungen wurde das NSM als zu komplex empfunden, einige Instrumente wie Budgetierung, Kosten- und Leistungsrechnung, Definition von Produkten blieben jedoch erhalten. Auch die kommunalen Haushalte von Kameralistik in Doppik (doppelte Buchführung in Konten) umzustellen, basiert auf dem Grundgedanken des NSM.

BÜRGERKOMMUNEN IM SCHATTEN VON BERTELSMANN

Nachdem das neue Steuerungsmodell nicht reibungslos vonstatten ging, wurde ein neues Ziel anvisiert: die Bürgerkommune. Wer den Begriff der Bürgerkommune geprägt hat, ist nicht geklärt, anfangs wurde es als Synonym für Bürger- und Zivilgesellschaft verwandt. Träger der Bürgerkommunen waren zu Beginn vor allem Kommunen, die sich ausgehend von den Netzwerkstrukturen des NSM weiterentwickeln wollten. Der Wettbewerb der Bertelsmann Stiftung, »Bürgerorientierte Kommune – Wege zur Stärkung der Demokratie«, führte 1999 zur Gründung des Netzwerks Civitas. In diesem Städtenetzwerk arbeiteten insgesamt 13 Kommunen über fünf Jahre hinweg an Fragestellungen und Projekten zum Thema »Bürgerorientierte Kommunen«.

Die Bertelsmann Stiftung – gemeinnützige, selbsternannte »Ideenagentur für

Die Rekommunalisierung allein löst kein Problem, da damit nicht zwangsläufig ein Ausstieg aus einer engen betriebswirtschaftlichen Logik verbunden ist. Rekommunalisierung muss umfassender gedacht werden: Ziel ist es, die allgemeinen Reproduktionsbedingungen für jede und jeden Einzelnen im Sinne eines sozialen Rechts zu garantieren, d.h. allen flächendeckend günstige (oder gar kostenlose) qualitativ hochwertige Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, dabei hohe Umwelt- und Gesundheitsstandards zu gewährleisten, qualitativ gute und tariflich abgesicherte Beschäftigung zu schaffen, Investitionen in allen wichtigen Bereichen zu sichern (Quersubventionierung) und allen – einschließlich der Beschäftigten und Nutzer – möglichst weitgehende demokratische Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung von Produktion und Distribution der öffentlichen Dienstleistungen zu ermöglichen, also im Zusammenschluss mit anderen *Verfügung* über die relevanten Lebensbedingungen zu erlangen. […]
Doch die Praxis trägt noch die Male des Kampfes gegen Privatisierung. Wettbewerb, Profit und Effizienz werden zu wesentlichen Bestimmungsmerkmalen des »Öffentlichen« erklärt, um den Vorwürfen von bürokrati-

Öffentlichkeit und Politik« – hatte in den 1990er Jahren im Zuge der Verwaltungsmodernisierung die Idee der »Bürgerkommune« aufgegriffen und sie im Sinne des herrschenden Modernisierungsstrebens umfunktioniert. »Unsere Arbeit wird von der Erkenntnis Reinhard Mohns [Entwickler des Bertelsmannkonzerns] geprägt, dass unternehmerisches Denken und Handeln entscheidend dazu beitragen, Problemlösungen für die verschiedenen Bereiche unserer Gesellschaft zu entwickeln und erstarrte Strukturen aufzulösen. Auf diese Weise leisten wir – auch international – einen Beitrag zur kontinuierlichen Fortschreibung einer zukunftsfähigen Gesellschaft« (Bertelsmann Stiftung 2005, 5). Über die Produktion von Informationen und Ideen nimmt die Bertelsmann Stiftung Einfluss auf das politische *agenda setting:* Nur Prinzipien unternehmerischen Handelns könnten zum Ausbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen. Wettbewerb und freie Marktwirtschaft im öffentlichen Bereich sollen gefördert werden, so entstehe mehr bürgerschaftliches Engagement (ebd., 3-6). Die Aufgaben der staatlichen Fürsorge sollen in die Verantwortung der Gesellschaft gegeben werden, um den Staat zu entlasten. Fast alle Parteien haben diese Strategien aufgegriffen und weitergetragen.

Die Bertelsmann Stiftung verband den Gedanken der Bürgerkommune mit der Einführung des Bürgerhaushaltes. In dem Gemeinschaftsprojekt »Kommunaler Bürgerhaushalt« wurden durch das Innenministerium Nordrhein-Westfahlen und die Bertelsmann Stiftung (2000 bis 2004) gemeinsam in sechs Projektkommunen (Castrop-Rauxel, Emsdetten, Hamm, Hilden, Monheim a.R. und Vlotho) die Bürgerinnen und Bürger in die Haushaltsberatungen einbezogen. Im Gegensatz zu Porto Alegre handelt es sich nur um konsultative Beteiligung. Das »Verständ-

scher Ineffizienz zu begegnen – wobei nicht ausgespart werden sollte, dass die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens wichtig ist, aber meist andere Motive für eine Rekommunalisierung hinzutreten. […]
Es wird deutlich, dass im Prozess der Rekommunalisierung das verbliebene und wieder neu gewonnene öffentliche Eigentum durchaus marktförmigen Mechanismen unterworfen werden kann. (Re-) Kommunalisierung ohne einen entwickelten Begriff des ›Kommunen‹ bzw. des ›Öffentlichen‹ ist nicht automatisch als Gegenkonzept zur Privatisierung zu sehen. Zwar können die Städte und Gemeinden dadurch wieder Einfluss auf kommunale Unternehmen gewinnen, wie weit dies jedoch über eine aus dem Bereich des »Privaten« entlehnte betriebswirtschaftliche und marktorientierte Logik hinausgeht und tatsächlich einen anderen »öffentlichen« Charakter annimmt, der auch anderen Interessen und Bedürfnissen Rechnung trägt, hängt ab von der faktischen Ausrichtung, partizipativen Organisation und Steuerung eines kommunalen Unternehmens. Letzteres ist nicht nur Sache kommunaler Entscheidungsträger, sondern eine politische Frage.

Aus: Mario Candeias, Rainer Rilling, Katharina Weise, 2009: Krise der Privatisierung. RLS-Texte 53, 23,184

nis und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für wichtige Weichenstellungen ihrer Gemeinde« sollte verbessert werden und »Verständnis für Sparzwänge« entwickelt werden (Ministerium für Inneres und Kommunales NRW). Bei den klammen NRW-Kommunen diente der Bürgerhaushalt hauptsächlich dazu, den Bürgern die angespannte Haushaltslage zu vermitteln und aus ihrem Engagement heraus »Lösungen« zu finden, wenn beispielsweise die Entscheidung »Schließung« des Freibades oder »Übernahme durch ehrenamtliche HelferInnen« oder »Investor baut Spaßbad« entgegensteht. Auch ein Wettbewerb der KGSt »Intelligent sparen« in den Jahren 2002 und 2005 zeigt, dass die Aussagen von Bürgern, worauf sie zu verzichten bereit sind oder wofür sie mehr bezahlen würden, gern als Entscheidungsgrundlage zur Streichung oder Privatisierung genutzt wird.

Im »System Bertelsmann« ist die Bürgerkommune darauf ausgerichtet, ein bisschen Partizipation und viel Modernisierung zusammenzuführen. Der moderierte Veranstaltungsverlauf in der Bürgerbeteiligung wird in die entsprechende Richtung gelenkt, Ergebnisse von der Verwaltung zusammengeführt und nicht von den Teilnehmenden selbst. Die Arbeitsergebnisse der Bürger werden als »empfehlende Impulse« wahrgenommen – oder eben auch nicht.

Diese als »Stärkung der Demokratie« verkaufte Strategie dient lediglich der Vorbereitung intensiver Privatisierungsbestrebungen – das bedeutet, »die öffentliche Verwaltung wettbewerbsfähig zu machen«.

In Würzburg wollte sich *arvato*, eine Tochter des Bertelsmann-Konzerns, mit der »Modernisierung von Verwaltungen« einen neuen Wachstumsmarkt erobern. Dank elektronischer Hilfe einer Datenautobahn sollten rund 27 Millionen Euro gespart werden und Behördengänge per Internet möglich werden. Drei Jahre nach dem Start des bundesweiten Pilotprojektes ist davon keine Rede mehr; es kann als gescheitert gelten (*Mainpost* vom 6.5.2010).

RADIKALE DEMOKRATIE IN DER KOMMUNE

Die Bürgerkommune ist so »ins Gerede« gekommen. Neue Begriffe werden gesucht, um sich von dem beschriebenen Missbrauch zu distanzieren. Wie muss die Bürgerkommune gestaltet werden, um dem Anspruch eines wirklichen partizipatorischen Wirkens der Einwohner an der Entwicklung der Kommune gerecht zu werden? Wie »verträgt« sich die »repräsentative« mit der »partizipativen« und der »direkten« Demokratie?

Die repräsentative, parlamentarische Demokratie ist nicht das letzte Wort der Geschichte der Demokratie. Sie ist zu verbessern, weiter zu entwickeln und zu »radikalisieren«, indem die Instrumente der direkten Demokratie ausgebaut und vereinfacht werden. Dabei geht es auch um die Abgabe von Macht an die Menschen in der Kommune.

In einer Bürgerkommune, die dem Anspruch partizipatorischer Demokratie gerecht werden will, muss es möglich sein, die Einwohner auf allen Ebenen entscheiden zu lassen. Nicht nur der Beschluss über die Brenndauer der Straßenlaternen muss möglich sein, sondern sie müssen auch das Energiekonzept der Kommune mit erarbeiten können und darüber entscheiden können, ob die erneuerbaren

Energien dem Atomstrom vorgezogen werden sollen. Die Art und Weise, wie Entscheidungen und die Entscheidungswege zustande kommen, müssen eine andere Qualität erhalten. Eine andere Kultur des »Streitens im positiven Sinne« muss entstehen – und die Voraussetzungen dafür müssen politisch geschaffen werden –, um die Probleme in der Kommune zu lösen. Dabei müssen sich alle Akteure – BürgerInnen, Politik und Verwaltung – als Lernende in diesem Prozess begreifen.

Unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht und Herkunft muss es allen Einwohnern möglich werden, sich zu beteiligen. Dazu gehören Transparenz, ein für alle nachvollziehbares Handeln und eine einfache Sprache von Politik und Verwaltung. Die Gefahr besteht, dass Lobbyistengruppen versuchen, Einfluss zu nehmen. Durch einen konsequenten Bürgeransatz und die Beförderung eines direkten Dialogs der Bürgerinnen und Bürger untereinander sowie durch ein Delegationsverfahren kann dem entgegengewirkt werden. Das zivilgesellschaftliche Engagement muss finanziell und materiell abgesichert werden. Freiwilliges ehrenamtliches Handeln muss durch die Gesellschaft anerkannt und wertgeschätzt werden.

Nicht selektives Zuhören und subjektives Auswerten der Ergebnisse von Workshops und Bürgerversammlungen, sondern das Übertragen von Entscheidungskompetenz ist anzustreben. Dem stehen zurzeit in den meisten Fällen noch die Kommunalverfassungen entgegen. Solange hier noch nichts geändert wurde, muss dieser Anspruch in Form einer Selbstverpflichtung garantiert werden, die Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger mit den Beschlüssen der Politik ins Einvernehmen zu setzen.

Kommunale Selbstverwaltung, die diesen Namen verdient, sollte sich auf die Französische Revolution als eigentlichen Auslöser der kommunalen Selbstverwaltung beziehen. Nicht umsonst gründet sich der Begriff des kommunalen Gebildes »Kommune« auf die Pariser Commune von 1871, auch wenn das manchem konservativen Kommunalpolitiker schwer verdaulich ist. Die Commune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Das Prinzip muss bleiben: Über die örtlichen Belange entscheidet die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger einer Kommune.

LITERATUR

Banner, Gerhard, 2001: Kommunale Verwaltungsmodernisierung, in: *Eckhard* Schröter (Hg.), *Empirische Policy- und Verwaltungsforschung*, Opladen, 288

Bertelsmann Stiftung, 2005: Leitbild der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Bogumil, Jörg, und Lars Holtkamp, 2001: Die Bürgerkommune – eine unsoziale Modewelle?, in *Demo* 11, 26ff, www.homepage.ruhr-uni-bochum.de/joerg.bogumil/Downloads/Zeitschriften/Rothentgegnung.pdf

Ders., und Christoph Reichard, 2007: Perspektiven kommunaler Verwaltungsmodernisierung, in: ders. u.a. (Hg.), *Perspektiven kommunaler Verwaltungsmodernisierung*, Berlin, 85–90

Herzberg, Carsten, 2009: Von der Bürger- zur Solidarkommune. Lokale Demokratie in Zeiten der Globalisierung, Hamburg

Holtkamp, Lars, 2008: Das Scheitern des Neuen Steuerungsmodells – dms – der moderne staat, in: *Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 2, 423–446

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, o.J.: Kommunaler Bürgerhaushalt, www.im.nrw.de/bue/43.htm (3.11.2011)

Weck, Felicitas, 2009: Linke Kommunalpolitik. Eine Einführung. Crashkurs Kommune 1, Hamburg

Wollmann, Hellmut, 1999: Politik- und Verwaltungsmodernisierung in den Kommunen zwischen Managementlehre und Demokratiegebot, in: *Die Verwaltung* 32, 347–375

INTEGRATION UND VIELFALT, TRANSPARENZ UND ERMÄCHTIGUNG

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN »LINKER« STADTPLANUNG UND STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

MICHAIL NELKEN

Fragt man, was eine linke Stadtplanung und Stadtentwicklung kennzeichnen könnte, bekommt man viele Antworten. Linke Stadtplanung sei eine von unten und für die Armen und Ausgegrenzten. Dem steht die Auffassung gegenüber, dass auch eine linke Stadtplanung die Perspektive gesamtstädtischer Sicht, der Interessen der Allgemeinheit einnehmen müsse – von »oben« –, also nicht die eines partikularen Kiezinteresses ungeachtet seiner sozialen Prägung. Demnach seien Stadtplanung und Stadtentwicklung nicht rechts oder links, sondern nur gut oder schlecht. Beladen mit Vorbehalten gegenüber kommunalpolitischer Entscheidungsmacht und ihren Trägern droht Die Linke zwischen unpolitischem Dogmatismus und politisch haltlosem Pragmatismus schwankend für die Diskurse und Auseinandersetzungen um die Gestaltung der modernen Metropolen bedeutungslos zu bleiben.

Eine Stadt ist ein abgegrenzter Raum, in dem sozial und kulturell unterschiedliche Gruppen und Schichten leben. Um ein Ge-

meinwesen zu bilden, müssen sie *zusammen*-leben, andernfalls zerfällt die Stadtgesellschaft in soziale und kulturelle Parallelgesellschaften, die gegeneinander Spannungen und Widersprüche aufbauen. Eine Stadtpolitik für die Gesamtstadt, für das Gemeinwesen, kann nicht nur Bedürfnisse und Interessen einer ihrer Teile im Auge haben. Linke Stadtpolitik sollte einem sozialen Leitgedanken für die Entwicklungsperspektiven der spätkapitalistischen Metropolen folgen. Sozial im Doppelsinn: integrativ und ausgleichend sowie gesellschaftlich, vergesellschaftend.

INTEGRATION STATT SEGREGATION, VIELFALT STATT HOMOGENISIERUNG

Das Streben nach sozialer Integration und Ausgleich sollte zu den politischen Grundkonstanten einer linken Stadtentwicklungspolitik gehören. Die spontane Entwicklung kapitalistischer Metropolen folgt den Verwertungsinteressen von Boden und Immobilien. Sie ist mit marktindizierten Auf- und Abwertungsbewegungen von Stadtteilen verbunden. Auch die öffentliche Infrastruktur des Gemeinwesens (Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen etc.) wird dieser Immobilienkonjunktur unterworfen. Die soziale Segregation der Stadt ist über diese periodische Entwertung öffentlicher Investitionen hinaus gemeinwesenschädlich, weil sie die soziale kulturelle Spaltung stadträumlich reproduziert und verfestigt.

Allerdings darf dies nicht bedeuten, einer Homogenisierung der Stadt über alle ihre Stadtteile und Quartiere hinweg das Wort zu reden. Unterschiedliche Stadtteile mit unterschiedlicher Sozialstruktur und einer vielfältigen Stadtkultur bilden eine Qualität moderner Städte. Eine stadträumlich ausdifferenzierte, sozio-kulturelle Vielfalt ist kein Makel für eine Stadt. Sie wird erst zur sozial problematischen Segregation, wenn aus unterschiedlichen Kulturräumen homogene geschlossene Quartiere werden, wenn die Stadtviertel ihre Durchlässigkeit für jedermann verlieren.

Die in Deutschland hoffähig gewordene Verhöhnung von »Multikulti« ist Ausdruck einer Geistesströmung, die in allen Parteien an Einfluss gewinnt. Sie strebt nach sozialer und kultureller Homogenität und sieht im Anderen Fremdes. Vielfalt und Liberalität akzeptiert sie nur für ihresgleichen, gegenüber Anderem sieht man die Grenzen der Toleranz erreicht. Die im Neoliberalismus forcierte soziale Spaltung der Gesellschaft prägt zunehmend die Entwicklung der großen deutschen Städte. Die Segregation ist heute mehr als nur ein Phänomen der Verdrängung von einkommensschwachen Mitbürgern aus einigen hippen Quartieren. Die sozialräumliche Aufspaltung beginnt zu einer umfassenden sozial kulturellen Prägung der Gesamtstadt zu werden und betrifft alle Schichten. Die neuen städtischen Mittelschichten – weltläufig, aufgeklärt, ausgebildet, umweltbewusst – initiieren nicht nur bilinguale Kinderläden und Baugruppenhäuser, protestieren und radeln nicht nur offensiv, sondern erklären ihre Lebensweisen zum Maß der Stadt. Ihre Toleranz erweist sich als eng. Sie homogenisieren ihre Nachbarschaft durch kulturelle Dominanz und soziale Raumergreifung.

Dieser neuen Dimension muss linke Stadtentwicklungspolitik, wenn sie gegen Segregation und soziale Spaltung der Stadt angeht, gerecht werden. Sozialarbeit und Quartiersma-

nagement in so genannten problematischen Stadtvierteln, so hilfreich sie im Konkreten wirken können, sind die Merkmale einer veraltenden sozialdemokratischen Stadtentwicklungspolitik, die an den neuen Herausforderungen der kapitalistischen Metropole scheitert. Linke Stadtpolitik sollte an den Wurzeln von Segregation ansetzen, der »sozialen« Aufwertung und Immobilienverwertung. Förderung, Stärkung und Ermächtigung der unter Verdrängungsdruck Geratenen, Stärkung der Nachbarschaft und Dämpfung der Aufwertung, Integration und Vielfalt in unterschiedlich gemischten Stadtvierteln sollten Themen linker Stadtpolitik sein. Sie darf sich nicht auf eine sozialarbeiterische Sichtweise und das entsprechende Instrumentarium einengen lassen. Mitunter findet man in den vermeintlichen »Problemvierteln« sozial intakte Nachbarschaften, die keine »sozialen« Quartiersmanager brauchen, sondern mit einem bescheidenen Stadtteilbudget für ihr öffentliches Zusammenleben sich besser selbst helfen könnten. Auch in den »normalen« und »aufsteigenden« Stadtteilen bedarf es der kommunalpolitischen Intervention, um gerade hier der einsetzenden Segregation mit den Instrumenten des Städtebaurechts durch Begrenzung der Aufwertung und der Verwertungspotenziale und durch die Stärkung und Ermächtigung der Nachbarschaften entgegenzuwirken.

STADTPLANUNG VON UNTEN – LINKE ALS KIEZ-PERSPEKTIVISTEN?

»Stadtplanung von unten«, *community planning,* ist ein modernes Schlagwort, mit dem man durch einen Verfahrensgestus oftmals den inhaltlichen Fragestellungen ausweicht. »Von unten« ist gut, nicht kritisierbar. Auf die Borniertheit derartiger Planungs- und Stadtentwicklungsansätze und das Erfordernis der Einbindung in übergreifende (auch professionelle) Stadtplanung verweisen einige Protagonisten dieser Kampagnen selbst. Die Beschränktheit des Blicks und die Partikularität der Interessenwahrnehmung ist kein gerechtfertigter Vorwurf gegen Bürgerinitiativen und Planungswerkstätten vor Ort. Es ist ihre originäre gesellschaftspolitische Rolle, die Interessen der Bewohner eines Viertels, eines Stadtteils zu artikulieren und in die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einzubringen. Politik und Verwaltung und deren professionelle Planer repräsentieren, entgegen ihrer oft vorgetragenen Anmaßung, nicht *per se* das Gemeininteresse. Sie formulieren ebenfalls interessengeleitete Positionen, bestimmt von Politik-, Macht- und Verwaltungsinteressen. Diese sind nicht zwingend dem Wohl der Gemeinde stärker als andere verpflichtet, allerdings auch nicht zwingend weniger.

In Deutschland gibt es in Stadtplanungsfragen ein gesetzlich verregeltes Beteiligungs- und Mitwirkungsverfahren. Verwaltung und Politik sind meist darauf bedacht, diesen rechtlichen Anforderungen auch Rechnung zu tragen, so dass sich ein formelles Beteiligungswesen ausgeprägt hat, bei dem die Bürger von Amts wegen um ihre Meinung und Mitwirkung gebeten werden. In der gesellschaftlichen Praxis wird dieses Verfahren oft sinnentleert formal abgewickelt. Wenn es doch zu Widersprüchen und Konflikten hinsichtlich der Planungsziele der Behörden kommt, dient es der Befriedung und Einbindung. Manchmal können betroffene Bürger auf diesem Weg auch Veränderungen der Planungen bewirken.

Behördliche Planungen sind hierzulande durch politische Gremienentscheidungen gebunden und zugleich legitimiert. Die kommunalen politischen Amts- und Mandatsträger betrachten sich dabei als legitime Repräsentanten des Bürgerwillens bzw. des Allgemeininteresses. Gibt es Widerstände und organisierte Gegenwehr von lokalen Bürgerinitiativen gegen Stadtplanungsprojekte, sei es ein Straßenbauvorhaben, eine Recyclinganlage, eine Justizvollzuganstalt oder auch ein Sportplatz, dann wird diesen schnell vorgehalten, dass sie nur partikulare Interessen vertreten und nicht legitimiert seien. Aber natürlich sind mit einer Wahl den politischen Parteien der Mehrheit keine Blankolegitimationen in einzelnen Sachfragen erteilt worden. Die Planungsentscheidungen von Behörden und politischen Gremien unterliegen vielfältigen und teilweise massiven Beeinflussungen unterschiedlicher Interessengruppen.

In Deutschland schließen sich derzeit bei umstrittenen Vorhaben sozial breite und generationenübergreifende Gegenbewegungen zusammen. Kreise der Gesellschaft, die in der Vergangenheit die Entscheidungen von politischen Vertretungskörperschaften als legitim akzeptiert haben, sprechen diesen offen das Misstrauen aus und organisieren sich außerparlamentarisch.

Bürger aus den Mittelschichten wirken aktiv und führend in solchen außerparlamentarischen Aktionsbündnissen mit. Sie verfügen oft über hohe fachliche Qualifikationen, Organisations- und Kommunikationsfähigkeiten und sind in der Lage, ihre Anliegen öffentlichkeitswirksam in den Medien zu platzieren. So geraten die Vertretungskörperschaften unter öffentlichen Druck und werden von Protestbewegungen getrieben.

Für Die Linke ergibt sich daraus ein widersprüchliches Handlungsfeld. Einerseits betrachtet sie die Unterstützung und Förderung von lokalen Bürgerinitiativen und einer »Stadtplanung von unten« als ein Grundanliegen, zum anderen sind ihre Mandatsträger Teil der kommunalen Entscheidungsgremien, und Politiker der Linken sind verantwortliche politische Beamte in kommunalen Behörden.

Als Teil der Vertretungskörperschaften haben die Mandatsträger der Linken mitunter andere Gesichtspunkte und Interessenlagen zu beachten, sind in Handlungszwänge eingeschlossen und haben Abwägungen vorzunehmen, die der Bürgerinitiative vollkommen fern stehen, weil diese die unmittelbaren Interessen ihrer Mitstreiter und Unterstützer zur Geltung bringen muss. In solchen Widerspruchssituationen neigen die Mandats- und Amtsträger der Linken zu den gleichen stereotypen Abwehrhaltungen wie die Politiker anderer Parteien. Sie erklären den engagierten Bürgern, dass man sich bemüht habe, das Beste rauszuholen und dass eine bessere Lösung eben nicht erreichbar war.

So nachvollziehbar eine solche Reaktion linker Politiker auch sein mag, sie hat für die politischen Ziele der Linken eine kontraproduktive Wirkung. Nicht nur, weil immer auch eine bessere Lösung möglich ist, sondern weil die Wirkung auf die sich engagierenden Bürger demobilisierend und demotivierend sein kann. So wird im politischen Dialog mit den engagierten Bürgern das Muster von Vertreter und Vertretenen reproduziert. Wenn dann noch nachgeschoben wird, dass man im

Gegensatz zur jeweiligen Bürgerinitiative ja das Allgemeine im Auge habe, ist die Delegitimierung, manchmal auch Demobilisierung des widerständigen Bürgerengagements komplett. Dabei ist gar nicht gesagt, dass der Politiker der Linken tatsächlich weitsichtiger ist, auch wenn er von Amts wegen mehr Interessen und Ansprüche betrachten muss als eine lokale Bürgerinitiative.

Das übergreifende Prinzip linker Politik und vor allem auch linker Kommunalpolitik sollte die Aufklärung und Ermächtigung der Bürger sein. Linke Amts- und Mandatsträger können bei allen Bemühungen nicht stellvertretend die Welt ändern, auch nicht die in einer Kommune. Erst politisch wache Bewegung der Bürger eröffnet ihnen Spielräume. Deshalb ist die Aufklärung und Selbstermächtigung von Bürgerbewegung, auch wenn sie sich gegen Mandats- und Amtsträger der Linken richten sollte, kein politischer Masochismus, sondern ein Erfordernis nachhaltiger linker Kommunalpolitik.

Natürlich ist nicht jede Bürgerinitiative, die sich gegen Planungs- und Stadtumbauvorhaben der Verwaltung und der politischen Vertretungsgremien richtet, für die Linke unterstützenswert; Ziele von Basisinitiativen können den politischen Zielen der Linken zuwiderlaufen. Die Linke sollte der Versuchung widerstehen, populistisch jedem Bürgerprotest das Wort zu reden und zu versuchen, auf jeder Protestwelle zur nächsten Wahl zu surfen. Auch dies ist eine Form der Entmächtigung der Bürger, weil man statt über gesellschaftliche Zusammenhänge aufzuklären, der Verdummung und letztlich der Entmutigung den Weg bereitet.

Der Vertreter- und Kümmerergestus des linken Politikers hat zum Komplementär die stark ausgeprägte Zuschauerhaltung des Wahlbürgers: Wir haben dich gewählt, nun setzt mal unsere Interessen durch. Die PDS hat stets ihr Image der »Kümmererpartei« gepflegt und oftmals diese demobilisierende Wechselwirkung übersehen. Wenn dann der Zuschauer-Wahl-Bürger enttäuscht über die Durchsetzungskraft der von ihm gewählten linken Repräsentanten für seine Interessen ist und (Wahl)Betrug, Opportunismus und Anpassung (an die Mächtigen) mutmaßt, versuchen die betroffenen Politiker der Linken die Haushalts- und Koalitionszwänge rechtfertigend entgegenzuhalten und beteuern, dass man guten Willens sei, das Bestmögliche erreicht und größeres Übel abgewendet habe. Auch wenn das alles stimmen würde, so schwächen diese Erfolgs- und Rechtfertigungslitaneien auf Grund ihrer demobilisierenden und latent entmutigenden Wirkung die Handlungsmacht linker Politik heute und in der Zukunft.

Aufklärung, Transparenz, Ermutigung und Ermächtigung der Bürger ist ein Erfordernis linker Kommunalpolitik, um nachhaltige Ergebnisse auch in einer sozialen Stadtentwicklungspolitik zu erreichen. Unterstellt, die Linke ist von der Gemeinwesenfähigkeit des Bürgers überzeugt, gibt es zu seiner permanenten Ermächtigung keine Alternative. Auch wenn der Bürger dies nicht mit Stimmenprozenten bei der nächsten Wahl vergilt, wird eine solche Politik langfristig die Stadtgesellschaft im Sinne der Linken in Richtung auf sozialen Ausgleich und Toleranz, auf Integration und Vielfalt verändern.





»Blu« Berlin
am Spree-Ufer
flickr/sabeth 718

MACHEN DIE LONDONER IHRE EIGENEN PLÄNE?

MICHAEL EDWARDS

London hat eine lange Geschichte von Bürgerinitiativen und lokalen Mobilisierungen, die im politischen Leben der Stadt eine aktive Rolle gespielt und manchmal ihre Entwicklung entscheidend beeinflusst haben. Der St. Pancras Mietstreik von 1960 (Burn 1972), die Kampagne »Rettet Covent Garden« in den 1970ern (Franks 1996) und Tolmers Square (Wates 1976) gehören zu den bekanntesten Kämpfen um Stadtplanung. Diese Niederlagen der von Erschließungsunternehmen getriebenen Umstrukturierungen heruntergewirtschafteter Viertel führten zu einem Abwägen zwischen verschiedenen sozialen Bedürfnissen und dem Druck der Wirtschaft. Die Kampagnen waren allerdings lokal – mit Ausnahme von »Wohnungen statt Straßen« (*homes before roads*), die sich gegen den Entwurf des Entwicklungsplanes für Greater London richtete, und dem Widerstand gegen die London Docklands Development Corporation unter Thatcher.

Heute finden solche Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund einer bisweilen

als »postpolitisch« (Swynegedouw/Cook 2009) bezeichneten Gesellschaft statt: Der neoliberale Diskurs ist so dominant, dass im öffentlichen Leben nur Raum für eine konsensuale Sicht auf die Welt und die Stadt zu sein scheint. Obwohl Ausbeutung und Ungleichheiten zunehmen, ist die formalisierte Politik beinahe frei von Konflikten. Die Parteipolitiken unterscheiden sich in relativ unbedeutenden Punkten. Grundlegender Dissens kann kaum ausgedrückt werden – und wo dies doch geschieht, zeitigt es kaum wahrnehmbaren Einfluss auf den Lauf der Dinge. Sogar der Beinahe-Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems und die sich häufenden Anzeichen für sich erschöpfende Ölvorkommen und eine ökologische Katastrophe scheinen die vorherrschende Orthodoxie erstaunlich wenig zu kümmern.

Die letzte Londoner Stadtregierung, der Greater London Council, war 1986 abgeschafft worden. Zu Beginn des neoliberalen Zeitalters war er in den Fokus der damals noch frischen Orthodoxie und ihrer grundlegenden Wandlungsprojekte geraten. Als New Labour eine Wiederbelebung der Londoner Stadtregierung versprochen und dann umgesetzt hat, blickten viele optimistisch auf die neue Stadtpolitik, die daraus erwachsen könnte – mich eingeschlossen: »Dies bietet die Möglichkeit einer Öffnung des demokratischen Diskurses über London und seine Probleme.« (Edwards 2000)

Zwar konnte im Mai 2000 der radikale Ken Livingston das Bürgermeisteramt gewinnen, allerdings wurde er selbst – zumindest was zentrale Punkte angeht – von Immobilien- und Finanzinteressen überwältigt. Diese hatten Londons Politik seit Jahren geleitet und Livingstons Zugang zu Stadtplanung rührte daran wenig – außer im Bereich Wohnen und Verkehr. Wohnen ist seit dem letzten Jahrhundert ein entscheidender Punkt in Londons Stadtplanung; Livingstons Möglichkeiten waren hier allerdings beschränkt. Er bemühte sich, Zielgrößen für die »Erschwinglichkeit« in einigen Außenbezirken durchzusetzen und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum von Seiten der Entwickler zu erzwingen. Beim Verkehr war er tapfer und geradeheraus: Er hat die London Congestion Charge (Innenstadtmaut) durchgesetzt und sich mit Händen und Füßen gegen die Privatisierung des Schienennetzes der U-Bahn gewehrt. Letzteres konnte er zwar nicht verhindern, aber unter seinem Vorsitz erfuhr der öffentliche Nahverkehr eine Renaissance bei den Londonern; und er konnte die Kontrolle über den Großteil des oberirdischen Schienennetzes sichern.

Der London Government Act (1999) legte die strategischen Orientierungen des Bürgermeisters dar; besonders wichtig war die »Räumliche Entwicklungsstragie« (*Spatial Development Strategy)*.[1] Zwar wurden insgesamt wichtige Themen aufgegriffen, aber weder wurden bahnbrechende Entscheidungen getroffen noch eine öffentliche Debatte über alternative Entwicklungspfade für London in Gang gesetzt. Alle Strategien wurden zunächst als Entwurf erarbeitet und erst nach Beratungen fertiggestellt; und doch sind sie eher Zeugnisse der Hoffnungen und Ziele des Bürgermeisters, nicht Ergebnis einer ernsthaften öffentlichen Entscheidungsfindung.

Eine – begrenzte – Ausnahme ist die Räumliche Entwicklungsstragie, bekannt geworden als *The London Plan*. Er fällt unter den

Town and Country Planning Act – und damit unter die britische Tradition, wonach Entwicklungspläne nur nach einem formalisierten Beratungsprozess eingesetzt werden können, der öffentliche Anhörungen (»*Examination in Public*«) einschließt. In dieser einen Sphäre des öffentlichen Lebens wurden 1968 einige spezifische Partizipationsrechte ins Gesetz eingeschrieben.

Die Aufstellung des London Plans war Verdienst einer kleinen Fachgruppe im Rathaus, die sich nach jeder Revision an die Erstellung einer neuen Version gemacht hat. Die dritte Fassung des Livingston Plans wurde mit einigen Änderungen angenommen, sie erschien 2008 und umfasste 508 Seiten.

Die Kernpunkte können wie folgt zusammengefasst werden: Der Plan begrüßt den ökonomischen und Bevölkerungswachstum der Stadt, unterstützt die wachsende Rolle von London als *global city* und bemüht sich, dieses Wachstum innerhalb des Stadtgebietes zu realisieren, ohne in den Grünen Gürtel um London auszugreifen. Zu diesem Zweck sollte die Wohndichte steigen, gleichzeitig der Zugang zu öffentlichem Nahverkehr sichergestellt werden. Die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, vor allem der Busse, war ein wichtiger Bestandteil, verbunden mit der Einführung einer Innenstadtmaut. Der Plan zielte darauf, bedarfsgerechten Wohnraum bereitzustellen, indem die Entwickler verpflichtet wurden, mit Unterstützung von öffentlichen Geldern in den 33 Bezirken Kontingente von »bezahlbarem Wohnraum« bereitzustellen.

In fast allen anderen Punkten war der Plan orientiert an – oder begrenzt durch – die Bedürfnisse und Forderungen von Unternehmens- und Eigentümer-Interessen; er unterstützte das Anwachsen des Geschäftsbezirkes im Zentrum und die Einführung von Marktkriterien bei der Beurteilung von »realistischen« Entwicklungsprojekten.

Der Plan ist ein gutes Beispiel für die Fetischisierung des Marktes in neoliberaler Stadtpolitik. Der lange Boom des Wohnungsmarktes seit Mitte der 1990er Jahre hat den Wert von Bauland in Höhen getrieben, die von keiner anderen Nutzung erreicht werden konnten (abgesehen von einigen wenigen Orten in der Innenstadt). Nur wenige Entwicklungsmodelle für Büroraum in den Vorstädten konnten mit dem Wohnraum-Modell konkurrieren, erst recht, nachdem der London Plan die höhere Wohndichte zum Programm erhoben hatte. Arbeitsplätze in den Vororten wurden so durch einen aufgeblasenen Wohnungsmarkt und schwache Planung verdrängt. Dieses Versagen des Marktes ist allerdings ohne konzeptionelle Konsequenzen geblieben. Der London Plan ging auch die Stadterneuerung marktbezogen an: Private Investoren sollten sich mit öffentlichen Körperschaften zusammenschließen, um bereits erschlossenes Gelände neu zu nutzen.

Bis 2007 haben nationale und internationale Wirtschaftskräfte renditesuchendes Geldkapital in die Städte gelenkt und so den Höhenflug von Mieten und Immobilienpreisen angeheizt. Der Bürgermeister hatte wenig direkten Einfluss auf diese Entwicklungen, wie auch auf den Wohnungsetat der Stadt, der aufgrund der Landespolitik geschrumpft ist. Aber indem er Verdichtung zur zentralen Strategie erkor und Zugeständnisse bei Wohnraumflächen und Freiflächenstandards machte, trug er dazu bei, die Erwartungen auf

dem Wohnungsmarkt in die Höhe zu treiben und die Preisspirale weiterzudrehen.

Seit Beginn der 2000er Jahre haben grüne und linke Gruppen für einen Wandel dieser Politik mobilisiert. Bei der Öffentlichen Anhörung 2003 fanden sich verschiedene Gruppen und Individuen – der Autor eingeschlossen – am Runden Tisch der Anhörung wieder, wo sie ähnliche, aber unkoordinierte Kritiken vorbrachten. Einige Gruppen bildeten ein Londoner Sozialforum. Es war einige Jahre aktiv und brachte Mieterinitiativen, Bürgerrechtsgruppen, Umweltgruppen usw. zusammen und nahm mit dem Europäischen und Weltsozialforum Verbindung auf. Dies führte zu einer Ausweitung des Netzwerkes über die Stadt und im Jahr 2005 zu einer öffentlichen Konferenz über *Londons Alternative Zukünfte* im Rathaus. Etwa 100 Menschen, die ihrerseits Gruppen und Kampagnen vertraten, kamen zusammen. Die Kooperation der verschiedenen Bewegungen wurde gestärkt. Daraus entstand eine koordinierte Präsentation bei der zweiten Öffentlichen Anhörung 2006: Mehr Sozialwohnungen, eine bessere Mischung von Nutzungen und eine bessere soziale Infrastruktur wurden gefordert.

Die Initiativen beruhten ausschließlich auf ehrenamtlicher Arbeit und hatten keinen Zugriff auf öffentliche Gelder oder Ressourcen. Wenn eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern im Rathaus ein Treffen abhalten will, wird sie behandelt wie ein Unternehmen: Zwar konnten die Grünen die Miete auf ein symbolisches Pfund herunterhandeln, aber das Sozialforum musste Versicherungen in Höhe von 1 Million Pfund abschließen und für die Sicherheitskräfte aufkommen. Das Sozialforum spaltete sich kurz darauf an internen Differenzen und es entstand das *Just Space Network*[2]. Es stellte das Vorgehen des Plans in Frage: Keine Vertreter der Arbeiter oder der ethnischen Minderheiten waren beteiligt, keine wirkliche öffentliche Debatte wurde in Gang gesetzt. Die Kritik fokussierte auf die enorme Diskrepanz zwischen benötigtem und bereitgestelltem Wohnraum, die ökologischen und sozialen Argumente für mehr Arbeitsplätze in Wohnnähe, die Gefahren der Privatisierung und Kommodifizierung der öffentlichen Dienste und darauf, dass der Plan nicht ökologisch nachhaltig sei. In die Öffentliche Anhörung 2007 konnte effektiv und inhaltlich gut vorbereitet interveniert werden.



Sherman Ave. Seasons Mural, Washington DC Daniel Lobo, flickr/Daquella manera

2008 wurde Livingston nicht wiedergewählt; Bürgermeister war nun Boris Johnston, ein Konservativer. Er machte sich für größere Autonomie der Bezirke stark; das betraf auch die Zielgrößen für bezahlbaren Wohnraum. Globale Erwärmung und damit verbundene Umweltthemen hatten – bis aufs Fahrradfahren – keine Priorität mehr. Ein positives Moment des Entwurfs war die Entwicklung von »lebenslangen Nachbarschaften«, in denen öffentlicher Raum und öffentliche Dienstleistungen so gestaltet sein sollten, dass sie den Bedürfnissen von Menschen jeden Alters und unterschiedlicher Mobilität vor Ort entgegenkommen.

Das *Just Space* Netzwerk bereitete sich auf die Anhörungen vor, diesmal ohne Geld oder Unterstützung aus dem Rathaus. Die Planungsgruppe des Bürgermeisters lud uns ein, unsere Positionen und Forschungsergebnisse zu einem frühen Zeitpunkt einzureichen – was wir taten, ohne dass wir Auswirkungen auf den tatsächlichen Entwurf sehen konnten. Einsprüche gegen den Entwurf bezogen sich auf:

1) Die Maßnahmen zur ökologischen Nachhaltigkeit, 2) die Behandlung gesellschaftlicher Ungleichheiten, 3) die ungleichen Voraussetzungen von *stakeholders*, die der hohen Bedeutung nicht gerecht wurden, die der Beteiligung der Gemeinden und Nachbarschaften in früheren Plänen eingeräumt worden war, 4) die unangemessenen Vorschläge für Auswege aus der Krise.

Der Begriff »Ungleichheit« wird im Plan in zweierlei Hinsicht verwandt:

1 | Ungleichheiten in Bezug auf Einkommen und Besitz – die seit den 1970ern zugenommen haben und wie in vielen *global cities* in London enorm sind (vgl. Hills 2010, Wilkinson 2009). Der Plan hätte diese Ungleichheiten im Ergebnis (*inequalities in outcomes*) mindern sollen. Dagegen thematisiert der Plan des Bürgermeisters nur Gesundheit. Wir sollten aber alle über guten Wohnraum, gute Gesundheit, gute Luft, Parks, Verkehr usw. verfügen. Das ist nicht dasselbe wie »Chancengleichheit« – diese beruht vor allem darauf, seinen Platz innerhalb der gesellschaftlich Anordnung zu verändern. Hier geht es um die Anordnung, die Struktur selber. Ein großer Teil unserer Arbeit richtet sich auf die Verminderung struktureller Ungleichheit.

2 | Ungleichheit im zweiten Sinne ist die differenzierende oder diskriminierende Erfahrung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Der Bericht des Bürgermeisters über den Zustand von Gleichheit in London spricht diese Punkte an, aber die Maßgabe ist nur, diese Gruppen aufs – nach wie vor schlimme – Londoner Level zu bringen. ROTA (*race on the agenda*) ist hier als führende Gruppe aktiv.

Der Plan wird vor allem im Bereich der geplanten Unterversorgung mit bezahlbarem – und nach sozialen Kriterien vermieteten – Wohnraum auf Widerstand stoßen. Die Mittel für Roma und Traveller (nomadische Arme, d. Red.) werden um die Hälfte gekürzt, die Zielgrößen für Wohnraum auf Bezirksebene gesenkt.

Unsere Erfolge liegen nicht in der materiellen Veränderung des Plans: Konsens und Macht, die sich hinter ihm versammeln, sind zu stark. Sie liegen vor allem in der Veränderung des Prozesses selber:

- Mehr Gruppen wurden in die Beratungen gebracht, vor allem aus ethnischen Minderheiten und kleine Gruppen vor Ort.

■ Wir haben erfolgreich Lobbyarbeit für eine stärkere Vertretung in den Öffentlichen Anhörungen gemacht;

■ wir konnten Gruppen dabei unterstützen, gemeinsame Grundlagen zu finden, die Verbindung von verschiedenen Politikbereichen mit Stadtplanung deutlich zu machen und so die Aktivistengruppen zusammenzuführen;

■ technische und formale Fähigkeiten der Gruppen wurden weiterentwickelt und gegenseitige Unterstützung organisiert;

■ wir konnten einen Konsens über eine bessere Stadtplanung voranbringen,

■ Ressourcen für die Unterstützung der Arbeit mobilisieren,

■ Menschen, die es nicht gewohnt waren, in Ausschüssen zu sprechen, konnten ihre Belange vorbringen. Für die professionellen Politiker war das wohl ein Schock.

Auch innerhalb der Universität war die Arbeit an der Seite der Gruppen wertvoll; Studierende und Angestellte konnten ein kleines Gegengewicht zum hegemonialen Druck bilden, der auch hier zu spüren ist. Die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Stadtplanung ist ein langer und komplexer Prozess des sozialen Lernens, der für die Beteiligten aufregend sein kann. Um eine wirkliche Demokratie (ob direkt oder repräsentativ oder eine Verbindung von beidem) zu schaffen, muss dieser Prozess gestärkt werden. Das kostet Geld – vor allem, wenn Menschen mit niedrigem Einkommen, langen Arbeitszeiten, eingeschränkter Mobilität o.ä. beteiligt werden sollen. Bislang sind die notwendigen Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt worden.

Wird »London nach Labour« anders sein? Meines Erachtens wird der Kampf für soziale Gerechtigkeit, besseren Wohnraum für alle und eine gewandelte Umweltpolitik durch die Krise schwieriger werden. Der »Schuldenabbau« vertieft die Krise und greift sozialen Wohnungsbau, Wohngeld und öffentliche Dienstleistungen im Allgemeinen an. Livingstons Vision einer »vorbildlichen globalen Stadt« (Mayor 2008) wird immer schwerer zu realisieren sein. Die sozialen und ökologischen Anforderungen für einen wirksamen Wandel werden aber mit Sicherheit zunehmen. Eine Voraussetzung für einen solchen Wandel ist, dass der Neoliberalismus zum Gegenstand öffentlicher Kritiken wird. Dies ist eine davon.

Gekürzte und leicht bearbeitete Fassung eines Kapitels aus Kath Scanlon und Ben Kochan (Hg.), London after Labour, LSE London, Oktober 2010.

Aus dem Englischen von Christina Kaindl

LITERATUR

Burn, Dave, 1972: *The St Pancras Rent Strike 1960*, London

Edwards, Michael, 2000: Planificazione e comunicazione a Londra. In G Caudo und A. Palazzo (Hg.): Comunicare l'urbanistica. Firenze, 39–51

Franks, Michael, 1996: Covent Garden: the end of an era?, *City* 1 (1–2), 113–21

Mayor of London, 2008: *The London Plan, consolidated with Alterations*, London

Hills, John, 2010: *An anatomy of economic inequality in the UK: Report of the National Equality Panel*, London: Government Equalities Office

Swynegedouw, Erik, und Ian R. Cook 2009: *Cities, Social Cohesion and the Environment*, Social Survey Paper, Manchester

Wates, Nick, 1976: *The Battle for Tolmers Square*, London

Wilkinson, Richard, und Kate Pickett, 2009: *The Spirit Level: Why More Equal Societies Almost Always Do Better*, London

1 Die anderen umfassten Wirtschaft, Verkehr, Klimawandel und Energiestrategien, Biodiversität, Lärm und Kultur; 2008 wurden hinzugefügt: Ungleichheiten im Gesundheitswesen, Wohnen, Ausbildung.

2 Vgl. http://justspace2010.wordpress.com und http://ucljustspace.wordpress.com

BÄUME IN STUTTGART UND ANDERSWO

RAINER RILLING

Die Rohheit, mit der am *Schwarzen Donnerstag* die Staatsgewalt im Stuttgarter Schlosspark Menschen beiseite schaffte, um die ersten Bäume fällen zu können, war vor allem symbolpolitisch sinnvoll: Gegen die Demonstration der parkschützenden Menge wurde die Demonstration des unbedingten politischen Willens zum Einstieg in das fabelhafte Immobilienprojekt Stuttgart21 gesetzt. Offensichtlich bündeln sich im S21-Konflikt zahlreiche Ohnmachtserfahrungen, es geht um Demokratie. Es scheint aber auch eine andere Frage auf: die nach dem Eigentum.

Der Schlosspark mitsamt seinen Bäumen ist kommunales, also staatliches Eigentum. Er ist ein öffentliches Gut. Im Konflikt um S21 haben die Parkbäume eine zusätzliche Eigenschaft bekommen: Sie wurden ein kulturelles, symbolisches *Commons*, ein gemeinsamer Besitz, ein Gemeingut der Bürger. Commons meint hier eine Kultur und Ökonomie des *communi-care*, des »*Gemeinsam-machens*«, »*Teilens*«, »*Mit-teilens*«, »*Teil-habens*« und auch

des *»Sich-Kümmerns um das Gemeinsame«* oder *»das Allgemeine« (Common)*. Sie steht für vielfältige Facetten einer anderen Ökonomie und Kultur als die politische Ökonomie des Privaten. Die Bürger wurden als *Commoners* der Bäume aktiv. Sie verwandelten sich selbst in Commoners, indem sie die Bäume, die zuvor »nur« öffentliches Eigentum waren, zu gemeinsamen kulturellen Symbolen machten und als Baumschützer symbolisch oder auch real in *Besitz* nahmen. Wie an vielen Orten der Welt durch Privatisierung und Inwertsetzung verloren gegangene Commons eingefordert werden *(reclaim the commons)* oder neues Gemeinschaftseigentum (bis zu den *global commons*) geschaffen wurde, erhielten hier die Bäume des Stuttgarter Stadtparks die soziale Qualität eines Gemeinguts. Dieser Gemeingutcharakter ergibt sich nicht aus der materiell-stofflichen Natur einer Sache – er wird im Prozess einer sozialen Aneignung hergestellt. Die Herstellung dieser Commons gilt zugleich ihrer Erhaltung – schließlich, so das Motiv, verletze der öffentliche Eigentümer durch das Projekt S21 seine Sorgepflicht.

Das kommunale Eigentumsverhältnis beinhaltet die absolute Verfügung über Sachen (Bäume). Ein formelles Verfügungsrecht ermöglicht, die Bäume zu beseitigen und damit die Eigentumsbeziehung, die aus der praktischen Ausübung des Besitzes, der reellen Aneignung (Marx), entstehen kann, kurzweg zu beenden. Daher wurde und wird hier nicht nur um Besitz/Commons, sondern auch um die Qualität des Eigentumsverhältnisses gekämpft, nämlich ob sich in diesem öffentlichen, also politischen Verhältnis der Menschen zueinander in Bezug auf die Sache »Bäume« die Seite der Teilhabe und Bürgerpartizipation oder die Momente von Staatlichkeit durchsetzen, die für Macht und Gewalt stehen. Gegenwärtig hat sich dieses politische Moment des öffentlichen Eigentums repressiv artikuliert. Im politischen Konflikt des *Schwarzen Donnerstags* standen sich das symbolische »Recht auf Stadt« (*right to the city*) und das formelle Recht auf Eigentum gegenüber, das den Weg für die anstehende Kapitalanlage öffnen sollte. Eigentumsverhältnisse und die damit verknüpften Rechtsformen sind nicht gleichgültig gegenüber den Möglichkeiten, ob und wie Besitz- und Nutzungsverhältnisse realisiert werden können. Dieser Zusammenhang zwischen Eigentum und Besitz ist kein »strenger« Zusammenhang, er ist »lose gekoppelt«. Umgekehrt bedeutet das, dass durch die Veränderung der Besitzverhältnisse, Nutzungspraxen und damit der Verhältnisse realer Aneignung die Qualität von Eigentumsbeziehungen geändert werden kann. Typische Eigenschaften privater Eigentumsverhältnisse wie Zugangsbeschränkung, Exklusion und Monopolisierung von Entscheidungen bleiben davon nicht unberührt, sie können zurückgedrängt, entwertet oder weitgehend außer Kraft gesetzt werden. Eine Bewegungs-Politik der Aneignung hat durchaus Aussichten, tief eingesessene und machtvolle Eigentumsverhältnisse zu erschüttern.

LINKE & COMMONS

Die Eigentumsfrage ist in der Linken hoch bewertet. Sie operiert im Wesentlichen mit ihren klassischen Begriffen: Verstaatlichung, Vergesellschaftung, Gemeineigentum und Privateigentum. Zentraler Streitpunkt ist das Ausmaß

von Verstaatlichungen. Einige konzeptionelle und politische Ansätze zu Wirtschaftsdemokratie und Belegschaftseigentum versuchen, staatsautoritäre Traditionen zu konterkarieren. Als Gegenbegriff zur neoliberalen Politik der Privatisierung wurde das »Öffentliche« in die Debatte gebracht. Der Begriff der »Commons« dagegen kommt im Programmentwurf von Die Linke und den Debattentexten um das Programm aus dem Parteifeld *nicht* vor. Ein linker, auf politische Intervention zielender Commonsdiskurs existiert hierzulande erst in Ansätzen.

In Teilen der grünen Partei dagegen gewinnt diese Debatte an Tempo. Hier wird angeknüpft an eine Traditionslinie, die von der Autonomia-Bewegung im Italien der 60er über die Umweltbewegung seit den 70ern und die globalisierungskritische Bewegung der 90er bis hin zu der antineoliberalen Bewegung im auslaufenden Jahrzehnt mit ihren Kämpfen gegen Privatisierung und Inwertsetzung reicht. Im Unterschied zur Linken arbeitet sie deutlich an Transformationspotenzial und -perspektive des Commons-Ansatzes und seinem Versprechen, sich jenseits oder gar gegen »Markt und Staat« zu positionieren. Die Commons gelten hier als transformationsstrategisches Konzept. Gleichwohl hat das dort elaborierte Verständnis von Commons aus linker Sicht grundsätzliche Schwächen:

- Die *Commoners*, die sich gemeinschaftlich und selbstorganisiert nach selbst bestimmten Regeln um gemeinsame natürliche, soziale oder kulturelle Ressourcen kümmern, werden als kommunitär agierende *Communities* verstanden – welche Ungleichheiten, Klassennaturen, Herrschaftsverhältnisse in solchen Gemeinschaften entstehen, existieren und reproduziert werden, wird kaum bedacht.
- Die gängige Hochschätzung der »Gemeinschaft« im Commonsdiskurs zu Lasten des Individuums/der Individualität/Singularität etc. ignoriert die mittlerweile jahrhundertealte problematische Verankerung dieser Gemeinschafts-Rede in vorpolitischen, romantischen und dann rohen und gewalttätigen bürgerlich-nationalstaatlichen und korporatistischen Identitätsdiskursen und -praxen, die alles andere als progressiv oder links sind, statt sie konsequent demokratie- und differenzpolitisch durchzubuchstabieren.
- Die Commons in liberaler Manier als womöglich autonome, zivilgesellschaftliche Veranstaltung »jenseits von Markt und Staat« zu positionieren und darin bloß nachhaltige Geschäftsmodelle eines grünen Kapitalismus zu sehen, verzichtet darauf, das Widerstandspotenzial des Commoning gegen Profit- und Herrschaftsrationalitäten in den Vordergrund zu stellen und seine politische Ökonomie als nichtkapitalistische und herrschaftskritische eigene Produktionsweise auszuarbeiten. Die Auseinandersetzungen um Commons und ihre Stärkung wären dann ja Versuche, Wege zu nichtkapitalistischen Produktionsweisen zu öffnen.

COMMONS & ÖFFENTLICHES

Von links wird demgegenüber das »Öffentliche« stark gemacht. Das Öffentliche tritt auf als auszeichnende Beschreibung sehr unterschiedlicher Sachverhalte: öffentliche Güter, öffentliche Daseinsvorsorge, öffent-





oben: Marco Sueño, flickr/Daquella manera ⓘ
unten: flickr/sabeth 718 ⓘ⊜



liches Eigentum, öffentliche Beschäftigung, öffentlicher Sektor oder öffentlicher Dienst, öffentliche Gewalt, öffentliches Interesse, öffentliche Räume, öffentliches Leben oder Teilhabe der Öffentlichkeit an Entscheidungen. Der Begriff mit seiner Nutzungsvielfalt versucht, gegenüber dem neoliberalen Kult des »Privaten« eine Differenz auf Augenhöhe aufzumachen. Das »Öffentliche« hat in seiner Geschichte mindestens *vier starke Bedeutungsgehalte* aufgerufen und bis heute tradiert: Es meint das *Nicht-Geheime*, Zugängliche und Transparente, es klagt die Orientierung auf das *Gemeinwohl* (das allgemeine Interesse) ein, steht für *Staatlichkeit* und meint endlich als Öffentlichkeit *Publizität* und medial vermittelte *öffentliche Meinung*. Im Unterschied zum Privaten meint es einen Zusammenhang (ein Verhältnis) zwischen Akteuren, der über das Private und Individuelle hinaus *das Andere* und letztlich *das Allgemeine* in Rechnung stellt. Es ist ein Diskussions- und Handlungsraum, in dem die Gesellschaft sich selbst immer schon mitführt: als Bezug, in dem nicht nur die privaten Interessen, sondern auch die der anderen verfolgt werden, somit ein gesellschaftlich Gemeinsames bzw. Allgemeines durch Teilhaberschaft zugänglich werden und entstehen kann. Wie sich diese sozialen und politischen Qualitäten des Öffentlichen ausbilden, hängt von gesellschaftlichen Kämpfen, Kräftekonstellationen und den dabei ins Spiel gebrachten Projekten, Strategien und Politiken des Öffentlichen ab.

Ein progressives, linkes Projekt des Öffentlichen müsste die *Demokratisierung* von Herrschaft auszeichnen bzw. bezwecken, die Beförderung politischer, ökonomischer wie sozialer *Gleichheit*, eine Priorisierung von *Gemeinwohlorientierung* und eine Öffnung von Wegen zur *Individualität* durch Teilhabegerechtigkeit bei elementaren Lebensbedingungen. Für das »Öffentliche« einzutreten bedeutet, Eigentums- und Sozialbeziehungen, Unternehmen, Güter, Räume oder Maßnahmen der Daseinsvorsorge, der Kommunikation, der öffentlichen Gewalt oder politischen Entscheidungen so zu gestalten, dass sie durch ihre Orientierung auf allgemeine Interessen (Gemeinwohlorientierung) die Ungleichheit der Verteilung von Ressourcen in der Gesellschaft und ebenso die Ungleichheit der Verteilung politischer Güter (Teil-

habe, Zugang) mindern, Zugänge zu ihnen systematisch öffnen und ihr Arrangement demokratisieren, also auch verallgemeinern. In der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Politik des Privaten hat die politische Linke mittlerweile auf den unterschiedlichsten Feldern Ansätze einer alternativen Politik des Öffentlichen entwickelt und sie in einigen Fällen mit Vorstellungen von einer Transformation des real existierenden Öffentlichen verbunden. Das Schlüsselelement einer Transformationsstrategie des Öffentlichen jedoch – ein linkes Staatskonzept – fehlt. Und es fehlt eine Brücke zur neuen Dynamik der Politik der Commons.

In der grünen Commons-Debatte dagegen wird – wenn auch selten und eher mühsam – konzediert, dass der Staat eine bemerkenswerte Rolle spielen kann: Er trage nicht nur zur Zerstörung, sondern auch zur Sicherung der Commons bei, könne als Treuhänder fungieren, als Schiedsrichter (Mediator), *Cogovernor*, auch als Förderer der Commons. Wie er dabei zu verändern wäre, ist kein Thema. Da eine Politik der Commons auf die konkrete stoffliche Vielfalt der Welt der Ressourcen zielt und daher ihren lokalen Besonderheiten gerecht zu werden versucht, steht sie vor der Frage der Skalierung: Wie kann sie sich in einer Welt industriekapitalistischer Großproduktion, hochvergesellschafteter Megakonglomerate und global ausgreifender Großtechnologien behaupten? Der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang stellt sich eben nicht als »Gemeingut«, sondern in Waren- und Rechtsform her (Exner 2010). Die Gemeingüter bleiben deshalb fragmentiert und in subalterner Position, während Kapital und Staat den ökonomisch bzw. politisch genannten Zusammenhang der Gesellschaft bilden, der die Commons-Fragmente in Beziehung und ins Verhältnis setzt. Wie also die Commons verallgemeinern über die Communities hinaus? Eine progressive Politik des Öffentlichen könnte eine Antwort sein, die die Commons auch auf Basis des Öffentlichen konzeptualisiert und dazu beiträgt, parallele Zielsetzungen beider Politiken zu einer »Großen Kooperation« (Arild Vatn) für eine neue Politik der Transformation zu verdichten – und dabei beide Politikkulturen selbst verändert.

LITERATUR

Siehe dazu die Blogs keimform – www.keimform.de/uber/ und CommonsBlog – http://commonsblog.wordpress.com/. Ein Überblick zur fachwissenschaftlichen Debatte findet sich in: Ostrom, Elinor und Frank van Laerhoven 2007: Traditions and Trends in the Study of the Commons, in: *International Journal of the Commons* 1, 3–28. Aktuelle Ansätze zum Commonskonzept liefern der von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebene »Gemeingüterreport« von Silke Helfrich, Rainer Kuhlen, Wolfgang Sachs und Christian Siefkes: Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen, Berlin 2009 sowie der letzte Band der bekannten Trilogie von Michael Hardt, Antonio Negri: Common Wealth. Das Ende des Eigentums, Frankfurt/New York 2010. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Rede von der Gemeinschaft gibt Juliane Spitta: Gemeinschaft, Multitude oder das Kommune – Begriffsperspektiven im Spannungsfeld zwischen nationaler Identifikation und kollektiver Aneignung, (2010), in: www.grundrisse.net/grundrisse35/Gemeinschaft_Multitude.htm. In Sachen linker Commons-Konzepte wichtig von Andreas Exner »Die »Große Transformation« zur »Großen Kooperation«. Commons, Markt, Kapital und Staat, in: *Streifzüge* 49/2010, www.streifzuege.org/2010/die-grosse-transformation-zur-grossen-kooperation sowie die Präsentation von Stefan Meretz: Commons und die Linke(n) auf dem Workshop der RLS am 23.–6.2010, www.keimform.de/wp-content/uploads/2010/06/stefan_meretz_commons_und_die_linke.pdf. Zum Öffentlichen der Beitrag von Rainer Rilling: Plädoyer für das Öffentliche, in: Mario Candeias, Rainer Rilling, Katharina Weise (Hg.): Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen, Berlin 2009. Endlich zum Verhältnis von Commons und Öffentlichem ein Gespräch: *An Architektur* 23, »On the Commons: A Public Interview with Massimo De Angelis and Stavros Stavrides«, in: e-flux Journal 17, june-august 2010, online: www.e-flux.com/journal/view/150.

DIE TRAGÖDIE DER NUTZENMAXIMIERER

ELINOR OSTROM UND DIE COMMONS. JENSEITS VON MARKT UND STAAT?

SABINE NUSS

Die Commons-Debatte erfuhr weltweite Aufmerksamkeit, als vor gut einem Jahr der Wirtschaftsnobelpreis an die Umweltökonomin Elinor Ostrom vergeben wurde. Mit *Governing the Commons* (1990) wurde sie bekannt. Ostrom untersuchte, wie Gemeingüter kollektiv bewirtschaftet werden, ohne dass es zu einer Übernutzung der Naturressourcen kommt. Sie kommt zum Schluss: Weder der auf Privateigentum basierende Markt, noch staatliche Regulierung können eine nachhaltige und produktive Nutzung von Ressourcen garantieren. Lokale Kooperationen von Menschen, die sich ihre Regeln, Sanktionsmechanismen und Konfliktlösungen selbst geben, können überlegen sein.

Ostrom wird insbesondere von der an Ökologie interessierten Bewegung rezipiert. Im Umfeld der Heinrich-Böll-Stiftung hat sich der Commons-Diskurs etabliert, man bezieht sich positiv auf Elinor Ostrom.[1] Auch in der »grünen Linken« wird sie genannt, mitunter in einem Atemzug mit Marx: »I am a bit of a

Karl Marx and Elinor Ostrom groupie i.e its class struggle and the creation of common pool property rights/ownership of the means of production by the population with ecological rules built in«, so Derek Wall, Autor von *The Rise of the Green Left*.[2] Bei näherem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass Marx und Ostrom sich schlecht zu einem linken Cocktail vermischen lassen – theoretische Voraussetzungen wie politische Ziele könnten unterschiedlicher nicht sein.

Ostrom kritisiert zwar die vom Mainstream der ökonomischen Theorie favorisierten Modelle kollektiven Handelns, die im Resultat entweder staatliche oder Marktlösungen empfehlen. Sie arbeitet heraus, dass die »Tragik der Allmende« (Garrett Hardin), das Modell des »Gefangenendilemmas« und die »Logik des kollektiven Handelns« (Mancur Olson) die gleiche Grundannahme teilen: Das zentrale Problem beim kollektiven Handeln sei das »Trittbrettfahren«: Wenn eine Gruppe von Leuten eine Ressource gemeinsam bewirtschaftet und niemand von der Nutzung dieser Ressource ausgeschlossen werden kann, dann können Einzelne ihren individuellen Nutzen maximieren, ohne für die gemeinschaftliche Verbesserung der Ressource zu sorgen. Handeln alle Individuen so, erleidet die Ressource Schaden. In der Sprache der Ökonomen: Das rationale, nutzenmaximierende Individuum handelt so, dass ein für das Kollektiv irrationales Ergebnis herauskommt. Am Ende profitiert niemand. Das ist die »Tragik der Allmende«. So erklären sich Ökonomen Umweltzerstörung. Ostrom kritisiert an diesen Modellen, dass in ihnen unabänderliche Bedingungen gesetzt sind. Die statischen Spielregeln der abstrakten ökonomischen Modelle stellen sich in der Praxis als variabel dar.

Ostrom untersucht »Allmenderessourcen« (*common pool resources*, kurz: Commons). Sie bestimmt diese als »ein natürliches oder von Menschen geschaffenes Ressourcensystem, das hinlänglich groß ist, so dass es kostspielig (aber nicht unmöglich) ist, potenzielle Aneigner von seiner Nutzung auszuschließen« (1999, 38).

Es geht ihr nicht um ein diffuses »etwas, was allen gehört«, sie hat einen präzisen, wirtschaftswissenschaftlichen Begriff von »Commons«. Beispiele solcher Ressourcensysteme sind Fischgründe, Grundwasserbecken, Weideland, Parkhäuser, zentrale Rechenanlagen, aber auch Flüsse, Seen und Ozeane. Die Entnahme von »Ressourceneinheiten« bezeichnet Ostrom als »Aneignung«, diejenigen, die solche Einheiten entnehmen, als »Aneigner« – wobei dies sowohl Individuen als auch Unternehmen sein können. Hirten, Fischer, Bewässerer, Parkhausnutzer usw. sind daher gleichermaßen »Aneigner«. Diese können ganz Unterschiedliches mit ihrer Entnahme bezwecken: entweder die Nutzung für den eigenen Bedarf, als Produktionsmittel oder für den Verkauf. Im Gegensatz zu den »reinen öffentlichen Gütern«, bei denen zusätzliche Nutzer dem Gut selbst keinen Schaden zufügen (Ostrom zitiert die Wettervorhersage, die jemand »nutzt«, ohne anderen dadurch etwas wegzunehmen), leiden Allmenderessourcen chronisch unter »Verstopfungseffekten« und »Übernutzungsproblemen«. Sie sind »rivalisierend« im Gebrauch, wie die Volkswirtschaftslehre das nennt.

Die Gründe für eine Übernutzung sind komplex: Mangelnde Informationen der Aneigner über die Beschaffenheit der Allmenderessource, Unsicherheiten in der Kontinuität ihrer Verfügbarkeit (beispielsweise Dürre) usw. Zentraler Grund für eine Allmendeübernutzung ist für Ostrom fehlende Organisation und Kooperation ihrer Aneigner: »Solange sie ›unorganisiert‹ bleiben, kann ihre gemeinsame Rendite nicht so hoch sein wie die, die sie hätten erzielen können, wenn sie sich in irgendeiner Form zu kollektivem Handeln organisiert hätten.« (49).

Vor diesem Hintergrund schildert Ostrom etliche Fallstudien sowohl erfolgreicher als auch gescheiterter »Allmenderessourcen-Institutionen«. Dabei nimmt sie unterschiedslos sowohl über 1 000 Jahre alte als auch zeitgenössische »Institutionen« in den Blick. Als Beispiel für eine nachhaltige Ressourcenorganisation schildert sie die gemeindeeigenen Almweiden in Törbel, einem Dorf von etwa 600 Einwohnern im Kanton Wallis in der Schweiz. Seit Jahrhunderten bauen Kleinbauern hier auf ihren Feldern Korn, Gartengemüse, Obstbäume und Heu für Winterfutter an. Ostrom erwähnt Urkunden aus den Jahren 1224, 1483, 1517 usw., die festlegten, wie die Nutzung des Gemeineigentums geregelt wurde. Die Weidenutzung war streng begrenzt auf Bürger, denen eigens Genossenschaftsrechte gewährt worden waren. Es galt die sogenannte Kuh-Regel: Kein Bürger durfte mehr Kühe auf die Weide bringen, als er im Winter ernähren konnte. Die Bäume für Bau- und Brennholz wurden von Dorfbevollmächtigten markiert und per Los den Haushaltsgruppen zugeteilt, die daraufhin diese, und nur diese, Bäume schlagen durften. Es gab einen örtlichen »Gewalthaber«, der diese Regel überwachte und bei Verstoß Geldbußen einkassierte. Die Überweidung wurde durch strenge, selbst organisierte Kontrolle verhindert. Die gemeinsame Arbeit wurde nach speziellen Kriterien aufgeteilt (die Arbeitsleistung richtete sich nach der Anzahl der auf die Weide entsandten Tiere), so auch die landwirtschaftlichen Produkte. Beispielsweise wurden alle Kühe auf die Alm getrieben und von Hirten sofort gezählt, da bei der jährlichen Käseverteilung die Ration jeder Familie im Dorf nach der Zahl ihrer Kühe bemessen wurde.

Als Grund für die Wahl von Allmende-Praktiken, die historisch weit zurückliegen, nennt Ostrom deren Nachhaltigkeit, die hier über Jahrhunderte hinweg anhielt. Ostrom erkennt darin einige »Bauprinzipien«: 1) klar definierte Zugangsregeln, 2) die Abstimmung von Zeit, Ort oder Menge der Ressourceneinheiten auf lokale Bedingungen, 3) Personen, die von den Regeln betroffen sind, bestimmen über diese, 4) die Überwachenden sind gegenüber den Aneignern rechenschaftspflichtig oder sind selbst die Aneigner, 5) Sanktionsmechanismen, 6) Konfliktlösungsmechanismen (lokale Arenen), 7) das Recht, eigene Institutionen aufzustellen, wird von keiner externen Behörde in Frage gestellt.

Ein Beispiel für Allmenderessourcen im 20. Jahrhundert sind Grundwasserbecken. Ostrom schildert in diesem Kontext eine klassische »Tragedy of the Commons«: Ein »Pumpwettlauf« zwischen Grundwasser-Produzenten in der Region von Los Angeles führte zur Übernutzung der Wasserressourcen. Die »Aneigner« (die das Wasser aus dem Becken pumpten, um es zu verkaufen)

verfolgten eine »dominante Strategie: Pumpe soviel Wasser, wie es privat für dich profitabel ist« (179). Das führte dazu, dass die Pegel sanken (was die Pumpkosten für alle erhöht) und Salzwasser in die Becken eindringen konnte. In den meisten Fällen von zerstörerischen »Pumpwettläufen« konnten Regeln und institutionelle Arrangements gefunden werden, die die Entnahme regulierten. Daran beteiligt waren Gerichte, Anwälte, Behörden, Experten (Geologen), die Neugründung von Wasserverbänden etc. Die Gründe des Erfolgs von Institutionen sind ebenso komplex wie die Gründe des Misserfolgs. Lokale Besonderheiten (Witterung, Vegetation, Bodenbeschaffenheit) und politische Rahmenbedingungen haben unterschiedlichen Einfluss. Ostrom beansprucht daher auch nicht, ein »Modell« zu präsentieren.[3] Es geht ihr vielmehr darum, die in ihrer Zunft weit verbreitete Dichotomie von staatlichen versus privaten Lösungen aufzubrechen. Die Fragestellung jedoch bleibt: Wie konnten über Jahrhunderte hinweg Allmenden nachhaltig bewirtschaftet werden?

Bei dieser Fragestellung zeichnen sich auch die Grenzen von Ostroms Ansatz ab, Grenzen, die sie mit anderen Ansätzen der bürgerlichen Ökonomie teilt und die von Marx grundsätzlich kritisiert wurden. Bei seiner Kapitalismusanalyse unterscheidet Marx zwischen gesellschaftlicher Form und stofflichem Inhalt: Ein Sack Weizen ist »stofflich« betrachtet ein Sack Weizen – sowohl im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts als auch im Feudalismus. Der gleiche Sack Weizen aber tritt in unterschiedlichen historischen Epochen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Formen auf: im Kapitalismus in der Form der Ware, im Feudalismus in der Form der Abgabe an den Grundherrn. Die ökonomischen Kategorien wie Ware, Kapital, Geld, Wert etc. sind Ausdrücke für die gesellschaftlichen Formen, in denen die Menschen in einer historisch-spezifischen, hier der kapitalistischen Gesellschaft, miteinander verkehren, während die Menschen anderer geschichtlicher Epochen dies in anderen Formen tun. Entsprechend unterscheidet Marx auch kapitalistische und vorkapitalistische Eigentumsverhältnisse, die ganz verschiedene Weisen von Verfügungs- und Nutzungspraktiken beinhalten (vgl. Nuss 2006). Zur Zeit von Ostroms vorkapitalistischen Allmendebeispielen war das bürgerliche Recht genauso wenig ausgebildet wie der bürgerliche Staat. Dadurch wird der Eindruck verstärkt, Ostroms Commons-Konzeption würde sich neben dem Staat bewegen oder sei als alternative Organisation von Gesellschaftlichkeit jenseits des Staates angelegt. Tatsächlich bewegen sich ihre »modernen« Beispiele aber auf der Ebene von – lokaler, kommunaler – Staatlichkeit.

Vorbürgerliche Eigentumsverhältnisse waren Ausdruck ganz verschiedener Herrschaftsverhältnisse und Produktionsweisen, die andere Zwecke verfolgten als die Verwertung des Kapitals um der Verwertung willen. Der von der Konkurrenz getriebene Wachstumsimperativ, eine spezifisch kapitalistische Innovationskraft, war vorkapitalistischen Gesellschaften fremd. Die von Ostrom als Allmendebeispiele angeführten historischen Fälle kennen diese Unterscheidung nicht. Sie unterscheidet zwar zwischen einer Entnahme für den eigenen Bedarf und einer Entnahme für den Verkauf, subsumiert aber beide Handlungsrationalitäten unter »Aneignung«.

Ebenso unterscheidet sie zwischen Individuen und Unternehmen, subsumiert aber beide unter »Aneigner«. Historische Besonderheiten mit ihren spezifischen Handlungsrationalitäten werden nivelliert. Bei den Schilderungen der Allmendepraktiken wird der Unterschied plastisch, wenn z.B. bei der historisch weit zurückliegenden Allmende der Zweck der kollektiven Nutzung darin liegt, die Grundlagen der Subsistenz zu erhalten. Käse wird verteilt, Holzschlag verlost, Arbeit zugeteilt. Geld spielt kaum eine Rolle, bis auf die für Ostrom höchst erstaunlich geringen Geldbußen bei Regelverletzung. Bei den modernen Allmenden ist dann ohne Umschweife von Profit die Rede. Profit und Käse werden unterschiedslos unter die Kategorie »Rendite« subsumiert. Dass der Bauer von 1437 und das private Wasserunternehmen von 1980 gleichermaßen Aneigner sind, die »Rendite« erwirtschaften, ist eine Rückprojektion historisch-spezifischer Kategorien auf vergangene Zeiten. Ostrom betrachtet Commons »in der Art der Ökonomen, die [...] in allen Gesellschaftsformen die bürgerlichen sehen« (MEW 13, 636). Dabei wäre es interessant, herauszuarbeiten, inwiefern alte und neue gesellschaftlich dominierende Motive und Zwecke der Ressourcenentnahme der »Aneigner« die jeweiligen Institutionen und ihre Stabilität beeinflussen. Möglicherweise liegt darin ein Schlüssel für Ostroms Frage, warum sich über die Jahrhunderte hinweg Allmenden erhalten konnten.

Damit soll nicht gesagt sein, dass in einer kapitalistischen Wirtschaft Allmenderessourcen nicht vor ihrer Vernichtung bewahrt werden können. Ostrom hat gezeigt, wie es funktionieren kann. Und angesichts der ökologischen Krise könnte ihr Ansatz dazu beitragen, die Frage von Ressourcenschonung und nachhaltigem Wirtschaften innerhalb kapitalistischer Vergesellschaftung zu stärken. Damit aber wäre die zerstörerische Dynamik dieser Produktionsweise keineswegs überwunden, so dass die Commons immer wieder neu zur Disposition stünden. Die Aufmerksamkeit, die Ostrom in der Öffentlichkeit zuteil wird, könnte als Versuch gewertet werden, Debatte und Kräfteverhältnisse innerhalb der Wirtschaftswissenschaften zu verschieben. Damit der Ansatz im Rahmen von transformatorischen Konzepten, gar für sozial-ökologische Transformation zum Tragen kommen kann, müssen auch die Grenzen des Ansatzes reflektiert werden.

Das nutzenmaximierende Individuum, das auch Ostrom als natürliche Daseinsform des Menschen voraussetzt (obgleich veränderbar mit einem passenden Anreizsystem), ist der historisch erst vor einigen hundert Jahren geborene, profitmaximierende Kapitalist. Hier bleibt sie – trotz der Einführung des Kollektivs als Variable in die individuelle Nutzenmaximierung – herrschenden Subjektformen verhaftet.

Wenn das Kapital von sich aus nicht in der Lage ist, finanziell oder aus borniertem Eigeninteresse für diesen Ressourcenerhalt zu sorgen, dann springt der Staat ein. Er ist derjenige, der die »allgemeinen Verwertungsbedingungen des Kapitals« (Marx) gewährleisten kann. Da der Staat im Gegensatz zum einzelnen Unternehmen kein konkurrierendes, borniertes Einzelkapitalinteresse verfolgen muss, sondern als »ideeller Gesamtkapitalist« (Engels) das allgemeine Interesse an einer möglichst reibungslosen Verwertung »seines«

Kapitals vertritt, stellt er ggf. diese allgemeinen Verwertungsbedingungen sicher. Entweder indem er sie selbst anbietet und verwaltet oder indem er die Rahmenbedingungen dafür schafft, dass Unternehmen oder Individuen kooperieren. Commons, wie sie Ostrom versteht, existieren daher nicht jenseits von Staat. Zwar spricht sie sich dagegen aus, dass der Staat selbst zentral die Bewirtschaftung von Allmenderessourcen übernimmt und steuert, aber in seiner Rolle als Setzer von Rahmenbedingungen (etwa indem Kommunen zwischen widerstreitenden Interessen vermitteln oder die Justiz die Arena der Aushandlung darstellt) spielt er bei den Commons eine Rolle. Sowohl Kommunalverwaltungen als auch Justiz sind Teil des bürgerlichen Staates und verstrickt in seine ganz eigene Logik.

Ihr Staatsbegriff, der den Staat zentralistisch zu denken scheint, hat hier einen blinden Fleck. Wenn der in der Rezeption nicht kritisch aufgearbeitet wird, besteht die Gefahr, dass die politischen Spielräume nicht richtig ausgelotet werden können. Das Problem der Wasserressourcen in Los Angeles basiert auf spezifischen – privatisierten – Regelungen der Grundwassernutzung, die etwa in Deutschland lange staatlich vermittelt geregelt war. Die Frage einer Ausweitung der Commons sollte nicht übergangen werden, nur weil sie hierzulande als staatlich verfasst gelten könnten. Die Mechanismen der Selbstverwaltung und Eigeninitiative bei der »Rettung« von Commons kommen jedoch einer neoliberalen Staatskritik entgegen, die den Staat zurückfahren möchte, um mehr bürgerliches Engagement darauf zu verpflichten, Staatsaufgaben zu übernehmen.[4] Das ist die politische Gefahr der Commons-Debatte, die es zu reflektieren gilt.

Ebensowenig sind die Commons entfernt vom Markt: Vielmehr sollen mit den Commons die natürlichen Ressourcen als Existenzbedingung eines Marktes für Grundwasser, Fische etc. geschützt werden. Ostrom untersucht die von der kapitalistischen Handlungslogik selbst verursachten Probleme der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Ob das in eine Konzeption jenseits dieser Verwertungsbedingungen münden kann, wird eher eine Frage kritischer Weiterentwicklung sein. Sich auf Commons zu beziehen, ist für viele Linke deshalb attraktiv, weil es scheint, als bewege sich die Aneignung und Selbstverwaltung von Ressourcen jenseits von Markt und Staat. Zumindest bei den von Ostrom beschriebenen modernen Fällen ist dies nicht der Fall.

LITERATUR

Marx, Karl, und Friedrich Engels: *Werke,* Berlin/DDR 1957ff, zit. MEW

Nuss, Sabine, 2006: *Copyright & Copyriot. Geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus,* Münster

Ostrom, Elinor, 1990: *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action,* Cambridge; deutsch: Die Verfassung der Allmende. Thübingen, 1999

Wall, Derek, 2010: *The Rise of the Green Left. Inside the Worldwide Ecosocialist Movement,* London

1 Commons-Blog, siehe http://commonsblog.wordpress.com/

2 Gepostet am 17. Oktober 2010, siehe http://another-green-world.blogspot.com

3 In späteren Arbeiten fragt sie, wie Institutionen-Arrangements aussehen, und nach den Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Akteuren. In *Understanding Institutional Diversity* (Princetown/Oxford 2005) vertieft Ostrom die Hauptprinzipien, die sie 1990 bezüglich nachhaltiger Ressourcenbewirtschaftung formuliert hat.

4 Der Titel eines aktuellen Textes von Ostrom lautet »Gemeingütermanagement – eine Perspektive für bürgerschaftliches Engagement«, erschienen in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), 2009: *Wem gehört die Welt?,* München

DIE MÜHEN DER EBENE

SCHWIERIGKEITEN DER BRASILIANISCHEN MST BEIM KAMPF UM LAND ALS GEMEINGUT

BENJAMIN LUIG

Trotz dramatischer Zuspitzung der Hungerkrise 2008 werden Bauern weiter von ihrem Land verdrängt. Allein im Jahr 2009 sind weltweit schätzungsweise 30 Millionen Hektar Ackerland vernichtet worden – die Fläche Italiens. Nicht nur die massive Bodenspekulation durch einheimische und ausländische Investoren, sondern auch die »Versiegelung« von Land durch industrielle Bebauung, die Ausbeutung von Rohstoffen in breiten Flächen über Tage und dramatisch verschlechterte Umweltbedingungen, an denen die kapitalgetriebene, industrielle Landwirtschaft eine erhebliche Mitverantwortung trägt, sind die entscheidenden Faktoren. Der UN-Sondergesandte für das Menschenrecht auf Nahrung spricht von einem »explosiven Cocktail«, der die Ernährungsgrundlage von Bauern, Fischern und Indigenen zerstöre (de Schutter 2010, 5f). »Land Grabbing« stellt nur die Spitze der massiven Landkonzentrationsprozesse dar (vgl. *Luxemburg* 2/2009, 76ff). Seit den späten 1970er Jahren wurden Politiken der Verteilung

und Umverteilung von Land abgelöst durch neoliberale Strategien einer faktischen *»no land policy«*, die sich darauf beschränkte, private Landtitel zu vergeben, was in vielen Fällen zu einem weiteren Konzentrationsprozess über den Markt führte (Borras/Franco 2010, 27).

Angesichts dieser Entwicklung sind Konzepte gefragt, die der Einhegung und dem Zur-Ware-Machen von Boden ein radikales Verständnis von Land als Gemeingut entgegenstellen. Welchen Beitrag kann hierzu die Commons-Debatte leisten? Die Commons-Literatur betont spezifische Eigenschaften der Ressource Land. Erstens füge Land sich nicht in die übliche Zweiteilung in »begrenzte Gemeingüter« (z.B. Öl) und »unbegrenzte Gemeingüter« (Sonnenlicht, Wissen und Ideen etc.). Land sei nur dann »begrenzt« verfügbar, wenn der Mensch sich weigert, es zu kultivieren und ihm durch angemessene Fruchtfolge Nährstoffe nicht nur zu entziehen, sondern auch wieder zuzufügen. Land als Gemeingut schließe also die kollektive *Aufgabe* ein, es als Ressource zu erhalten. Es gehe daher nicht nur um die Frage der Zuteilung, sondern auch um die Frage nach der Form von Bewirtschaftung. Zweitens impliziere die Forderung nach Land als Gemeingut noch nicht notwendig eine Kollektivierung der Bodenbearbeitung (Augsten 2008, 131f). In der Tat wird Land als Gemeingut zunehmend auch von Bauernbewegungen selbst als kollektives *Recht* artikuliert. In der Commons-Debatte wird unter *commoning* ein gemeinsames Praktizieren von Bewirtschaftung und Fürsorge, Austausch jenseits von Äquivalententausch verstanden. Verschiedene Bereiche – auch Land – sollen dem privaten oder öffentlichen Eigentum entzogen werden. Als Beispiele für erfolgreiche Aneignungen werden etwa Gemeinschaftsgärten angeführt. Es handelt sich bei den Beispielen in aller Regel nicht um agrarische Nutzflächen, die über Gemeinschaftsgärten hinausgehen.[1] Vielfach werden Flächen über Stiftungsfinanzierungen gekauft, um sie dann dem Markt zu entziehen.

Die Kämpfe der Landarmen um Zugang zu Land werden jedoch nicht über den Markt geführt. Die Machtlosigkeit und Armut der Landlosen weltweit definiert sich gerade über ihre mangelnde Kaufkraft, die sie aus dem System der reinen Warenbeziehungen ausschließt. Die Bewegung, die in den letzten Jahrzehnten eine *»veritable land reform from below«* durchgesetzt hat (Rosset 2001, zit. nach Paasch 2006, 27), fand bislang in der Commons-Literatur keine Beachtung: die *Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra* (MST) in Brasilien.

Die MST sieht sich derzeit in der brasilianischen Öffentlichkeit mit einer Welle der Kritik konfrontiert. In den letzten vier Jahren wurden auf Betreiben der *bancada ruralista* drei parlamentarische Untersuchungsausschüsse gegen die Landlosenbewegung eingesetzt. Auch in der akademischen Welt verliert die MST an Akzeptanz. Kritisiert wird das Konzept der Gemeinschaftssiedlungen der MST-Führung, das Ablehnung und zum Teil Widerstand bei MST-Siedlerinnen gegen »zwanghafte Formen« der Kollektivierung erfahre. Als »veraltet« werden auch die Landbesetzungen selbst dargestellt. Schließlich wird von konservativer Seite die Ausrichtung auf eine andere, sozialistische Gesellschaft als ein destruktives Moment der MST interpretiert.

All diese Kritikpunkte basieren auf einem verkürzten Verständnis dessen, worum es der MST geht: konsequent an der Forderung von Land als Gemeingut festzuhalten. Gerade durch eine Auseinandersetzung mit der Kritik an der MST könnte die Commons-Literatur ihr Verständnis davon vertiefen, welche Kämpfe und Schwierigkeiten mit einer Aneignung von Gemeingütern konkret verbunden sind, und welche Dimensionen ein »Commoning«-Begriff einzubeziehen hätte.

ZWISCHEN INDIVIDUELLER FREIHEIT UND KOLLEKTIVITÄT

»Gemeinschaft« stellt für die Millionen der *sem terras* in Brasilien in ihrem Kampf um Land kein vages, hoffnungsvolles Prinzip einer künftigen, solidarischen Ordnung dar. Es bedeutet vor allem Schutz vor Gewalt durch die Milizen und Sicherheitsdienste der Großbesitzer und des Agrobusiness. Es garantiert diesen Schutz nicht, aber mindert das Risiko erheblich, verfolgt und ermordet zu werden. Die MST versucht, ihren ArbeiterInnen durch direkte Besetzungen Land zu verschaffen. Besetzt werden zumeist unproduktive Flächen, die formal Großgrundbesitzern und in jüngster Zeit zunehmend dem Agrobusiness gehören. In der ersten Phase der Landnahme leben die Besetzenden in kollektiven Gruppen, *Acampamentos* genannt. In dieser Situation sind sie auf kollektive Bewirtschaftung und kollektive Entscheidungsfindung angewiesen. Nur ein Teil der Besetzungen gelingt. Die Anerkennung des Landeigentums durch die nationale Regierungsstelle für Landkolonisierung und Agrarreform (INCRA) kann Jahre dauern, wenn sie überhaupt erfolgt. Sobald die staatliche Anerkennung der Siedlungen erfolgt ist, sollen aus den Acampamentos des Selbstschutzes basisdemokratische Kooperativen entwachsen. Doch nicht alle Kollektivsiedlungen überstehen die »Mühen der Ebene«, die auf die erfolgreichen Landbesetzungen folgen. Solidarische Inseln von Landarbeiterkollektiven inmitten des brasilianischen Agrarkapitalismus zu schaffen, ist schwierig. Bis Anfang der 1990er Jahre versuchte die MST durchgehend, über das Stadium der Acampamentos hinaus das erkämpfte Land zu vergemeinschaften und die Siedler in Produktionskooperativen (CPA) zu organisieren. Sie orientierte sich dabei an dem Modell der kubanischen Produktionsgenossenschaften, die Ende der 1980er Jahre aus den Staatsbetrieben hervorgegangen waren. Was inzwischen vielfach als verbohrte Ideologie dargestellt wird, basiert auf einer ökonomisch sehr plausiblen Überlegung: Der kleinbäuerliche Betrieb an der Grenze zum Minifundium ist unter den Bedingungen, unter denen MST-Mitglieder an Land kommen, nur unter höchsten Anstrengungen überlebensfähig: Die brachliegenden Flächen, auf die die MST zugreift, sind in der Regel unfruchtbares Weideland, auf dem Reis oder Getreide nur mangelhaft kultiviert werden kann. Auch die Bedingungen der Vermarktung sind oft schwierig, zumeist geprägt von weiten Entfernungen zu den Absatzmärkten und schlechter Infrastruktur. Viele der Landlosen haben keinen bäuerlichen Hintergrund und verfügen daher über äußerst geringes Wissen. Oftmals misslingt die agrarische Bewirtschaftung komplett und zwingt einzelne Familien dazu, ihr Land zu verpachten.

Doch schon um 1993 wurde deutlich, dass das System der Produktionskooperativen, die in einem nationalen Netzwerk (CONCRAB) zusammengeschlossen waren, nicht funktionierte. Immer wieder gab es starken Widerstand der Landarbeiter. Die Landwirtschaft in der MST wird heute in den Siedlungen zu knapp 80 Prozent durch Familienwirtschaften betrieben (Wienold 2007, 140).

Den genannten Problemen auf *individueller* Ebene wird von Seiten der MST durch verschiedene Ansätze auf *kollektiver* Ebene begegnet:

1 | Von Beginn an spielte Bildungsarbeit und die Förderung einer solidarischen und kollektiven Kultur eine zentrale Rolle. Erfahrene Bauern, Lehrer und ProfessorInnen versuchen, Obdachlose aus *Favelas*, Tagelöhner von Zuckerrohrplantagen und Arbeiter aus Bergwerken zu Bauern auszubilden. Das war auch ein Grund, weshalb die MST lange an dem Modell der Produktionskooperativen festhielt. Kollektive Strukturen und Siedlungen erleichterten die Durchführung der Bildungsarbeit erheblich. Die angestrebte Kultur der Solidarität stößt auch an andere Grenzen. Zwar benennt die MST als eines ihrer sechs Kernziele, »alle Formen sozialer Diskriminierung zu bekämpfen und die gleichberechtigte Partizipation von Frauen anzustreben«.[2] Doch bleibt geschlechtliche Diskriminierung ein verbreitetes Problem – etwa durch strukturellen Ausschluss von allein erziehenden Frauen von Entscheidungen und durch alltägliche Praxen der MST-Basis – wie in Brasilien allgemein.

2 | Problemen in der Produktion wird durch Formen der überlokalen Zusammenarbeit begegnet, beispielsweise durch genossenschaftliche Vermarktung. Ein breites Netzwerk an MST-Agrarkooperativen mittlerer Größe vermarktet Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Maniok und Fleisch im Wert von durchschnittlich 50 Millionen US-Dollar pro Jahr. Aus den Einnahmen wird ein Großteil der Gesundheits- und Bildungsarbeit der MST finanziert.

3 | Die MST versucht seit den späten 1990er Jahren auch der Landlosigkeit in den *Favelas* der großen Städte zu begegnen. 1997 gründete sich die Obdachlosenbewegung MTST, die seitdem Brachland in den Metropolen Brasiliens und in ihrem Umland besetzt.

LANDBESETZUNGEN ALS MITTEL DER ANEIGNUNG

Auch ihre Gegner bestreiten nicht, dass die MST insgesamt erfolgreich war. Seit ihrer Gründung 1985 hat sie über 250 000 Landbesetzungen durchgeführt und für mehr als 350 000 Familien in 2 000 Reformsiedlungen Land erkämpft. Dennoch werden die fortgesetzten Kämpfe und Besetzungen kriminalisiert. Der ehemalige Vorsitzende des INCRA, Xico Graziano, behauptete, es gebe in Brasilien keine unproduktiven Ländereien der Latifundien mehr (Käss 2007, 6). Dagegen lagen 2002 noch immer ca. 44 Prozent der nutzbaren Fläche brach (d.h. 166 Millionen Hektar; vgl. Paasch 2006, 26). Das eigentliche Problem ist ein anderes: Weil immer größere Flächen in Plantagen des Agrobusiness umgewandelt werden, bleibt für Landbesetzungen zunehmend nur unproduktives Land in Randgebieten.

In Artikel 184 (Kapitel III) der brasilianischen Verfassung von 1988 wird das Recht

auf Landbesitz an dessen »soziale Funktion« geknüpft. Dem Staat wird die Berechtigung zugestanden, Agrarbetriebe, die ihre Sozialfunktion nicht erfüllen, mit Entschädigung zu enteignen. Die MST steht mit ihren Landbesetzungen von Brachflächen also auf dem Boden der Verfassung. Dennoch hat sie in den letzten Jahren an Akzeptanz verloren.

Im September 2009 machte die Besetzung einer Orangenplantage der MST im Bundesstaat Sao Paolo Schlagzeilen. Ein Film, der die Besetzerinnen beim Fällen von Orangenbäumen zeigte, sorgte für Empörung. Weniger bekannt ist das umstrittene Verfahren, unter dem sich der betroffene Produzent von Saftkonzentrat, Cutrale, das ehemalige Staatsland angeeignet hatte. Doch das Vorurteil wurde genährt, der MST würde produktive Betriebe zerstören. Zugleich stehen die Formen der Sachbeschädigung von Exportplantagen in keinem Verhältnis zu der direkten Gewalt, die von Großgrundbesitzern auf Landlose ausgeübt wird. Nach Angaben der CPT wurden allein in dem Staat Pará zwischen 1994 und 2004 173 Menschen in Auseinandersetzungen um Land getötet; in über 500 Fällen wurde Personen mit dem Tode gedroht. In den ersten Jahren der Regierung Lula nahm die Zahl der Morde an Landlosen eher noch zu.

DIE AGRONEGÓCIO UND DAS FERNZIEL EINER GERECHTEN GESELLSCHAFT

Es wäre leichtfertig, wenn die MST Land als Gemeingut einfordern würde, ohne das gegenwärtige brasilianische Kapitalismusmodell und die bestehenden Machtverhältnisse zu berücksichtigen. Unter dem gegenwärtigen Agrarexportmodell Brasiliens gäbe es keinen Spielraum für eine umverteilende Agrarreform. Der Status Brasiliens als größter Exporteur von Rindfleisch, Hühnchen, Orangensaftkonzentrat, Zucker und Kaffee sowie als bedeutender Exporteur von Sojabohnen, Baumwolle und Mais basiert auf agroindustriellen Großtechnologien (z.B. Gentechnik, großflächigem Pestizideinsatz, vielfach aus der Luft), auf niedrigsten Lohnkosten und wesentlich auf der massiven Konzentration von Land. Joao Pedro Stedile, einer der führenden Köpfe der MST, knüpft die Möglichkeit, Land als Gemeingut durch Umverteilung zu realisieren, an einen grundlegenden Wandel des Wirtschaftsmodells: Er schlägt erstens eine Umorientierung der Agrarproduktion auf die Binnenmärkte vor, zweitens die Gewährung eines staatlichen Mindesteinkommens, das die Nachfrage nach Agrarprodukten stimuliert, drittens eine schrittweise Einführung von Genossenschaften, die die Nahrungsmittelverarbeitung organisieren, wie dies in der MST bereits heute realisiert wird, und viertens die Ausrichtung von Forschung und staatlicher Förderung auf ein neues, agroökologisches Technologiemodell. Land als Gemeingut, so lässt sich die Argumentation Stediles zusammenfassen, ist ohne ein alternatives Wirtschaftsmodell nicht zu haben (2002, 23f). 2006 wurden 84,4 Prozent der Nahrungsmittelversorgung Brasiliens durch die familiäre, bäuerliche Landwirtschaft getragen, die lediglich 24,3 Prozent der fruchtbaren Landfläche Brasiliens bewirtschaftete. Mehr als drei Viertel des Landes lag in den Händen des Agrobusiness und des Großgrundbesitzes. Zugleich generierte die bäuerliche Landwirtschaft nicht nur deutlich mehr Arbeitsplätze

pro Fläche, sondern ermöglichte auch eine deutlich effizientere Bodenbewirtschaftung: 2006 lag der Bruttoertrag pro Hektar in den Familienbetrieben (677 Real pro Hektar) um 89 Prozent höher als die Hektarerträge des Agrobusiness mit 358 Real pro Hektar (IGBE 2009).

Viele der etwa 1,5 Millionen Mitglieder der MST haben ihr ursprüngliches Ziel, ein Stück eigenes Land zu bewirtschaften, längst erreicht. Die MST bemüht sich, sie in der Organisation zu halten: Die Mehrheit dieser Mitglieder stellt der Organisation drei Prozent des eigenen Einkommens zu Verfügung. Sie bleiben aktiv, auch weil die MST nicht nur für Landbesetzungen und Forderungen nach einer Agrarreform steht (in jüngster Zeit organisierte sie einen zweimonatigen Protestmarsch durch Teile des Landes und Straßenblockaden, um die Vertreibung von Landlosenfamilien zu verhindern). Andere Kampagnen zielen auf die Durchführung einer Volksbefragung zur Wiederverstaatlichung des Bergbaugiganten VALE, auf Proteste gegen die Verbreitung von gentechnisch manipuliertem Saatgut durch den Schweizer Konzern Syngenta und auf eine progressive Steuerreform.

Das harte und teils widersprüchliche Schicksal der LandbesetzerInnen zeigt zugespitzt, dass Gemeingüter im bestehenden Modell des Kapitalismus nicht ohne weiteres zu haben sind. Die Aneignung von Gemeingütern findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern im Kontext von Machtverhältnissen. Sie erschweren nicht nur die Bewirtschaftung der Gemeingüter erheblich, sondern zwingen auch dazu, den Kampf um das Gemeingut Land an gesamtgesellschaftliche Alternativen zu koppeln. Ein Herumlavieren um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse hilft nicht weiter. Die Commons-Debatte sollte bei Fragen nach Aneignung von Gemeingütern an die Kämpfe und Schwierigkeiten von Bauern- und Landlosenbewegungen wie der MST anknüpfen, für die es bei den Gemeingütern um alles geht.

LITERATUR

Augsten, Frank, 2008: Die Bodenfrage neu stellen: aber wie?, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*, Berlin, 131f

Barnes, Peter 2008: *Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter*, Hamburg

Borras, Saturnino, und Jennifer Franco, 2010: Towards a Broader View of the Politics of Global Land Grab: Rethinking Land Issues, Reframing Resistance (ICAS Working Paper 1), Amsterdam

De Schutter, Olivier, 2010: Access to Land and the Right to Food. Report of the Special Rapporteur to the General Assembly (A/65/281), Genf

IGBE, 2009: Agricultura Familiar no e o Censo Agrobecuário 2006, Sao Paolo

Käss, Susanne, 2007: Die brasilianische Landlosenbewegung MST. Zwischen Chance, Chaos und Systemkritik, in: KAS-AI 8, 6–30, www.kas.de/wf/doc/kas_11784-544-1-30.pdf?070904125004 (10.11.2010)

Paasch, Armin, 2006: Marktgestützte Agrarreformen: Eine Zwischenbilanz aus menschenrechtlicher Perspektive, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 148, 27ff

Rosset, Peter, 2001: Tides Shift on Agrarian Reform: New Movements Show the Way, in: *Food First Backgrounder* Bd. 7, 1, Oakland

Salzer, Irmi, 2005: Der MST und sein alternatives Projekt: Die politische und gesellschaftliche Rolle der brasilianischen Landlosenbewegung, in: *Journal für Entwicklungspolitik* XXI/2, 75

Stedile, Joao Pedro, 2002: Eine Agrarreform neuen Typs, in: *ILA* 261, 23f

Wienold, Hanns, 2007: *Leben und Sterben auf dem Lande. Kleinbauern in Indien und Brasilien*, Münster

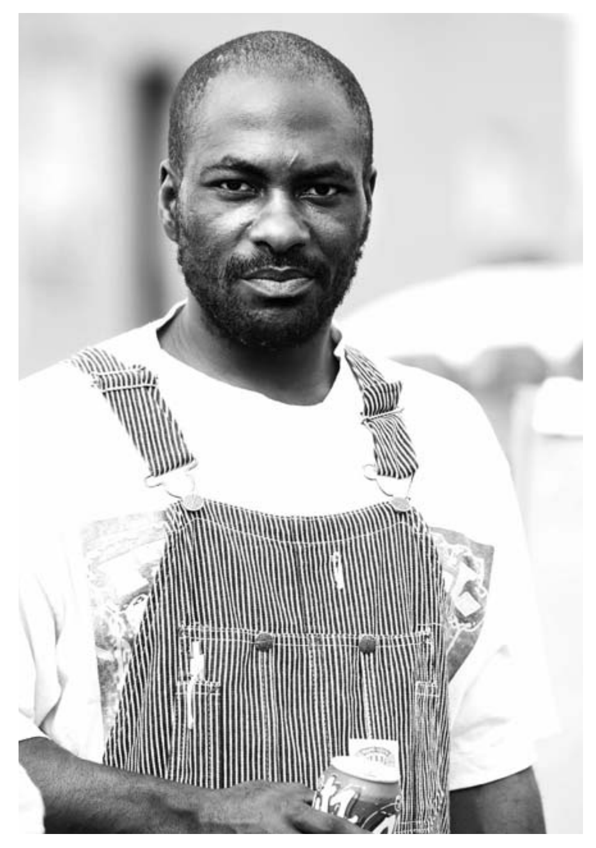
1 Vgl. Barnes 2008, 172f. Selbstverständlich kann auch die Aneignung nicht-agrarischer Flächen von höchster sozialer Bedeutung sein, vgl. die Fotostrecke zur Take-back-the-Land Bewegung in den USA in diesem Heft, 96/97.

2 Seit 2002 gibt es einen eigenen Bereich der MST, der sich ausschließlich mit Gender und Gleichberechtigungsfragen beschäftigt, vgl. Salzer 2005, 75.



TAKE BACK THE LAND

Take Back the Land wurde 2006 in den USA als Organisation gegen Gentrifizierung gegründet, inspiriert von der Landlosenbewegung MST in Brasilien und der Western Cape Anti-Eviction Campaign in Südafrika. In Miami errichteten sie Umoja Village, eine Barackensiedlung auf einem ungenutzten Grundstück. Die »Rechte der schwarzen Community auf Land« sollen so gestärkt werden. 50 Obdachlose lebten in der Siedlung, bis sie 2007 abgebrannt ist.







Die Immobilienkrise traf Florida, besonders Miami schwer; der Bundesstaat weist die zweithöchste Rate an Zwangsräumungen in den USA auf. Take Back the Land bringt zwangsgeräumte obdachlose Familien in ihre leer stehenden Häuser zurück und versorgt sie mit Mobiliar, Elektrizität und fließend Wasser. Vgl. www.takebacktheland.org

Danny Hammontree, http://dannyhammontree.com

ÜBER DAS GEMEINSAME, UNIVERSALITÄT UND KOMMUNISMUS

EIN GESPRÄCH ZWISCHEN

ÉTIENNE BALIBAR

UND ANTONIO NEGRI[1]

In unterschiedlichen Traditionen linker Philosophie und Gesellschaftsanalyse wird in letzter Zeit um einen Begriff von Kommunismus im Sinne von *commune-ism* gerungen. Die Frage nach Kommunismus strukturiert auch dieses Gespräch: Wie lässt er sich denken, jenseits von essenzialistischen Konzepten und solchen, die historische Notwendigkeiten von Formationenabfolge postulieren? In der Tradition von Postoperaismus und Althusser etwa wird auf die selben Namen Bezug genommen: Marx' Kritik der politischen Ökonomie, Spinozas Ontologie und eine Kritik am hegelianischen Historizismus. Gleichwohl unterscheiden sie sich hinsichtlich ihrer Vorstellungen von *commune-ism*. Wir wollen Gemeinsamkeiten und produktive Divergenzen beider Traditionen untersuchen.

In Toni Negris zusammen mit Michael Hardt verfassten Büchern (2000, 2004 u. 2009) wird Kommunismus von einer Ontologie des Gemeinsamen aus gedacht. Das Gemeinsame ist sowohl Voraussetzung als

auch Resultat gesellschaftlicher Kooperation. Es ist ein Potenzial wachsender gesellschaftlicher Kooperation, das die paradigmatische Transformation der Produktivkräfte in Richtung »immaterieller« Produktion, damit verbundene neue Formen von Arbeit und die allgemein zunehmend vergesellschaftete Produktion von Wissen und Kommunikation begleitet. Das Gemeinsame verweist auf eine Form der Vergesellschaftung, die die früheren Trennungen zwischen Arbeit und Leben, zwischen Produktion und Reproduktion neu bestimmt und teilweise überschreitet.

Étienne Balibar und einige Post-Althusserianer denken Kommunismus und verwandte Konzepte gesellschaftlicher Emanzipation im Zusammenhang mit einer paradoxen Idee von Universalität, die nicht realisierbar und dennoch notwendig für Politik sei. Gegen die falschen Universalismen des Kommunitarismus und Warenfetischismus erkennt dieses paradoxe Universelle die inneren Grenzen jeder Formation an und politisiert sie gleichzeitig. Balibar bezeichnet dieses »ideale Universelle« als Gleichheit-Freiheit (engl. *equaliberty*, franz. *égaliberté*), indem Gleichheit und Freiheit als untrennbar betrachtet werden (vgl. Balibar 1994; 2002).

Wir wollen den theoretischen und politischen Konsequenzen dieser beiden Ansätze nachgehen und fragen, wie wir im Kontext der globalen Wirtschaftskrise Kommunismus verstehen und praktizieren können.

Einleitung von
Anna Curcio und Ceren Özselçuk

FRAGE 1

In *Multitude* wird das Argument entwickelt – und in *Commonwealth* weiterentwickelt –, dass sich in der neoliberalen Finanzialisierung zeigt, wie der Wert (auch zukünftiger) gesellschaftlicher Kooperation und lebendiger Arbeit homogenisiert, der Abstraktion durch Geld unterworfen und vom Kapital enteignet wird. Die Finanzialisierung wird von den Subjekten gestützt: Sie sind aufgerufen – als Ersatz für den verschwindenden Wohlfahrtsstaat –, Manager ihres Konsum- und Rentenplans sowie Unternehmer ihres Humankapitals zu sein. Wie lassen sich die Affekte, Begierden und Kooperationsformen, die das Gemeinsame herstellen, von denen unterscheiden, die die kapitalistische Kooperation reproduzieren? Wächst der Ethik nicht in diesem Sinne – jenseits einer Ontologie des Gemeinsamen – eine Funktion in der Produktion des Gemeinsamen zu? Könnte Kommunismus die Bezeichnung für eine solche Ethik sein? Wie ermöglicht uns die Idee des Gemeinsamen, in Anbetracht der Ersetzung des Wohlfahrtsstaats durch den Prozess der Privatisierung und Individuation, das Verhältnis zwischen Staat und Öffentlichem neu zu denken oder vielleicht sogar darüber hinaus zu denken?

FRAGE 2

Als Antwort auf die gegenwärtige Krise werden wieder öffentliche Diskurse über Gleichheit in Gang gebracht (von konservativen Gegnern wie liberalen Befürwortern) und Forderungen nach einer Mäßigung des ungezügelten Strebens nach Privateigentum laut (von konservativen Moralisten wie liberalen Humanisten). Gesellschaftliche Hierarchien von Rasse, Geschlecht,

Klasse, Ethnizität, Sexualität usw. scheinen durch die Verteilungs- und Stabilisierungsregime erneut reproduziert zu werden. Welche politischen Forderungen könnten unter diesen Bedingungen das emanzipatorische Potenzial von Gleichheit-Freiheit ausweiten und verstärken? Inwiefern könnten diese Forderungen an die sozialen Rechte anknüpfen, die das Öffentliche im Wohlfahrtsstaat konstituieren, oder müssten sie von diesen abweichen? Könnte Kommunismus eine Ergänzung zum Klassenkampf sein, die die Gleichheit-Freiheit über keynesianische Pragmatik, Ansprüche und Moral, d.h. über die liberale kapitalistische Demokratie, hinaustreibt?

Toni Negri Im Konzept der Multitude treffen wir eine Unterscheidung zwischen dem singulären Subjekt als Arbeitskraft – lebendige Arbeit in gesellschaftlicher Produktion – und dem unterworfenen Individuum innerhalb der staatsbürgerlichen Ordnung. Obwohl es diese Unterscheidung in der Realität nicht gibt, erlaubt sie im gegenwärtigen Stadium der Krise der Finanzialisierung und der daraus resultierenden Kämpfe die Fragen anzugehen. [...]

Staatsbürger und Arbeiter sind beide dem Maß eines »notwendigen Lohns« unterworfen,[2] dem geschichtlichen Stand der Produktion und zum Überleben notwendigen Bedürfnisbefriedigung. Die Bestimmung dieses Maßes führt direkt zum Kern des Problems. Wie stellen wir die Frage nach Aufrechterhaltung, Steigerung, politischer Bestimmung oder Veränderung dieser Bedürfnismenge, die nur durch ein gegebenes Niveau des »notwendigen Einkommens« befriedigt werden kann?

Die gegenwärtige Transformation der Arbeitskraft und ihrer Vergesellschaftung verändert die Rahmenbedingungen dieser Frage. Wenn Arbeit intellektuell wird, benötigt sie Freiheit; wenn sie kooperativ wird, zeichnet Gleichheit sie aus. Ohne Freiheit und/oder Gleichheit kann es heute keine produktive Arbeit geben. Das Problem wird von der Analyse der Länge des Arbeitstags wegverlagert und den Gesetzen der Finanzwirtschaft unterworfen. Folglich wird der ökonomische Kampf um den relativen Lohn zu einem soziopolitischen Kampf um die finanzielle Verteilung des Einkommens im Wohlfahrtsstaat.

Insofern existiert heute nicht mehr das Problem des Unterscheidens zwischen dem »Gemeinsamen«, dem durch Singularität konstituierten und durch die entstehende Multitude produzierten, ethisch-politischen Ganzen, und dem »Kommunismus des Kapitals«, der Form der Kapitalakkumulation und der symmetrischen Repräsentation neuer Prozesse gesellschaftlicher und kognitiver Wertproduktion. In diesem Zusammenhang haben alle Aktivitäten zur Sicherung eines höheren notwendigen Einkommens und jegliche Bezugnahme aufs Finanzkapital ausschließlich mit Tauschwert und Waren zu tun. Eine Alternative zum gegenwärtigen Charakter der Welt des Kapitals kann nicht mehr auf der üblichen Ebene von Löhnen und Wohlfahrt bestimmt werden. Sich der Frage der Finanzwirtschaft vom Standpunkt einer Theorie der Gleichheit-Freiheit zu nähern, muss vom Tauschwert ausgehen, vom Kern des Problems der Ware.

Wenn wir jedoch die Frage so stellen, dass wir den jeweiligen Charakter der Arbeitskraft – d.h. die spezifische technische und politische Zusammensetzung der Arbeitskraft – einbeziehen, können wir vom Arbeiter als aktivem Teil

der Multitude sprechen. Dann kann die neue Gestalt des produktiven Subjekts in den Blick kommen, das eine relative Autonomie in der Produktion erlangt und komplexe Kooperationsformen herausgebildet hat, die die Trennung von Arbeit und Leben verwischen. Auf diesem Terrain entsteht ein spezifischer Überschuss, der mit dem Gemeinschaftlich-Werden von Arbeit und menschlicher Reproduktion verbunden ist, ein »Mehrwert« hinsichtlich der Schwierigkeiten der Entfremdung der Subjektivität, die autonomer Produktion innewohnt, oder der Enteignung des objektiven Überschusses einer solchen Produktion.

Kapital ist immer ein Verhältnis zwischen konstanten und variablen, toten und lebendigen Elementen, und dieses Verhältnis ist dialektisch. Unsere Frage ist, ob dieses Kapitalverhältnis aufgebrochen werden kann. Jede Krise macht das Aufbrechen und Trennen der Elemente des Kapitalverhältnisses sichtbar, aber das Kapital setzt anschließend alles wieder neu zusammen. Kann nun die neue Struktur der lebendigen Arbeit, die neue technische Zusammensetzung der Arbeitskraft, die entstehende politische Zusammensetzung der Multitude, die technologisch-politische Struktur des Kapitals weiter offenhalten? Kann sie das Kapitalverhältnis aufbrechen?

Was ist der Unterschied zwischen dem »Gemeinschaftlich-Werden« der Multitude und dem »Kommunismus des Kapitals« (globale Herrschaft in Gestalt des Finanzkapitals)? Vom Standpunkt des »Kommunismus des Kapitals« können wir uns nur im Reich des Tauschwerts bewegen: der Kämpfe für ein notwendiges Einkommen. Wenn wir Einkommen oder Wohlfahrt fordern, können Waren und Geld neu verteilt werden, aber ihr Charakter bleibt unverändert. Dieser Kampf ist vollständig eingelassen in die Dynamik des Austauschs von Wert, d.h. von Tauschwert.

Ein Aufbrechen in diesem Bereich ist nur ontologisch von Bedeutung, wenn es mit den neuen Gestalten der Arbeitskraft in Verbindung gebracht wird: wenn es nach der Arbeitskraft verlangt, die auf der Ebene der Beziehungen, Affekte, Sprache und Kommunikation, die den neuen kooperativen Charakter der Arbeit weiter steigern, einen Überschuss erzielt. Hieraus entsteht das Gemeinsame und hier wird das Aufbrechen weitergetrieben in Richtung der Konversion von Werten (ausgehend von Tauschwerten) und der Einrichtung einer Produktionsweise, die auch auf Wohlfahrtsebene auf die Produktion des Menschen für den Menschen orientiert: Sozialer Lohn und Bürgereinkommen sind nicht länger eine bloße Maßgröße, sondern verweisen auf eine progressive Bruchstelle im Kapitalverhältnis und die Macht (potentia) der Autonomie der Arbeit. Die Schwierigkeit besteht darin, eine Vorstellung der Produktion des Menschen für den Menschen und der radikalen Veränderung der Struktur der Produktion zu bekommen.

Étienne Balibar Die gegenwärtige Krise, falls sie wirklich das ist, was sie scheint – nämlich eine tiefe Krise, eine globale Krise, eine Krise nicht nur bestimmter ökonomischer Mechanismen, sondern eine Zivilisationskrise einschließlich unserer Weltordnung –, zwingt dazu, die politischen und theoretischen Kategorien, mit denen wir in der letzten Periode gearbeitet haben, mehr oder weniger neu zu denken, zu bearbeiten und zu dimensionieren. Das war immer so in ähnlichen historischen

Konjunkturen und insbesondere in der dramatischen Geschichte des Marxismus als theoretischem und politischem Projekt aufgegriffen worden. Jedes Mal bedeutete es, wie Althusser es ausdrückte, nicht nur über die Konjunktur nachzudenken – mittels möglichst intelligenter Anwendung und Umsetzung bereits existierender Kategorien –, sondern auch innerhalb der Konjunktur, unter den Zwangsbedingungen der Konjunktur zu denken. Wir müssen insbesondere die strategischen Dimensionen der Krise bestimmen. Selbstverständlich hat jeder von uns Vermutungen und Hypothesen dazu, aber sicher ist nichts. Folglich wird alles, was wir über Alternativen, selbst alternative Sprechweisen, sagen können – sei es basierend auf der Ontologie des Gemeinsamen und der politischen Philosophie der Multitude als globalem revolutionärem Subjekt oder auf einer bestimmten Konzeption von nicht-ausschließender Staatsbürgerschaft und »Demokratisierung der Demokratie«, die ich an die Kategorie der Gleichheit-Freiheit zu knüpfen versuche –, überprüft werden müssen.

Es gibt – und damit kehre ich zu Tonis Positionen zurück – mindestens zwei bedeutende Ideen, die aus meiner Sicht nicht nur hilfreiche Beiträge, sondern entscheidende Elemente unseres Versuchs darstellen, im gegenwärtigen spätkapitalistischen Moment Alternativen zu denken. Ich nenne sie nur, ohne ins Detail zu gehen. Die erste ist seine Idee der »konstituierenden Macht«. Hier verwenden wir wohl leicht unterschiedliche Terminologien, aber im Grunde konvergiert das, was ich mit »Gleichheit-Freiheit« auszudrücken versuche, mit dem, was Toni mit »konstituierender Macht« zu sagen versucht – dies ist auf ein historisches Erbe, eine revolutionäre Tradition zurückzuführen, die wir in groben Zügen teilen. Es hat selbstverständlich mit der Idee zu tun, dass nur Kämpfe zur Transformation ökonomischer oder politischer Institutionen führen können und somit der Motor historischer Veränderungen sind. Wichtig ist hier nicht nur das Primat des Aufrührerischen bzw. Konstituierenden über das Konstituierte, wodurch jedoch nicht die Notwendigkeit von Institutionen und konstituierter Macht bestritten wird. Sondern auch, dass die Materialität des Kampfs immer wieder genau an den Orten auftaucht, wo ein bestimmter etablierter, offizieller Diskurs, der Diskurs des Staates und der herrschenden Klasse, der hegemoniale Diskurs die Existenz dieses Kampfs leugnet und auch uns davon zu überzeugen versucht – entweder weil er eliminiert wurde oder weil er zwangsläufig marginal bleibt. Ausmaß und Grenzen solcher Räume in Geschichte, Kultur und Gesellschaft, wo die konstituierende Macht, die Revolte als treibende Kraft der Geschichte immer wieder auftaucht, sind in der Tat faszinierend. Zumindest auf den ersten Blick sehe ich keine Schwierigkeit darin, dies unter dem Dach der Multitude zusammenzufassen – allerdings nur, wenn die Multitude nicht als existierendes Subjekt angesehen wird, sondern eher als regulative Idee einer möglichen Konvergenz dieser aufständischen Elemente.

Das zweite Element, das ich bei Toni für zentral halte, betrifft seine Überlegungen zu Arbeit und Produktivkraft. Der große Unterschied zwischen uns besteht darin, dass ich mich schon lange von Tonis ontologi-

scher Vorbedingung des absoluten Primats bzw. der Einzigartigkeit der Produktivkraft als anthropologischer Grundlage für Politik und historische Veränderung verabschiedet habe. Es gibt etliche Dimensionen von Kultur und Gesellschaft, die nicht auf eine Analyse hinsichtlich der Produktivkraft reduziert werden können und die wir einbeziehen müssen, wenn wir etwas von den Kämpfen in unseren Gesellschaften verstehen wollen. Aber Toni hat eine bestimmte enge, vielleicht utilitaristische Auffassung von Arbeit, an der Marx festhielt, geradezu revolutioniert, indem er auf die Bedeutung der Dialektik von materieller und intellektueller Arbeit hingewiesen hat – was sich bei Marx nur am Rande findet – und auf die Rolle, die diese Dialektik beim permanenten Widerspruch zwischen dem individualistischen und dem kooperativen Aspekt von Arbeit spielt; und vor allem, indem er uns daran erinnert hat, dass Arbeit nicht nur intellektuell oder manuell ist, sondern auch eine affektive Dimension hat und deshalb untrennbar mit allen gesellschaftlichen Leidenschaften verknüpft ist, die das Gemeinsame schaffen oder zerstören. Diese zwei Dinge sind absolut unhintergehbar.

Mein Problem liegt in Tonis ontologischem Verständnis all dieser Probleme. So hat er die ontologische Dimension bzw. Einseitigkeit bei der Bestimmung der Menschen als produktive Tiere sogar weiter getrieben, so dass er die eingängige Erzählung fortsetzen kann, wonach der Kommunismus als Endpunkt, als Telos der fortschreitenden Vergesellschaftung der Arbeit erscheint. Er hat dies zu einem Extrem getrieben, das meiner Auffassung nach metaphysisch ist. Ich vermisse hier – das ist die alte althusserianische Position – Raum für Politik. Es kann keine Politik geben, wenn alles immer schon im Vorhinein durch eine ontologische Grundstruktur determiniert ist. Es fehlen die Unsicherheiten der Politik. Es fehlen die Überraschungen der politischen Konflikte oder Krisen, die entweder in den ökonomischen Phänomenen oder in den ideologischen Dimensionen gegenwärtiger Politik ihren Ursprung haben. Wo ist Religion, wo ist Nationalismus, wo sind all die ideologischen Diskurse und Praktiken, die jeder Wendung in diesem historischen Moment auflasten und die ihn überhaupt nicht auf eine einfache Alternative zwischen dem mehr oder weniger unaufhaltsamen Aufstieg des Gemeinsamen als der zukünftigen Dimension von Arbeit und dem »Kommunismus des Kapitals« reduzieren lassen? Eine wunderbar widersprüchliche Formel, die aber nichts über die gegenwärtige Konjunktur aussagt.

Toni Negri Mein Eindruck ist: Wenn wir über Arbeit reden, wie in *Empire* mit Michael und vielen anderen Genossen, wird die politische Dimension eher gestärkt als reduziert. Sofern Arbeit biopolitisch wird, tauchen Freiheit und Gleichheit im Innern der menschlichen produktiven Tätigkeit auf, sei diese ökonomisch oder politisch. Das Politische ist nicht einfach Superstruktur/Überabau gesellschaftlicher Kooperation. Deshalb wird es durch Werte erneuert, die von denen des Marktes abweichen, sie überschreiten, über ihre Ordnung und ihr Maß hinausgehen.

Um die Frage der Politik zu erweitern, will ich auf die Krise der Souveränität und der Regierung im Besonderen zurückkommen. In dieser Krise wird es möglich, »konstituierende Macht« auszudrücken. Das verlangt, dass

wir die Probleme der kapitalistischen Kultur (ob liberal oder sozialistisch) und globalen Organisation mit Vorschlägen konfrontieren, wie Michael und ich es seit über einem Jahrzehnt getan haben. Wenn das bisher Gesagte irgendeine Bedeutung hat für einen Begriff des Gemeinsamen *(common)* als eines neuen Gebrauchswerts, der sich der kapitalistischen Herrschaft des Profits und dem kapitalistischen Kommando widersetzt, können wir die gegenwärtige politische Krise als eine verstehen, die im strengen Sinn politisch ist, als eine Krise der Regierung und der Souveränität, der modernen Politik *par excellence*.

Dann wird klar, dass sich die Regierung radikal verändert hat. Sie geht weniger von der Anordnung einer einheitlichen und gegliederten Entscheidung aus, die vom Gesetz herabsteigt, und mehr von einem dynamischen, pluralistischen und disartikulierten System von Entscheidungen, Verträgen und Konventionen, die zwischen verschiedenen Subjekten zustande kommen. Steuerung (*governance*) ersetzt mehr und mehr Regierung (*government*). Nicht nur entledigt sich die Regierung der juridischen Merkmale von Souveränität, sondern Steuerung und Administration entfernen sich auch vom konstitutionellen und/oder administrativen Recht. Um das klarer zu machen: Es kommt zu diesem Formwandel, weil es überall Überschüsse (*surpluses*) gibt, die widerständig sind gegen die juridische oder administrative Ordnung, oder in einem Wechselspiel mit ihr stehen. Regierung ist immer diesem Spiel unterworfen. Man kann die Wahlen mit großer Mehrheit gegen seinen Widersacher gewonnen haben, aber man wird in gleicher Weise den Alternativen der Steuerung unterworfen sein. Die Beispiele dafür sind zahlreich, sie könnten die heutigen Erfahrungen mit Regierung und Rechtsetzung einschließen (wie Obama zeigt). Kann dieser Überschuss, diese alternative Anordnung zurückgeholt werden in neue Formen der Subsumption innerhalb erneuerter Strukturen von Souveränität und kapitalistischer Regierung – oder können diese Widersprüche Grundlage sein, einen Raum für konstituierende Macht auszugestalten?

Fürs Erste müssen wir verstehen, ob es dem kapitalistischen Kommando gelingen wird, sein inneres Gleichgewicht unter den neuen Bedingungen von Entwicklung und Krise wieder aufzubauen, und ob die Subjekte, die eine neue Vorstellung des Gemeinsamen und neue Gestalten von Freiheit und Gleichheit suchen, es schaffen werden, Institutionen zu bilden, die geeignet sind, sich den Strukturen der Regierung des Kapitals über das Gemeinsame zu widersetzen. Klar erkennbar ist eine Art institutioneller Dualismus, der die Steuerung ebenso wie andere Räume erfasst, die mit der Schwächung der Souveränitätspraxen auf der Stufe des Empire geöffnet worden sind. Vermutlich müssen wir diesen Dualismus verschärfen und den Überschuss gerade auf der einen Seite dieses Krisenverhältnisses akkumulieren: den Forderungen des Gemeinsamen.

Étienne Balibar Ich will mit einer epistemologischen Reflexion der Gebrauchsweisen der Kategorie des »Gemeinsamen« beginnen. Das Erste – und ich denke nicht, dass Toni und ich hier verschiedener Ansicht sind, – ist, dass wir berücksichtigen müssen, dass das »Gemeinsame« eine Kategorie ist, die umfasst, was ich »Äquivokation« oder äquivoke Bedeutungen



Zwangsgeräumtes Haus, Bloomington Ave S, Minneapolis, flickr/Andrew Ciscel

nenne: nicht nur eine Unterschiedlichkeit von Bedeutungen und Verwendungen, sondern eine dauerhafte Spannung zwischen entgegengesetzten Bedeutungen.

Ich sehe wenigstens drei Richtungen, in die eine Reflexion des Gemeinsamen gehen kann, die nach meiner Ansicht nie völlig aufeinander reduzierbar sind. Eine hat mit dem Problem der »Universalität« und des »Universellen« zu tun. Ich habe in der Vergangenheit argumentiert, der Begriff des Universellen sei in sich gespalten und konfliktgeladen. Besonders im Westen sei er hin- und hergerissen zwischen philosophischen und politischen Traditionen: auf der einen Seite zentriert auf die Idee verallgemeinerbarer Rechte der individuellen Person, verbunden mit einer gewissen Homogenität des Marktes oder einem gewissen System von Äquivalenzen, die den Markt beherrschen. Auf der anderen Seite verknüpft mit Ansprüchen und Versuchen, das Universelle in einer differenzierteren und daher dialektischen Weise zu denken. Das ist das Problem des Allgemeinen von Singularitäten, die letztlich in bestimmten Differenzen und Zuschreibungen wurzeln: Geschlechter, Rassen und Kulturen, die Entgegensetzungen von Gesundheit/Krankheit, das ganze Problem von Normalität und Abnormalität, wie immer es definiert wird. Ich sehe hier eine wesent-

liche Dimension, in die jede Reflexion des Gemeinsamen vorstoßen muss; sie muss, grob gesagt, versuchen, das Universelle als solches in Begriffen von Differenzen neu zu denken.

Das Universelle in diesem Sinn, das wesentlich eine regulative Idee bleibt, oder eine permanente Aporie, hat geringe Chancen, unmittelbar mit dem Projekt der Bildung eines Staates oder eines Systems von öffentlichen Institutionen zusammenzufallen. Oder es ist mit dem Problem konfrontiert, eine kommunitäre Dimension gesellschaftlicher Verhältnisse zu befördern, die viele Formen annehmen kann: nationale, religiöse und auch revolutionäre. Diese zwei Probleme betreffen das Öffentliche, den Bürger, ob mit dem Staat identifiziert oder kritisch in Bezug auf eine staatliche Dimension und die kommunitäre Dimension. Wiederum kann ich schwer erkennen, wie Menschen außerhalb von Gemeinschaften leben können, aber das Problem besteht darin, dass die Gemeinschaften wechselseitig inkompatibel sind, dass keine dieser Dimensionen auf die andere zurückführbar ist.

Kommunismus ist die dritte und rätselhafteste Richtung, in die ich eine Reflexion des Gemeinsamen vorstoßen sehe. Kommunismus ist ein Begriff oder eine Bezeichnung, die ich nicht verleugnen oder aufgeben würde – sei es auf der Ebene der Ethik, die du angesprochen hast, oder, noch tiefer gehend, auf der Ebene der Logik. Das Problem mit dem Kommunismus ist, dass er nicht nur ständig abgewertet und verachtet wird, sondern tief erschüttert und innerlich zerstört wird durch die Geschichte des 20. Jahrhunderts; deshalb ist jeder Kommunismus-Diskurs nicht nur in Begriffen einer Alternative zur Ausbeutung und zu verschiedenen Formen der Unterdrückung – schließlich zum Kapitalismus – zu formulieren, sondern einer Alternative zur Alternative, wie sie geschichtlich verwirklicht wurde. Wenn sie nicht versteht, warum das – wie immer verzerrt –, auf marxschen Konzepten aufbauende kommunistische Projekt in seinem absoluten Gegenteil endete, wird sie nichts hervorbringen oder noch einmal zum Schlechten führen. Es lag nicht daran, dass Lenin und Stalin schlechte Kerle waren oder Mao ein gerissener Herrscher, der die Leute hinters Licht führte. Das Problem ist: warum verstanden die Massen, die »Multituden«, Kommunismus in dieser Weise und fanden sich daher selbst gefangen in der Unfähigkeit, dem eine neue Orientierung zu geben, was sie für eine emanzipatorische Bewegung hielten und was sich als Weg in den Abgrund erwies? Wir versuchen, von diesem Standpunkt aus den Kommunismus neu zu denken: Toni auf seine Art, in einer Rückkehr zur christlichen Tradition (genauer: zur franziskanischen, dem einen großen »Kommunismus« in der Geschichte, dem Kommunismus der Armut, der Liebe und der Brüderlichkeit); und ich, indem ich auf eine radikale bürgerliche oder zivile Form vormarxistischen Kommunismus zurückkomme, den Kommunismus der »Gleichheit-Freiheit« *(equaliberty)*. Das ist natürlich nicht der Kommunismus des Marktes. Das ist der Kommunismus der Leveller, von Blanqui und Babeuf. Eine politische Idee von Kommunismus, die seiner marxschen Fusion mit Sozialismus vorausging. Das ist, was wir alle tun, wenn wir darauf hoffen, uns kritisch mit den Äquivokationen des Begriffs des Gemeinsamen in unserer gegenwärtigen Welt auseinanderzusetzen. Die drei Dimensionen,

die jede Reflexion des Gemeinsamen also beachten muss, sind:
1 | das Problem der Universalität im Werden;
2 | das Problem einer öffentlichen Sphäre jenseits des Staates, aber nicht notwendiger Weise jenseits von Bürgerschaft und Rechten;
3 | das Problem, wie mit den Gemeinschaften und ihren wechselseitigen Unvereinbarkeiten umzugehen ist.

Toni Negri Étienne beleuchtet ein in der Tat schwerwiegendes Problem. Vielleicht kann eine realistische Bestimmung von Steuerung und ihrer inneren Gliederung uns weiterhelfen. Ich denke aber nicht, dass die Ideen oder Utopien des vormarxistischen Sozialismus und/oder Kommunismus uns dabei helfen, leichter eine Lösung zu finden, als die Ereignisse der Konfrontation mit den vom revolutionären Marxismus inspirierten Bewegungen. Selbst wenn man einen demokratischen Radikalismus, in glücklicher Synthese mit dem Marxismus, für die Grundlage hält, auf der Institutionen des Gemeinsamen errichtet werden können, könnten Widerstand gegen Ausbeutung und die Ausübung von Gewalt beim Aufbau von Freiheit und Gleichheit immer noch notwendig sein. Wie Rosa Luxemburg sagte: Irenik [Friedensstiftung] und die Errichtung einer Demokratie der Unterdrückten sind nicht immer im Einklang.

Meine Schlussfolgerung ist: Die gegenwärtige Wirtschaftskrise zeigt an, dass die Überwindung der kapitalistischen Herrschaft leichter sein könnte, als wir hofften. Es könnte sein, dass das Gleichgewicht der Steuerung gebrochen oder untergraben ist und das »Gemeinsame der Multitude« die Oberhand über den »Kommunismus des Kapitals« hat. Diese Situation wäre nicht tragisch: Es wäre einfach eine demokratische Lösung der Krise. Nehmen wir an, die politische Wissenschaft hat ausführlich die kapitalistische Regierung diskutiert; dann schlage ich vor, auf der Linie von Étiennes drittem Thema eine Diskussion des Problems neuer Institutionen des Gemeinsamen zu entwickeln. Wir könnten mit einer Kritik von Hegels Rechtsphilosophie anfangen, in der Hegel die Institutionen des objektiven, bürgerlichen und öffentlichen Geistes in drei großen Kapiteln über Familie, bürgerliche Gesellschaft und den Staat entwickelt. Vom Standpunkt des Gemeinsamen wäre eine kritische Debatte zu eröffnen über die Zukunft der Familie und ihre mögliche Zerstörung als ein Mittel der Identität in den Bereichen Erziehung, Reproduktion und Erbe (was für ein Monstrum!) angesichts der wirtschaftlichen Situation, und es wären angemessenere und glücklichere Formen der ehelichen und der Eltern-Kind-Verhältnisse zu umreißen. Statt Märkte und Unternehmen schlage ich vor, gesellschaftliche Produktion und ihre demokratische Organisation zu diskutieren; statt über Berufsverbände, Gewerkschaften und die »Hauptklassen« will ich über die Entstrukturierung von Kommunikationsnetzwerken und Wohlfahrt reden; an Stelle von Besitzindividualismus, Banken und Finanzkommunismus lasst uns über neue Formen der Hervorbringung des Menschen durch den Menschen nachdenken. All das muss geleistet werden, bis wir zu Vorschlägen gelangen und uns vorstellen können, wie eine neue Form von Recht aussähe, das nicht mehr öffentlich oder privat, sondern gemein (*common*) ist. Das scheint mir ein großes Arbeitsprojekt, das von vielen diskutiert und entwickelt werden muss.

Étienne Balibar [...] Ich habe kein Problem mit der Vorstellung, es gebe ein unmittelbar politisches Element in der Organisation der Produktion, das auch eines von Kampf und Gewalt ist. Im Gegenteil, ich halte das für eines der wertvollsten und unbestreitbarsten Erbstücke der operaistischen Tradition. Deshalb habe ich auch keinen Einwand gegen die Idee, dass es keine »Distanz« zwischen dem Arbeitsprozess und den politischen Interventionen des Staates gebe, sondern eine direkte Wechselwirkung (das ist wieder etwas, das bis zu marxschen Passagen zurückverfolgt werden kann, die von der architektonischen Metapher von Basis und Überbau ausgehen, oder zum Erbe der hegelschen Unterscheidung von bürgerlicher Gesellschaft und Staat). Diese Vorstellung wird noch bedeutsamer, wenn man wie Toni auf der Tatsache besteht, dass der Produktionsprozess nicht länger in den Raum der »Fabrik« oder des »Arbeitsplatzes«eingeschlossen ist. Es findet gerade so etwas wie eine neue Ära des »Herauspumpens« statt, die eine beträchtliche Erweiterung der Kategorie der (lebendigen) Arbeit einschließt.

Wenn ich sage, »ich sehe keine Politik bei Negri«, habe ich einen anderen Aspekt im Sinn. Für mich repräsentiert Tonis Philosophie eine extreme Form der Reduktion von »Gesellschaft« auf einen produktiven Organismus; ein extreme Form, jedes anthropologische Verhältnis (und jede Differenz) als eine Funktion menschlicher Arbeit zu verstehen (die natürlich einschließt, dass »lebendige Arbeit« eine sehr komplexe Wirklichkeit wird – tatsächlich eine Totalisierung des Menschen). Infolgedessen ist Tonis Haltung gegenüber der alten Problematik Sozialismus vs. Kommunismus recht eigentümlich: Er kritisiert harsch – zu Recht aus meiner Sicht – die Vorstellung eines »sozialistischen Übergangs« zum Kommunismus (»Goodbye, Mister Sozialismus!«), aber er treibt die Vorstellung ins Extrem, dass der Kommunismus oder das Auftauchen des Gemeinsamen aus der »Vergesellschaftung der Produktivkräfte« resultiert, deren »letzte« Stufe durch den Primat der »immateriellen« über die »materielle« Arbeit und die Wiedereingliederung der affektiven Dimension in die produktive Tätigkeit erreicht wird. Ich erhebe dagegen mit Nachdruck Einspruch, und das ist die Grundlage meiner Bemerkungen zu seiner impliziten Teleologie. Es scheint mir sowohl empirisch falsch als auch theoretisch verheerend, anzunehmen, alle Differenzen (*sex/gender*, normal/pathologisch, Kultur/Rasse etc.) seien auf Differenzen innerhalb der »Arbeit« (oder, in stärker ethischen Begriffen, der »Hervorbringung des Menschen durch den Menschen«) zurückzuführen. Obwohl ich zugebe, dass sie sich in der Praxis ständig überlagern, denke ich, dass die Differenzen solche verschiedener Art bleiben; es gibt hier eine wesentliche Pluralität von Handlungspotenzen oder, im althusserschen Jargon, Überdetermination: nicht so sehr die Überdetermination von Basis und Überbau, sondern die der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst. Aus diesem Grund beziehe ich »Politik« nicht nur auf das Element Konflikt, sondern auf die Vielfältigkeit von Kämpfen, emanzipatorischen Werten, kollektiven Handlungsfähigkeiten, von denen der »gesellschaftliche Produzent«, wie immer wichtig, nur eine ist. Das ist auch einer der Gründe, warum ich glaube, dass heutige Radikale (einschließlich Toni selbst) »zurück-





Camponesa – Movimento Sem-Terra (MST),
Brasil, Daniel Zanini H.

gehen« auf vormarxistische Kommunismusmodelle: Es ist auch ein Weg, die Frage des Gemeinsamen aus dem onto-theologischen Absolutismus der Arbeit herauszulösen.

Das würde uns zu einer anderen interessanten Auseinandersetzung mit dem Institutionenproblem und mit dessen Verhältnis zu dem von mir so genannten Verzweigungs-Modell führen. Ich begrüße die Vorstellung, dass Kommunisten nicht bloß »Vorschläge« machen, sondern als eine »schöpferische« Kraft auftreten; doch sollten sich diese Vorschläge mit alternativen Institutionen beschäftigen. Der Marxismus ist traditionell beinahe unfähig gewesen, mit den Zwickmühlen der Institution (z.B. Partizipation vs. Repräsentation) umzugehen, selbst wenn diese eine Schlüsselrolle für seine eigenen politischen Erfahrungen gespielt hat (die »Partei«, die »gesellschaftliche Bewegung«, die »Räte« usw.). All das bezieht sich auf das Problem, Kommunismus und Demokratie wieder zusammenzuführen, wofür wir beide eintreten (mit einigen anderen, Rancière z.B.). Wir brauchen sicher eine gründliche Diskussion der Steuerung und der *gouvernementalité*. Ich stimme zu, dass die Gestalten des Politischen sich gegenwärtig wandeln, dass die Rolle des Nationalstaates, wie sie durch den keynesianischen Wohlfahrtsstaat auf die Spitze getrieben wurde, in Frage gestellt wird durch andere Strukturen, die eher auf Netzwerken als auf dem Territorium basieren. Aber ich bin erstaunt über die von Toni vorgebrachte Idee, die Finanz- und die transnationale Steuerung sollten zwar nicht weniger gewaltsam als die imperialistische Staatsmacht agieren, doch wenigstens eine günstigere Voraussetzung für die Errichtung (*institution*) des Kommunismus schaffen, wie die Finanzkrise zeige. Hier ersetzt wieder die Metaphysik der virtuellen Autonomie der Multitude die konkrete Analyse. Nicht nur scheint mir, dass die Einführung dieser Formen von Steuerung und der sie begleitende, alles durchdringende technokratische Diskurs nicht restlos und einfach die politische Zentralstellung des Staates und seine »Territorialisierungsfunktion« (die Krise zeigt auch dies) aufgelöst haben, sondern ich glaube, dass die neoliberale Steuerung Formen »reeller Subsumption« der Individualität unter kapitalistischen Verhältnissen entwickelt, die auch psychologische Dimensionen haben, oder dass sie »freiwillige Knechtschaft« hervorruft. Deshalb meine ich wirklich nicht, dass eine kommunistische Politik einfacher oder spontaner geworden ist als je zuvor. Hoffentlich ist nicht das Gegenteil der Fall: dass kommunistische Politik schwerer geworden ist. In jedem Fall ist das ein innerer Widerspruch, der bearbeitet werden muss, wenn der Diskurs des Gemeinsamen nicht als Wunschdenken erscheinen soll.

Meine Schlussfrage – über die wir, hoffe ich, weiter nachdenken, wenn wir von demokratischen Kräften oder von antikapitalistischen Bewegungen in dieser »globalisierten Welt« sprechen, heißt nicht: »Was ist Kommunismus?« (Wie wird er bestimmt? Wie ontologisch begründet? Was sind seine Grundlagen?), sondern eher »Wer sind die Kommunisten?« (daher auch: Wo sind sie? Was tun sie?). Ich erinnere daran, dass der Schlussabschnitt des Kommunistischen Manifests sich nicht einer Definition des Kommunismus, sondern einer »pragmatischen« Antwort auf diese Frage widmet: Wer sind die Kommu-

nisten – d.h. was unterscheidet sie von den verschiedenen oppositionellen Parteien, was unterstützen sie, wofür stehen sie? Das ist in vieler Hinsicht der politischste Moment von Marx, über den Kommunismus zu schreiben, selbst wenn er die theoretischen Fragen nicht erschöpfend stellt. Die Passage legt auch nahe, dass das »Gemeinsame« wesentlich das Ergebnis einer politischen Praxis ist, die in einer besonderen historischen Konjunktur oder in einer »Differenz der Zeiten« situiert ist, besonders weil Marx auf der Tatsache beharrt, dass die »kommunistische Partei« nicht ihre eigene Agenda einbringt, *sondern die mögliche Einheit aller »Bewegungen« gegen die herrschende Ordnung sichtbar macht*. Diese Haltung scheint es mir wert, in unseren gegenwärtigen Diskussionen über eine kommunistische Wiedererweckung jenseits der »Katastrophe« des »real existierenden Sozialismus« wieder eingenommen zu werden. Die Kommunisten, in praktischen Begriffen bestimmt, sind nicht notwendiger Weise da, wo der Name Kommunismus gerufen wird. Wir können auch versuchen, darüber nachzudenken, wie wir reformulieren würden, was Marx als die zwei entscheidenden Dimensionen dieser Politik bezeichnete: die Kritik der Armut und die internationalistische Haltung. Für Marx war ihre Einheit in der Situation des Proletariats begründet. Für uns ist das problematisch geworden, viel zu eng für eine Bestimmung der Formen der Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die zu revoltieren ist. Jenseits der Kritik der Armut gibt es ein Problem, Arten und Weisen zu erfinden, die Existenzmittel zu »teilen« (*sharing*) und die subjektiven Dimensionen des Lebens zwischen den individuellen und kollektiven Polen der Persönlichkeit zu verteilen, die gleich notwendig sind (hier bleibt m.E. die Gleichheit-Freiheit eine wichtige Idee). Und jenseits eines Internationalismus, der eine Wiederholung des alten kosmopolitischen Ideals ist, in dem die Wurzeln von Nationalismus, Tribalismus, Rassismus, religiösem Antagonismus nicht angepackt werden (weil Marx dachte, diese »Ideologien« würden fürs Proletariat keine Rolle mehr spielen), gibt es ein Problem, einen neuen Kosmopolitismus zu schaffen, der insbesondere den Kampf der Kulturen in die gegenseitige Fähigkeit zur Übersetzung verwandelt (vgl. *Das Argument* 282). Ich bin versucht zu sagen, die Kommunisten, wie immer sie sich selbst nennen, sind die, die praktisch zu diesen Zielen, welche vielleicht nicht ganz isoliert sind, beitragen.

Aus dem Englischen von Oliver Walkenhorst und Christian Wille

LITERATUR

Balibar, Étienne, 1994: *Masses, classes, ideas: Studies on politics and philosophy before and after Marx*, New York

Ders., 2002: *Politics and the other scene*, New York

Das Argument, 2009: Ringen um Weltbürgerrechte, 282, mit Beiträgen von Wolfgang Fritz Haug, Étienne Balibar, Nira Yuval-Davis u.a.

Hardt, Michael, und Antonio Negri, 2002: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M

Dies., 2004: *Multitude: Krieg und Demokratie im Empire*, Frankfurt/M

Dies., 2010: *Commonwealth. Das Ende des Eigentums*, Frankfurt/M

---

1 Gekürzte und redaktionell leicht bearbeitete Fassung von Anna Curcio und Ceren Özselçuk, »On the Common, Universality, and Communism: A Conversation between Étienne Balibar and Antonio Negri«, in: *Rethinking Marxism*, 22. Jg., 2010, H. 3, 312–28.

2 Anm. d. Red: Der Anteil der notwendigen Arbeit im Verhältnis zur Mehrarbeit bestimmt sich nach einem – historisch umkämpften – gesellschaftlichen Durchschnitt der für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Bedürfnisbefriedigung, vgl. MEW 23, Kap. 7.

DAS EXIL DER FRECHEN FRAUEN

ZWEI AUSZÜGE

ROBERT COHEN

1

Von den Krisen, die sie durchlebt hatte, seit die Nazis sie vor sechs Jahren aus Deutschland vertrieben hatten, war dies nicht die schlimmste, genaugenommen betraf sie sie gar nicht, trotzdem wollte das Entsetzen nicht nachlassen. Sie sagte sich, Moskau liege zweitausend Kilometer weit weg, was dort geschehe, geschehe den Dortigen. Aber sie hatte ihr Leben an die Sowjetunion gebunden, gerade jetzt konnte sie nicht so tun, als wäre das nicht der Fall. Die Schuld der verhafteten und zum Tode verurteilten Volksfeinde stand außer Frage. Die Prozesse waren öffentlich gewesen, die Protokolle in vielen Ländern erschienen. Zuerst hatte sie bei jedem neuen Namen gestaunt: Der auch, und der auch, und sogar der. Sie hatte zu begreifen versucht, wie einstmals vorbildliche Kommunisten zu Verrätern werden konnten. Aber es wurden ihrer immer mehr, und irgendwann war ihr die Fähigkeit, sich zu wundern, abhanden gekommen. Stumpf hatte sie Name um Name registriert, schließlich hatte sie auch damit aufgehört. Hier war nichts, was eine einzelne Genossin oder ein einzelner Genosse hätte verstehen können. Auch in der Parteizelle wurde über die Vorgänge in der Sowjetunion immer weniger gesprochen, je bedrängender sie wurden. Es war wie im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern: Jeder sieht, dass etwas Unerhörtes geschieht, aber keiner sagt etwas. Keiner will dumm scheinen, keiner will die Übereinkunft des Schweigens durchbrechen und sich in einen Gegensatz zu Freunden und Genossen bringen. Das Schweigen machte die Vorgänge unwirklich, sie gehörten immer weniger der fassbaren Gegenwart an, in der sich das tägliche Leben und der Kampf gegen den Faschismus abspielten. So lagen die Dinge, als sie vor wenigen Tagen von der Verhaftung Babels erfahren hatte. Die Nachricht traf sie wie ein Unglück von unabsehbarem Ausmaß. Es hatte nichts geholfen, nicht das geringste, dass Hans, als sie nicht aufhören wollte zu schluchzen, sie mit der Bemerkung zu trösten suchte, sie habe Babel ja kaum gekannt. Ein Abendessen lang hatte sie ihm gegenübergesessen. Sie hatten sich lebhaft unterhalten, Babel hatte sie mit seinen von den dicken Brillengläsern geweiteten Augen angeblickt. Seine Freundlichkeit war ihr noch in bester Erinnerung, als sie ein Jahr später die Kiste mit den Lebensmitteln erhalten hatte. Nachdem alle Köstlichkeiten verzehrt waren, hatte sie es

nicht über sich gebracht, die Kiste zu zerhacken, obwohl sie das Brennholz hätte brauchen können. Während der Arbeit an Tsao und Jing Ling stand die roh gezimmerte kleine Kiste mit den kyrillischen Lettern unter dem Fenster, wo sie vom Arbeitstisch aus zu sehen war. Auch im vergangenen Jahr, während der Niederschrift der Geschichte von den vier spanischen Jungen, hatte sie die Kiste bei der Arbeit stets vor Augen gehabt. Und wenn auch der Abend mit Babel in ihrem Gedächtnis allmählich verblasst war – nicht verblasst, weil unauslöschlich in ihr Gehirn eingeschrieben, waren die Erzählungen von Budjonnys Reiterarmee. Es war ihr nicht vorstellbar, dass seine, ihre eigenen Genossen sich an dem vergriffen, der dieses Buch geschrieben hatte. Das darf nicht wahr sein, schluchzte sie einmal übers andere. Wieso?, sagte Hans, sind Schriftsteller bessere Menschen? Stehen sie über dem Gesetz? Können sie nicht die falsche Seite wählen, sogar die gescheitesten, Benn, Heidegger, Céline? Darauf hatte sie keine Antwort gewusst, sie presste Anja an sich, die, vom Weinen der Mutter verstört, ebenfalls weinte. Er wolle damit nicht sagen, fügte Hans hinzu, Babel sei schuldig, das werde der Prozess entscheiden. Schließlich hatte sie aufgehört zu weinen, und in den folgenden Tagen hatte sie die Verhaftung Babels nur noch selten erwähnt.

2

Sie bewunderte Sabos Klugheit und Stärke. Die Freundin hatte die Fähigkeit, das Wesen der Dinge und Vorgänge zu erkennen und dafür die richtigen Worte zu finden. Ihre Darstellung der Atmosphäre in Moskau hatte Olga Benario verschreckt. Im Sommer des vergangenen Jahres waren Sabo und Ewert, von Schanghai kommend, über Wladiwostok nach Moskau gereist. In den Wochen, in denen sie Instruktionen für die Aktion in Brasilien erhielten, hatten sie im Lux gewohnt, dem Hotel für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Komintern. Von der lebhaften Kameradschaft der zwanziger Jahre sei nichts mehr zu spüren gewesen, sagte Sabo. Auf den Gängen Stille. Freunde nickten sich flüchtig zu, flüsterten ein paar Worte und gingen ihrer Wege. Die lauten Nächte mit Samowar und Kaviar und Diskussionen in vielerlei Sprachen aus offenen Türen, mit Singen und Lachen waren

nur noch Erinnerung. War es ein Traum gewesen? Wachsamkeit gegenüber Trotzkisten, sagte Sabo, damit bin ich einverstanden, erst recht seit in Deutschland die Nazis regieren. Aber die verstohlenen Blicke, das flüchtige Sichumsehen, der Hut im Gesicht, die Tür, die sich im Vorbeigehen schließt. Etwas bahnt sich an. Olga Benario war verwirrt. Sie hatte vor der Abreise selbst im Lux gewohnt. War ihr nichts aufgefallen? Sie war mit ihren Brasilien-Plänen beschäftigt gewesen, die Gespräche mit Manuilski und Pjatnitzki, die Begegnung mit Prestes, der Portugiesischunterricht, all die Vorbereitungen auf die Aktion hatten sie in Anspruch genommen. Außerdem fehlte ihr der Vergleich mit früher. Zu den älteren Komintern-Genossinnen und -Genossen im Lux hatte sie keinen Kontakt gehabt. Hatten die sie gemieden? Vielleicht, fuhr Sabo fort, wisse Stalin nicht, wie schlecht die Stimmung unter den Genossen geworden sei. Das jedenfalls glaubte Arthur. Er hatte mit Manuilski gesprochen. Anschließend war er gedrückt ins Lux zurückgekommen. Von da an tat er alles, um die Abreise aus Moskau zu beschleunigen. Du verstehst, sagte Sabo zu Olga Benario, während sie mit Principe am Strand zurückspazierten, wir hatten keine Gewissheiten. Manches haben wir uns vielleicht nur eingebildet, wir hatten eben diese Erinnerungen an früher. Als Kirow ermordet wurde, waren wir bereits in Montevideo. Der Mord beweise, dass die Trotzkisten vor nichts zurückschreckten, sagte Arthur. Stalin weiß, was er tut, das Misstrauen aller gegen alle, das uns in Moskau so verunsichert hat, ist notwendig. Aber die Verhaftung von Sinowjew und Kamenew und anderen Bolschewiki habe Arthur dann doch wieder zu schaffen gemacht. Und was glaubst du?, fragte Olga Benario. Sabo zögerte. Als Kommunistin glaube ich, dass zur Befreiung der Menschen jedes Mittel recht ist. Als Mensch glaube ich, dass man seinen Weggenossen vertrauen soll. Als Lebensgefährtin von Arthur bin ich bereit, mein Leben für ihn hinzugeben. Und als Proletarierin, fügte sie hinzu, hasse ich pathetisches Geschwafel. Du solltest die Menschen nicht nach ihrem Glauben fragen, dabei kommt selten etwas Gescheites heraus.

Robert Cohen: Exil der frechen Frauen, Berlin, Rotbuch 2009

LITERATUR UND WIRKLICHKEIT

PETER JEHLE

»›KEIN KÜNSTLER
DULDET DAS WIRKLICHE‹,
SAGT NIETZSCHE.
DAS IST WAHR,
ABER KEIN KÜNSTLER
KANN AUF DAS
WIRKLICHE VERZICHTEN.«

(ALBERT CAMUS, DER MENSCH
IN DER REVOLTE, 205)

Das Bild vom Schachautomaten, bei dem die prächtige Puppe immer gewinnt, solange der bucklige Zwerg für die richtigen Züge sorgt, wird von Benjamin bekanntlich zur Kritik an einem Historischen Materialismus herangezogen, der, um Recht zu haben, sich der Dienste der Theologie versichern muss (GS I.2, 693). Ähnlich war es lange Zeit mit der Literatur im Verhältnis zur Wirklichkeit. Diese war der hässliche Zwerg, der sich in der schönen neuen Welt der Diskurse nicht blicken lassen durfte. Und doch hat er unentwegt dafür gesorgt, dass Literatur sich nicht zum bloßen »Text« verflüchtigt, der die schon lange Kette von Texten nur um ein weiteres Glied verlängert. Wenn einst die Literatur nur als »Sprachkunstwerk« interessierte, das stolz wie ein Fürst auf seiner Burg saß, umgeben von einer erlauchten Schar von Interpreten, denen die vornehme Aufgabe zufiel, die Mauer zu sichern, die »das Kunstwerk« von »der Wirklichkeit« trennte, interessierten sich die Konstrukteure der »Intertextualität« für das Werk als Text in einem Universum anderer Texte. In beiden Fällen war die Wirklichkeit verdrängt; die Wirklichkeit des Textes konnte nur ein anderer Text sein.

Die Durchsetzung eines nichtnormativen Literaturbegriffs, der das Ancien Régime des Sprachkunstwerks aus den Angeln hob und dessen Erbe später den Adepten der Intertextualität anheim fallen sollte, setzte nicht nur ein paar neue Ideen, sondern eine politisch-kulturelle Emanzipationsbewegung voraus, die ihnen praktische Geltung zu verschaffen verstand. Wenn die feudalen Verhältnisse an den Universitäten durch die studentische Bewegung von 1968 aufgebrochen werden konnten, so aufgrund dieser Allianz von Gedanke und Tat. Nie war das überkommene Wissen kritischer unter die Lupe genommen worden. Kein Text – egal ob Gedicht, Roman oder Theaterstück – konnte Geltung erlangen, der nicht zuvor auf seine gesellschaftliche Funktion geprüft worden wäre. Nicht nur »Engagement«, sondern gleich die Veränderung der Gesellschaft war von der Literatur gefordert. Die Abstände zwischen Literatur und Wirklichkeit wurden so kurz, dass jene nurmehr im Modus der Agitation erträglich schien – einer Form, welche die zu verändernde Wirklichkeit vermeintlich in Reichweite parat hielt. Wo der Schriftsteller Hans Magnus Enzensber-

ger allenfalls »Günter Wallraffs Reportagen aus deutschen Fabriken, Bahman Nirumands Persien-Buch, Ulrike Meinhofs Kolumnen, Georg Alsheimers Bericht aus Vietnam« einen »Nutzen« zusprechen wollte und sich zugleich sicher war, dass das »gigantische Projekt« der »politischen Alphabetisierung Deutschlands« scheitern musste (1974, 53), da lag es nahe, dass die Differenz zwischen Literatur und Wirklichkeit, Kunst und Leben wieder in den Blick rücken würde. Enzensberger selbst erschienen seine gesammelten »politischen Überlegungen« zwar 1974 noch der Veröffentlichung wert, als die Bewegung sich mehr und mehr in heillos zerstrittene Kleingruppen auflöste, doch nicht ohne mit dem Titel »Palaver« ironisch den Abstand zu markieren, der ihn von den zurückliegenden Jahren trennte.

Die Rezeptionsästhetik rückte ins Bewusstsein, dass sich die Wirklichkeit der Literatur nicht mehr nur als ein Abzubildendes darstellte; die Lesenden selbst kamen als die Subjekte eines Vorgangs ins Bild, die das, was sich da als Lesestoff präsentierte, auf eine Weise aufnahmen, die kein Drehbuch und schon gar keine Kulturpolitik voraussagen konnte. Was die Werke der Kunst und Literatur »sind«, hat ihr »Urheber« nicht ein für allemal verfügt. Wo die Literatur indes tendenziell auf Politik reduziert worden war, von der aus die Verhältnisse am glattesten zu durchdringen wären – Indiz für das weiterwirkende Vorurteil von der Folgenlosigkeit aller literarischen Bemühung –, wurde die Ausarbeitung der Differenz von Literatur und Wirklichkeit, das Verlängern der Abstände zu einem vielstimmig betriebenen Projekt. »Neue Subjektivität« war eines der Schlagworte, das, wie Karen Ruoff zeigte, als eine »Art frei flottierender Signifikant [...] einen begrifflichen ›Freiraum‹« bot, in dem die Dinge, auf die es sich berief, zugleich mit hervorgebracht wurden (1983, 802).

Was das in der Gegenwart tatsächlich Wirkende ist, das der »Wirklichkeit« ihren Namen gibt, steht nicht ohne weiteres fest. Ein konstruktives Moment, und sei es nur im Sinne des Heraushebens einer Tendenz, der Markierung eines Zusammenhangs, einer einfachen Bewusstmachung, geht stets ein in das, was die »Wirklichkeit« ist. Der »Konstruktivismus« hat dieses Moment, das aller kritischen Durchdringung der

Verhältnisse eingeschrieben ist, als sein Markenzeichen okkupiert, das auf dem Markt der intellektuellen Moden Erfolg hat und folglich allem und jedem aufgedrückt werden kann. Wie für den subjektiven Idealismus jede Vorstellung eines Außerhalb des Bewusstseins innerhalb desselben bleibt, erweist sich nun alle Wirklichkeit als Konstruktion, deren Durchdringung ein Verfahren der De-Konstruktion verlangt. Wenn zuvor »das Literarische« noch soweit entgrenzt wurde, dass es sich in der politischen Aktion auflöste, so jetzt umgekehrt: Die Verbindungen zwischen Wirklichkeit und Literatur werden überdehnt und reißen. Die Literatur wird zum Fiktionalismus, in dem sich der Ausdruck vom Ausgedrückten unabhängig gemacht hat und der Diskurs von etwas, das außerhalb des Diskurses wäre, wieder nur Diskurs ist. Durchschnitten ist die Verbindung zur ursprünglichen Bedeutung des Fiktiven als einem Akt der Formung des Ungeformten, wie er im Mythos von der Erschaffung der Welt und des Menschen erzählt wird. »Fiktion heißt hier gerade unserem modernen Sprachgebrauch entgegen das Hineinziehen in die Wirklichkeit.« (Stierle 2001, 382)

Dennoch stellte sich die Frage, was die Kultur- und Geisteswissenschaften gegenüber den Technik- und Naturwissenschaften, die für die Erzeugung des Reichtums der Nationen so unendlich viel leisteten, in die Waagschale zu werfen hatten. Die Produktivkraftentwicklung selbst kam ihnen zu Hilfe. Der Computer wurde zur technologischen Basis, die das riesige Reich des digitalisierten Scheins und der »virtuellen Realität« aus sich entließ. Es ist, schreibt Wolfgang Fritz Haug, »als würde im Zuge neoliberaler Deregulierung auch der Gebrauch der Fiktion dereguliert« (1999, 455). Analog zu Thomas Mann, der einst über die »zehntausend Dozenten des Irrationalen« gespottet hatte, die im Schatten Nietzsches »wie Pilze aus dem Boden wuchsen«, könnte man von denen des Fiktionalen sprechen, die nun allerdings im grellen Licht der »Mediengesellschaft« ihr Werk vollbrachten. Die unter Legitimationsdruck stehenden Kultur- und Geisteswissenschaften wurden zuständig für die geistige Eroberung, Ausdeutung und Sicherung des neu entstandenen Imperi-

ums der Fiktion, dem sich das von ihrem kritischen Instrumentarium unberührte und unbeeindruckte kapitalistische Imperium der harten Fakten entgegensetzte. Doch sind die beiden Welten einander nicht äußerlich. Dem Abzug des Wirklichen aus der Fiktion entsprach der Einzug des Fiktiven ins Wirkliche. Im Platzen der Blase machte sich die Wirklichkeit in der Fiktion hinterrücks geltend. Die Rede von der »Realwirtschaft« wirkt wie eine freudsche Fehlleistung, die manifest werden lässt, was tabuisiert wird.

Seit einiger Zeit scheint das Interesse an der wirklichen Welt in der Literatur und umgekehrt im Steigen begriffen. Mario Vargas Llosa erhielt 2010 den Nobelpreis für Literatur wegen seiner »Kartografien von Machtstrukturen und seiner energischen Bilder des individuellen Widerstands, der Rebellion und Niederlage«, heißt es in der Begründung der Jury. Der im *Krieg am Ende der Welt* ins Bild gebrachte Widerstand ist keineswegs nur ein »individueller«, und auch wenn der konservative Autor beabsichtigt haben sollte, den religiösen Utopismus über die emanzipatorische Praxis der um einen charismatischen Führer versammelten Bewegung zu stellen – wirksam sind nicht die Absichten, sondern das, was die Lesenden daraus machen.

Ein Gutteil der Neuerscheinungen in Spanien beschäftigt sich mit der Erfahrung des Bürgerkriegs; die Literatur bricht massenhaft das Schweigen, das in der »Transición«, der Periode des Übergangs vom Franquismus zur Demokratie, staatstragend war. Wie wenig selbstverständlich das Eintreten für die Erinnerung an diejenigen ist, die auf der Seite der demokratisch legitimierten Republik gekämpft haben, zeigte kürzlich die Absetzung von Spaniens bekanntestem Richter, Baltasar Garzón, der Grabungen autorisiert hatte, um das bis heute ungeklärte Schicksal abertausender Verfechter der Republik aufzuklären. Derselbe Oberste Gerichtshof, der die Absetzung betrieben hat, gab jetzt einer Klage der »Nationalstiftung Francisco Franco« auf Wiederherstellung der vom Verteidigungsministerium beseitigten Franco-Statue in Melilla statt. Die Frankfurter Buchmesse mit dem Gastland Argentinien hat gezeigt, dass auch dort zahlreiche Neuerscheinungen sich mit der traumatischen Geschichte der Militärdiktatur beschäftigen –

wie im deutschen Sprachgebiet Erich Hackl mit dem Roman *Als ob ein Engel*.

Wie in keinem anderen Roman seit dem Fall der Mauer wird in Robert Cohens *Exil der frechen Frauen* die kommunistische Erfahrung des 20. Jahrhunderts aus der Verbannung, in die die herrschende Ideologie sie ein für allemal geschickt und damit kritischer Durcharbeitung entzogen zu haben glaubte, wieder ins Offene geholt – in ihren Hoffnungen und Schrecken, ihren Widersprüchen und Möglichkeiten, mit denen sie geladen war.

Auf der Ebene der gelehrten Beschäftigung findet die Frage der »Geschichtlichkeit« der Literatur an unvermuteter Stelle Beachtung: Ausgerechnet dem Flaggschiff des absurden Theaters, Becketts Warten auf Godot, wird nachgewiesen, dass hier bisher stets übersehene Bezüge zur Situation im besetzten Frankreich eine entscheidende Rolle spielen. Wladimir und Estragon sind Juden auf der Flucht, Godot ein Schleuser, auf den sie warten. Für Pierre Temkine steht fest, dass diese neue Lektüre nicht nur »eine unter anderen« ist (2008, 41). Wenn sie mehr sein kann als nur ein weiteres Glied in der langen Kette der Überlieferung, dann nicht in erster Linie deshalb, weil die historische Lesart von einer so umwerfenden Kohärenz ist, dass noch der eingefleischteste Poststrukturalist ohne weiteres klein beigibt. Ob sie Prestige gewinnen kann, hängt überhaupt davon ab, ob die Frage der Geschichtlichkeit der Literatur, lange Zeit auf die witzlose Vorstellung eines »Referenten außerhalb des Textes« heruntergebracht, neue Anziehungskraft gewinnt. Es gibt jedenfalls Indizien, dass es so sein könnte. Es liegt nicht nur an den Schreibenden, sondern auch an den Lesenden, sie zur Gewissheit zu machen.

LITERATUR

Benjamin, Walter, 1974: Gesammelte Schriften, Bd. 1, 5. Aufl., Frankfurt/M

Enzensberger, Hans Magnus, 1974: »1968: Gemeinplätze, die Neueste Literatur betreffend«, in: ders., *Palaver. Politische Überlegungen (1967–1973),* Frankfurt/M, 41–54

Haug, Wolfgang Fritz, 1999: »Fiktionalismus«, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 4, Hamburg, 449–63

Ruoff, Karen, 1983: Rückblick auf die Wende zur »Neuen Subjektivität«, in: *Das Argument* 142, 802–20

Stierle, Karlheinz, 2001: Fiktion, in: K. Berck u.a. (Hg.), *Ästhetische Grundbegriffe*, Bd. 2, Stuttgart, 380–428

Temkine, Pierre, u.a., 2008: *Warten auf Godot. Das Absurde und die Geschichte*, Denis Thouard und Tim Trzaskalik (Hg.), Berlin

DIE PRODUKTIONSWEISE EINES VEREINS FREIER MENSCHEN

THOMAS SABLOWSKI

Ein Moment der Schwäche der Linken liegt darin, dass sie selbst keine Klarheit und keinen Konsens über ihre Ziele hat. In der gegenwärtigen Sozialismusdebatte lässt sich ein Spektrum von unterschiedlichen bzw. gegensätzlichen Positionen ausmachen, die jeweils mit einem unterschiedlichen Verständnis der Marxschen Theorie und der kapitalistischen Produktionsweise sowie der Gründe für das Scheitern des »real existierenden Sozialismus« zu tun haben.

GUTER KAPITALISMUS?

Eine erste Position sieht in der kapitalistischen Produktionsweise als solcher gar kein Problem. So halten Sebastian Dullien, Hansjörg Herr und Christian Kellermann (2010) einen »guten Kapitalismus« für möglich, wenn er durch keynesianische Politik reguliert wird (vgl. Luxemburg 2/2010). Auch für Rainer Land (2010) impliziert die Kapitalverwertung als solche keine bestimmte Entwicklungsrichtung der Gesellschaft, vielmehr ist er

der Meinung, dass ein »Teilhabekapitalismus« die Entwicklungsmöglichkeiten aller Individuen vergrößern kann. Während Dullien u.a. »derzeit« einfach keine Alternative zum Kapitalismus sehen und »die« Planwirtschaft als solche mit dem »real existierenden Sozialismus« für gescheitert halten (2010, 19), hält Land »Profitabilität« für »eine unhintergehbare Voraussetzung für Innovationen« (87). Demnach sei der Sozialismus, der auf die freie Entwicklung aller Individuen ziele, auch »kein zur Kapitalverwertung alternatives Gesellschaftsmodell« (88). »Der Widerspruch zwischen Kapitalismus, dem Prinzip der Selbstreferenz moderner Wirtschaftsentwicklung, und Sozialismus, so man darunter das Prinzip der freien und universellen Entwicklung der Individuen versteht, ist unaufhebbar und muss immer wieder neu ausgefochten und austariert werden.« (89) – Ziel könne nur ein »sozialer Ökokapitalismus« (86) bzw. eine »gesellschaftlich eingebettete Kapitalverwertungswirtschaft« sein (88f).

Der Fordismus erscheint bei Land wie bei Dullien u.a. als frühere Variante des »guten Kapitalismus« bzw. »Teilhabekapitalismus« – seine negativen Seiten werden dabei ausgeblendet (vgl. Demirović 2010, 11). Auch werden die systemimmanenten Widersprüche, die zur Erschöpfung der fordistischen Entwicklungsweise geführt haben, heruntergespielt oder verdrängt. Das Ende des Fordismus erscheint im Wesentlichen als Resultat der »Kräfteverhältnisse« bzw. politischer Fehlentscheidungen. Sabine Nuss (2010) hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise jede politisch durchgesetzte Beschränkung der Kapitalverwertung immer wieder zur Disposition stellt. Es geht also nicht nur um die erneute Regulierung eines deregulierten Kapitalismus. Ziel sozialistischer Politik müsste vielmehr sein, über die zwanghafte gesellschaftliche Pendelbewegung von Deregulierung und Regulierung, von Einbettung und »Entbettung«, die den Kapitalismus kennzeichnet, hinauszugelangen.

SOZIALISMUS ALS GEMISCHTE WIRTSCHAFT?

Michael Brie und Dieter Klein (2010) gehen einen Schritt weiter, indem sie konzedieren, dass die Dominanz von Verwertungsinteressen sich zwangsläufig »auch in der Lebenswelt« durchsetzt, wenn »die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit vor allem als Kapitalverwertungswirtschaft verfasst ist« (91). »Deshalb kann eine Kapitalverwertungswirtschaft nicht sozialistisch ausgerichtet werden. Die gute Absicht zerbricht an der Realität. Die Gegenbewegungen modifizieren die Tendenz, sind aber nicht in der Lage, sie dauerhaft umzukehren [...] Eine bloß veränderte Einbettung reicht nicht« (91, 95). Brie und Klein »plädieren deshalb für eine solidarische Mehrsektorenwirtschaft«, deren Schwerpunkte in der sozialen Reproduktion, der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und der kulturellen Entwicklung liegen (93). An anderer Stelle formuliert Klein (2010, 7), die »ökonomische Grundstruktur« des demokratischen Sozialismus könne »durch eine solidarische Mischwirtschaft bestimmt sein, die einen starken öffentlichen Sektor, private Wirtschaft unter strenger Wettbewerbskontrolle und Formen genossenschaftlicher und solidarischer Wirtschaft umfasst. Sie würde sich im Rahmen indikativer Planung, gestaltender Struktur-, Wirtschafts- und Forschungspolitik

und wirtschaftsdemokratischer Formen des Einflusses von Belegschaften, Gewerkschaften, VerbraucherInnen, Kommunen und sozialen Bewegungen von der betrieblichen bis zur EU-Ebene entwickeln.« Brie und Klein sind der Ansicht, der Sozialismus könne »zwar Kapitalverwertung nutzen, aber diese darf nicht die Wirtschaft insgesamt prägen« (2010, 91). »In einer Gesellschaft des modernen Sozialismus könnten Unternehmen in vielen Bereichen auch Kapitalverwertungsgesellschaften bleiben, aber nicht mehr *dominant*« (92; Herv. im Orig.).

Bei diesem Konzept der gemischten Wirtschaft bleiben zwei wesentliche Fragen offen: Erstens ist unklar, *wie* die Veränderung der Funktionslogik privater Unternehmen erreicht werden soll. Was bedeutet es, »den Gewinninteressen der ökonomischen Akteure [...] genügenden Raum zu lassen«, aber zugleich die »Kapitalverwertungsziele unter breiter gefasste unternehmerische Ziele« unterzuordnen?

Zweitens ist unklar, wie in einer »solidarischen Mehrsektorenwirtschaft« die unterschiedlichen Funktionslogiken der verschiedenen Sektoren so miteinander vereinbart werden sollen, dass die Kapitalverwertungslogik auf gesellschaftlicher Ebene untergeordnet wird bzw. bleibt. Im Grunde haben wir ja bereits eine gemischte Wirtschaft. Die *juristische* Eigentumsform der Unternehmen ist jedoch von untergeordneter Bedeutung, solange diese für einen Markt produzieren und Lohnarbeit anwenden. Staatliche Unternehmen oder Genossenschaften heben unter diesen Bedingungen das private Eigentum nur innerhalb der durch die kapitalistische Produktionsweise bestimmten Grenzen auf. Auch quantitative Verschiebungen zwischen den Sektoren ändern daran nicht notwendigerweise etwas. In Schweden lag die Staatsquote zeitweise bei über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit nahezu doppelt so hoch wie in Japan, Australien oder der Schweiz. In Ländern wie Italien oder Frankreich waren in der fordistischen Ära weite Teile der Industrie und des Bankensystems verstaatlicht, in Frankreich existierte zudem eine indikative Planung. Doch stand dies keineswegs im Gegensatz zu den Anforderungen der Kapitalakkumulation, sondern war vielmehr funktional für sie. Die von Brie und Klein geforderte indikative Planung und gestaltende Struktur-, Wirtschafts- und Forschungspolitik sowie Ausdehnung des öffentlichen und genossenschaftlichen Eigentums ändern nicht notwendigerweise etwas an der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise, wie die historische Erfahrung lehrt. Es stellt sich also die Frage, ob die von Brie und Klein zu Recht an Land geübte Kritik nicht auch auf ihr eigenes Konzept des Sozialismus zurückfällt.

SOZIALISTISCHE MARKTWIRTSCHAFT?

Brie und Klein teilen anscheinend die von Verfechtern marktsozialistischer Konzepte vertretene Auffassung, dass es keine sozialistische Alternative ohne den Markt jenseits der im »real existierenden Sozialismus« praktizierten Zentralverwaltungswirtschaft geben kann. Vertreter des Marktsozialismus gestehen durchaus zu, dass es Nachteile des Marktes gibt, doch seien diese aufgrund seiner Vorteile in Kauf zu nehmen. Joachim Bischoff hat diese marktsozialistische Variante des neoliberalen Postulats *there is no alternative* (Margaret Thatcher) so formuliert: »Der Mangel marktförmiger

Allokation der gesellschaftlichen Ressourcen liegt darin, dass sich erst nach der Produktion entscheidet, ob das Produkt einen Gebrauchswert hat und gesellschaftlich durchschnittlichen Produktivitätsbedingungen entspricht. Mithin können sich die Arbeitsresultate ganzer Produktionszweige bei der Veränderung von Arbeitsprozessen und Bedürfnisstrukturen als unnütz erweisen. Dieser Mangel muss bewusst in Kauf genommen werden, will man nicht in autoritäre Formen der Diktatur über die Bedürfnisse verfallen.« (1991, 44) Der Markt soll also Entscheidungsfreiheit und die Verwirklichung der individuellen Bedürfnisse garantieren können – im Unterschied zur zentralen Planwirtschaft. Dagegen kann zum einen eingewendet werden, dass auf dem Markt nur die zahlungsfähige Nachfrage zur Geltung kommt. Zum anderen kann immer nur aus dem ausgewählt werden, was bereits produziert wurde. Die Masse der Konsumenten kann die Produktion selbst in keiner Weise beeinflussen, wie Bischoff ja selbst andeutet.

Der Markt gilt den Befürwortern der sozialistischen Marktwirtschaft zudem als Garant für Innovationen und für effiziente Produktion. Damit erkennen die Marktsozialisten im Prinzip die Argumente von Ludwig von Mises (1920, 1922), Friedrich August von Hayek (2004) und anderen liberalen Kritikern des Sozialismus an. Demnach sei eine effiziente Allokation von Ressourcen in der Planwirtschaft nicht möglich, da es keine freie Preisbildung gebe; die zentralen Planbehörden maßten sich ein Wissen an, über das sie nicht verfügen könnten; der Wettbewerb sei ein notwendiges Entdeckungsverfahren für Tatsachen, die ansonsten unbekannt bleiben würden. Doch es ist ein Mythos, dass »der« Markt als solcher zu Innovationen und zu einer besonders effizienten Produktion führt. Märkte haben Jahrtausende in den Nischen und an den Rändern der antiken und der feudalen Gemeinwesen existiert, ohne dass sie zu einer besonderen Innovationsdynamik und Steigerung der Produktivkräfte geführt hätten. Es ist nicht »der Markt«, der Innovationen und eine effiziente Produktion garantiert, sondern es ist, wenn überhaupt, die Logik der Kapitalverwertung. Erst mit der Verallgemeinerung des Lohnverhältnisses wurde auch die Warenproduktion verallgemeinert und die besondere Dynamik der Produktivkraftentwicklung ausgelöst, die für den Kapitalismus charakteristisch ist. Es ist ein Irrtum, zu glauben, man könne zwischen dem Markt einerseits und dem Kapital andererseits trennen sowie die »positiven« Eigenschaften der kapitalistischen Produktionsweise dem Markt, die negativen aber dem Kapital zuschreiben (vgl. Marx, MEW 42, 916). Wenn aber der Markt nicht nur – wie vor dem Kapitalismus – in Nischen existieren soll, sondern als bedeutende Allokationsinstanz für die gesellschaftliche Arbeit fungieren soll, so ist er ohne das Kapital und die Lohnarbeit nicht zu haben. »Markt« heißt dann aber auch: Möglichkeit und Notwendigkeit von Krisen, Arbeitslosigkeit, Druck zur Verlängerung der Arbeitszeit und Senkung der Löhne, Quälerei und Vereinseitigung der Arbeit, Naturzerstörung und blinde, planlose Evolution.[1]

Zweifellos hat die kapitalistische Konkurrenz zu einer enormen Entwicklung der Produktivkräfte geführt, schon Marx hat dies als zivilisatorische Leistung der kapitalistischen Produktionsweise anerkannt. Gleichwohl

sind die Kriterien für die Durchsetzung von Innovationen und für Ressourceneinsparungen unter kapitalistischen Bedingungen relativ eng: Innovationen werden nur dann eingeführt, wenn sie die (erwartete) Profitabilität des Kapitals steigern. So werden Maschinen nicht in jedem Fall eingeführt, obwohl sie Arbeit einsparen könnten, sondern nur dann, wenn die erwarteten Einsparungen an Löhnen die zusätzlichen Kosten für die Maschine übersteigen. Da der Sozialismus nicht zuletzt auf eine uneingeschränkte Ergonomie und auf die Steigerung der freien Zeit zielt, ergibt sich für Prozessinnovationen ein viel größeres Anwendungsfeld als unter den Bedingungen der Kapitalverwertung. Ähnliches gilt für Einsparungen an Produktionsmitteln: Vom Standpunkt der Kapitalverwertung geht es nicht darum, per se ressourcenschonend zu wirtschaften, sondern Ressourceneinsparungen sind nur dann relevant, wenn sie als Kostensenkungen zu Buche schlagen.

DIE MARXSCHE ALTERNATIVE

Marx und Engels haben zwar nicht viel über die zukünftige Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise geschrieben, aber die notwendigen Grundzüge jener ergeben sich aus der Kritik an dieser. Die Überwindung von kapitalistischer Ausbeutung und Klassenherrschaft setzt voraus, dass deren Grundlage, das Privateigentum an Produktionsmitteln, abgeschafft wird und dass sich die gesellschaftlichen Individuen die Gesamtheit der Produktionsmittel aneignen (vgl. MEW 3, 67f). In *Das Kapital* fordert Marx die Leser an einer Stelle auf, sich einen »Verein freier Menschen« vorzustellen, »die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben« (MEW 23, 92). Die »gesellschaftlich planmäßige Verteilung« der Arbeitszeit würde dann »die richtige Proportion der verschiednen Arbeitsfunktionen zu den verschiednen Bedürfnissen« regeln (93). Wie kann man sich die »Selbstregierung der Produzenten« (MEW 17, 339) konkret vorstellen?

Die Ansatzpunkte für eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die die kapitalistische Produktionsweise überwindet, wurden historisch zum einen in der Verstaatlichung der Produktionsmittel und zum anderen in der Herausbildung von Produktionsgenossenschaften gesehen. Die Verstaatlichung ist nicht identisch mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sie kann lediglich deren Voraussetzungen schaffen. Entscheidend ist der Klassencharakter des Staates, der formell zum Eigentümer der Produktionsmittel wird. Die Verstaatlichung der wesentlichen Produktionsmittel kann in Verbindung mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zumindest eine planmäßige Produktion im gesellschaftlichen Maßstab ermöglichen. Wie die »reelle Subsumtion« des Arbeiters unter die Arbeitsmittel, die hierarchische Arbeitsorganisation aufgebrochen werden kann, bleibt dabei offen. Friedrich Engels hielt die hierarchische Organisation sogar für eine unvermeidliche und unaufhebbare Folge der Großindustrie (vgl. MEW 18, 306f). Marx dagegen glaubte, dass die Disziplin »überflüssig wird in einem Gesellschaftszustand, wo die Arbeiter für ihre eigne Rechnung arbeiten« (MEW 25, 93). Die mit der kapitalistischen

Arbeitsorganisation verbundene Hierarchie erweist sich bereits heute zunehmend als Hemmschuh der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte. Moderne Managementmethoden setzen alles daran, die Kreativität der »Mitarbeiter« freizusetzen, Hierarchien flach zu halten – und verstricken sich dabei doch notwendig in Widersprüche, weil sie zugleich kapitalistische Kontrolle sicherstellen wollen.

Die Vergesellschaftung auf dem Boden des Kapitalismus hat – in Gestalt der Aktiengesellschaften – bereits eine Trennung zwischen dem formellen Kapitaleigentum und der tatsächlichen Verfügungsgewalt herbeigeführt. »Es ist daher nutzlos geworden, dass diese Arbeit der Oberleitung vom Kapitalisten ausgeübt werde […]. Die Kooperativfabriken liefern den Beweis, dass der Kapitalist als Funktionär der Produktion ebenso überflüssig geworden, wie er selbst, in seiner höchsten Ausbildung, den Großgrundbesitzer überflüssig findet.« (MEW 25, 400)



»Protest gegen Media-Spree, in Berlin«, tranZ-land

Dementsprechend geht es bei der sozialistisch-kommunistischen Vergesellschaftung nicht nur um einen Kampf gegen das formelle Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern um die reale Aneignung der Produktionsmittel durch die Arbeiter, den Kampf gegen ihre Unterordnung im Arbeitsprozess. Marx sah die Bedeutung der ersten Produktionsgenossenschaften darin, dass sie beweisen, »dass Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von *Meistern* (*masters*), die eine Klasse von ›*Händen*‹ anwendet« (MEW 16, 11).

Die Form der Genossenschaft oder Kooperative alleine kann jedoch die Produzenten nicht auf gesellschaftlicher Ebene zusammenschließen. Die Genossenschaften bleiben dem Markt und der Konkurrenz unterworfen, darin finden auch die aktuellen Ansätze »solidarischer Ökonomie« ihre Grenze. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist innerhalb der Genossenschaften nur in der Form aufgehoben, »dass die Arbeiter als Assoziation ihr eigner Kapitalist sind, d.h. die Produktionsmittel zur Verwertung ihrer eignen Arbeit verwenden« (MEW 25, 456). Während die Verstaatlichung also keine Antwort auf das Problem der Unterordnung der Arbeiter im Arbeitsprozess gibt, repro-

duziert die Genossenschaft die Lohnarbeit und die Mehrwertproduktion, da sie auf einer verstreuten Aneignung der Produktionsmittel beruht und die Produzenten durch den Markt voneinander trennt. Die jeweiligen Mängel von Verstaatlichung und Genossenschaftswesen sollten nach Ansicht von Marx und Engels durch deren Kombination in Verbindung mit der Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiter aufgehoben werden. In *Der Bürgerkrieg in Frankreich* definiert Marx den Kommunismus als verallgemeinerte »genossenschaftliche Produktion«, wobei »die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln« (MEW 17, 343). Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln sollte gewährleisten, dass »die Sonderinteressen der Genossenschaft, gegenüber der Gesellschaft im ganzen, sich nicht festsetzen können« (MEW 36, 426). Andererseits sollte die Verwandlung des Staates in einen absterbenden Staat, d.h. die Selbstverwaltung der Produzenten auf gesellschaftlicher Ebene, die Radikalisierung der Demokratie, verhindern, dass sich Sonderinteressen des Staates bzw. der Staatsdiener gegenüber der Gesellschaft festsetzen können.

Die gemeinschaftliche Planung der Produktion gemäß den Bedürfnissen der assoziierten Produzenten und Konsumenten ermöglicht es, die Produkte unmittelbar an die Konsumenten zu verteilen. Die Produzenten produzieren nicht für den Markt. »Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.« (MEW 19, 19f) Es gibt also in dieser Produktionsweise keine Preise, kein Geld, keinen Markt, keinen Austausch.

Leider gab es historisch nur wenige Bemühungen, diese Überlegungen von Marx weiter zu konkretisieren, die von Marx und anderen formulierten Probleme der Übergangsgesellschaft anzugehen (vgl. MEW 19, 18ff). Zu erinnern ist aber z.B. an die Konzepte zur Sozialisierung der Produktion, die im Kontext der Novemberrevolution und der Rätebewegung in Deutschland entstanden, so das »reine Rätesystem« der Linkssozialisten Richard Müller und Ernst Däumig (vgl. Arnold 1985, 184ff; Hoffrogge 2008, 108ff, oder die Schriften zur Sozialisierung von Karl Korsch 1919 und Otto Neurath 1919, 1920, 1925 sowie Neurath/Schumann 1919). Auch in jüngerer Zeit gab es Versuche, an Konzepte der Rätedemokratie und der demokratischen Planwirtschaft anzuknüpfen (Albert 2006; Demirović 2009).

DER »REAL EXISTIERENDE SOZIALISMUS«: EINE PLANLOSE WIRTSCHAFT

Im »real existierenden Sozialismus« setzte sich eine Praxis durch, die mit den Marxschen Vorstellungen relativ wenig zu tun hatte. Die zentralistische Planung erfolgte vollkommen undemokratisch über die Köpfe der Produzenten und Konsumenten hinweg. Im Grunde war der »real existierende Sozialismus« gleichwohl eine »planlose Wirtschaft« (vgl. Ticktin et al. 1981; Hoessli 1989), denn die zentralistische

Koordination ökonomischer Prozesse an der Oberfläche verdeckte und reproduzierte die untergründige Atomisierung der Produzenten. Versuche, den »real existierenden Sozialismus« zu reformieren, zielten meist darauf, mehr Marktelemente in das System der Zentralverwaltungswirtschaft zu integrieren, anstatt das System zu demokratisieren und den Rätegedanken wieder aufzugreifen. Diese Versuche sind bekanntlich gescheitert. Zweifellos wird jeder neue Versuch des Übergangs zum Sozialismus in einer mehr oder minder langen Übergangsphase von der Koexistenz verschiedener Produktionsformen geprägt sein. Gleichwohl kann die gemischte Wirtschaft oder die sozialistische Marktwirtschaft aufgrund ihrer immanenten Widersprüche nicht das letzte Ziel einer sozialistischen Transformation sein. Ein weiter reichendes Ziel wäre eine weitgehende Sozialisierung der Produktion auf der Basis einer rätedemokratisch organisierten Planung. Dies schließt im Übrigen nicht aus, dass sozialistische Politik zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Zielen zu unterscheiden hat und dass kurzfristig konkrete Reformprojekte im Kontext der laufenden Klassenkämpfe formuliert werden müssen, um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in eine progressive Richtung zu verschieben.[2]

LITERATUR

Albert, Michael, 2006: *Parecon. Leben nach dem Kapitalismus*, Frankfurt/M

Arnold, Volker, 1985: *Rätebewegung und Rätetheorien in der Novemberrevolution*, Hamburg

Bischoff, Joachim, 1991: Moderner Kapitalismus und Reformpolitik, in: Frank Deppe u.a., *Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik*, Hamburg

Brie, Michael, und Dieter Klein, 2010: Sozialistische Kapitalverwertungsmaschine? Das Konzept des »modernen Sozialismus« neu betrachtet, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 2/2010, 90–5

Creydt, Meinhard, 2001: Zur Kritik des »Marktsozialismus«, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 46, 96–107

Götsch, Katharina, 2009: Marktsozialismus – Die Linke auf der Suche nach einer neuen Theorie, in: *Prokla* 155, 2, 229–47

Demirović, Alex, 2009: Rätedemokratie oder das Ende der Politik, in: *Prokla* 155, 181–206

Ders.: Jenseits von Gut und Böse, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 2/2010, 6–17

Dullien, Sebastian, Hansjörg Herr, und Christian Kellermann, 2010: Guter Kapitalismus? in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 2/2010, 18–27

Hayek, Friedrich August von, 2004: *Wissenschaft und Sozialismus*, in: Manfred E. Streit (Hg.), *Aufsätze zur Sozialismuskritik*, Tübingen

Hoessli, Andreas, 1989: *Planlose Wirtschaft. Krisenzyklus und Reformmodelle in Polen*, Hamburg

Hoffrogge, Ralf, 2008: *Richard Müller – der Mann hinter der Novemberrevolution*, Berlin

Klein, Dieter, 2010: *Eine zweite große Transformation und die Linke*. Kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung 01/2010, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Korsch, Karl, 1919: Was ist Sozialisierung? Ein Programm des praktischen Sozialismus, in: ders., *Rätebewegung und Klassenkampf. Schriften zur Praxis der Arbeiterbewegung 1919–1923*, Gesamtausgabe, Bd. 2, Frankfurt/M 1980, 97–133

Land, Rainer, 2010: Moderner Sozialismus als Evolutionstheorie, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 2/2010, 82–9

Mises, Ludwig, 1920: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 47, 86–121

Ders., 1922: *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, Jena

Neurath, Otto, 1919: *Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft*, München

Ders., 1920: *Betriebsräte, Fachräte, Kontrollrat und die Vorbereitung der Vollsozialisierung*, Berlin

Ders., 1925: *Wirtschaftsplan und Naturalrechnung. Von der sozialistischen Lebensordnung und vom kommenden Menschen*, Berlin

Ders., und Wolfgang Schumann, 1919: *Können wir heute sozialisieren?* Leipzig

Nuss, Sabine, 2010: Gebrauchsanleitungs-Kapitalismus, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 2/2010, 28–33

Ticktin, Hillel, u.a.: *Planlose Wirtschaft. Zum Charakter der sowjetischen Gesellschaft*, Hamburg 1981

1 Die von Marx ausgeführte Kritik der Warenproduktion kann hier nicht weiter dargestellt werden. Für eine konzise Kritik des Marktsozialismus vgl. Creydt 2001 sowie Götsch 2009.

2 Eine Reihe von sinnvollen Vorschlägen für »Einstiegsprojekte« einer sozialistischen Transformation findet sich bei Klein (2010, 28f).

FREIHEIT, GLEICHHEIT, SOLIDARITÄT

ALEX DEMIROVIĆ

SOLIDARITÄT – DIE VERNACHLÄSSIGTE NORM

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gelten als Grundwerte der westlichen Demokratien. Wie immer Demokraten über Fragen zerstritten sind, die die weitere Entwicklung des Gemeinwesens betreffen, so erwarten sie doch wechselseitig voneinander eine Übereinstimmung darin, dass diese Grundwerte die Grundlage des demokratisch verfassten Staates sind. Wäre dies nicht so, wäre auch das Gemeinwesen selbst von innen heraus bedroht. In seiner Zusammenfassung der Inanspruchnahme der drei Normen durch die drei politischen Parteien der 1970er Jahre kam Werner Maihofer (1976) zu dem Ergebnis, dass unter den bundesdeutschen Parteien allenfalls strittig war, welches Gewicht den einzelnen Normen in der eng verbundenen Trias zukommen sollte. Danach argumentierten Konservative eher normrelativistisch in dem Sinne, dass mal die eine, mal die andere Norm den Vorrang haben soll, die Sozialdemokratie plädierte für die Gleichrangigkeit der drei Normen, während die Liberalen prinzipiell der Freiheit den Vorzug gaben. Im Unterschied zur damaligen Konstellation scheint die Die Linke der Solidarität eine Priorität geben zu wollen. Doch der Begriff der Solidarität ist nicht ohne Fallstricke.

Die Normen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wurden vom Bürgertum in einem langen historischen Prozess in Westeuropa und in den nordamerikanischen Kolonien gegen den Feudalismus und die absolutistische Herrschaft durchgesetzt. Dieser Prozess kulminierte im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, in der Verfassung von 1787, in der Französischen Revolution und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1789. Insofern erinnern jene drei Normen das Bürgertum an seine eigene frühe Sturm- und Drangphase im 18. Jahr-

hundert. Alle drei Normen sind in erheblichem Maße als Gegenbegriffe gegen die vorausgegangene historische Periode bestimmt. Aus der Norm der Freiheit leiten sich Rechte ab wie das der freien Wahl des Wohnsitzes, der Berufstätigkeit, des religiösen Kultus, der Freiheit der Meinung, der wissenschaftlichen Forschung, der Versammlung oder der Koalitionsbildung. Aus der Norm der Gleichheit folgt, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind. Sie dürfen durch staatliche Entscheidungen nicht benachteiligt werden, also durch ungleiche Belastungen bei Abgaben und Steuern, durch Pflichten als Bürger wie dem Militärdienst, beim Zugang zu staatlichen Leistungen wie öffentlich zur Verfügung gestellter Bildung, Gesundheitsbetreuung, Verkehr oder wissenschaftlichen Ergebnissen. Insbesondere gilt, dass alle das gleiche Recht haben, ihre Freiheit in Anspruch zu nehmen. Die Norm der Gleichheit beinhaltet gleiche Freiheit für alle. Alle können also den Alltag gemäß ihren religiösen oder nicht-religiösen Überzeugungen gestalten, ihre Sprache sprechen, ihre besondere Diät pflegen, ihre Musik hören, ihren sexuellen Neigungen folgen. Dies gilt, solange die Freiheits- und Gleichheitsrechte der anderen dadurch nicht beeinträchtigt werden. Gleichheit beinhaltet auch, dass alle Bürger und Bürgerinnen vom Staat in gleicher Weise geschützt werden müssen, niemand wegen des Geschlechts, der Religion, der Herkunft durch andere Bürger oder gar durch den Staat benachteiligt oder geschädigt werden darf. Dies schließt ein, dass die Bürger und Bürgerinnen ein Recht auf ein gerichtliches Verfahren haben, in dem sie staatliche Entscheidungen, Handeln oder Unterlassungen von staatlichen Organen selbst durch eine unabhängige Justiz überprüfen lassen können.

Die Normen der Freiheit und Gleichheit führen zu einem Problem, das die französischen Revolutionäre veranlasst hatte, den vormals christlichen Wert der Brüderlichkeit in den Kanon universalistischer Normen aufzunehmen und neben die Freiheit und die Gleichheit zu stellen. Die Normen der Freiheit und Gleichheit individualisieren die Mensche. Individuen gelten als frei in dem Sinne, dass sie jeweils ihre Interessen, Ziele und Wünsche verfolgen können. Dies darf weder von innen (Drogen, Alkohol, Meinungsmanipulation, Erziehung) noch von außen (durch Zwang oder Entzug von Handlungsmöglichkeiten) eingeschränkt werden. Es gibt für die Freiheit der Individuen nur drei Grenzen: seine personale Grenze, die es als freies Individuum jedoch versuchen kann, durch eigene Bemühung weiter hinauszuschieben; die Grenze der Handlungsbedingungen, die nicht moralischen, rechtlichen oder politischen Entscheidungen unterworfen sind, also Zwänge, die sich aus der Natur ergeben; schließlich die Freiheitsrechte der anderen Individuen. Im liberalen Modell der Freiheit darf niemand seine Freiheit so gebrauchen, dass die Freiheit der anderen eingeschränkt wird. Freiheit ist, nach einem Ausdruck von Isaah Berlin (1995), negative Freiheit und verlangt den Res-

pekt vor der Freiheit der anderen. Im liberalen Verständnis handeln die Individuen in einem Rahmen frei, der von den staatlichen Gesetzen festgelegt und geschützt wird. Die staatlichen Gesetze schränken die individuelle Freiheit nicht an sich ein, sondern schützen durch allgemeine Regelung jeweils die gleiche Freiheit aller Individuen. Die Individuen sind nach diesem Freiheitsverständnis jeweils nur für sich frei. Die Freiheit trennt sie voneinander und bringt sie in eine Situation, in der sie jeweils in dem ihnen vom Gesetz zugebilligten Raum wie in einer Zelle ihre Freiheit genießen und für sich ihre Interessen verfolgen. Die Gleichheit bricht mit dieser Isolierung der Individuen nicht. Denn Gleichheit bedeutet lediglich, dass im Prinzip unterschiedliche Menschen mit Blick auf etwas Drittes als gleich gelten. Unter bürgerlichen Verhältnissen sind sie vor dem Gesetz gleich. Sie müssen also nicht befürchten, dass ihre körperliche Schwäche, ihre mindere Begabung, ihr Geschlecht, ihre Herkunft oder ihre Armut sie vom Genuss der Rechte ausschließt. Aber diese Gleichheit schafft keine darüber hinausgehende Gemeinsamkeit zwischen den Individuen. Sie sind formal gleiche Bürgerinnen und Bürger eines Staates und haben diesem gegenüber alle die gleichen Rechtsansprüche. Ihre jeweiligen Besonderheiten, die individuellen und sozialen Ungleichheiten, haben demgegenüber zurückzutreten. Die Gleichheit macht die Individuen im Verhältnis zueinander gleichgültig. Die Gleichheit verbindet sie nur insoweit miteinander, als sie erlaubt, Ansprüche von Individuen abzuwehren, etwas Besonderes zu sein und Privilegien in Anspruch zu nehmen.

Die Brüderlichkeit soll diese Tendenz zur Gleichgültigkeit und Konkurrenz aller gegen alle, die den anderen Normen innewohnt, überwinden. Brüderlichkeit und Solidarität stehen für die moralische Aufforderung an die Einzelnen, bei ihrem freien und gleichen Handeln den Gesichtspunkt des Zusammenhalts nicht aus den Augen zu verlieren. Das Gemeinwesen ist die von ihnen gemeinsam geschaffene Bedingung der Möglichkeit dafür, dass sie Freiheit und Gleichheit überhaupt erst genießen können. Die »Brüder« sollen sich nicht nur bewusst auf den von ihnen gestifteten Zusammenhang beziehen, sie sollen sich auch wechselseitig helfen, damit das Gemeinwesen Bestand hat und nicht auseinanderfällt, wenn die Einzelnen zu ihm nicht mehr beitragen können.

Die Norm der Brüderlichkeit erscheint in der politischen und philosophischen Reflexion oft als ein Anhängsel von Freiheit und Gleichheit. Über das Verständnis dieser beiden Normen wird vielfach gestritten, während die Norm der Brüderlichkeit oder der Solidarität nur wenig Dissens hervorruft und vernachlässigt wird. Das hat, Kurt Bayertz (1998, 13) weist darauf hin, zwei Gründe: Freiheit und Gleichheit sind universelle Normen und beziehen sich auf individuelles Handeln. Demgegenüber werden partikulare Gruppen und Gemeinschaften, in denen solidarisches Handeln stattfindet, als Bezugsrahmen moralphilosophischer Argumentation nicht

anerkannt. Zweitens nimmt Solidarität ein Verständnis von positivem Handeln in Anspruch und zielt auf die Einlösung der moralischen Norm, dass »wir« uns wechselseitig helfen und uns unterstützen. Obwohl also Solidarität auf den ersten Blick eine geringe Bedeutung zu haben scheint, kommt ihr im bürgerlichen Moralverständnis die Bedeutung eines Schlusssteins zu: Erst wenn die Solidarität in die Konstellation von Freiheit und Gleichheit eingefügt wird, können diese überhaupt als Normen praktisch werden. Brüderlichkeit umfasst eine moralische Bereitschaft zu all denjenigen Aktivitäten, die den Bestand des Gemeinwesens in seiner Gesamtheit garantieren sollen. »Die bürgerliche Gesellschaft muss ihr Mitglied schützen, seine Rechte verteidigen, so wie der Einzelne den Rechten der bürgerlichen Gesellschaft verpflichtet ist.« (Hegel 1821, 386, § 238) Die Pflicht des Einzelnen ist es, für diesen Schutz die Gegenleistung in der Form der Arbeit zu erbringen. »Weil die bürgerliche Gesellschaft schuldig ist die Individuen zu ernähren, hat sie auch das Recht, dieselben anzuhalten, für ihre Subsistenz zu sorgen.« (387, § 240) An diesem Verhältnis auf Gegenseitigkeit können jedoch viele scheitern. Es gelingt ihnen nicht, sich im Konkurrenzkampf der bürgerlichen Gesellschaft, in der alle für sich nur ihren jeweiligen Nutzen verfolgen, zu behaupten. Deswegen soll der Staat gewährleisten, dass niemand von der Natur oder der Gesellschaft in eine Situation gebracht wird, die Chancen zu verlieren, die Normen der Gleichheit und Freiheit in Anspruch nehmen zu können. In diesem bürgerlichen Verständnis verkörpert der Staat das Prinzip der Solidarität. Die Norm der Solidarität wird für alle Beteiligten zu einer generalisierten Erwartung, dass Individuen geholfen wird. Es geht nicht um die Hilfe Einzelner für Einzelne, nicht um Mitleid und Mildtätigkeit, denen immer etwas Individualistisches und Willkürliches anhaftet. Hegel denkt weniger an die Armen als an die Wohlhabenden, er will die Bürger durch institutionelle Vorkehrungen entlasten, sie sollen sich nicht mit Barmherzigkeit belasten müssen, sondern sicher sein, dass der Staat nach allgemeinen Regeln eingreifen und helfen wird. Auch die Solidarität ist in diesem bürgerlichen Sinne universalistisch ausgerichtet. Es ist der Staat, der nicht nur mit der Eigentums-, Sicherheits- und Freiheitsgarantie begründet wird, sondern auch mit der Norm der Solidargemeinschaft.

DIE WIDERSPRÜCHE DER SOLIDARITÄT

Dem Anspruch nach sollen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit universalistisch sein. Im Widerspruch dazu ist es jedoch nicht möglich, den Gehalt dieser Begriffe überhistorisch zu definieren. Es wirkt in ihnen eine historische Dialektik, die darauf hinweist, dass diese Begriffe keinen stabilen, keinen endgültigen Sinn erlangen. Gerade weil sie so zentral für die politischen Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaften sind, sind sie ständig umstritten. Wir sollten also nicht auf

der einen Seite die Begriffe in ihrer moralphilosophischen Reinheit begründen oder rekonstruieren und auf der anderen Seite eine empirische Wirklichkeit im Blick haben, in der es meistens brutal und rücksichtslos zugeht. Die moralphilosophische Unterscheidung von Geltung und Faktizität, von Sein und Sollen taugt nicht viel: Moralphilosophen versprechen damit, einmal würde es ihnen gelingen, die moralischen Normen in einer für alle verbindlichen Weise zu begründen. Vielmehr sollten die Begriffe selbst – im Sinne eines kritischen Begriffs von Dialektik – in ihrer spezifischen Praxis analysiert werden. Dabei stoßen wir auf eine Widersprüchlichkeit und eine enorme Spannung, die diesen Begriffen innewohnt. Diese angesprochene Dialektik der bürgerlichen Normen können wir auch im Fall der Brüderlichkeit in wenigstens vier Hinsichten beobachten.

1 | Brüderlichkeit wurde in der bürgerlichen Revolution emphatisch verstanden: In seiner Ode an die Freude spricht Friedrich Schiller ganz kantianisch davon, dass »alle Menschen Brüder werden« sollen. Das Ziel der Aufklärung ist die Herstellung einer friedlichen, geeinten, vernünftigen Menschheit. Der Geltungsbereich dieser Normen erstreckt sich, radikal verstanden, also auf alle Menschen an allen Orten und zu allen Zeiten. Solidarität wäre mit Blick auf die Früheren der Versuch, ihr Leiden, ihre Kämpfe, ihren Beitrag zur Gattungsgeschichte zu erinnern. Der Universalismus der Norm der Brüderlichkeit gerät jedoch offensichtlich in Widerspruch mit der einseitigen Festlegung auf eine Solidarität unter Brüdern, die die Schwestern unbeachtet lässt. Das entspricht dem Gründungsakt des modernen Staates. In den bürgerlichen Theorien über den Gesellschaftsvertrag stehen im Zentrum des Zusammenschlusses die Männer: Es sind die männlichen Vorstände der Familien, die sich vertraglich zusammentun, um den Staat zu bilden. Entsprechend konnten die Frauen auch in der modernen Gesellschaft über lange Zeit aus dem Bereich der Öffentlichkeit herausgehalten werden. Der Bereich des Politischen ist der für die Väter, die Söhne, die Brüder. Diese Logik des Ausschlusses, enthalten in allen drei Normen, aber ausgesprochen in der Brüderlichkeit, wurde von Frauen seit der Französischen Revolution bekämpft. Sie versuchten, den Begriff der Menschenrechte zu erweitern, so dass auch die Frauen selbstverständlich als gleichberechtigte Subjekte gelten konnten. Wie bekannt, ist dies über viele Jahrzehnte nicht gelungen. Mit einem männlich-konkurrenzhaften Verständnis von Öffentlichkeit und Staat konnte sich auch eine aggressive und expansionistische Vorstellung von Universalismus der Menschenrechte und Brüderlichkeit durchsetzen, den die Revolutionäre Europas zunächst einmal als einen Napoleonischen Eroberungsfeldzug erlebten.

2 | Seit Mitte des 19. Jahrhunderts fand eine Erweiterung der Brüderlichkeit hin zur Solidarität statt, um vielfältige Formen wechselseitiger Unterstützung in den Blick zu bekommen. Im Sinne formaler Rechtsgleichheit und liberaler Freiheitsrechte be-

schränkt sich Solidarität zunächst einmal auf die Kooperation von privaten Marktproduzenten in einer ihnen selbst undurchsichtigen gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Der Begriff der Solidarität hat zunächst die privatrechtlich-ökonomische Bedeutung der Solidarhaftung: Die rational kalkulierenden Einzelnen tun sich zusammen, weil sie erwarten, ihre Kapitaleinsätze durch eine Versicherung gegen Geschäfts- und Lebensrisiken besser schützen können. Solidarität wird so zum Prinzip von Versicherungen. Dies untergräbt den Solidaritätsgedanken auf spezifische Weise. Denn die solidarische Unterstützung hört gerade dann auf, wenn sie besonders benötigt wird. Individuen, deren Lebensweise von der statistischen Norm abweicht, also aufgrund von Krankheit, Armut, Sozialverhalten mit überdurchschnittlichen Risiken verbunden ist, müssen entweder höhere Versicherungsprämien bezahlen oder finden keine Möglichkeit, sich zu versichern. Gerade wenn die Kollektivhaftung, die Unterstützung durch alle benötigt wird, werden die Risiken Einzelner nicht mehr versichert oder diejenigen, die mit ihren Beiträgen helfen könnten, entziehen sich.

Solidarität ist in diesem Sinn nicht mit einem emphatischen Gedanken an Freundschaft oder Menschheit oder Kooperation verbunden. Sie ist ein Geschäft. Diejenigen, die aufgrund von Konkurrenz aus dieser Arbeitsteilung herausfallen, werden von den anderen Mitgliedern der Gesellschaft unterstützt vermittels einer formalen, vom Staat nach rechtlichen Gesichtspunkten gewährten Solidarität, die von den Besonderheiten der Individuen gerade absieht. Solidarität wird zu einem Rechtsanspruch des Individuums, der vom Staat nach abstrakten Gesichtspunkten eingelöst werden muss, wenn Individuen als bedürftig definiert sind. Lange Zeit hatte das Bürgertum die Sorge, die staatliche Versicherung wäre die Vorstufe zum Sozialismus. Aber die Versicherungstechnik isoliert die Individuen und verbindet sie gleichzeitig klassenübergreifend (vgl. Donzelot 1994). Solidarität wird eine Praxis, die Arbeiterbewegung zu schwächen.

3 | In einer weiteren Bedeutungsschicht nimmt Solidarität auf die Gedankenwelt des Gesellschaftsvertrags Bezug. Ich habe schon auf die Schlussfolgerung Hegels hingewiesen, dass die freien und gleichen Bürger sich soweit unterstützen, dass das Gemeinwesen in seinem Bestand nicht dadurch bedroht werden darf, dass Einzelne herausfallen. Die moderne Gesellschaft wird seit dem 19. Jahrhundert von Philosophen und Sozialwissenschaftlern als bedroht angesehen, weil die Individuen nur ihren jeweiligen Nutzen verfolgen und ihnen Gesellschaft und Staat lediglich als Mittel zu diesem Zweck dienen. Dies gefährdet die Stabilität und den Zusammenhalt der Gesellschaft selbst. Solidarität tritt an die Stelle von Religion und soll dieser Erosion entgegenwirken. Individuen sollen normativ auf den Zusammenhalt des Gemeinwesens verpflichtet werden. Doch die Integration hat durchaus zwanghafte und repressive Züge, auf die kritische Sozialphilosophen wie Theodor W. Adorno immer wieder

hingewiesen haben – und wie sie sich auch in den aktuellen Integrationsdiskussionen behaupten. Hier will ich nur den Aspekt hervorheben, dass Solidarität zu einem Projekt wird, das die Klassen integrieren soll. Solidarität als Solidarismus verlangt von den Individuen, dass sie sich nicht als unterschiedliche, divergierende, gar als antagonistische Gruppen und soziale Klassen und Parteien organisieren, die die Gesellschaft zerreißen und in ihrem Bestand bedrohen, sondern dass sie eine gegliederte und gestufte Einheit bilden: Gemeinschaften und Korporationen, die das Gemeinwesen tragen. Am Ende steht eine religiös, kulturell und staatlich homogenisierte Gemeinschaft, die für diejenigen, die vermeintlich von außen kommen, keinen Platz hat und ihnen aufzwingt, ihre eigene Identität aufzugeben. Von der Solidarität zum Nationalismus, zur Herkunfts-, Schicksals- und Volksgemeinschaft ist es nicht weit.
4 | Die Arbeiterbewegung, die Linke und die sozialen Bewegungen haben eine weitere Bedeutungsschicht von Solidarität konstituiert. In diesem Fall verbindet sich mit dem Begriff nicht nur die wechselseitige Hilfe im Notfall, sondern die wechselseitige Unterstützung in Kämpfen, die als gemeinsame auch dann erfahren werden, wenn die Kämpfenden räumlich weit auseinander leben, verschiedenen Berufen, Wirtschaftszweigen oder Nationalitäten angehören, verschiedene Kompetenzen haben, weltanschauliche und religiöse Ansichten oder sogar politische Überzeugungen vertreten. Zum einen wollen die Lohnabhängigen durch Solidarität verhindern, dass sie von den Kapitaleignern in Konkurrenz zueinander gebracht werden. Zum Zweiten geht es um die Verwirklichung gemeinsamer Ziele. Solidarität bedeutet, in solchen Kämpfen gegen die Herrschenden zusammenzustehen, die anderen in ihren Kämpfen zu unterstützen, sich nicht zu distanzieren, ihnen in den Rücken zu fallen und sie zu schwächen. Betont werden »Gemeinsamkeiten gegen einen gemeinsamen Feind, das Zurückstellen von eigenen Ansprüchen im Verhältnis zu diesem Ziel, gegenseitige Hilfe im Interesse des Erreichens der gemeinsamen Ziele. Es schließt genauso das Tolerieren von Unterschieden, von Schwäche und Bedürftigkeit ein. Die Einheit von Selbstbehauptung, Gemeinschaftlichkeit, Selbsthilfe und Humanität mit dem Ziel der Gesellschaftsveränderung kennzeichnet die emanzipative Qualität« des Solidaritätsbegriffs.[1]

Da Solidarität eine universalistische Norm ist, sollte sie eigentlich das Handeln unmittelbar verpflichten können und anleiten. Doch gerade das tut sie nicht. Denn Solidarität, das lässt sich an dem zitierten Definitionsversuch gut erschließen, weist auch im linken und sozialistischen Kontext widersprüchliche Züge auf. Solidarität unterstellt einen gemeinsamen Feind, ist also ein Gegen-Begriff, solidarisch vereinigen sich Menschen im Kampf gegen Herrschende und Ausbeutende und bilden eine Gemeinschaft. Aufgrund dieser Konstellation hängt die Solidarität untereinander zunächst einmal davon ab, ob es gelingt, einen gemeinsamen Feind zu definieren.



©Anne Steckner

Das kann eine empirische Frage sein, doch ist sie selbst mit bestimmten Annahmen über die gesellschaftlichen Verhältnisse und einer Einschätzung zukünftiger Entwicklungen verbunden. So stellt sich die Frage, ob ein höherer Lohn für bestimmte Beschäftigtengruppen eine Korruption ist, die die Solidarität schwächt, oder ein Schritt zu einer Verbesserung der Lebenslage der Lohnarbeitenden insgesamt.

Solidarität existiert also nur im Schatten einer durch einen Dritten, den Feind, auferlegten Gemeinsamkeit und ergibt sich nicht aufgrund einer positiven Entscheidung für ein gemeinsam geführtes Leben. Gemeinschaft ist mit der Erwartung der Nähe, der geteilten Lebensform und Gesinnung verbunden und schränkt die Möglichkeiten der Verschiedenheit der Lebensformen und der Individualität ein. Im Namen der Solidarität kommt es zu Homogenisierung, nicht für alle Gruppen der Subalternen, nicht für alle Kämpfe gelten die Prinzipien der Solidarität. Solidarität kann leicht die »Anderen« ausschließen, also alle die, die durch Geschlecht, sexuelle Orientierung, Herkunft, Alter, Ausbildung, Beschäftigtenstatus, individuelle Neigungen abweichen. Vielleicht auch diejenigen, die für Ziele eintreten, die

zunächst gar nicht so erscheinen, als würden sie sich gegen denselben Feind richten, obwohl es faktisch der Fall ist. Umgekehrt kann die Solidarität solche Gruppen einschließen, von denen man vermutet, sie hätten denselben Feind, während doch ihre untergründig längerfristig wirkenden Orientierungen mit den gemeinsamen, die Solidarität tragenden und offiziell erklärten Zielen nicht vereinbar sind.

Nicht weniger schwierig ist das Problem, wie angesichts des Feindes solidarisch miteinander umzugehen ist. Es kann im Namen der Gemeinsamkeit des Kampfes für emanzipatorische Ziele zu Formen der Gewalt oder der Unwahrheit gegenüber anderen oder gegenüber denen kommen, die gemeinsam kämpfen. Im Namen der gemeinsamen Ziele werden also Prinzipien der Solidarität verletzt. Damit stellt sich die Frage, was Solidarität ist: Ist es die Vermeidung der Kritik, die interne Kritik, die Kritik unter vier Augen oder mit vorgehalter Hand, so dass verhindert wird, dass die »eigenen Reihen« desorientiert und geschwächt werden, jedoch das Risiko entsteht, dass dies von der anderen Seite ausgebeutet wird? Ist es die offene Kritik an der Gewalt und das Aussprechen der Wahrheit, was vielleicht darauf hinauslaufen würde, die eigenen Ziele oder Personen zu diskreditieren, was aber auch dazu führen könnte, dass die eigenen Ziele glaubwürdiger vertreten werden können?

Der prinzipielle Gesichtspunkt der Gemeinsamkeit angesichts neuer, neoliberaler Strategien, die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, die sozialen Bewegungen zu schwächen, hat eine aktuelle Bedeutung. Die vielen Unterschiede, die sich in der Arbeiterklasse immer finden: berufliche, regionale, kulturelle, Betriebsgröße, betriebliche Traditionen, Kampferfahrung, müssen immer von den Gewerkschaften und den linken Parteien vereinheitlicht werden. Solche Vereinheitlichungen, die maßgeblich auch von einer bestimmten Definition des »Feindes« bestimmt sind, lassen sich nicht dauerhaft stabil halten, da sich die Produktionsverhältnisse und der Kreislauf der kapitalistischen Verwertung selbst ändern. Mit der Krise der korporatistisch organisierten Arbeitsklasse und wohlfahrtsstaatlichen Linken erodieren auch die eingespielten Formen der Solidarität innerhalb der Arbeiterbewegung (Zoll 2000, 9). Diese war und ist, nach einem Ausdruck von Bodo Zeuner (2004, 332), exklusiv. Zeuner möchte diese exklusive Form der Solidarität unter Gleichen zur inklusiven Solidarität einer »Einheit in Vielfalt« weiterentwickeln, wie sie in der obigen Definition ebenfalls enthalten ist. Dies zielt auf eine internationale, vielleicht besser noch: transnationale Solidarität, die nicht nur die diplomatische Solidarität von Gewerkschafts- und Parteidelegationen oder eine Spende meint, sondern eine praktizierte Solidarität, die sich auf die neuen Realitäten eines transnationalisierten Kapitalismus, der weltweiten Migration, der globalen Umwelt und ihrer gemeinsamen Verwaltung als gemeinsames Erbe der Menschheit bezieht. Aber dies beinhaltet eine gewaltige Herausforderung der Reorganisation der gesellschaftlichen Verhältnisse, die norma-

tiv zu begründen der Begriff der Solidarität zu schwach ist. Es würde bedeuten, dass Staaten auf die Kontrolle der Grenzen verzichten und die Menschen frei wandern können. Es würde einschließen, dass Produktion nach Bedarf verlagert werden kann. Gegenwärtig geschieht dies nach Markt- und Profitgesichtspunkten. Aber selbst in diesem Fall schon stellt sich die Frage nach Solidarität. Die wettbewerbskorporatistische Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften sichert zwar Arbeitsplätze, doch verlagert sie Arbeitslosigkeit in die Exportländer. Eine Verlagerung von Maschinen aus Deutschland in die Türkei oder nach Indien schafft dort Arbeitsplätze und trägt zur Sicherung des Lebensunterhalts der Menschen in jenen Regionen bei, doch wird die Lebenssituation von Menschen in Deutschland prekärer. Die Verbreitung einer solchen westlich-imperialen Lebensweise wäre nicht nachhaltig. Wäre es demnach solidarischer, wenn auch weiterhin nur die OECD-Gesellschaften ihrem konsumistischen Lebensstil gemäß leben dürften, solidarischer, weil durch die Begrenzung dieses Konsummusters die Chance zur Rettung der Erde länger besteht und die Zahl der handelnden Akteure, die entscheiden müssen, überschaubar bliebe?

Adorno hat Recht: Es gibt offensichtlich kein richtiges Leben im falschen. Solidarisch sein könnten die Menschen allein unter Verhältnissen, die dem Begriff der versöhnten Menschheit entsprechen. In einer materialistischen Perspektive findet sich die Grundlage und Praxis von Solidarität in der konkreten Kooperation, in dem, was Marx als das reale Gemeinwesen bezeichnen würde (vgl. Marx/Engels 1845, 33). Historisch hat die Linke keinen Solidaritätsbegriff entwickelt, der das Ziel einer kooperativen Lebensweise in den Blick nimmt, in der die Menschheit friedlich und vernünftig zusammenlebt – in der die Einzelnen an der gemeinsamen Erzeugung des Gemeinsamen teilnehmen, in der alle nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten zusammenleben. Eine solche Form des Zusammenlebens bedürfte der Norm der Solidarität nicht mehr.

LITERATUR

Bayertz, Kurt, 1998: Begriff und Problem der Solidarität, in: ders. (Hg.): *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt/M
Berlin, Isaiah, 1995: *Freiheit. Vier Versuche*, Frankfurt/M
Donzelot, Jacques, 1994: Die Förderung des Sozialen, in: ders., u.a., *Zur Genelogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault,* Mainz
Hegel, G.W.F., 1821: *Grundlinien der Philosophie des Rechts,* in: Werke in zwanzig Bänden, Frankfurt/M 1970
Maihofer, Werner, 1976: *Grundwerte heute in Staat und Gesellschaft*, Bonn
Marx, Karl, und Friedrich Engels, 1845: *Die deutsche Ideologie*, in: Werke (MEW), Bd. 3, Berlin 1969
Zeuner, Bodo, 2004: Widerspruch, Widerstand, Solidarität und Entgrenzung – neue und alte Probleme der deutschen Gewerkschaften, in: Joachim Beerhorst, Alex Demirović, Michael Guggemos (Hg.): *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt/M
Zoll, Rainer, 2000: *Was ist Solidarität heute?*, Frankfurt/M

1 Solidarität als zentraler Wert der linken Bewegungen: www.rosalux.de/themen/gesellschaftsanalyse/specials/soziales/auseinandersetzungen-um-das-soziale-perspektiven-des-sozialen/ethische-fragen-in-der-sozialpolitik/solidaritaet-als-zentraler-wert-der-linken-bewegungen.html

SOLIDARITÄT UND COMMONS

PETER D. THOMAS

Konzept und Wirklichkeit von Solidarität gehören zu den wertvollsten »Quellen der Hoffnung«, die im langen Kampf in der und gegen die kapitalistische Modernisierung entwickelt worden sind. Verstanden als eine in den täglichen Kämpfen erfahrene und gelebte Wirklichkeit, hat der Ruf nach Solidarität zumindest für manche die Stärke eines kategorischen Imperativs, einer unmittelbaren Übereinstimmung von Mitteln und Zweck. Solidarität ist niemals unmittelbar oder tatsächlich gegeben, sondern entsteht mühsam und absichtsvoll als Antwort auf konkrete Probleme und Kämpfe. Sie bezeichnet ein Engagement, »da zu sein«, nicht aufgrund gemeinsamer Identität oder gemeinsamen Wesens, sondern gerade auf der Grundlage einer »ununterscheidbaren Differenz«. Ihre Bedeutung wird in der Praxis einer aktiven Bezugnahme auf Kämpfe entwickelt. Man kann also sagen, dass Solidarität auftritt, wenn Interessen aus unterschiedlichen, manchmal sogar widersprechenden Gründen in die Teilnahme an einem gemeinsamen Projekt münden und dabei die einzelnen Bestandteile sowohl bestärkt als verändert werden. Solidarisch zu handeln, bestünde demnach nicht zuvorderst darin, die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, Klasse oder einem Kollektiv herauszustellen. Vielmehr bedeutete es, soziale Beziehungen so herzustellen, dass jedes statische Verständnis des Kollektivs in Frage gestellt wird. Solidarität ist als solches eine konkrete Utopie im Blochschen Sinn, eine Hoffnung auf eine zukünftige Form der gesellschaftlichen Organisation, die gleichzeitig ein Versprechen ist: bereits in der Gegenwart auf deren Verwirklichung hinzuarbeiten. Die Praxis der Solidarität kann verstanden werden als andauerndes Experimentieren in den Formen demokratischer Erfahrung, die hinausgeht über die formalistische Trennung von

bürgerlicher Gesellschaft und ihrem Staat, zwischen sozial und politisch, Assoziation und Organisation, Norm und Wirklichkeit. Solidarität ist die eigentliche »materielle Verfassung« der modernen Arbeiterbewegung und ihres Bündnisses mit anderen ausgebeuteten und unterdrückten gesellschaftlichen Gruppen, die Form, in der Perspektiven und Praxen einer möglichen Selbst-Regierung des unreduzierbar Verschiedenartigen erarbeitet werden.

Solidarität nimmt als Konzept vielfältige Erfahrungen der Kämpfe auf, versucht neue Formen des Zusammenlebens zu finden. Sie fragt nach einem Weg, über vorbürgerliche kommunitaristische Praxen und Identitäten wie über neue Formen der Fragmentierung und der partikularistischen Trennung der kapitalistischen Vergesellschaftung hinauszugehen. Demirović betont im vorliegenden Heft, dass die geschichtliche Entwicklung des Konzeptes nicht ohne tiefe Widersprüche und Anfechtungen vonstatten ging, gerade weil die gesellschaftlichen Formen, auf die sich Solidarität zu beziehen versucht, selber widersprüchlich und umstritten sind. Es ist sicherlich richtig, dass einige Fassungen von »Solidarität« sich innerhalb des Bestehenden und seiner juristischen und administrativen Formen bewegten – Solidarität etwa verstanden als außer-rechtliche Anerkennung der Anteile der Anteillosen (Rancière). Oder Solidarität verstanden als Bindemittel, das die einzelnen gesellschaftlichen Atome durch eine Verwaltungsinstanz oder eine »Norm« von oben einigt. Diese Fassungen von Solidarität gehen überein mit jenen Kämpfen der »subalternen Klassen«, die geschichtlich innerhalb der Schranken des »engen bürgerlichen Rechtshorizontes« bleiben, wie Marx dies genannt hat – sozialdemokratischer oder gewerkschaftlicher »Reformismus«, syndikalistische Kämpfe, die eher darauf zielen, die schlimmsten Auswirkungen der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu mildern als die Ursachen radikal in Frage zu stellen. Aus anderen Erfahrungen heraus wurde versucht, dieses widersprüchliche Konzept in eine andere Richtung zu entwickeln – unter anderen Luxemburg, Lenin, Gramsci und Thompson haben eine Richtung aufgemacht, in der die aktive Herstellung von Solidarität zwischen verschiedenen Interessengruppen die Umrisse einer Gesellschaft bereitstellt, die nach Prinzipien von Gegenseitigkeit, Reziprozität und Kooperation gestaltet ist. In diesem Sinne kann die langsame, ungleichzeitige und notwendigerweise widersprüchliche Entwicklung des Konzeptes über die Jahrhunderte als Entdeckung von möglichen neuen Leitlinien eines ethischen Lebens und politischer Organisation verstanden werden, die nicht hinter den verschiedenen normativen und juristischen Paradigmen zurückbleiben, die in der aktuellen akademischen, politischen und philosophischen Diskussion – ganz zu schweigen vom politischen Mainstream – anerkannt sind. Mit dem Wiederaufleben von solidarischen Praxen ist eine unserer wichtigsten theoretisch-politischen

Herausforderungen, die Umrisse eines Konzeptes von Solidarität auszuarbeiten, das die herrschenden Ideologien auf ihrem eigenen Feld herausfordern kann, also als »realistische« Theorie über die Grenzen und Möglichkeiten gegenwärtiger politischer Aktivität dient.

Der »Waliser-Europäer« Raymond Williams hat in *Culture and Society 1780-1950* argumentiert, dass die Vorstellung von Solidarität »mit seiner Definition des gemeinsamen Interesses als tatsächlichem Eigeninteresse, das seine Verwirklichung vor allem in der Gemeinschaft findet«, möglicherweise »die eigentliche Basis der Gesellschaft ist« (1959, 332, Übers. d. Red.). »Solidarität« birgt für ihn die Möglichkeit einer genuin demokratischen Gesellschaft, die in der Lage wäre, eine »gemeinsame Kultur« zu realisieren. Nicht eine vereinheitlichte Gesellschaft – wie ihm von Kritikern vorgeworfen wurde –, sondern eine komplexe Organisation, die beständig im Fluss wäre und für die das Gefühl der Solidarität als einziges stabilisierendes Moment dient. Ziel ist eine »Vielfalt ohne Trennung«. Ein solches dialektisches Verhältnis zwischen Einheit und Vielfalt sei nur zu verwirklichen, indem Praxen und Prinzipien der Vergesellschaftung gefunden werden, die gegenseitige Verantwortlichkeit und Ausgleich beinhalten. Dadurch verwandle sich das defensive Element der Solidarität in eine weitere, positive Praxis der Nachbarschaft (vgl. 333f). Aufgrund dieser »nicht-kommunitären Gemeinschaft« verstand Williams Solidarität nicht nur als Kampf gegen das Alte, sondern als Praxis, die die Saat des Neuen trägt.

In Folge der Kämpfe der 1960er und 1970er Jahre nahm diese programmatische Dimension von Williams' Verständnis von Solidarität einen stärker pragmatischen Zug an, wohl angesichts der beeindruckenden Beispiele von Arbeiterbewegungs-Solidarität und »Nachbarschaft« im niedergeschlagenen Bergarbeiterstreik der 1980er. *Towards 2000* ist eine der frühesten und eindringlichsten Kritiken des neoliberalen Konsenses – Williams nannte es die »Vereinfachungen der Plan-X-Technokraten«, die er ironisch als »Sehrspätkapitalismus« bezeichnet. Jede zukünftige sozialistische Neugestaltung unserer Gesellschaften erschaffe notwendig komplexere Strukturen und Erfahrungen von privatem und öffentlichem Leben, »neue gemeinschaftliche Institutionen« oder politische Formen, die die Erfahrung von Solidarität in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verkörpern und verstärken könnten (1961, 375).

Die politische Wirklichkeit und ihre Reflexion wandelten sich schon bald grundlegend. Mit dem allgemeinen Sieg des Neoliberalismus und seiner Dezimierung der organisierten Arbeiterklasse vor allem in den 1980er und 1990er Jahren scheinen Bezugnahmen auf Solidarität einigen als nostalgische Sehnsucht nach einer früheren und unwiederbringlich verlorenen politischen Kultur. Sie

wird verbunden mit dem vorherigen »fordistischen« Moment, in dem die Arbeiterklasse angeblich durch Erfahrungen gemeinsamer Identität und ausschließender Gemeinsamkeiten geprägt war. In vielen Staaten wurde Solidarität im vollen Sinne – gerade auf dem wichtigsten Gebiet der Gewerkschaften – für illegal erklärt und ist es bis heute. Gleichermaßen hinderlich ist, dass »Solidarität« in vielen theoretischen Diskussion in Misskredit geraten scheint, offensichtlich befleckt durch Spuren von »organischem« und »essenzialistischem Kommunitarismus«, vor dem Williams gewarnt hat. Diese theoretischen Empfindlichkeiten treiben im Fahrwasser der politischen Wirklichkeiten. Theorien über unreduzierbare Identitäten und Differenzen antworten auf gesellschaftliche Auflösungserscheinungen. Solidarität impliziert ihrerseits die Möglichkeit einer Anordnung von Vektoren, die auf Vereinigung zielen.

Dennoch haben die politischen und gesellschaftlichen Bewegungen der letzten 15 Jahre zu einer Wiederkehr der politischen wie theoretischen Debatten geführt, was eine »gemeinschaftliche Lebensweise« bedeuten könnte. Niederlagen, Enttäuschungen und Rückschläge haben das nicht immer leicht sichtbar gemacht, aber diese Jahre waren eine langsame »politische Akkumulation« von Erfahrungen von Widerstand und neuen Perspektiven auf eine zukünftige Gesellschaft. Im Verlauf dieses Prozesses wurde Solidarität als Konzept wiederentdeckt und transformiert. Die Neuformierung der Linken in Deutschland (auch die Diskussionen der Rosa-Luxemburg-Stiftung) ist eine – längst fällige – Zurückweisung der Rede von »unvermeidbaren neoliberalen Fragmentierungen« der Neuen Mitte und New Labour.

Indem Konzept und Wirklichkeit von Solidarität ins Zentrum der Diskussion gegenwärtiger Organisationsformen gestellt werden, bietet diese Debatte nicht nur eine »historische Linie«, auf der die Reflexionen angestellt werden. Vielversprechend ist, dass sie auch eine Möglichkeit bietet, diese Tradition im vollen Sinne zu beerben: als Wiederbelebung der dynamischen Spannungen, die die Entwicklung von Solidarität als Konzept und Wirklichkeit begleitet haben, innerhalb von und gegen die gegenwärtige Verfasstheit der Gesellschaft. Diese Auseinandersetzung ist durch bestehende rechtliche und politische Formen überdeterminiert, aber der historische, konkrete Inhalt weist, mindestens der Möglichkeit nach, in Richtung einer Zukunft jenseits der Abstraktionen des bürgerlich-kapitalistischen Staates.

Auch in gegenwärtigen theoretischen Debatten ist diese Bewegung spürbar. Gegen Partikularismus, Regionalismus oder identitäre Konzepte der vorhergehenden philosophischen Konjunkturen (kurzgefasst als depolitisierende Postmoderne) haben viele Theoretiker betont, dass es notwendig ist, über die Koordinaten einer Erneuerung von Universalismus und *Commons* – auch einer kommunistischen Hypothese, wie Alain Badiou es genannt hat – nachzudenken.

Peter Linebaugh hat »Solidarität« und »Commons« enger verknüpft: In seinem *Magna Charta Manifest* hat er die Wertschätzung der alltäglichen Erfahrung des »*commoning*« betont. Darin liege sowohl ein Schlüssel zum Verständnis der endlosen aneignenden Dialektik der Moderne als auch eine politische Ressource für aktuelle Kämpfe. Solidarität bilde die Grundlage des »*commoning*« (2010). Sein Projekt verbindet die Idee von Solidarität mit alltäglichen Praxen von Gemeinschaftlichkeit und Gegenseitigkeit und in gesellschaftlichem Austausch, der nicht auf dem Äquivalententausch, sondern auf Praxen der Fürsorge und Bewirtschaftung beruht. Für die Unterscheidung der Commons vom Öffentlichen (eine rechtliche Befriedung der Dynamiken der Partizipation der Commons) betont Linebeaugh, dass Solidarität dort beginnt, wo individueller Egoismus endet. Oder: in den Momenten, wenn *commoning* Formen findet, sich der Aneignung und Zerstörung durch juristische Kategorien von Eigentum (privat oder öffentlich) zu entziehen.

Hardt/Negri haben auf ihre Weise in *Commonwealth* die »Republik des Eigentums« ins Visier genommen. Die Commons seien die – immer schon korrumpierte – Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. Die Korruption entfalte sich in den Institutionen von Familie, Unternehmen und dem Staat, in Mechanismen der »Repräsentation«, die Singularitäten in Identitäten und das Gemeinschaftliche in die Eigentumsformen von privat und öffentlich zwingen. Hier skizziert *Commonwealth* einige Konzepte, mit denen erneuerte Konzepte von Solidarität gedacht werden können – auch wenn der Begriff im Buch nur am Rande vorkommt. Statt Identitätspolitik der »wahren« Politik gegenüberzustellen, argumentieren sie für eine »revolutionäre Parallelität« der vielen Identitäten. Die Singularitäten werden vielfältig, multipel. Hardt/Negri verstehen das als Herausbildung der »Multitude«. Dieses Zusammentreffen der Singularitäten stellt ihres Erachtens das Gemeinsame her: als inklusive Wechselbeziehung, in der Konflikt und Differenz nicht negiert, sondern geschätzt werden.

Solidarität kann hier als ethisch-politisches Prinzip verstanden werden, das den Multiplen-Singulären erlaubt, ihr Zusammenkommen so zu organisieren, dass sie dadurch handlungsfähig werden. Solidarität wäre dann der aktive Versuch, Formen zu schaffen, in denen Differenzen nicht als Verletzung einer vorgegebenen essenziellen Einheit erfahren werden können, sondern als Voraussetzung für einen Prozess der andauernden und immer aufs neue zu verhandelnden Vereinigung. Mit Gramsci gesprochen ginge es um Praxen, die verschiedene gesellschaftliche Erfahrungen und Kämpfe »übersetzen« können. Für eine Verallgemeinerung von Interessen müssen differierende Interessen respektiert – und neu verbunden werden. Das ist Mittel zu und Zweck einer Gesellschaft, die auf Solidarität beruht (vgl. Candeias 2010, 10).

Aus einer anderen politischen und theoretischen Tradition scheinen Hardt/Negri das Anliegen von Williams in zeitgenössischem Vokabular neu auf die Agenda zu setzen: sein Bestehen auf einer Solidarität, die Vielfalt erreichen und bestärken würde, ohne Spaltungen zu schaffen. Hardt/Negris Drängen auf die Entwicklung von Formen nicht-korrupter Selbstrepräsentation der Commons kann mit Williams' Argument verbunden werden, dass es darum gehe, neue gemeinschaftliche Institutionen praktischer Solidarität zu entwickeln, die auf den Prinzipien von gegenseitiger Verantwortung und Rücksichtnahme basieren. Hardt/Negri fordern einen Prozess, den sie »die Revolution steuern« nennen – dabei gehe es darum, einen neuen Typ von Institutionen zu erarbeiten, die nicht einfach subalterne Inhalte aufgreifen und in ein repräsentatives und juristisches Paradigma einfügen. Stattdessen geht es darum, Institutionen zu skizzieren, die der »Republik des Eigentums« widerstehen könnten. Ein Prozess, den Williams die demokratische »lange Revolution« der Moderne genannt hat.

Mit der globalen Krise werden unterschiedliche Formen von lokalem Widerstand entstehen. Es geht nicht nur darum, das Konzept und die Praxis der Solidarität als »Tradition der Unterdrückten« wiederzubeleben und damit die Kämpfe zu koordinieren und zu vertiefen. Die Tiefe der Krise erfordert es, dass wir diese wiederbelebten Konzepte und Praxen von Solidarität in institutionellen Begriffen ausarbeiten – als alternatives politisches Programm und als Prinzip der Vergesellschaftung. Mit Williams, Linebaugh, Hardt/Negri lassen sich erst Schritte hin zu einem zeitgenössischen Konzept von Solidarität denken. Das wird uns in die Lage versetzen, so genannte realistische Aufrufe zur Verwaltung der Krise zurückzuweisen und stattdessen das realistische und notwendige Ziel anzugehen, sie in eine demokratische sozialistische Gesellschaft zu überführen.

Aus dem Englischen von Christina Kaindl

LITERATUR

Badiou, Alain, 2010: *Die kommunistische Hypothese*, Berlin

Mario Candeias, 2010: Von der fragmentarischen Linken zum Mosaik, in: *Luxemburg* 1/2010, 6–17

Alex Demirović, 2010: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, in: *Luxemburg* 4/2010, 130–39

Hardt, Michael, und Antonio Negri, 2010: *Commonwealth. Das Ende des Eigentums*, Frankfurt/M

Linebaugh, Peter, 2008: *Magna Carta Manifesto*, Berkeley

Ders., 2010: »*All For One and One For All!*« Some Principles of the Commons; www.counterpunch.org/linebaugh01082010.html

Williams, Raymond, 1959: *Culture and Society 1780–1950*, London

Ders., 1961: *The Long Revolution*, London

Ders., 1983: *Towards 2000*, London

ORGANISIERUNG IN PFLEGE-, SORGE- UND HAUSARBEIT

IRIS NOWAK

In linken und feministischen Kontexten herrscht Einigkeit, dass auf die Krisen des Kapitalismus eine zukunftsfähige Antwort nur gefunden werden kann, wenn es zu einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbau kommt. Eine Säule wäre ein Ausbau des öffentlichen Sektors, diskutiert z.B. als Care-Revolution (Gabriele Winker, vgl. *Luxemburg 3/2010)*, soziale Infrastruktur (Joachim Hirsch) oder sozialökologischer Umbau (Hans-Jürgen Urban). Es herrscht eine gewisse Nicht-Kommunikation bzw. Arbeitsteilung zwischen den Denkansätzen: Geschlechterforscherinnen entwerfen die Neuorganisation und Aufwertung von Sorge-, Pflege- und Hausarbeit und fordern Staat und Männer auf, diese umzusetzen. Linke Akteure konzentrieren sich auf die Analyse von kollektiven Zusammenschlüssen, sozialen Bewegungen und Bündnissen, aus denen heraus Konflikte geführt werden.

Im Folgenden schließe ich an beide Diskussionslinien an und zeige an drei Konflik-

ten, wie Menschen, die bezahlte Sorge-, Pflege- und Hausarbeit leisten, um ihre Rechte kämpfen und sich organisieren. Den unterschiedlichen Konfliktsituationen ist gemeinsam, dass Kämpfe um materielle Verbesserungen mit Konflikten um die kulturelle Wahrnehmung der Arbeit einhergehen. Die Konflikte rühren damit an die Frage, welche Lebensqualität und Handlungsmöglichkeiten Gesellschaft denjenigen zugesteht, für die diese Arbeit geleistet wird.

DER »SCHEISS-STREIK«

Im April und Mai 2009 waren alle, die in der persönlichen Assistenz für Behinderte oder in der häuslichen Pflege tätig sind, aufgefordert, sich am »ersten Online- und Versende-Streik« zu beteiligen. Mitmachen hieß, ein Kotröhrchen zu kaufen, es zu befüllen und an konkrete Mitglieder des »einzigartigen Interessenskartells« zu verschicken, das für Lohndumping und Zeitdruck in diesem Bereich verantwortlich ist. Wer zu diesem Kartell gehört, konnte jedeR Streikende selbst entscheiden. Online – bei Wahrung der eigenen Anonymität – konnte er oder sie anschließend dokumentieren, aus welchen Gründen welcher Adressat ausgewählt worden war.

Träger und Initiatoren dieser Aktion waren Beschäftigte eines Berliner Vereins, der Behinderte darin unterstützt, dass diese in ihren eigenen vier Wänden leben können. Sie wehrten sich (gemeinsam mit ihrem Betriebsrat) dagegen, dass Neuangestellte zu Billiglöhnen beschäftigt werden sollten.

Die Kritik richtete sich nicht nur gegen den eigenen Träger, sondern die gesamte Organisation von Pflegearbeit in Deutschland sollte in den Blick genommen werden. Die Form der Online-Aktion versucht eine Antwort auf die spezifischen Arbeitsbedingungen zu finden, die aus dem Arbeitsort »Privathaushalt« erwachsen: Die Beschäftigten sind auf sich gestellt, ihren Alltag verbringen sie ohne gemeinsame Erfahrungen mit KollegInnen. Stattdessen stehen sie in großer Nähe zu jenen, für die sie diese Tätigkeit verrichten.

Allein mit einer Online- und Versende-Aktion, bei der sich Menschen zwar auf einer gemeinsamen Plattform öffentlich äußern, kann allerdings nicht die Tatsache ausgeglichen werden, dass sie ihren Alltag vereinzelt durchleben. Tatsächlich kam kaum Rücklauf von den Beschäftigten. Die Aktion war vor allem ein öffentlichkeitswirksamer Auftakt zu einer bundesweiten Zusammenarbeit zwischen Beschäftigten in der persönlichen Assistenz und in der ambulanten Pflege. Hinzu kam, dass in Berlin die Sätze der staatlichen Institutionen für Pflege- und Assistenzarbeit neu verhandelt wurden. Der Scheiß-Streik war der Versuch, in diese Aushandlungen einzugreifen, indem er gezielt aufgriff, was nach wie vor tabuisiert ist (die Arbeit mit Scheiße). Die Beschäftigten sollten, so die InitiatorInnen, die Möglichkeit haben, den »Scheiß, den wir täglich wegmachen«, an die Personen oder Institutionen zurückzugeben, die »für die immer beschisseneren Arbeitsbedingungen verantwortlich sind«. Für Außenstehende mag die Rede über Scheiße als Provokation erscheinen – für die Beschäftigten im Bereich von Pflege/Assistenz ist sie täglicher Arbeitsgegenstand. Mit dem Scheiß-Streik werden so menschliche Tätigkeiten ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, die für gewöhnlich im Privaten verschwinden.

Die Verschickung kritisiert die strukturelle Abwertung dieser Arbeit, wirft aber zugleich neue Probleme auf, da sie Assistenz- und Pflegearbeit auf das Hantieren mit Scheiße reduziert. Der Arbeit, die immer eine Beziehung von zwei Menschen (eine ziemlich komplizierte Mischung aus Intimität und gegenseitiger Abhängigkeit) beinhaltet, wird das nicht gerecht. Das könnte *eine* Erklärung für die geringe Beteiligung der Beschäftigten sein.

Eine weitere Dimension der Konflikte um Pflege- und Assistenzsätze gerät mit diesem Fokus aus dem Blick: Durch die persönliche Assistenz seit den 1970er Jahren wurden Formen gefunden, in denen Behinderte fern von Familie und Heimen autonom leben konnten; das war ein großer Fortschritt. Wenn Assistenz- und Pflegesätze niedrig bleiben, stellt dies auch den Anspruch von Behinderten und Pflegebedürftigen auf Autonomie in Frage. Im Scheiß-Streik ist es kaum gelungen, diese unterschiedlichen Interessen miteinander zu vermitteln, um sich gemeinsam gegen staatliche Kürzungen zu wenden.

MIGRANTISCHE LOHNKÄMPFE IM PRIVATHAUSHALT

Neben staatlich regulierter Assistenz- und Pflegearbeit gibt es in Privathaushalten auch eine große Anzahl informeller Arbeitsverhältnisse. Ein Großteil der Beschäftigten sind Migrantinnen, viele leben illegalisiert in Deutschland. Untersuchungen befassen sich zunehmend damit, aus welchen Verhältnissen diese Frauen kommen – sie sind oft hochqualifiziert, haben in ihren Heimatländern aber keine Möglichkeit, sich und ihre Kinder zu ernähren – und wie sie einen Alltag gestalten, in dem sie kaum Rechte bzw. Möglichkeiten haben, vorhandene Rechte durchzusetzen. Die Frage nach der Handlungsfähigkeit der Migrantinnen und den Ansätzen, wie sie unterstützt werden können, ist dabei in den Hintergrund geraten.

Seit Ana S. 2008 einen Teil ihres ausstehenden Lohns vor einem Hamburger Arbeitsgericht eingeklagt hat, hat sich der Blick auf die illegalisierte Hausarbeit verschoben. Ana S. war ursprünglich für ein Jahr als Au-Pair aus Peru nach Deutschland gekommen, um den Lebensunterhalt für ihre Kinder zu verdienen. In einem Hamburger Haushalt arbeitete sie im Schnitt zehn Stunden täglich, ihr Stundenlohn betrug etwa ein Euro. Erst nach drei Jahren lernte sie zufällig eine Frau kennen, die sie an eine entsprechende Beratungsstelle vermittelte. Unterstützt durch antirassistische Initiativen und durch ver.di klagte sie vor dem Arbeitsgericht auf Nachzahlung ihres Lohns in Höhe von 47 000 Euro. Bekommen hat sie letztlich einen fünfstelligen Betrag – ein Präzedenzfall für Deutschland, an dem deutlich wird, dass Menschen Arbeitsrechte auch bei illegalisiertem Aufenthaltsstatus einklagen können.

Ein Erfolg dieses Falls liegt darin, dass die Angelegenheit vor einem *Arbeits*gericht verhandelt und entschieden wurde – gegen den Widerstand der übrigen Beteiligten: Die Arbeitgeber beharrten darauf, dass es sich bei dem Konflikt um eine familiäre Angelegenheit handelt, die Richterin schloss sich ihnen teilweise an.

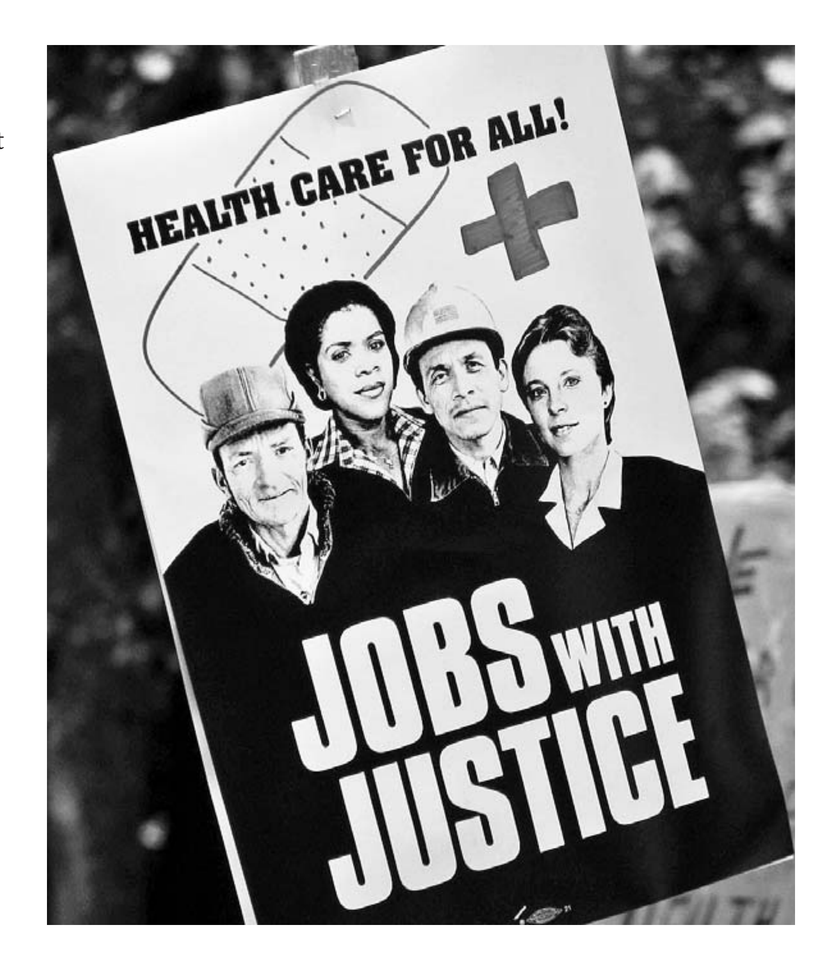
Wie in diesem Einzelfall sind Ausgangspunkte der Organisierung dieser Hausarbeiterinnen oft Probleme, die sich aus dem

Aufenthalts-Status und anderen rassistischen Strukturen sowie Zuschreibungen ergeben. Der Fall Ana S. zeigt, welche Konflikte geführt werden müssen, wenn eine Aufwertung von Sorgearbeit gelingen soll. Staatliche rassistische Ausschlüsse und Illegalisierung von Migrantinnen sind die Voraussetzung dafür, dass diese (unabhängig vom gelernten Beruf) in großer Zahl Haus- und Sorgearbeit leisten – unter Bedingungen, die unterhalb der sozialen und arbeitsrechtlichen Standards liegen. Dieses Arbeitskräftepotenzial wiederum ist Voraussetzung dafür, dass trotz schwindendem Sozialstaat das Pflegesystem nicht zusammenbricht und hochqualifizierte Frauen verstärkt erwerbstätig sind.

Wie können aus dem Fall Ana S. viele Fälle werden? In vier Städten in Deutschland sind zwischenzeitlich gewerkschaftliche Anlaufstellen für Illegalisierte entstanden. Sie erhalten dort Beratung oder Hilfe in arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen. Darüber hinaus wäre es ein Erfolg, wenn die Frage, wer unter welchen Bedingungen Hausarbeit leistet, ebenfalls ein breiterer Gewerkschaftsdiskurs werden würde (und z.B. in der Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung enden würde), anstatt diese Frage so genannten Frauenkontexten zu überlassen.

DER KITA-STREIK 2009

Der Streik der Kita-Beschäftigten im Sommer 2009 ging von anderen strukturellen Voraussetzungen aus: Kita-Beschäftigte arbeiten nicht vereinzelt an isolierten Arbeitsplätzen; zudem war der Anteil an gewerkschaftlich Organisierten schon vor dem Streik kontinuierlich gewachsen. Die hohe Beteiligung und die



flickr/NESRI

Intensität, in der gestreikt wurde, war überraschend. Die Kommunikation, die gerade in ländlichen Gebieten und kleinen Betrieben schwierig ist, gelang unerwartet gut.

Dies mag daran liegen, dass der Konflikt einerseits bundesweit (und zentralisiert) geführt wurde, das Thema entsprechend platziert werden konnte und Ressourcen zur Verfügung standen. Andererseits kamen einige Ansätze von basis-demokratischen Formen zum Tragen:[1] So wurde den Bezirken überlassen, wie sie den Streik zeitlich organisieren. Oft war das Streiken mit Aktionen im öffentlichen Raum verbunden und ließ Platz für die Kooperation mit der Elternschaft,

die teilweise Druck auf lokale Regierungen ausübte. Punktuell gab es Verknüpfungen mit anderen Konflikten wie dem Bildungsstreik oder Auseinandersetzungen im Einzelhandel.

Streikfördernd wirkte, dass sich der hegemoniale Diskurs über Kinderbetreuung in Deutschland in den letzten Jahren gewandelt hat – auch wenn damit neoliberale Interessen verfolgt werden: Ursula von der Leyen wollte den Ausbau der Betreuungsstrukturen, weil sie hochqualifizierte Frauen als Arbeitskräfte in der Wirtschaft sehen will. Es wachsen die Zweifel, ob schlecht ausgebildete und bezahlte Kita-Angestellte den Nachwuchs des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu ausreichend lern- und arbeitsfähigem Humankapital heranziehen können. Auch diese diskursive Aufwertung sorgte für erhöhte Streikbereitschaft und dafür, dass sich zunächst kein politisches Lager in Deutschland gegen die Streikenden stellen konnte. Der Kita-Streik stellte den Versuch dar, diese kulturell-ideologischen Konflikte (deren Ausgang keinesfalls entschieden ist) in materielle Fragen zu übersetzen.

Schließlich zeigte sich, dass auch da, wo die Löhne erschreckend gering sind, weitreichende Fragen nach Arbeits- und Lebensqualität einen hohen Stellenwert haben. ver.di hatte den Gesundheitsschutz zunächst nur aus strategischen Gründen zum zentralen Thema der Forderungen gemacht. Dass die hohen und steigenden Belastungen, die Kinderbetreuung für die Beschäftigten mit sich bringt, damit öffentlich diskutiert wurden, wirkte unerwartet als ein wichtiger Mobilisierungsfaktor.

Was lässt sich aus diesem kurzen Gang durch die unterschiedlichen Konfliktfelder lernen? In allen drei Feldern geht es darum, Sorge-, Pflege- und Haushalts-Tätigkeiten in der Öffentlichkeit als Arbeit, und zwar als körperlich belastende Arbeit, zu thematisieren. Beim Kita-Streik ist dies in zustimmungsfähiger Weise gelungen (z.B. durch Vergleich von Kinderlärm und Düsenjets), beim Scheiß-Streik bleiben offene Fragen: Rechte und Lebensqualität der Nutzerinnen und die Rechte, die Beschäftigte in der Arbeit haben, werden in Zeiten knapper Kassen als Gegensätze konstruiert. Sofern die finanziellen Engpässe der Arbeitgeber als Sachzwang hingenommen werden, scheint es fast unanständig, gute Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und selbstbestimmtes Arbeiten zu fordern. Im Bereich von Sorge-, Pflege- und Hausarbeit sehen sich die Beschäftigten kaum als Arbeitende, die Rechte haben und sie auch einfordern können. Den Kita-Beschäftigten ist das gelungen. Ob und wie sich solche Prozesse in Bereichen entwickeln können, in denen vereinzelt gearbeitet wird und die keine Bedeutung für Standortpolitik haben, ist eine offene Frage. Die Frage nach solidarischem Handeln betrifft hier nicht nur die Bündnispolitik zwischen politisch organisierten Gruppen. Vielmehr geht es auch darum abzuwägen, inwiefern Beschäftigte in Arbeitskämpfen die Interessen derer, die von ihnen versorgt werden, berücksichtigen wollen und müssen.

1 Das Ergebnis des Streiks ist aufgrund der geringen Verbesserungen umstritten. Der Tarifabschluss wird von einigen Beteiligten als Ausdruck davon gesehen, dass bei der Abstimmung darüber letztlich auf Demokratie zugunsten der Interessen der Gewerkschaften an einer Befriedung des Streiks verzichtet wurde. Vgl. hierzu beispielsweise das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di unter www.netzwerk-verdi.de.

KONFLIKTE UM PERSÖNLICHE ASSISTENZ

MICHAEL ZANDER

»Persönliche Assistenz« ist ein Modell, das wesentlich von Menschen mit Behinderung entwickelt wurde, um ihren Hilfebedarf zu decken. Die Prinzipien sind einfach: Die Person, die Assistenz erhält – die/der »AssistenznehmerIn« –, bestimmt in Absprache, wer zu welcher Zeit die Assistenz leistet, was die Assistierenden wie tun und wo assistiert wird. Assistenz kann im Rahmen des so genannten ArbeitgeberInnenmodells stattfinden, das hier der Kürze halber vernachlässigt wird,[1] oder durch Anbieter wie *ambulante dienste (ad)* oder *Lebenswege* erbracht werden. Beim ambulanten Dienst kann die Hilfe nehmende Person die Assistenzkräfte unter den Angestellten der Firma wählen oder selbst »mitbringen«. Die öffentliche Finanzierung setzt sich aus Leistungen der Pflegeversicherung (je nach Pflegestufe) und der Sozialhilfe (Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe) zusammen. Assistenz zielt auf »Selbstbestimmung« in dem Sinne, dass sie sich gegen das Reglement von Wohnheimen richtet, gegen die Abfertigung im strikten Zeit-



Mai 2009, Seattle, Health Care Rally, flickr/Neil Parekh/SEIU Healthcare 775NW

regime konventioneller Sozialstationen, gegen pädagogisierende Zumutungen seitens so genannter Fachleute, gegen die Abhängigkeit von nicht immer wohlmeinenden Angehörigen und gegen die Last der Dankbarkeit. Wer Assistenz erhält, kann im Alltag Entscheidungen treffen, die für Nichtbehinderte selbstverständlich sind: über Aufstehen und Zubettgehen, Essen und Kleidung, Toilettengänge und Körperpflege, Freundschaften und Liebesbeziehungen, Freizeit und Urlaub.

AssistenznehmerInnen verfügen je nach anerkanntem Hilfebedarf täglich über eine bestimmte Zeit an Assistenz. Auch die AssistentInnen können entscheiden, bei wem sie arbeiten. Zwar müssen letztere auf die ihnen notwendigen Arbeitsstunden kommen; sie können aber ihre Arbeitszeit selbst regulieren; der Arbeitgeber kann sie nicht gegen ihren Willen zu Diensten schicken. Die AssistentInnen arbeiten in kontinuierlichen Teams, die Möglichkeiten zum Austausch oder zur Besprechung von Konflikten zwischen ihnen und der/dem jeweiligen AssistenznehmerIn bieten. Gerade Menschen, die bis zu 24 Stunden täglich Hilfe benötigen, haben ein besonderes Interesse an dieser Form der Hilfe.

Im Mittelpunkt der aktuellen Konflikte bei den Berliner Anbietern von Assistenz *ambulante dienste* und *Lebenswege* stehen zwei Fragen. Das dringendste Problem ist die Bezahlung der Beschäftigten. Die mit dem Berliner Senat vereinbarten Entgelte für die Assistenzdienste wurden in 14 Jahren nur geringfügig erhöht, was zu einem massiven Kaufkraftverlust geführt hat. Die Stundenlöhne bei neu abgeschlossenen Arbeitsverträgen wurden auf 7,50 Euro, 8,63 Euro bzw. 8,75 Euro herabgedrückt, was große Unzufriedenheit und Fluktuation unter den Beschäftigten ausgelöst hat. Vor allem zwei Umstände belasten die Dienste finanziell: Durch die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge arbeiten immer weniger Studierende in der Assistenz, die bisher betriebswirtschaftlich günstige Arbeitskräfte waren. Neuverhandlungen der Entgelte zwischen Senat und Diensten stehen nun unmittelbar bevor, da die entsprechende Vereinbarung zum Ende des Jahres ausläuft. Die Beschäftigten fordern eine Anhebung ihrer Löhne auf 11,50 Euro. Derzeit bietet die Finanzierung von *ad* und *Lebenswege* nicht die Möglichkeit, in Anlehnung an den Tarif des

öffentlichen Dienstes zu entlohnen. Ergebnis der Verhandlungen müssen Entgelte sein, mit denen die Löhne deutlich erhöht werden können, in Anlehnung an den TVÖD.

Das zweite Problem betrifft die formale Anerkennung von Qualifikationen und wird unter den Beschäftigten kontrovers diskutiert. AssistentInnen sind qualifizierte Kräfte, die z.T. komplexe und schwierige Aufgaben bewältigen. Ihre Ausbildung übernehmen die Dienste und die AssistenznehmerInnen während der Arbeit. Diese Herangehensweise gründet auf der Überzeugung, dass Menschen mit Behinderung ExpertInnen für ihr eigenes Leben sind; sie weisen den Paternalismus zurück, den überkommene Berufsbilder transportieren und der statt der Betroffenen die Professionellen als hauptverantwortlich definiert. Die Qualifikation sei auf individuelle Bedürfnisse der AssistenznehmerInnen zugeschnitten und nur begrenzt verallgemeinerbar, so die Position vieler Behinderter. Zudem dürfe die Personalauswahl der Behinderten nicht weiter eingeschränkt werden. Beschäftigte argumentieren, die mangelnde Anerkennung von Qualifikationen beschränke ihre Bezahlung, Lernmöglichkeiten und Arbeitsmarktchancen. Eine dreijährige Ausbildung würde den Kreis derjenigen einschränken, die den Beruf für sich wählen könnten. Dies ist nicht im Interesse vieler Beschäftigter, die Assistenz als Übergangs- oder Nebentätigkeit ausüben. Ein Kompromiss zwischen den Positionen scheint nicht möglich.

Linke sind es gewohnt, sich in Arbeitskonflikten mit den Beschäftigten zu solidarisieren. In diesem Fall gibt es eine weitere Gruppe, die von asymmetrischen Machtverhältnissen negativ betroffen ist. Menschen mit Behinderungen werden in der Linken kaum wahrgenommen, vielleicht als Opfer von Sozialabbau, aber nicht als politische Akteure.

Der »Scheißstreik« (vgl. den Beitrag von Iris Nowak) wurde kontrovers diskutiert. Beschäftigte artikulierten ihre Interessen und brachten Missstände an die Öffentlichkeit. Aber die Aktion konnte als symbolische Gewalt gelesen werden: Nichtbehinderte verschicken die Scheiße von Behinderten (überwiegend) an andere Nichtbehinderte, um sich über schlechte Arbeitsbedingungen zu beschweren. Für Behinderte, die ohnehin um die Wahrung ihrer Intimsphäre kämpfen müssen, bedeutete diese nicht beabsichtigte, aber nahe liegende Lesart, dass ihre Exkremente in den Mittelpunkt eines öffentlichen Diskurses gestellt werden. Für Proteste sorgte eine von einigen Beschäftigten organisierte Ausstellung mit nachfolgender Plakatkampagne im September/Oktober 2010: Während die Kuratoren beanspruchten, mit den Motiven Tabus zu brechen, kritisierten nicht nur Behinderte, dass hier AssistenznehmerInnen abwertend präsentiert werden, z.B. als Alkoholiker.[2]

Es gibt auch positive Beispiele. Am 25. Oktober demonstrierten AssistenznehmerInnen und AssistentInnen gemeinsam vor der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen für eine Erhöhung der Entgelte. Es gilt, auf beiden Seiten eine Kultur der Solidarität zu stärken und sich dagegen zu schützen, dass die Belange der einen Gruppe gegen die der anderen ausgespielt werden.

---

1 Vgl. http://drei.verdi.de/2010/ausgabe-34/aktiv/seite-7
2 Vgl. www.jenseits-des-helfersyndroms.de, kritisch: www.ak-mob.org

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

GAR ALPEROVITZ Professor für Politische Ökonomie an der University of Maryland. V: America Beyond Capitalism: Reclaiming Our Wealth, Our Liberty, and Our Democracy (2010)

ÉTIENNE BALIBAR französischer Philosoph und bekannter Marxist, Schüler und enger Mitarbeiter von Louis Althusser. V: Der Schauplatz des Anderen. Formen der Gewalt und Grenzen der Zivilität (2006), Sind wir Bürger Europas? (2003)

ROBERT COHEN Schweizer Filmregisseur, Literaturwissenschaftler und Schriftsteller, Mitglied des wiss. Beirats von *Das Argument*. V: Exil der frechen Frauen (2009), Die Unbeschwerten (2010)

ANNA CURCIO Politologin und Aktivistin, Dozentin an der Universität von Messina. Schwerpunkte: Soziale Bewegungen und Arbeitskämpfe, Mitglied von Edu-Factory Collective

ALEX DEMIROVIĆ Politikwissenschaftler und Soziologe, Gastprof. an der TU Berlin für Politische Theorie und Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, Redakteur der *Prokla* und der *Luxemburg* sowie Vorstandsmitglied der RLS. Schwerpunkte: Kritische Theorie der Gesellschaft, Demokratie- und Staatstheorie. V: Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven (2007)

MICHAEL EDWARDS war jahrelang Dozent für Stadtplanung an der Bartlett School des University College London und aktiv im London Social Forum, nun bei Just Space Network und INURA. V: Do Londoners make their own plan? in: K. Scanlon und B. Kochan: London: coping with austerity (2010)

CHRISTINA EMMRICH Politikerin (Die Linke) und seit 2002 Bezirksbürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Personal und Finanzen in Berlin-Lichtenberg

TASHY ENDRES Architektin, Aktivistin, Übersetzerin, Trainerin in Gewaltfreier Kommunikation. V: Übersetzung (mit Sophia Deeg) von Eyal Weizman: Hollow Land – The Israeli Architecture of Occupation (2009)

DANIEL FASTNER Übersetzer, MA Philosophie, Redakteur von *Das Argument*, Mitglied der Gruppe [pæris]

TED HOWARD Gründer und Direktor von The Democracy Collaborative an der University of Maryland und wiss. Mitarbeiter der Cleveland Foundation, aktiv in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit mit NGOs und der UNO. V: Entropy: A New World View (mit Jeremy Rifkin, 1980)

PETER JEHLE Romanist und Germanist, Gymnasiallehrer für Französisch, Deutsch und Spanisch, Gramsci-Übersetzer sowie Redakteur und Mitherausgeber von *Das Argument* und HKWM. V: Zivile Helden: Theaterverhältnisse und kulturelle Hegemonie in der französischen und spanischen Aufklärung (2010)

CHRISTINA KAINDL Dipl.-Psych., hauptamtliche Redakteurin der *Luxemburg*. Doktorandin FB Politikwissenschaften der FU Berlin. V: Subjekte im Neoliberalismus (Hg., Verf., 2007); Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus (Hg., Verf., 2005).

DOV KHENIN israelischer Politiker, Rechtsanwalt und Aktivist, Knesset-Abgeordneter für die linke Liste Chadasch und Mitinitiator von »City for All«

JOHN LISS seit über 30 Jahren aktiv in politischer Organisierung in Virginia, Gründungsmitglied und Geschäftsführer der Vereinigten MieterInnen und ArbeiterInnen [Tenants and Workers United – TWU] und der Neuen Mehrheit in Virginia [Virginia New Majority] sowie Mitbegründer des Recht-auf-Stadt-Bündnisses

BENJAMIN LUIG arbeitet für die RLS in der Akademie für Politische Bildung zu Internationaler Politik, aktiv in der Menschenrechtsorganisation FIAN zu den Themen Agrarhandel und Agrarpolitik

MARGIT MAYER Politikwiss., Prof. am John-F.-Kennedy-Institut der FU Berlin, Schwerpunkte: US-amerikanische Politik – Parteien, Interessengruppen, Institutionen und soziale Bewegungen, Stadtpolitik. Mitglied des wiss. Beirats der RLS und der Redaktion von *Luxemburg*. V: Urban Social Movements (im Erscheinen), Nonprofits und die Transformation lokaler Beschäftigungspolitik (mit Volker Eick u.a., 2004)

ANTONIO NEGRI Politologe und bedeutender Vertreter der neomarxistischen Strömung des Operaismus. V: Empire. Die neue Weltordnung (2002), Multitude: Krieg und Demokratie im Empire (2004), Commonwealth. Das Ende des Eigentums (2009, alle mit Michael Hardt)

MICHAIL NELKEN (Die Linke), Bezirksstadtrat und Leiter der Abteilung Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung in Berlin-Pankow, war aktiv im Vorstand des Bürgervereins Gleimviertel

IRIS NOWAK Sozialökonomin, wiss. Mitarb. in der Arbeitsgruppe »Arbeit-Gender-Technik« der TU Hamburg-Harburg, Schwerpunkte: Arbeits- und Lebensbedingungen in der Altenpflege, Prekarisierung und Organisierung, feministische Hegemonietheorie. V: Selbstbestimmung braucht öffentliche Güter: Linke feministische Perspektiven (2005). Mitglied im wiss. Beirat der Zeitschrift *Das Argument*

SABINE NUSS Referentin für Politische Ökonomie und Nachhaltigkeit an der Akademie für politische Bildung der RLS. V: Copyriot & Copyright: Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus (2006)

CEREN ÖZSELÇUK Soziologin, Dozentin im FB Soziologie der Universität Boğaziçi, Istanbul, Redakteurin von *Rethinking Marxism*

SABINE REINER Gewerkschaftssekretärin beim ver.di Bundesvorstand im Bereich Wirtschaftspolitik sowie Vorstandsmitglied der RLS, Gründungs- und Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Intervention*

RAINER RILLING stellvertr. Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und Referent Kapitalismusanalyse und internationale Beziehungen der RLS. V: Risse im Empire (2008)

THOMAS SABLOWSKI Soziologe, Redakteur der Zeitschrift *Prokla*. V: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt (Hg. mit Alex Demirović und Hans-Peter Krebs, 1992)

CATHARINA SCHMALSTIEG Psychologin und Promovendin im FB Soziologie an der Universität Jena, Redakteurin der *Luxemburg*

JANA SEPPELT Politologin an der FU Berlin; Msc Sociology Universiteit van Amsterdam (Labour and Organisation Studies). Schwerpunkte: (Internationale) Politische Ökonomie, Gewerkschaften, Gender, Migration, aktiv in den Krisenprotesten

SEBASTIAN SLADEK M.A., seit 2008 bei den Elektrizitätswerken Schönau. Verantwortlich für die Bereiche Gasvertrieb und Öffentlichkeitsarbeit

PETER D. THOMAS Politologe und Dozent an der Brunel University West London, Schwerpunkte: marxististische politische Theorie, insbes. Gramsci; Redakteur von *Historical Materialism* und Mithrsg. der *Historical Materialism Book Series*. V: The Gramscian Moment: Philosophy, Hegemony and Marxism (2009)

OLIVER WALKENHORST Mitarbeiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Redakteur von *Das Argument* und beim HKWM. Arbeitsgebiete: Klimawandel; Ökologie; Wissenschaftsgeschichte. V: »Klimapolitik«, in: HKWM Band 7/I (2008)

FELICITAS WECK Referentin der Bund-Länder-Koordination der Linksfraktion und aktive Kommunalpolitikerin. V: Linke Kommunalpolitik, Crashkurs Kommune 1 (2009)

CHRISTIAN WILLE Diplom-Psychologe, Einzelfallhelfer beim Sozialpsychiatrischen Dienst, Redakteur des HKWM und des *Forum Kritische Psychologie*

THAD WILLIAMSON Soziologe, wiss. Mitarbeiter an der University of Richmond. V: Making a Place for Community: Local Democracy in a Global Era (mit David Imbroscio und Gar Alperovitz, 2002)

NICHOLAS YANTIAN Übersetzer und Dolmetscher für Hebräisch und Englisch sowie Hebräisch-Lehrer in der Erwachsenenbildung

MICHAEL ZANDER Psychologe, Assistenznehmer und Redakteur der jährlichen Beilage *Behindertenpolitik* der Tageszeitung *junge Welt*

VSA: Bücher & Bewegung

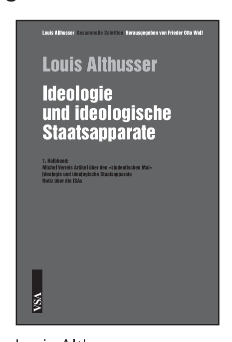
Bücher über Kommunen vor Ort, Commons global, Kommunismus weltweit: www.vsa-verlag.de



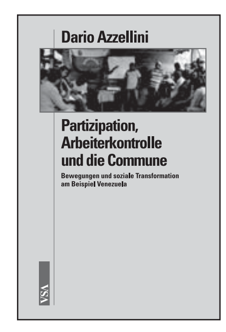
Atilio Boron
Den Sozialismus neu denken
Gibt es ein Leben nach dem Neoliberalismus?
Aus dem Spanischen von Ingo Malcher
120 Seiten; € 12.80
ISBN 978-3-89965-423-3



Andrej Holm/
Dirk Gebhardt (Hrsg.)
Initiativen für ein
Recht auf Stadt
Theorie und Praxis städtischer Aneignungen
200 Seiten; € 16.80
ISBN 978-3-89965-395-3
Städtische Proteste, ihre Geschichte und Zukünfte



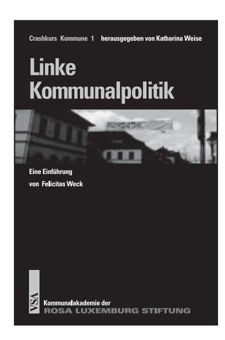
Louis Althusser
Ideologie und ideologische Staatsapparate
Hrsg. von F. O. Wolf
128 Seiten; € 12.80
ISBN 978-3-89965-425-7
Neuausgabe zentraler Texte des einflussreichen theoretischen Marxisten.



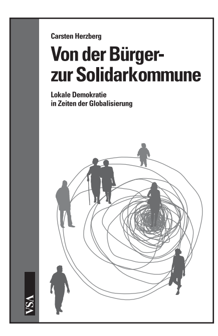
Dario Azzellini
Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune
Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela
408 Seiten; € 24.80
ISBN 978-3-89965-422-6



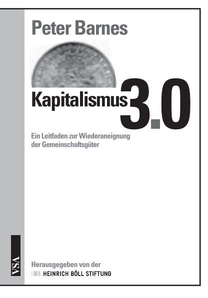
Thomas Seibert
Krise und Ereignis
Siebenundzwanzig Thesen zum Kommunismus
200 Seiten; € 16.80
ISBN 978-3-89965-384-7
Seibert denkt den Kommunismus als wirkliche Bewegung.



Felicitas Weck
Linke Kommunalpolitik
Eine Einführung
Crashkurs Kommune 1 I
hrsg. von Katharina Weise
€ 7.50
ISBN 978-3-89965-340-3



Carsten Herzberg
Von der Bürger- zur Solidarkommune
Lokale Demokratie in Zeiten der Globalisierung
248 Seiten; € 17.80
ISBN 978-3-89965-372-4



Peter Barnes
Kapitalismus 3.0
Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
224 Seiten; € 18.80
ISBN 978-3-89965-312-0

Vier linke Zeitschriftenprojekte:



monatlich 64 Seiten + jeden 2. Monat ein Supplement. Abo: 62,- € (erm.: 44,- €); 3 Hefte als Probeabo: 10,- €. Und: brandaktuelle Kommentare & Analysen auf der Website:

www.sozialismus.de

Außerdem:

4x jährlich: **LUXEMBURG**, das aktuelle Heft haben Sie in der Hand, mehr: **www.zeitschrift-LUXEMBURG.de**

3x jährlich: **prager frühling**, Magazin für Freiheit & Sozialismus: **www.prager-fruehling-magazin.de**

2x jährlich: **transform!**, eine Zeitschrift der europäischen Linken: **www.transform-network.org**

WISSEN Transfer

Eine linke Denkwerkstatt:

Workshops, Seminare, gesellschaftspolitische Foren und sozialwissenschaftliche Studien organisiert die **WISSEN**schaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik. Wir wollen Gegenöffentlichkeit herstellen, uns wissenschaftlich, politisch, publizistisch einmischen. Auch dadurch, dass wir die Zusammenarbeit und Verständigung der zivilgesellschaftlichen und politischen Linken fördern: **www.wissentransfer.info**

VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50, info@vsa-verlag.de

IMPRESSUM

Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424, ISBN 978-3-89965-855-2
Erscheint viermal im Jahr mit einem Jahresumfang von
mindestens 640 Druckseiten

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Christina Kaindl, kaindl@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310 404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Karin Gabbert,
Corinna Genschel, Cornelia Hildebrandt, Bernd Hüttner,
Christina Kaindl, Rainer Rilling und Catharina Schmalstieg
Für die Mitarbeit an dieser Ausgabe bedanken wir uns darüber hinaus
bei Lutz Brangsch, Vanessa Lux, Silke Veth, Michael Brie,
Katharina Zeiher, Benjamin Luig.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook.

Beilage: Bibliothek des Widerstands, Laika Verlag, Hamburg

Einzelheft: 10 Euro zzgl. Versand
Jahresabonnement: 30 Euro einschl. Versand
Abonnement ermäßigt (SchülerInnen, Studierende,
Erwerbslose, Prekäre): 20 Euro einschl. Versand
Förderabonnement: 60 Euro einschl. Versand, jede Spende ist willkommen.
Auslandsabonnement: 40 Euro einschl. Versand
Einzel- und Abonnementsbestellungen gehen direkt an den Verlag.
Der Verlag bittet um die Erteilung einer Bankeinzugsermächtigung.
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres.

Kontoverbindung für Abonnements: VSA: Verlag Hamburg GmbH,
Hamburger Sparkasse, Blz: 200 505 50, Kontonummer: 1 224 125 532

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 28095277-0, Fax: +49 (0)40 280952 77-50
luxemburg@vsa-verlag.de, www.vsa-verlag.de

Titelbild: »Sherman Ave. Seasons Mural«, Washington DC
Daniel Lobo, flickr/Daquella manera ⓘ

Graphik und Satz: Kaiser Matthies – Ausstellungs- und
Kommunikatinosdesign, www.kaisermatthies.com
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt